

# ZUR ZUKUNFT DER VOLKSPARTEIEN

DAS PARTEIENSYSTEM UNTER DEN  
BEDINGUNGEN ZUNEHMENDER  
FRAGMENTIERUNG

**Ralf Thomas Baus (Hrsg.)**

I  
M  
  
P  
L  
E  
N  
U  
M

ISBN 978-3-940955-42-5

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Diese Publikation dokumentiert die Ergebnisse der Tagung „Zukunft der Volkspartei“ der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 22. bis 25. Juli 2007.

REDAKTION:

*Tobias Montag*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin  
Alle Rechte vorbehalten.  
Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.  
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.  
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-42-5

INHALT

7 | VORWORT

9 | PARTEIENSYSTEM IM WANDEL  
HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN  
*Ralf Thomas Baus*

**17 | TEIL I: ZUM AKTUELLEN STAND DER  
VOLKSPARTEIEN IN DEUTSCHLAND**

19 | DIE CDU IN DER GROSSEN KOALITION ZWISCHEN  
2005 UND 2007  
*Melanie Haas*

33 | DIE SPD UNTER KURT BECK  
TRAGISCHES SCHEITERN AN DER SOZIAL-  
DEMOKRATISIERUNG DER BUNDESREPUBLIK?  
*Christoph Strünck*

45 | DIE CSU VOR DEM INNERPARTEILICHEN  
MACHTWECHSEL  
*Matthias F. Lill*

**57 | TEIL II: VOLKSPARTEIEN IM EUROPÄISCHEN  
UND INTERNATIONALEN VERGLEICH**

59 | DIE KONSERVATIVE PARTEI IN DER BÜRGERLICHEN  
„ALLIANZ FÜR SCHWEDEN“  
EINE NEUE VOLKSPARTEI?  
*Sven Jochem*

75 | DIE NEUAUFLAGE DER GROSSEN KOALITION  
IN ÖSTERREICH  
*Christian Moser | Ilse Simma*

87 | WAHLENTWICKLUNGEN IN DEN NIEDERLANDEN  
VOLKSPARTEIEN IN DER KRISE  
*Ton Nijhuis*

101 | REGIEREN WIE GOTT IN FRANKREICH?  
DIE KONSERVATIV-LIBERALE PRÄSIDENTENPARTEI UMP  
*Daniel Eisermann*

121 | „GROSSE ZELTE“  
ENTWICKLUNGEN AMERIKANISCHER „VOLKSPARTEIEN“  
UND MÖGLICHE RÜCKSCHLÜSSE FÜR DIE DEUTSCHE  
DISKUSSION  
*Martin Thunert*

#### **145 | TEIL III: PERSPEKTIVEN DES PARTEIENSYSTEMS**

147 | WÄHLERMARKT UND KOALITIONSMARKT  
DER STRATEGISCHE ZIELKONFLIKT IM DEUTSCHEN  
PARTEIENWETTBEWERB  
*Hans Jörg Hennecke*

165 | „AMPEL“- UND „JAMAICA“-BÜNDNISSE ALS MODELLE  
ZUKÜNFTIGER MEHRHEITSBILDUNG?  
ZU DEN ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN KLEINERER  
PARTEIEN IN MEHRPARTEIENKOALITIONEN  
*Hans-Jörg Dietsche*

179 | POLITISCHE FÜHRUNG DURCH KOMMUNIKATION  
*Ulrich Eith*

#### **187 | TEIL IV: UMWELTBEDINGUNGEN – KOMMUNIKATION IN DER MASSENDEMOKRATIE**

189 | POLITISCHE KOMMUNIKATION IN ZEITEN DER GROSSEN  
KOALITION  
DAS KOMMUNIKATIONSMANAGEMENT DER PARTEIEN UNTER  
TALKSHOWISIERUNGSEINFLUSS  
*Jörg-Uwe Nieland*

207 | PICTURE POLITICS  
DER BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2005 IM BILD DER MEDIEN  
*Moritz Ballensiefen*

223 | „POLITIK 2.0“  
WELCHE ZUKUNFT HABEN DIE VOLKSPARTEIEN  
IM NETZ?  
*Daniel Dettling*

#### **229 | TEIL V: ZUKUNFTSSZENARIEN DER VOLKSPARTEI**

231 | DAS GRUNDSATZPROGRAMM DER CDU  
*Lutz Stroppe*

237 | OPTIMIERUNGSMÖGLICHKEITEN DER  
CHRISTLICHEN DEMOKRATIE  
*Walfried Dettling*

249 | VOLKSPARTEIEN IN DER FALLE DER REFORM-  
KOMMUNIKATION  
*Karl-Rudolf Korte*

269 | ZUSAMMENFASSUNG

277 | HERAUSGEBER UND AUTOREN

279 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-  
STIFTUNG

## VORWORT

Über viele Jahrzehnte hinweg konnten die Volksparteien zahlreiche gesellschaftliche Gruppen und ihre verschiedenen Interessen integrieren. Durch diese Leistung entstand ein Parteiensystem, dessen Stabilität wesentlich zum Zusammenhalt der Bundesrepublik und zur Sicherung der Demokratie beitrug. Diese Stabilität stellte jedoch nicht nur den innergesellschaftlichen Interessenausgleich her, sondern verhalf auch der Bundesrepublik zu einem beispiellosen Aufstieg in der Nachkriegszeit.

An ihre Hochphase in den 1960er und 1970er Jahren, als sie die Unterstützung breitester Wählerschichten fanden, konnten die Volksparteien in den anschließenden Jahrzehnten jedoch nicht mehr anknüpfen. Ihre Fähigkeit, stabile Regierungen zu bilden, blieb von dieser Entwicklung zunächst aber unberührt.

Mit zunehmender Fragmentierung des Parteiensystems scheint jedoch auch diese Fähigkeit gefährdet. Vermehrt werden jetzt Stimmen in Wissenschaft und Presse laut, die von einer Krise der großen Volksparteien sprechen oder gar das Ende der Volksparteien ausrufen. Schwindende Mitglieder- und Wählerzahlen, erodierende Stammmilieus und eine auseinanderdriftende Gesellschaft stellen die Volksparteien vor große Herausforderungen. Ob die Volksparteien jedoch in Zukunft ihrem Ende entgegengehen – wie gern plakativ prognostiziert wird – oder sich lediglich in einer notwendigen Phase der Transformation befinden, hängt wesentlich von ihrer Fähigkeit und Bereitschaft ab, sich an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Voraussetzung hierzu ist eine selbstkritische Analyse sowie Klarheit über die Rahmenbedingungen und Perspektiven der Volksparteien.

Aus diesem Grund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung im Juli 2007 in Cadenabbia am Comer See eine Tagung ausgerichtet, die der Frage nach der Zukunft der Volkspartei nachging. Die Ergebnisse der Tagung werden im vorliegenden Band dokumentiert.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle allen Autoren für ihre anregenden Beiträge. Die Autoren zeigen auf, wo die Zukunft der Volksparteien liegt und welche Herausforderungen sie dabei bewältigen müssen. Die Beiträge weisen somit Wege aus der vielbeschworenen Krise der Volksparteien.

Zu danken habe ich auch Herrn Professor Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte für seine Mitwirkung an der Tagung sowie Herrn Florian Schartau für die tatkräftige konzeptionelle Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz. Mein Dank gilt ebenso Herrn Tobias Montag für die hervorragende redaktionelle Betreuung des Bandes.

Der vorliegende Band ist in fünf Abschnitte unterteilt, die dem Verlauf der Tagung folgen.

Berlin, im Januar 2009

*Dr. Ralf Thomas Baus*  
*Leiter Team Innenpolitik*  
*Hauptabteilung Politik und Beratung*  
*Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

## PARTEIENSYSTEM IM WANDEL

HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN

*Ralf Thomas Baus*

Das deutsche Parteiensystem ist im Wandel. Seit der letzten Bundestagswahl im Jahre 2005 wird ein Trend immer sichtbarer, der sich auch in den letzten Landtagswahlen verstärkt hat: Eine Entwicklung zum Fünf-Parteien-System. Mit der Großen Koalition hat eine Übergangszeit begonnen, von der niemand weiß, wohin sie führt. In der Geschichte der Bundesrepublik spannte sich vom Höhepunkt der Ära Adenauer bis zum Ende der Ära Kohl ein großer Bogen, der stets auf zwei Säulen ruhte: auf einem stabilen Parteiensystem und auf einer Politik des sozialen Ausgleichs. Bis auf das Zwischenspiel der Großen Koalition 1966 bis 1969 galt: Eine große und eine kleine Partei ergeben zusammen eine parlamentarische Mehrheit und eine handlungsfähige Regierung. Und bis zum Jahr 2003, das zeitgleich der SPD die Agenda 2010 bescherte und der CDU den Leipziger Parteitag, galt auch die zweite Formel: Keine Experimente! Rührt den deutschen Sozialstaat nicht an, sonst gibt es keine Mehrheiten!

Die Herausforderungen der Globalisierung und die verschuldeten öffentlichen Haushalte haben in den letzten Jahren nachhaltige Reformen dringend notwendig gemacht. Der Reformdruck führte zu einem Paradigmenwechsel in der Geschichte der Bundesrepublik, deren Folgen in einem gewandelten Parteiensystem sichtbar werden. Werden die

Wähler sich also bald an Minderheitsregierungen, Große Koalitionen als Regel und nicht als Ausnahme und an politische Farbkombinationen gewöhnen müssen, an die sie bisher nicht einmal zu denken gewagt haben? Stehen die Formeln zur Macht und die Grundlagen von Stabilität neu zur Diskussion?

### **WANDLUNGEN IM PARTEISYSTEM SEIT 1990**

Mit der Deutschen Einheit und dem Einzug der damaligen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) hat sich das deutsche Parteiensystem verändert. Fünf Parteien sind seither parlamentarisch vertreten. Zwar erreichte die PDS nur 1998 mit 5,1 Prozent und 2005 mit 8,7 Prozent Fraktionsstärke im Deutschen Bundestag, doch zog sie auch 1990 (2,4 Prozent), 1994 (4,4 Prozent) und 2002 (4,0 Prozent) mit einer Anzahl von Direktmandaten in den Bundestag ein.

Die Veränderung des deutschen Parteiensystems geht demnach bereits auf das Jahr 1990 zurück. Denn erst mit der Wiedervereinigung etablierte sich links von der SPD eine weitere politische Kraft. Die seither stattfindende Metamorphose der ehemaligen kommunistischen Staatspartei der DDR ist ein bemerkenswerter Vorgang: Im Dezember 1989 ergänzte die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ ihren Namen durch den Zusatz „Partei des Demokratischen Sozialismus“, der schon sechs Wochen später – Anfang Februar 1990 – zum alleinigen Namen avancierte. Im Sommer 2005 wurde aus der PDS „Die Linkspartei“ mit der Zusatzbezeichnung „PDS“ und der Kurzbezeichnung „Die Linke“. Seit dem Vereinigungsparteitag mit der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) im Juni 2007 nennen sich die Postkommunisten nur noch „Die Linke“.

Bis zur Bundestagswahl 2005 konnte sich die PDS im vereinten Deutschland nicht als gesamtdeutsche politische Kraft etablieren, doch liegt ihr Wähleranteil in den neuen Bundesländern seit 1990 teilweise bei über 20 Prozent. In Berlin regiert sie derzeit in einer Koalition mit der SPD und auch in Mecklenburg ging sie von 1998 bis 2002 und von 2002 bis 2006 eine Koalition mit der SPD ein. Als Machtfaktor im Parteiensystem der Länder präsentierte sich die PDS erstmals 1994 in Sachsen-Anhalt, wo sie eine rot-grüne Minderheitsregierung tolerierte. Im Westen der Bundesrepublik blieb die PDS bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2002 deutlich unter zwei Prozent. Erst bei der Bundestagswahl 2005 konnte sie mit

4,9 Prozent im früheren Bundesgebiet und in Berlin-West ein Ergebnis erzielen, dass eine dauerhafte Etablierung auch in der alten Bundesrepublik anzudeuten scheint. Die Linkspartei ist in ihrem Kern zwar nach wie vor eine ostdeutsche Regional- und Protestpartei. Aber mit den Landtagswahlen in Bremen, Hessen, Niedersachsen und Hamburg hat ihre Westausdehnung begonnen. Die Linkspartei ist jetzt nicht nur in allen ostdeutschen Landesparlamenten und den Stadtstaaten Bremen und Hamburg, sondern auch in zwei westdeutschen Flächenländern in den Parlamenten vertreten.

### **MANGELNDE INTEGRATIONSKRAFT DER VOLKSPARTEIEN**

Nun wären die Debatten in der Bundesrepublik um die Wandlungen im deutschen Parteiensystem nicht so lebhaft, wenn es sich allein um eine zusätzliche Partei in Folge der deutschen Wiedervereinigung handeln würde. Die Wandlungen sind tiefgreifender und umfassender. Nicht nur die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien ist gestiegen, vor allem die Mobilisierungs- und Integrationskraft der Volksparteien ist gesunken, das Wahlverhalten ist volatil geworden und der Anteil an Stammwählern ist zurückgegangen.

Die mangelnde Integrationskraft der Volksparteien lässt sich an drei Beispielen deutlich machen: Das Vertrauen in die Parteien ist gesunken, die Mitgliederentwicklung ist rückläufig und die Wählerattraktivität nimmt ab. Noch Anfang der 1980er Jahre brachte jeder Zweite den Parteien Vertrauen entgegen. Zwischen 1995 und 2005 fiel dieser Wert von 41 auf 17 Prozent. Auch bei der Mitgliederentwicklung sprechen die Zahlen für sich: Seit 1990 hat die SPD etwa 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren, die CDU etwa ein Drittel. Die Wählerattraktivität hat ebenfalls stark nachgelassen. In ihrer Hochzeit banden die beiden Volksparteien 91,2 Prozent der Wähler an sich, 2005 nur noch 69,4 Prozent. Damit nähern sie sich ihrem Ausgangspunkt von 1949 (60,2 Prozent) wieder an. Aufschlussreich erscheint auch, dass die Volksparteien von den Wahlberechtigten insgesamt 1976 82,1 Prozent, 2005 aber gerade noch 53 Prozent an sich banden. Ursache hierfür ist die zum Teil beachtlich gesunkene Wahlbeteiligung.

## VOLKSPARTEIEN IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Auf die veränderten Rahmenbedingungen der Volksparteien hat Heinrich Oberreuter in fünf Punkten hingewiesen: Erstens setzt sich die Erosion von Parteibindungen und Loyalitäten fort. Die sozialen Milieus im westdeutschen Parteiensystem – im ostdeutschen waren sie kaum vorhanden –, die Parteiidentifikation gestiftet hatten, lösen sich seit Jahrzehnten auf. Durch Wandlungen der Erwerbsstrukturen, Bildungsexpansion und den Wertewandel haben sich diese Milieus mittlerweile auf ihren Kern reduziert. Auch wenn 2005 noch 60 Prozent der Arbeiter mit Gewerkschaftsbindung SPD und 75 Prozent der Katholiken mit Kirchenbindung CDU/CSU gewählt haben, so machen diese Kernmilieus nur noch wenig mehr als zehn Prozent der Gesamtwählerschaft beider Parteien aus.<sup>1</sup>

Zweitens hat der Wertewandel den Trend zur Individualisierung in der Gesellschaft verschärft. Parteien als kollektive Organisationen, die programmatisch auf den Gesamtnutzen abzielen, steht die individuelle Nutzenmaximierung entgegen. Drittens entspricht die Politikvermittlung in der Fernsehdemokratie keineswegs politischen Rationalitätskriterien. Denn die Politik hat sich längst den Eigengesetzlichkeiten dieser permanenten Show unterworfen, die nicht die Ratio, das Urteilsvermögen und die analytischen Fähigkeiten der Bürger anspricht, sondern ihre Affekte. Besorgniserregend ist viertens auch, wenn wir beobachten müssen, wie der Vorrang der öffentlichen Darstellung politischer Entscheidungen mittlerweile die Herstellung eben dieser Entscheidungen bestimmt. Wenn Politik verantwortlich handeln soll, dann muss sie ihre politischen Entscheidungen an der Sache und nicht an den „Verkaufschancen“ in den Medien ausrichten. Schließlich müssen wir fünftens feststellen, dass die Bereitschaft zur Beteiligung an Politik bei den Bürgern gering ist.

Die Schwäche der beiden großen Volksparteien, insbesondere die der SPD, hat also vielfältige Ursachen. Sie hängt mit dem gesellschaftlichen Wandel zusammen. Die europäischen Parteiensysteme – nicht nur das deutsche – sind im Gefolge der Globalisierung im Umbruch. Sozialstaatsreform, Immigrationsdruck und die Bedrohungen der inneren Sicherheit durch den internationalen Terrorismus erzeugen Unruhe und Ängste bei den Wählern. In ganz Europa nutzen Links- und Rechtspopulisten, aber auch rassistisch-nationale Rechtsextremisten diese Situation mit demagogischen Kampagnen für ihre Zwecke und präsentieren sich als „neue Arbeitnehmerparteien“ und „Anwälte der kleinen Leute“. In Deutschland

traf der Widerstand gegen Einschnitte in die sozialen Leistungssysteme die Sozialdemokratie am härtesten. Das hat zur Folge, dass die Union immer öfter als die letzte Volkspartei erscheint. Nur CDU und CSU haben derzeit noch das Potential, bei Bundestagswahlen über 40 Prozent zu erreichen.

## PARTEIENSYSTEM DER „BONNER REPUBLIK“

Die Wandlungen im heutigen Parteiensystem erscheinen uns so dramatisch, weil wir sie vor der Folie der alten Bundesrepublik sehen. Das „Bonner System“, so Karl-Dietrich Bracher im Rückblick, hat die „historische Zersplitterung des Parteiwesens“ in Deutschland überwunden und die Probleme anderer „zerklüfteter kontinental-europäischer Parteiensysteme“ vermieden – insbesondere das Problem der Instabilität. In der alten Bundesrepublik zeichnete sich die Ära des stabilen Parteiensystems vor allem durch die Möglichkeit aus, Zwei-Parteien-Koalitionen aus einer Volkspartei und einer Kleinpartei zu bilden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Weimarer Republik war der Gewinn an Stabilität eine elementare Voraussetzung für die politisch und wirtschaftlich erfolgreiche Wiedereingliederung Deutschlands in die Völkerfamilie. Insbesondere die CDU hat als starke Volkspartei mit ihren Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Helmut Kohl und heute Angela Merkel hierzu wesentlich beigetragen.

Aber die Stabilität eines Drei-Parteien-Systems mit den beiden großen Volksparteien sowie einem kleineren Koalitionspartner gab es nicht immer. Im ersten Deutschen Bundestag waren noch elf Parteien vertreten. Erst im Verlauf der 1950er Jahre unterlag das deutsche Parteiensystem einem Konzentrationsprozess, bei dem die Anzahl der im Bundestag vertretenen Parteien auf drei zurückging. Die Volksparteien profitierten dabei vor allem von einem Konzentrationseffekt, ausgelöst durch die Einführung der Fünf-Prozent-Klausel 1953. Auch die Integrationskraft der Union, in der mehrere kleine Parteien aufgingen, spielte hierbei eine entscheidende Rolle.

Die Anzahl relevanter Parteien, das heißt der Parteien, mit denen rein arithmetisch eine Regierungskoalition gebildet werden konnte, sank dramatisch. 1957 war sogar nur noch eine relevante Partei im Deutschen Bundestag vertreten – die Union. Mit der absoluten Mehrheit der Parlamentssitze – eine einmalige Konstellation in der Geschichte der Bundes-

republik – war keine Koalition gegen sie möglich. Das in den 1950er Jahren ausgebildete Drei-Parteien-System festigte sich in den 1960er und 1970er Jahren. Im Zeitraum 1965 bis 1976 vereinten Union und SPD noch über 90 Prozent der Parlamentssitze auf sich. Erst mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 stieg die Anzahl relevanter Parteien von drei auf vier, da theoretisch sofort eine Koalitionsbildung mit ihnen möglich war. Mit der Deutschen Einheit und dem Einzug der PDS hat sich das Format des Parteiensystems abermals verändert. Mit allen fünf parlamentarisch vertretenen Parteien sind rechnerisch Koalitionen möglich.

### **KRISE DES PARTEIENSYSTEMS?**

Die Umbrüche und Wandlungen im deutschen Parteiensystem haben vielfache Ängste heraufbeschworen. Alte Befürchtungen werden wieder wach. Einst lautete die Frage: Ist Bonn Weimar? Nun lautet sie: Ist Berlin Weimar? Hinter diesen Metaphern verbergen sich Urängste der Deutschen, Erinnerungen an Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, der Inflation, des Hungers, des Terrors und des Krieges. Urängste, die sich mit den Schlagworten Instabilität und Chaos beschreiben lassen.

Malen wir das Bild aber nicht düsterer als es ist! Das Ende der Volksparteien ist schon oft vorhergesagt worden. In Wahrheit aber ist es erstaunlich, wie stabil sich das deutsche Parteiensystem über Jahrzehnte hinweg gehalten und alles überstanden hat, von der deutschen Wiedervereinigung bis hin zum Ende der Verteilungsdemokratie. In Italien oder in Frankreich sind ganze Parteienkonstellationen im Orkus der Geschichte verschwunden oder gründlich umgebaut worden. Davon kann in Deutschland keine Rede sein. CDU und SPD dominieren nach wie vor das Geschehen, auch wenn die Integrationskraft beider Volksparteien nachgelassen hat.

Bonn ist nicht Weimar geworden, Berlin wird nicht Weimar werden. Denn die Deutschen haben aus ihrer Geschichte gelernt. Das parlamentarische Regierungssystem der Bundesrepublik baut auf den Parteien als staatsbildenden Kräften auf. Ihre Kompetenzen unterscheiden sich von den Parteien Weimars erheblich. Artikel 21 des Grundgesetzes trägt dieser besonderen Bedeutung der politischen Parteien Rechnung. Auch das personalisierte Verhältniswahlrecht in Verbindung mit der Fünf-Prozent-Klausel stabilisiert das Parteien- und Regierungssystem. Der föderative Staatsaufbau trägt dazu bei, dass Parteien, die auf Bundesebene in der

Opposition sind, auf Länderebene Regierungsverantwortung übernehmen können. Eine reine Obstruktionspolitik ist in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik nicht bekannt. Sachpolitik und Kompromissfähigkeit gehören nach wie vor zur politischen Kultur. Betrachtet man die Entwicklung der Grünen, so sieht man, wie leistungsfähig die Integrationskraft unseres politischen Systems ist.

Niemand wird ernsthaft behaupten können, die Große Koalition habe zu Instabilität und einer Krise des politischen Systems geführt. Ihre Erfolge sind mehr als beachtlich. Auch wenn die Parteienlandschaft bunter geworden ist, so heißt dies nicht zwangsläufig, dass in einem Fünf-Parteien-System nur Große Koalitionen oder Bündnisse aus drei Parteien möglich sind. Die Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2008 hat gezeigt, dass auch in einem Fünf-Parteien-Parlament eine Regierungsbildung aus CDU und FDP möglich ist. In Sachsen sind seit 2004 sogar sechs Parteien im Parlament vertreten. Dennoch ist es dort nicht zu instabilen Verhältnissen gekommen. Schließlich darf daran erinnert werden, dass es der CDU in einigen Ländern in der Vergangenheit gelungen ist, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Warum sollte dies in Zukunft in dem einen oder anderen Bundesland nicht wieder möglich sein? Auch die Bildung des ersten schwarz-grünen Bündnisses in Hamburg macht deutlich, dass neue Wege – orientiert an Sachpolitik und Kompromissfähigkeit – möglich sind. Ebenso zeigt das Bremer Beispiel, wo seit 2007 eine Koalition aus SPD und Grünen regiert, dass auch für Rot-Grün in einem Fünf-Parteien-Parlament noch die politische Kraft zur Mehrheitsbildung vorhanden sein kann. Einzig in Hessen, wo nach den Landtagswahlen keine Regierungsbildung möglich war, ist die Lage schwierig, aber nicht neu. Ministerpräsident Roland Koch amtiert geschäftsführend weiter, ein Fall, den es bereits in den 1980er Jahren schon einmal gab.

In den deutschen Bundesländern existierten zwischen 1990 und 2008 insgesamt vierzehn verschiedene Regierungskonstellationen. Dies mag die Fragmentierung des Parteiensystems unterstreichen, doch zeigt es auch, wie flexibel unser politisches System mit den neuen Herausforderungen umgeht. Von einer Krise des Parteiensystems oder sogar des politischen Systems zu sprechen, wäre völlig unangemessen.



## ZUKUNFT DER VOLKSPARTEIEN

Sorge machen sollte uns vielmehr, dass sich im gewandelten Parteiensystem Kräfte der Erneuerung und der Beharrung gegenüberstehen. Sozialkonservatismus behindert notwendige Reformen und gefährdet somit die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Dabei läuft die Konfliktlinie des Erneuerns oder Bewahrens mitten durch beide große Volksparteien. Die Linkspartei als neuer populistischer Mitspieler hat die hierdurch verursachten Verwerfungen verstärkt. Das Parteiensystem droht in eine handlungsunfähige Blockadesituation abzugleiten. Die Zukunft der Volksparteien und damit auch des Parteiensystems hängt aber entscheidend davon ab, ob sie bereit sind, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die Herausforderungen in einer globalisierten Welt anzunehmen. Die Volksparteien müssen Antworten auf die großen Zukunftsfragen geben. Sie dürfen nicht im Gestern verharren, sondern müssen das Morgen gestalten. Denn die Menschen sind verunsichert. Verunsicherung führt dazu, am Bewährten, am Gewohnten festhalten zu wollen. Die Kräfte der Beharrung gewinnen so an Zuspruch. Die Aufgabe der Volksparteien aber ist es nicht, den Populisten hinterherzulaufen, sondern Zukunftsvisionen für ein Deutschland im 21. Jahrhundert aufzuzeigen, eine entsprechende Gestaltungskompetenz zu entwickeln und schließlich Mehrheiten für diesen Prozess zu organisieren. Hieran wird sich entscheiden, ob die Volksparteien und damit auch die Stabilität unseres Parteiensystems eine Zukunft haben. Nur wer Mehrheiten für eine zukunftsfähige Politik gewinnt, wird auch zur Zukunftsfähigkeit unserer politischen Ordnung beitragen.

1/ Vgl. Oberreuter, Heinrich: „Haben die Volksparteien Zukunft?“ In: *Politische Studien*, 58 (2007) 414, S. 23-26.

## TEIL I: ZUM AKTUELLEN STAND DER VOLKSPARTEIEN IN DEUTSCHLAND

# DIE CDU IN DER GROSSEN KOALITION ZWISCHEN 2005 UND 2007

*Melanie Haas*

## **EINLEITUNG**

Die zweite Große Koalition auf Bundesebene seit Bestehen der Bundesrepublik feierte im November 2007 das Ende ihrer ersten Halbzeit. Viele politische Publizisten und Journalisten nutzten diese Gelegenheit zu einer ersten Zwischenbilanz und bewerteten mit einiger Ernüchterung die bisherige Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD, die seit Ende 2005 unter der Führung von Angela Merkel amtiert. Waren zu Beginn die Erwartungen noch groß und das Zustandekommen des Bündnisses wohlwollend kommentiert worden, wurde nach zwei Jahren Amtszeit einhellig reformerischer Stillstand, parteipolitische Blockade und mangelnder Führungswille beklagt. Einig war sich die publizierte öffentliche Meinung auch darin, die Schuld für die wahrgenommene schlechte Regierungsperformanz nicht etwa einseitig einer der beteiligten Parteien zu übertragen, sondern diese gleichmäßig sowohl dem Agieren der Unionsparteien wie dem der SPD anzulasten sowie eher in der Struktur einer Großen Koalition an sich zu finden. Dabei wurde auf die seit den ersten Jahren der Bundesrepublik formulierten Befürchtungen gegenüber Großen Koalitionen zurückgegriffen, die

als Folge des gemeinsamen Regierens der beiden Großparteien neben einer Marginalisierung der parlamentarischen Opposition vor allem auf einen geringen Politik-Output und eine strukturelle Entscheidungsunfähigkeit des Bündnisses verweisen.<sup>1</sup> Verantwortlich dafür sei der lagerübergreifende Charakter einer Großen Koalition, in der Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien miteinander regieren und somit in vielen Politikfeldern an sich unvereinbare Politikkonzepte in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Da nach dem Ende einer Großen Koalition lediglich eine der beiden Regierungsparteien an der Macht bleiben kann, besteht in einer solchen Konstellation für die beteiligten Partner jedoch gleichzeitig ein starkes Bedürfnis nach gegenseitiger Abgrenzung. Somit ergeben sich für die Entwicklung der Regierungsparteien während der Dauer einer Großen Koalition gleich zwei positionsstrategische Möglichkeiten: Entweder die Parteien bewegen sich programmatisch unter Aufgabe ihres jeweiligen Lagerprofils kontinuierlich aufeinander zu und besetzen am Ende der gemeinsamen Regierungszeit zusammen die Mitte des Parteienspektrums oder sie verorten sich nach dem Ende der Großen Koalition wieder eindeutig und stärker als zu Beginn in ihrem jeweiligen parteipolitischen Lager und somit in klarem Gegensatz zueinander.

In den folgenden Abschnitten soll die programmatische Entwicklung der CDU in den ersten beiden Jahren der Großen Koalition seit 2005 nachvollzogen werden. Hat sich die Partei innerhalb des Parteiensystems in dieser Zeit eher hin zur Mitte oder eher weg von der Mitte bewegt? Polemischer formuliert: Stimmt der vielfach geäußerte Vorwurf, die CDU habe sich in der ersten Hälfte der Großen Koalition „sozialdemokratisiert“?

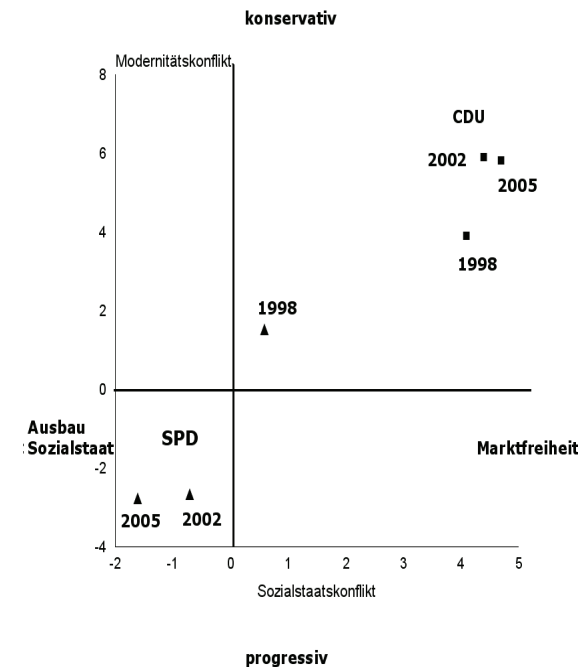
### Die Ausgangslage zur Bundestagswahl 2005

Um die programmatische Entwicklung der CDU auch in Abgrenzung zum Koalitionspartner SPD während der ersten Hälfte der Großen Koalition beurteilen zu können, muss zunächst auf die Ausgangsbedingungen der beiden Parteien zu Beginn der gemeinsamen Regierungszeit geschaut werden. Dafür kann auf die Ergebnisse von Marc Debus aus dem Jahr 2007 zu den programmatischen Positionen der Parteien zurückgegriffen werden.<sup>2</sup> Er untersuchte mit Hilfe eines statistischen Textanalyseverfahrens die Bundestagswahlprogramme aller im Bundestag vertretenen Parteien seit 1998 bezogen auf ihre sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Aussagen. Mit den so erzielten Daten können die Positionen der untersuchten Parteien entlang der Sozialstaatskonfliktlinie und der

Modernitätskonfliktlinie sowie die jeweiligen Veränderungen in der Zeit ermittelt werden. Beim Sozialstaatskonflikt geht es um die unterschiedlichen Positionen der Parteien bei der Frage nach dem Aus- oder Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen sowie auf der Werteebene um die Konzeption von sozialer Gerechtigkeit. Nach Meinung der einen Seite entsteht soziale Gerechtigkeit durch Umverteilung und den Ausbau des Sozialstaates, nach Meinung der anderen Seite wird soziale Gerechtigkeit durch die Garantie der Marktfreiheit erreicht. Der Modernitätskonflikt spiegelt die unterschiedlichen Positionen bei kulturellen und gesellschaftspolitischen Fragen wider und stellt ein eher progressives und offenes gegen ein eher konservatives, geschlossenes Weltbild.

Bei der Betrachtung der Positionen von CDU und SPD aus der Perspektive des Sozialstaats- und Modernitätskonfliktes ergibt sich für die Bundestagswahlen seit 1998 folgendes Bild:

**Positionierung von CDU und SPD auf Konfliktlinien des bundesdeutschen Parteiensystems**



Quelle: Eigene Darstellung. ■ CDU, ▲ SPD.

Danach erreichen auf der Sozialstaatskonfliktdimension bei der Bundestagswahl 2005 sowohl CDU als auch SPD ihre jeweils extremste Position seit 1998. Die SPD vertritt im Wahlkampf 2005 seit 1998 ihre am weitesten links stehenden Positionen, während die CDU zur selben Zeit ihre sozialpolitisch liberalsten Positionen seit sieben Jahren besetzt. Bei der für die bundesdeutsche Politik wichtigen Frage nach einem weiteren Aus- oder Abbau des bestehenden Sozialstaates starteten die beiden Parteien nach der Wahl 2005 also mit deutlich voneinander abweichenden Vorstellungen in die gemeinsame Große Koalition.

Doch wie sieht es beim Modernitätskonflikt aus, in dem beispielsweise Fragen zur Bürgerrechts-, Familien-, Einwanderungs- oder Minderheitenpolitik verhandelt werden? Auch hier ist während des Bundestagswahlkampfes 2005 eine deutliche Distanz zwischen den künftigen Koalitionspartnern festzustellen: Die SPD besetzt gesellschaftspolitisch nach den rot-grünen Regierungsjahren noch deutlicher progressive Positionen als bereits 2002 oder gar 1998, als sie sich sogar klar konservativ verortete. Die CDU vertritt 2005 zwar leicht progressivere Positionen als noch 2002, zeigt sich aber kurz vor dem Wiedereintritt in die Bundesregierung weit aus konservativer als noch 1998, als sie zuvor 16 Jahre lang zusammen mit den Liberalen regierte.

Insgesamt betrachtet sind also auf beiden Konfliktlinien die programmatischen Ausgangsbedingungen für eine Große Koalition 2005 als eher schwierig zu bezeichnen. Anders gewendet bestand so jedoch für beide Parteien viel Platz, sich in der künftigen gemeinsamen Regierungszeit programmatisch aufeinander zu bewegen.

## **DIE ENTWICKLUNG DER CDU IN RELEVANTEN POLITIKFELDERN**

Will man die programmatische Entwicklung einer Partei in einem bestimmten Zeitraum nachvollziehen, kommt man nicht umhin, zunächst zu klären, worauf sich die Betrachtungen genau gründen sollen. Nach Ossip K. Flechtheim ist jedes Dokument als Programm zu deuten, „das über Charakter und Ziele einer politischen Gruppe, Partei oder Bewegung Aufschluß geben soll“.<sup>3</sup> Das heißt, Programmatik bezieht sich stets selbstreferentiell auf die Partei und deren Wesen und Ziel, jedoch nicht auf deren Tun als Teil einer Regierung oder einer parlamentarischen Opposition. Damit kommen für eine Untersuchung der programmatischen Ent-

wicklung sowohl „klassische“ Programmdokumente, wie Wahl- und Grundsatzprogramme, als auch inhaltliche Beschlüsse der unterschiedlichen Parteigremien sowie politische Reden des Führungspersonals in Betracht. Das Regierungshandeln einer Partei ist in diesem Kontext daher eher als Versuch der Umsetzung von Programmatik zu verstehen, nicht jedoch schon als Teil von Parteiprogrammatik selbst. Dennoch kann entgegengesetzt aus Regierungshandeln erst Programmatik entstehen, wenn nämlich Programmmentstehungsprozesse von Parteien die Entscheidungen der eigenen Regierungsmitglieder nachvollziehen und somit erst das Regierungshandeln parteiprogrammatische Entwicklung initiiert.

Da die Entwicklung der CDU als Teil der Großen Koalition in der Regierungszeit seit 2005 betrachtet werden soll, rücken nun also sowohl die „klassischen“ Dokumente als auch das bisherige Regierungshandeln in den Fokus. Letzteres konnte direkt in dem seit Anfang 2006 laufenden Programmprozess der Partei reflektiert werden, der im Dezember 2007 zur Verabschiedung eines neuen CDU-Grundsatzprogramms führte.

Zur sinnvollen Eingrenzung des Untersuchungsrahmens wird im Folgenden die Entwicklung der CDU lediglich in ausgewählten Politikfeldern betrachtet. Bei diesen dreht es sich um drei Politikbereiche, in denen es während der ersten Hälfte der Regierungsperiode die stärksten Debatten sowohl innerhalb der Partei als auch innerhalb der Großen Koalition gab. Dabei handelt es sich um die gesellschaftspolitischen Themenfelder Familienpolitik und Innere Sicherheit sowie um das sozioökonomische Themenfeld Sozialpolitik.<sup>4</sup>

### **Familienpolitik**

Das Regierungshandeln im Politikfeld Familienpolitik wurde und wird von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, verantwortet, die der CDU angehört. Bereits im ersten Jahr der Großen Koalition konnte sie mit einigen Maßnahmen und Initiativen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken, da diese scheinbar eher die Politik ihrer Amtsvorgängerin, der SPD-Ministerin Renate Schmidt, fortsetzten, denn bisheriger christdemokratischer Programmatik entspringen. Exemplarisch seien die folgenden Regierungsprojekte der ersten beiden Koalitionsjahre genannt: die Einführung eines Elterngeldes ab dem 1. Januar 2007, der Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013, die steuerliche Entlastung für Betreuungskosten, die Initiierung

von „Lokalen Bündnissen für Familie“ sowie die Einrichtung von „Mehrgenerationenhäusern“. Die CDU setzte als Regierungspartei im Politikfeld Familienpolitik also vor allem die Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Stärkung von Familien allgemein sowie die demografische Entwicklung. Während sich das Ziel der Stärkung von Familien nahtlos an die Aussagen zur Familienpolitik im bis dahin gültigen CDU-Grundsatzprogramm von 1994 anschloss und sich der Themenbereich Demografie bislang wenig konkret in christdemokratischer Programmatik niederschlugen hatte, stellten die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vor allem der Ausbau und die steuerliche Förderung der Kinderbetreuung, weniger eine Umsetzung bisheriger Grundsatzprogrammatik denn eine Neuausrichtung der CDU-Familienpolitik dar. So ist zwar im 1994er Programm unter der Überschrift „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern“ zu lesen, dass „mehr und flexiblere Betreuungseinrichtungen für Kinder der verschiedenen Altersgruppen“<sup>5</sup> eingerichtet werden müssen, jedoch wird der im neuen Grundsatzprogramm von 2007 zentrale Begriff der „Wahlfreiheit“ vor allem im Zusammenhang mit der Möglichkeit zum Wiedereinstieg in den Beruf nach einer „Familienphase“ genannt und darüber hinaus gefordert, „die in Haus- und Familienarbeit erworbenen Kompetenzen“ stärker als Qualifikation zu bewerten, vor allem in Form von monetären Zuwendungen und Rentenansprüchen.<sup>6</sup> Die Betreuung von Kindern außerhalb der Familie findet dagegen lediglich unter der Überschrift „Ehe und Familie unterstützen“ eine Nennung mit der Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zur Förderung der kindlichen Entwicklung.

Im kürzlich verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm der CDU findet sich die Neuausrichtung der Familienpolitik teilweise aus dem Regierungshandeln der Familienministerin abgeleitet. Dort wird unter der Überschrift „Unsere Zukunft: Kinder“ nun ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz statt auf einen Kindergartenplatz gefordert, jedoch als Ausgleich gleichzeitig auch ein Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause betreuen.<sup>7</sup> Das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird im Grundsatzprogramm von 2007 als ein gleichberechtigtes Anliegen unter dem Punkt „Für eine familienfreundliche Gesellschaft“ subsumiert und damit jeglicher Exotik beraubt.<sup>8</sup> Dabei rückt besonders die gemeinsame Erziehungsverantwortung beider Elternteile in den Mittelpunkt. Die „partnerschaftliche Aufteilung von Erziehung“<sup>9</sup> wird sogar als „Schlüssel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ bezeichnet: „Väter, die die Erziehung ihrer Kinder übernehmen,

müssen die gleiche gesellschaftliche Anerkennung erhalten wie Mütter.“<sup>10</sup> Zu den weiteren Neuerungen des Grundsatzprogramms von 2007 gehört eine erstmalige christdemokratische Definition von Familie, die überall dort sei, „wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen“<sup>11</sup>, und damit unabhängig von der Existenz einer Ehe konzeptionalisiert wird. Alleinerziehende Mütter und Väter werden damit ebenso in den Familienbegriff mit aufgenommen wie unverheiratete Paare mit Kindern. Ebenfalls zum ersten Mal werden im Familienkapitel auch nichteheliche, kinderlose Partnerschaften zwischen Frauen und Männern sowie gleichgeschlechtliche Partnerschaften berücksichtigt, ohne diese jeweils explizit dem Familienbegriff zuzuordnen. Das Rechtsinstitut der Eingetragenen Lebenspartnerschaft bleibt allerdings unerwähnt und die Ehe zwischen Mann und Frau wird weiterhin als „Kern der Familie“ und als „Leitbild“ definiert. Insgesamt versucht die CDU mit ihrem neuen Grundsatzprogramm im Politikfeld Familienpolitik somit einen Ausgleich zwischen den progressiven Politikentwürfen ihres Regierungshandelns sowie den unabhängig von der konkreten Regierungspolitik formulierten Neuorientierungen auf der einen Seite und dem Festhalten an bisherigen Maßstäben auf der anderen Seite zu schaffen. So formuliert die CDU im neuen Grundsatzprogramm folgerichtig: „Unsere Politik für die Familien orientiert sich an traditionellen Werten und neuen Wirklichkeiten.“<sup>12</sup>

Doch bedeutet die Entwicklung der Regierungspolitik sowie der Programmatik der CDU während der ersten Hälfte der Großen Koalition nun eine erneute Hinwendung zur Mitte oder gar eine „Sozialdemokratisierung“? Misst man die Entwicklung nach den einzelnen Ebenen voneinander getrennt, also das Regierungshandeln seit 2005 an dem Regierungshandeln vor 1998 oder das Grundsatzprogramm von 2007 an dem Vorgängertext von 1994, dann kann in beiden Fällen eine deutliche Bewegung der CDU während der Großen Koalition in die progressive und damit sozialdemokratische Richtung in diesem Politikfeld festgestellt werden. Fasst man den Begriff der Programmatik jedoch, wie oben beschrieben, über das Grundsatzprogramm hinaus, dann deutet zumindest für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2005<sup>13</sup> und zu allen anderen angesprochenen Innovationen der Beschluss des CDU-Bundesausschusses vom 13. Dezember 1999<sup>14</sup> bereits die später augenscheinlich werdenden Veränderungen an. Die CDU hat sich im Politikfeld Familienpolitik also bereits vor dem Beginn der Großen Koalition von einigen eher konservativen Positionen verabschiedet, jedoch wurde dies erst mit der erneuten Regierungsübernahme und dem neuen Grund-

satzprogramm auch für ein breiteres Publikum sichtbar – übrigens auch innerhalb der eigenen Partei. Mit ihrer deutlichen Hervorhebung der Ehe vor allen anderen Lebenspartnerschaften und Familienmodellen hebt sich die CDU aber auch nach ihrer familienpolitischen Neuausrichtung von den Positionen der Sozialdemokraten ab.

### Sozialpolitik

Auf Regierungsebene sind die Voraussetzungen für sichtbare christdemokratische Sozialpolitik deutlich schlechter als bei der Familienpolitik: Die für Sozialpolitik maßgeblichen Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie für Gesundheit<sup>15</sup> werden beide vom Koalitionspartner SPD geführt. Der CDU bleibt lediglich die Möglichkeit, sich über das vom CSU-Politiker Michael Glos geführte Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auf den sozioökonomischen Themenfeldern zu profilieren. Jedoch aufgrund der weit auseinander liegenden Politikansätze, mit denen CDU und SPD, wie oben beschrieben, gestartet waren, haben die sozialpolitischen Entscheidungen der Großen Koalition unzweifelhaft Kompromisscharakter, so dass an deren Entstehen die Christdemokraten nahezu gleichberechtigt beteiligt waren. Damit können die Entscheidungen der gesamten Großen Koalition jedoch auch nur bedingt als Richtungsanzeiger für die inhaltliche Entwicklung der CDU in der Regierung herangezogen werden.

In den ersten beiden Jahren der Großen Koalition fielen im Bereich Sozialpolitik vor allem folgende Reformprojekte ins Auge: die Gesundheitsreform, die Entscheidung zur Rente mit 67, ein Investitionsprogramm für mehr Beschäftigung sowie die Möglichkeit zur branchenbezogenen Einführung von Mindestlöhnen. Alle vier Projekte zeigen einen genauen Ausgleich der Regierungspolitik der Großen Koalition zwischen den möglichen sozialpolitischen Zielen eines Aus- oder Abbaus des bisherigen Sozialstaates. So sind die verstärkt am Wettbewerb orientierte Ausgestaltung des Gesundheitssystems durch die Gesundheitsreform sowie der Beschluss zur Heraufsetzung des Renteneinstiegsalters auf 67 Jahre als klare Entscheidungen für einen Abbau sozialstaatlicher Leistungen zu verstehen, während die Entscheidung zur öffentlichen Förderung von Beschäftigung sowie die ersten Schritte in Richtung eines Mindestlohns eher für einen Ausbau des Sozialstaates sprechen.

Es liegt also die Vermutung nahe, dass sich in den bisherigen Regierungsentscheidungen im Politikfeld Sozialpolitik die Positionen der beiden

Regierungsparteien zu gleichen Teilen abbilden und daher beide gezwungen waren, gleich stark oder gleich schwach von den eigenen Positionen abzurücken. Ein Blick in das Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2005 zeigt eine Übereinstimmung der Regierungspolitik mit der Forderung nach einer Heraufsetzung des Renteneinstiegsalters sowie von weiten Teilen des staatlichen Investitionsprogramms – vor allem in Bezug auf die Forschungs- und Mittelstandsförderung – mit den Programmforderungen der Union. In der Gesundheitspolitik gelang es der CDU, ihre Programmatik des verstärkten Wettbewerbs durchzusetzen, sie konnte aber die geforderte einheitliche Gesundheitsprämie nicht erreichen. Und mit der Zustimmung der CDU zu der Einführung eines Mindestlohns in ausgewählten Branchen entfernte sie sich von ihrem Wahlprogramm, in dem sie stattdessen „durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und ergänzender Sozialleistung ein angemessenes Auskommen“<sup>16</sup> für Arbeitnehmer verlangte. Mit dem vorläufigen Abrücken von der Gesundheitsprämie und dem Zulassen einzelner Mindestlöhne bewegte sich die CDU in ihrem Regierungshandeln auf dem Sozialstaatskonflikt also in Richtung eines Ausbaus des Sozialstaats, während sie in anderen Bereichen an ihrer Haltung zugunsten eines Abbaus festhielt.

Wie hat sich dagegen die Grundsatzprogrammatik der CDU im Politikfeld Sozialpolitik entwickelt? Nachdem auf dem Parteitag in Leipzig 2003 unter dem Titel „Deutschland fair ändern“<sup>17</sup> ein Konzept zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme vorgelegt wurde, das den Schwerpunkt auf die Senkung der Lohnnebenkosten, auf die Erhöhung der steuerlichen Finanzierung des Sozialstaates sowie auf die Forderung nach mehr Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Selbstbeteiligung in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit legte, kann die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm in den ersten beiden Regierungsjahren 2006 und 2007 in Teilen wie ein Rückzugsgefecht auf dem Gebiet der Sozialpolitik gelesen werden. Beim CDU-Parteitag in Dresden 2006 kam es zu einem Abstimmungssieg des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, der die Forderung nach einer Kopplung der Zahlungsdauer des Arbeitslosengeldes I an die Dauer der individuellen Beitragszahlungen und damit nach einer Verlängerung der Auszahlung durchsetzte, die letztendlich auch ins neue Grundsatzprogramm aufgenommen wurde. Mit dieser Entscheidung nahm die Grundsatzdiskussion im Politikfeld Sozialpolitik einen neuen Zungenschlag an und die fokussierte Betonung von Eigenverantwortung und einer Begrenzung staatlicher Leistungen wich ausgleichenden Formulierungen. So heißt es nun im

Grundsatzprogramm von 2007: „Nur eine Kombination aus Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem Engagement kann die Sicherheit schaffen, die die Menschen brauchen.“<sup>18</sup> Auch im Vorgängerprogramm von 1994 wird noch eindeutig die Forderung nach Eigenverantwortung in den Mittelpunkt gestellt, während 2007 stattdessen der „aktivierende Sozialstaat, der den Einzelnen verstärkt motiviert und in die Lage versetzt, im Rahmen seiner Möglichkeiten Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu übernehmen“ als Leitbild beschworen wird.<sup>19</sup> Damit wird also dem Staat und nicht dem Individuum selbst die Verantwortung für die Herstellung der Grundvoraussetzungen zur Übernahme von Eigenverantwortung übertragen. Daneben wird im neuen Programm deutlicher auf die Bedeutung von Vollbeschäftigung und von stabilen Sicherungssystemen Bezug genommen und ein klares Bekenntnis zum Sozialstaat geleistet, gleichzeitig aber auch die Stärkung von „Wettbewerb, Transparenz, Effizienz, Kosten- und Verantwortungsbewusstsein und das Subsidiaritätsprinzip“ in allen Sicherungssystemen gefordert. Während in dem Beschluss von Leipzig<sup>20</sup> noch der christdemokratische Grundwert der „Freiheit“ in den Mittelpunkt gerückt wurde und der Grundwert der „Gerechtigkeit“ nur einmal mit dem Zusatz „sozial“ Erwähnung fand – wohingegen häufig von „Leistungsgerechtigkeit“ die Rede war –, findet sich im Grundsatzprogramm von 2007 das Bekenntnis, „die Verwirklichung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit“.<sup>21</sup> Gleichzeitig werden jedoch auch weiterhin die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes und die Lockerung von Tarifverträgen gefordert.

Damit ist insgesamt die Entwicklung der CDU im Politikfeld Sozialpolitik zum einen durch den Zwang zum Kompromiss mit dem Koalitionspartner SPD geprägt, zum anderen ist die Partei selbst programmatisch bemüht, im Konflikt zwischen Aus- und Abbau des Sozialstaates stärker den Ausgleich der Interessen in den Mittelpunkt zu rücken.

### **Innere Sicherheit**

Das Thema Innere Sicherheit versus Bürgerrechte hat in den ersten zwei Jahren der Großen Koalition große Aufmerksamkeit erlangt, nachdem im Sommer 2006 sowie im Sommer 2007 geplante Sprengstoffanschläge islamistischer Terroristen in Deutschland verhindert und die verdächtigen Personen jeweils festgenommen werden konnten. Doch auch die Bundesregierung hat mit Gesetzesinitiativen genauso wie die Bundesminister des Innern und der Verteidigung – die beide der CDU angehören – mit

einzelnen Debattenanstößen zu einer stetigen öffentlichen Diskussion über die Innere Sicherheit beigetragen. Das Themenfeld wird auch in der Großen Koalition damit vor allem von der CDU besetzt, die darin in weiten Teilen konträre Positionen zu ihrem Koalitionspartner SPD vertritt.

Projekte im Bereich der Inneren Sicherheit waren auf der Regierungsebene in der ersten Hälfte der Legislatur die Verabschiedung des Gesetzes zur Datenvorratsspeicherung, die Freischaltung einer Anti-Terror-Datei, in der Informationen aller Sicherheitsbehörden vernetzt werden können, die Aufweichung des Zeugnisverweigerungsrechtes sowie eine von der CDU geplante Gesetzesgrundlage für die Durchsuchung von Computerfestplatten zur Terrorabwehr („Online-Durchsuchung“). Darüber hinaus forderten die CDU-Minister den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, eine Gesetzesgrundlage für den Abschuss von Passagierflugzeugen, die als Waffen genutzt werden, und im Herbst 2007 sorgte der Bundesinnenminister für eine erneute Sicherheitsdebatte mit seiner Warnung vor möglichen nuklearen Terroranschlägen.

Bereits im CDU-Bundestagswahlprogramm von 2005 wurden fast alle der später in der Regierung von der Partei initiierten Maßnahmen und Debatten formuliert. Daneben wurde die konsequente Abschiebung von ausländischen Straftätern und ein härteres Vorgehen gegen Jugend- und Kinderkriminalität gefordert. Letzteres führte durch den Landtagswahlkampf in Hessen zum Jahreswechsel 2007/2008 auch auf Bundesebene zu einer kontroversen Diskussion zwischen den beiden Koalitionsparteien. Mit ihrem Regierungshandeln ist die CDU im Politikfeld Innere Sicherheit damit also nicht wesentlich von ihren konservativen Positionen aus der Zeit vor der Bundestagswahl 2005 abgerückt, allerdings handelt es sich bei der Inneren Sicherheit um ein mit der SPD stark umstrittenes Thema. Jedoch anders als im Politikfeld Sozialpolitik scheinen die Regierungsentscheidungen hier weniger Kompromisse zwischen den beiden Parteipositionen widerzuspiegeln. Vielmehr führen unlösbare Konflikte hier zur Vertagung von Regierungsbeschlüssen und zur parteipolitischen Blockade.

In der Programmatik der CDU hat das Thema Innere Sicherheit in den Jahren nach 2001 eine immer stärkere Bedeutung erlangt. Ist im Grundsatzprogramm von 1994 noch ganz allgemein unter der Überschrift „Der inneren Sicherheit im Rechtsstaat Priorität geben“ über die Aufgaben des Staates in Bezug auf eine wehrhafte Demokratie sowie auf die Verbrechensbekämpfung und über die Bedeutung der Prävention zu lesen<sup>22</sup>, so



listet das neue CDU-Grundsatzprogramm von 2007 bereits in seinem zweiten Kapitel „Die gefährdete Sicherheit“ unter den „Herausforderungen unserer Zeit“ auf. Dabei wird vor äußeren und inneren Gefahren wie den „Auswirkungen asymmetrischer Bedrohungen“, dem „Links- und Rechtsextremismus, gewaltbereiten Fundamentalismus, Terrorismus und [der] organisierte[n] Kriminalität“ gleichermaßen gewarnt.<sup>23</sup> Folglich wird die Verknüpfung von Äußerer und Innerer Sicherheit gefordert, denn die Innere Sicherheit sei „angesichts weltweiter Bedrohungen gegen unsere Art zu leben [...] kaum mehr von einer Politik der äußeren Sicherheit zu trennen.“<sup>24</sup> Eine deutlich andere Akzentuierung ist im neuen Grundsatzprogramm auch innerhalb des Spannungsfeldes Kriminalitätsbekämpfung und Datenschutzinteressen festzustellen: Im Vorgängerprogramm von 1994 wird die Aussage „Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden“ mit dem Satz „Dabei halten wir daran fest, dass der Bürger vor einem Missbrauch seiner persönlichen Daten geschützt wird“ eingeleitet.<sup>25</sup> Das Programm von 2007 stellt der Aussage zum Datenschutz stattdessen die Feststellung voran: „Datenschutzinteressen sind mit dem Interesse an einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen.“<sup>26</sup> Vor dem Hintergrund neuer Bedrohungen ist die Prioritätenverschiebung im 2007er Grundsatzprogramm in Richtung Kriminalitätsbekämpfung zuungunsten des Datenschutzes also deutlich.

Insgesamt kann während der ersten Hälfte der Großen Koalition im Politikfeld Innere Sicherheit der CDU also keine Verschiebung ihrer Positionen in Richtung Mitte nachgewiesen werden, ihre Positionen als Regierungspartei entsprechen fast ausnahmslos den im Wahlprogramm 2005 formulierten Forderungen. Allerdings setzt das in derselben Zeit entwickelte Grundsatzprogramm im Politikfeld Innere Sicherheit deutlich stärkere Akzente als das Vorgängerprogramm von 1994, was jedoch mit der Interpretation der veränderten Situation aufgrund neuer terroristischer Bedrohungen zu erklären ist.

## FAZIT

Hat sich die CDU während der ersten beiden Jahre als Regierungspartei in einer Großen Koalition mit der SPD im politischen Spektrum nun also eher in Richtung Mitte oder eher von der Mitte weg bewegt? Auf dem Modernitätskonflikt zwischen den beiden Polen konservative und progressive Parteipositionen zeichnet die Partei nach den vorangegangenen Analysen ein widersprüchliches Bild: Sie hat ihre Positionen in beiden hier

betrachteten Politikfeldern seit dem Eintritt in die Große Koalition nicht mehr verändert und ist sich sowohl im Bereich Familienpolitik als auch bei der Inneren Sicherheit trotz der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten seit der Bundestagswahl 2005 treu geblieben. Dennoch hat sich die CDU in beiden Feldern in den letzten Jahren deutlich bewegt – jedoch jeweils schon vor ihrem erneuten Eintritt in die Bundesregierung. Und die Richtung war jeweils gegensätzlich: Kann man im Bereich der Familienpolitik bereits mit dem Beschluss von 1999 von einer deutlichen Modernisierung und damit einer Hinwendung zur Mitte sprechen, so muss für die Innere Sicherheit eine Veränderung in Richtung konservative Positionen verzeichnet werden. Und das, obwohl die Partei hier bereits traditionell konservativ profiliert ist. Im Politikfeld Innere Sicherheit hat sich die CDU im Laufe des letzten Jahrzehnts also nochmals deutlich konservativer positioniert.

Auf der Sozialstaatskonfliktlinie zwischen den beiden Polen „Ausbau des Sozialstaates“ und „Marktfreiheit“ ist die CDU sowohl in der Regierungspolitik also auch in ihrer Programmatik seit dem Eintritt in die Große Koalition dagegen um eine ausgleichende Positionierung bemüht, die weder eindeutig eine Priorität für einen Ab- noch für einen Ausbau der sozialstaatlichen Leistungen erkennen lässt. Verglichen mit ihrer dezidiert marktwirtschaftlichen Ausrichtung im Wahlprogramm 2005 bedeutet diese ausgleichende Strategie jedoch eine klare Hinwendung zur Mitte des politischen Spektrums. Von einer „Sozialdemokratisierung“ der Partei, interpretiert als stärkere Mitteorientierung, kann nach diesen Ergebnissen insgesamt also zum Teil gesprochen werden – allerdings fand diese lediglich im Bereich Sozialpolitik erst in der Zeit seit Bestehen der Großen Koalition statt.

- 1| Siehe dazu Haas, Melanie: *Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2007) 35-36, S. 18-26.
- 2| Vgl. Debus, Marc: *Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005*. In: *Brettschneider, Frank u.a. (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 43-63.
- 3| Flechtheim, Ossip K.: *Parteiprogramme*. In: *Lenk, Kurt / Neumann, Franz (Hrsg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien*. – Darmstadt: Neuwied: Luchterhand, 1974. – S. 179-186.



- 4| Auch das Themenfeld Umweltpolitik spielte während der ersten beiden Jahre der Großen Koalition eine große Rolle in der öffentlichen und CDU-internen Debatte, jedoch verläuft dieses quer sowohl zum Sozialstaats- als auch zum Modernitätskonflikt und lässt sich damit nur schwerlich in das vorgestellte Bewertungsschema einordnen. Allerdings kann gerade in diesem Themenfeld eine wesentliche programmatische Entwicklung der CDU, welche die Ökologie stärker in den Fokus rückt, seit der Bundestagswahl 2005 festgestellt werden.
- 5| CDU: Freiheit in Verantwortung. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Beschlossen vom 5. Parteitag. – Hamburg, 21.-23. Februar 1994. – S. 18. – <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/grundsatzprogramm.pdf> [24. Januar 2008].
- 6| Ebd.
- 7| CDU: Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag. – Hannover, 3.-4. Dezember 2007. – S. 30-31. – <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf> [24. Januar 2008].
- 8| Vgl. ebd., S. 26-28.
- 9| Ebd., S. 29.
- 10| Ebd.
- 11| Ebd., S. 25.
- 12| Ebd., S. 26.
- 13| CDU / CSU: Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum, Arbeit, Sicherheit. Regierungsprogramm 2005-2009. Verabschiedet in einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstandes der CDU und des Parteivorstandes der CSU. – Berlin, 11. Juli 2005. – S. 25. – <http://www.regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf> [24. Januar 2008].
- 14| CDU: Lust auf Familie. Lust auf Verantwortung. Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands. – Berlin, 13. Dezember 1999. – [http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/beschluss\\_131299.pdf](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/beschluss_131299.pdf) [24. Januar 2008].
- 15| Gleichzeitig lässt sich das Politikfeld Sozialpolitik auch als Querschnittsaufgabe verstehen, die in anderen Bundesministerien bearbeitet wird, wie beispielsweise im Bildungs-, Verkehrs- oder Familienministerium.
- 16| CDU / CSU: Deutschlands Chancen nutzen. – S. 12. – (Fn. 13).
- 17| CDU: Deutschland fair ändern. Beschluss des 17. Parteitages der CDU Deutschlands 2003. – Leipzig, 1.-2. Dezember 2003. – <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/deutschlandfairaendern.pdf> [24. Januar 2008].
- 18| CDU: Freiheit und Sicherheit. – S. 60. – (Fn. 7).
- 19| Ebd.
- 20| Vgl. CDU: Deutschland fair ändern. – (Fn. 17).
- 21| CDU: Freiheit und Sicherheit. – S. 7. – (Fn. 7).
- 22| CDU: Freiheit in Verantwortung. – S. 55-57. – (Fn. 5).
- 23| CDU: Freiheit und Sicherheit. – S. 18. – (Fn. 7).
- 24| Ebd., S. 21.
- 25| CDU: Freiheit in Verantwortung. – S. 56. – (Fn. 5).
- 26| CDU: Freiheit und Sicherheit. – S. 90. – (Fn. 7).

## DIE SPD UNTER KURT BECK

TRAGISCHES SCHEITERN AN DER SOZIALDEMOKRATISIERUNG DER BUNDESREPUBLIK?

Christoph Strünck

### DAS DILEMMA DER SOZIALDEMOKRATEN

Die ehemalige Massenintegrationspartei SPD schrumpft zusammen. Im Juli 2008 konnten sich nur noch 27 Prozent vorstellen, die Sozialdemokraten im Bund zu wählen.<sup>1</sup> Statt knapp einer Million Mitglieder zu Zeiten der Wiedervereinigung kann die SPD inzwischen nur noch 530.000 Besitzer eines sozialdemokratischen Parteibuchs vorweisen.<sup>2</sup> Allein auf Landesebene hat die SPD innerhalb eines Jahrzehnts ein Viertel ihrer Wählersubstanz verloren. Auch das Spitzenpersonal flieht. Die Halbwertszeit von Parteivorsitzenden scheint immer kürzer zu werden und mit Franz Müntefering hat ein sozialdemokratisches Urgestein die große Bühne verlassen. Die SPD, nicht gerade gesegnet mit politischen Talenten, hat ein gigantisches Nachwuchsproblem – und das auf allen Ebenen. Und wenn sogar schon die betulich ausgewogene ZEIT vor einiger Zeit meinte, in ihrem Magazin eine nur halbwegs ironisch gemeinte Kampagne zur Rettung der SPD fingieren zu müssen, dann scheint es um diese älteste deutsche Partei wahrlich nicht gut bestellt zu sein.<sup>3</sup>

Man könnte sich darüber auslassen, ob diese strukturelle und personelle Schwäche die Volksparteien insgesamt be-

droht und damit womöglich gleich die bundesdeutsche Demokratie. Doch diese Diskussion soll hier gar nicht erst eröffnet werden. Stattdessen steht im Zentrum, die offenkundige Krise der SPD zu beschreiben, nach Ursachen zu forschen und das Dilemma der Sozialdemokraten zu beschreiben. Dieses Dilemma besteht in einer scheinbar paradoxen Situation. Nicht erst die deutliche Zustimmung der Bevölkerung zum Vorschlag, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere zu verlängern, hat gezeigt, dass sich die Stimmung in der Bundesrepublik gewandelt hat. Angefacht durch eine überraschend solide Wirtschaftsentwicklung haben die Deutschen mehrheitlich den Sozialstaat und in jedem Fall den aktiven Staat wiederentdeckt. Familienministerin Ursula von der Leyen hätte längst schon ein ordentliches Problem mit ihrer Partei, wenn ihre beschlossenen und geplanten Maßnahmen nicht so überwältigend populär wären. Nach dem Urteil der meisten sind Mindestlöhne keinesfalls ein gefährliches Instrument, und streikende Lokomotivführer können, wenn nicht auf umfassende Solidarität, so doch zumindest auf erstaunliche Sympathie bauen. Bereits die Diskussion um PISA und die Bildungsausgaben hat eine nachhaltige Debatte um Chancengleichheit und Gerechtigkeit entfacht – alles Herzensangelegenheiten einer jeden Sozialdemokratin und eines jeden Sozialdemokraten. Sollte es jemals einen echten „neoliberalen“ Moment in der deutschen Politik gegeben haben, so scheint er verflogen. Der Zeitgeist trägt einen sichtlich sozialdemokratischen Mantel.

Paradoxerweise scheint er der SPD aber nicht gut zu stehen. Jedenfalls profitiert die Partei überhaupt nicht von dieser Stimmung, im Gegenteil. Nachdem Kurt Beck brachial die von vielen unterstützte Veränderung der Hartz-IV-Gesetze durchgedrückt hatte, sank die Zustimmung zur SPD sogar noch weiter. Dies ist der sichtbarste Beleg für das Dilemma der SPD: Hielte sie an wesentlichen Glaubensgrundsätzen der Agenda 2010 fest, könnte sie die Stimmung kaum für sich nutzen und würde weitere Stammwähler verprellen. Wendet sie sich von der Agenda 2010 ab, gilt sie als unglaubwürdig und unbeständig. Zugespitzt formuliert: Es sieht so aus, als scheitere die SPD an der Sozialdemokratisierung der Gesellschaft. Und das hat nicht nur etwas mit der vertrackten Konstellation der Großen Koalition zu tun oder der Konkurrenz durch die Linkspartei.

Dennoch ist dies zunächst nur eine Momentaufnahme. Beide Volksparteien sind immer wieder totgesagt worden, und Totgesagte leben bekanntlich länger. Ich möchte allerdings im Folgenden auf einige tiefer

liegende Trends und Entwicklungen hinweisen, welche die SPD vor fundamentale Herausforderungen stellen. Einige davon betreffen alle Parteien, andere wiederum sind typisch für die Sozialdemokratie.

### VON DER MITGLIEDER- ZUR MULTIFUNKTIONÄRSPARTEI

Für die SPD war es immer wichtig, viele Mitglieder zu haben. Das hat nicht nur die Schlagkraft in Wahlkämpfen erhöht, sondern garantierte der Partei auch die Verankerung in der Gesellschaft. Die Partei und ihre Vorfeldorganisationen boten den Boden für sozialen Aufstieg in der Arbeiterklasse und hatten damit unabhängig von Fraktionen und Parlamenten eine ganz eigenständige Bedeutung. Bei der FDP spielt dies weiterhin keine Rolle. Die CDU hat zwar gegenwärtig die SPD als Mitgliederpartei überholt, doch wirklich zum Selbstverständnis wie bei der SPD gehört es bei den Christdemokraten nicht, auch wenn es in Parteitagsreden immer gerne beschworen wird.

Doch nicht nur das Selbstverständnis der SPD als große Mitgliederpartei ist angeknackst, es brechen ihr auch schlicht die Ressourcen weg. Monat für Monat schrumpft die Partei um 3000 Mitglieder, und seit 1976 hat sie eine Million Mitglieder verloren. Von all ihren Ortsvereinen haben rund 20 Prozent in den letzten fünf Jahren kein einziges Mitglied aufgenommen.<sup>4</sup> Es fehlen Menschen und es fehlt auch immer häufiger das Geld. Nicht nur in programmatischer, auch in struktureller Hinsicht stecken die Sozialdemokraten in einem Dilemma. Je weniger Aktive sie mobilisieren können, desto schwerer fällt es ihnen, neue Mitglieder zu gewinnen. Das Ausscheiden aus einer Reihe von Länderregierungen macht das Ganze noch schwieriger.

Auf der lokalen Ebene ist die SPD daher jetzt schon eine Art Multifunktionärspartei. Um ihre Mandate in den Kommunalvertretungen auszufüllen und weitere politische Aufgaben zu übernehmen, fehlen schlicht die Leute. In den nächsten fünf Jahren werden überdies rund 40 Prozent aller kommunalen Mandate frei. Doch wer soll sie wahrnehmen? Zumindest auf kommunaler Ebene wird die SPD mehr und mehr zu einer Partei von Multifunktionären, die die Politik als klassische Karriere planen und nicht für den sozialen Aufstieg brauchen. Damit zerbröseln auch das immer noch gehegte soziale Milieu. Kassierer für Ortsvereine ist ein Posten, der immer häufiger vakant bleiben muss. Dabei waren es vor allem diese scheinbar nur buchhalterischen Positionen, auf denen Mitglieder

viel in Kontakt mit der Basis kamen und sich um die Probleme vor Ort kümmerten. Damit verstopft allmählich auch ein wichtiger Kommunikationskanal.

An solchen Problemen ist die Partei selbst nicht unschuldig. Die unter anderem wegen knapper Kassen durchgesetzte Zentralisierung der internen Parteiorganisation macht einige Funktionen vor Ort überflüssig, die mit wenig Ruhm, aber dafür mit Ehre verknüpft waren. Übrig bleiben nur die Posten, die unmittelbar auf Fraktionskarrieren vorbereiten. Dadurch löst sich auch die SPD aus ihrer gesellschaftlichen Verankerung.

### **ZWISCHEN PROGRAMM- UND REGIERUNGSPARTEI**

Auch in puncto Programm unterscheidet sich die SPD nach wie vor von den Christdemokraten als zweiter großer Volkspartei. Das Etikett einer Programmpartei passte nie so richtig zur CDU. Debatten über Grundsatprogramme werden bei den Christdemokraten bei weitem nicht mit so viel Leidenschaft geführt wie unter Sozialdemokraten. Die SPD war von Beginn an eine Weltanschauungs- und Programmpartei, während die CDU längere Zeit eine Honoratiorenpartei und konfessionelle Sammlungspartei war, deren Programmatik bewusst breit blieb.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive werden Parteiprogramme leicht mit der Bemerkung abgetan, sie müssten vor allem nach innen die Mitglieder zufriedenstellen und zu Wahlkämpfen mobilisieren. Mit anderen Worten: Was dort drin steht, ist für die reale Politik von keiner besonderen Bedeutung. Abgesehen davon, dass gerade die Mobilisierung der Mitglieder nach wie vor unverzichtbar ist für Wahlkämpfe, lässt sich an der jüngsten Programmdiskussion der SPD ablesen, warum auch Grundsatprogramme wichtig sein können. Die Medien haben versucht, eine mögliche Richtungsänderung im neuen Hamburger Programm aufzuspüren. „Die SPD rückt nach links“ war die häufigste Schlagzeile. Insofern ist das Grundsatprogramm eben doch nicht nur eine interne Angelegenheit, um die aktiven Mitglieder bei der Stange zu halten und Selbstauskünfte zu geben.

Aber kann man die These vom Linksruck wirklich an einem Grundsatprogramm festmachen? Tatsächlich geht es wohl um mehr als die vielen Seiten Papier, nämlich um ein weiteres grundlegendes Dilemma der SPD und das liegt in der Tat auf programmatischer Ebene. Die Diskussion um

das Grundsatprogramm ist dafür nur eine Art Seismograph. Die Agenda 2010 kam mehr oder weniger über Nacht über die Partei. Das Bundeskanzleramt sah sich genötigt, eine Kehrtwende einzuleiten, um den Absturz von Kanzler und Regierung aufzuhalten. Der heutige Vize-Kanzler Frank-Walter Steinmeier war daran als Chef des Bundeskanzleramtes maßgeblich beteiligt und hatte die Sache über längere Zeit zusammen mit engsten Schröder-Vertrauten entwickelt. Gerhard Schröder konnte schon deshalb die Partei nicht besser auf diese Radikalkur vorbereiten, weil er sich selbst nicht darauf vorbereitet hatte. Vieles von dem, was zu Beginn der ersten rot-grünen Legislaturperiode in Gestalt des Schröder-Blair-Papiers schnell wieder in der Schublade verschwunden war, tauchte jetzt handfest wieder auf. Da dieses Papier jedoch nie als Leitlinie für die parteipolitische Diskussion ausgegeben worden war, geriet die Agenda 2010 zu einer klassisch exekutiven Strategie eines Stoßtrupps, um sich aus höchster Not mit einem Befreiungsschlag zu retten und die Initiative wieder an sich zu reißen. So etwas kann in der deutschen Parteiendemokratie nicht ohne Folgen bleiben.

Und die Folgen sind bis heute unübersehbar. Schröder zog etwas durch, was für seine regierende Partei eine ganz klare Kurskorrektur sogar in programmatischen Grundsatfragen mit sich brachte: Was ist der Wert der Arbeit, ist Gerechtigkeit über Umverteilung machbar, was ist die Wurzel von Arbeitslosigkeit? Hinter den Worthülsen der Hartz-Kommission lauerten überall solche Sprengminen. Und die sind bis heute nicht entschärft worden, auch nicht durch das Hamburger Programm, obwohl dies keineswegs so eindeutig einen Linksruck markiert, wie die meisten Medien getitelt haben. Doch das eigentliche Problem liegt darin, dass mit der Agenda 2010 eine Richtung eingeschlagen wurde, die in der Partei nicht verarbeitet und beeinflusst werden konnte. Normalerweise erneuern sich Parteien programmatisch in der Opposition. Regierungsperioden eignen sich aus vielerlei Gründen nicht für neue Grundsatprogramme: Das Tagesgeschäft beherrscht die Partei und manche visionären Gedanken könnten über Kreuz sein mit der eigenen Regierungspolitik. Für die CDU waren die 1970er Jahre der Opposition nicht ohne Grund eine prägende Phase, in der Heiner Geißler als Generalsekretär mit der Neuen Sozialen Frage eine intensive Diskussion anzettelte. In dieser Phase verwandelte sich die CDU allmählich in eine echte Programmpartei.

Auch die CDU hat sich, obwohl sie an der Regierung ist, vor kurzem ein neues Grundsatprogramm verordnet. Das lief jedoch bei den Christ-

demokraten deutlich geräuschloser ab als bei der SPD, weil es eher Grundwerte als Grundsatzprogramme sind, die bei der CDU den Ton angeben. Und die CDU muss sich nicht mit dem Erbe der Agenda 2010 herumschlagen.

Politikwissenschaftler gehen gerne mit der These hausieren, nur linke Parteien oder Parteien der linken Mitte seien in der Lage, unpopuläre Sozialreformen durchzusetzen. Denn nur ihnen gelänge es, die Gewerkschaften dabei einigermaßen im Zaum zu halten und nur ihnen würde ein Großteil der Wählerinnen und Wähler vertrauen, dass sie den Wohlfahrtsstaat nicht einfach abschaffen wollen. Das ist schön gesagt bzw. geschrieben. Es vernachlässigt aber die enormen Kosten, die eine solche Politik für die Parteien erzeugt. Warum Parteien diese Kosten akzeptieren sollten, dazu sagt die These grundsätzlich nichts.

Die Agenda 2010 mag ein strategisches Manöver kleinster Kreise um Schröder gewesen sein, das die Partei mürrisch nachvollziehen musste, um nicht als regierungsunfähig dazustehen. Doch anders als die CDU musste die SPD die Agenda 2010 verdauen, während sie regierte. Und sie muss – jetzt wieder an der Regierung – eine Antwort auf ihre eigene, unverdaute Politik finden. Die Irritationen für die Partei haben dadurch eher zugenommen. Der Bundespräsident, viele Medien, Ökonomen und andere Experten loben die SPD dafür, dass sie die Agenda 2010 angestoßen hat. Im gleichen Moment, wo diese Experten sogar umfassende Wirkungen ausmachen, muss sich aber die SPD sowohl der CDU als auch der Linkspartei stärker entgegenstemmen. Der Parteienwettbewerb verlangt von ihr, sich von ihrer eigenen, vergangenen Regierungspolitik teilweise loszusagen. Den Parteimitgliedern fällt das nicht sonderlich schwer, wie die Programmdiskussion gezeigt hat. Der Unmut an der Basis ist groß. In einem Schreiben an die Mitglieder hatte sich Kurt Beck noch klar hinter die Agenda 2010 gestellt, doch jetzt ist verschämt von einer „Weiterentwicklung“ die Rede.<sup>5</sup>

Was der mittleren Funktionärschicht wie eine Rückbesinnung auf Kernkompetenzen erscheint, kommt bei der Bevölkerung allerdings als Wankelmut an. Der Absturz in den Umfragen ist ganz deutlich, auch wenn einzelne Personen wie Frank-Walter Steinmeier davon ausgenommen sind. Das neue Hamburger Programm der SPD kann dieses Problem sicherlich nicht lösen. Zum einen ist es – wie jedes Grundsatzprogramm – widersprüchlich. Gerade die zaghafte Abkehr von der Umverteilungs-

gerechtigkeit in den Kapiteln über den vorsorgenden Sozialstaat zeigt, dass dieses Programm die Partei keineswegs weiter nach links rückt. Allerdings sind diese Versuche eben nur zaghaft, und an anderen Stellen kommen staatsfixierte Vorlieben zum Vorschein. Die SPD hat sich eben nicht über sich selbst vergewissert, und das ist an der Regierung auch gar nicht möglich. Ihr Spitzenpersonal muss regieren und nebenher versuchen ein bisschen zu polarisieren. Viele Mitglieder gefallen sich jetzt schon in der Rolle der gefühlten Opposition, die Franz Müntefering einst noch für „Mist“ hielt.<sup>6</sup>

Aber wer ist eigentlich die SPD, wenn diese Frage an so später Stelle noch erlaubt sein darf? Ein Großteil, wenn nicht sogar alle sozialdemokratischen Regierungsmitglieder haben keine wirklichen Probleme mit dem Paradigmenwechsel in der Ära Schröder gehabt und haben sie auch jetzt nicht. Das gilt aber keineswegs für die mittlere Funktionärschicht, die besonders allergisch auf die Agenda 2010 reagiert und wo nach wie vor das ideologische Herz der SPD schlägt. Die einfachen Mitglieder sind gespalten, während die Wählerinnen und Wähler vor allem ein klares Profil erwarten. Nur so ist zu erklären, warum die Umfragewerte der SPD weiter sanken, nachdem Kurt Beck sich mit seiner populären Forderung nach Verlängerung des Arbeitslosengeldes durchgesetzt hatte. Denn die Wählerschaft verstand nicht, warum es zunächst lauthals hieß, wir stehen hinter der Agenda 2010 und dann zum Rückzug geblasen wurde.

Viel bringen konnte dieser Vorstoß den Sozialdemokraten ohnehin nicht, da die CDU sehr schnell auf den Vorschlag eingegangen ist und er somit nicht zur kontrollierten Polarisierung taugte. Auch der Mindestlohn könnte sich als „Rohrkrepierer“ herausstellen, weil die Union nun den Postmindestlohn mitträgt. Ob daraus dann noch ein echter Wahlkampf-Schlager wird, darf bezweifelt werden. Die CDU ist nach wie vor (auch) Sozialstaatspartei. Doch sie muss dieses Label nicht verkrampft gegen die neue Linkspartei verteidigen, weil die SPD ihre Kernkompetenz wieder entdeckt und einen Streit um „Original und Fälschung“<sup>7</sup> vom Zaun gebrochen hat.

## **DIE UNDANKBARE GROSSE KOALITION**

Zu dieser Auseinandersetzung, die den programmatischen Schwebzustand der SPD überdeckt, kommt die taktische Zwickmühle in der Regierung hinzu. Die SPD ist mehr oder weniger sehenden Auges in die Res-

sortfalle getappt. Das Arbeits- und Sozialministerium muss sich mit unpopulären Dingen wie der Rente mit 67 oder der Beaufsichtigung diverser Baustellen in der Arbeitsmarktpolitik beschäftigen. Obwohl sozialdemokratische Kernkompetenz, ist die Ausgangslage in der Sozialpolitik eher schwierig, auch wenn die Mindestlohn-Diskussion neue Wege aufzeigt. Gerade in der Familienpolitik wird deutlich, wie wenig die Sozialdemokraten zu ihren eigenen Leistungen stehen wollen bzw. stehen können. Alles, was Frau von der Leyen auf die Agenda gesetzt hat, wurde im Familienministerium von Renate Schmidt bereits ausgedacht. Doch die Zeit war noch nicht reif, um in ihrer eigenen Regierung damit wirklich weit zu kommen. Nicht nur die SPD hat ihre eigene Tragik, sondern gerade auch einige ihrer ehemaligen Spitzenpolitiker. Je mehr sich die SPD nun zu ihren eigenen Forderungen und Ideen bekennt, desto mehr stärkt sie zugleich Ursula von der Leyen und zwar auch gegen die CDU selbst. Denn viele einfache Mitglieder sind überhaupt nicht einverstanden mit dem Richtungswechsel. Doch die SPD kann sich nicht einmal mit ihren eigenen Federn schmücken.

Das Familienministerium, in dem lauter Publikumsrenner verkündet werden können, hat sich die SPD leichtfertig abnehmen lassen. Womöglich hielten immer noch viele dieses Ressort für weiches „Sozialgedöns“, wie Gerhard Schröder einst gejuxt hatte, eine seiner größeren Fehleinschätzungen.<sup>8</sup> Wahrscheinlich haben die Sozialdemokraten außerdem Ursula von der Leyen falsch eingeschätzt, genauso wie die CDU selbst sowie Teile der Öffentlichkeit. Dass sozialdemokratische Politik erst von einer christdemokratischen Ministerin so richtig zur Blüte gebracht würde, hat sich kaum einer träumen lassen.

In dieser Situation muss die SPD außerdem erleben, wie sie als Partei mit ihrem Vorsitzenden immer mehr an Boden verliert. Eigentlich ist Kurt Beck der ideale Kandidat für eine Partei, die ihre Stammwählerschaft auf eine schwere Probe gestellt hat. Die üblichen Versatzstücke modernen Regierungsvokabulars kommen ihm kaum über die Lippen. Er spricht eine Sprache, die endlich auch mal normale Menschen verstehen können. Kurt Beck ist als Typus das, was man in der Politikwissenschaft auch „Bürgermeister-Politiker“ nennt: ein bürgernaher, an konkreten Problemen interessierter Regent, aber ohne Interesse an großen Linien. Diese Rolle füllt er als Ministerpräsident im eher konservativen Rheinland-Pfalz optimal aus, was auch seine dortigen Erfolge erklärt.

Doch nicht nur Rheinland-Pfalz, alle Bundesländer sind als Arena bestenfalls zweite Liga gegen die Bundesliga in Berlin. Die programmatischen Vorstöße von Kurt Beck und sein eher lustloses Moderieren der Programmdiskussion haben gezeigt, dass er sich in der ersten Liga immer noch nicht richtig wohl fühlt. Darüber kann auch sein inszenierter Kampf mit Franz Müntefering nicht hinwegtäuschen.

Ein wenig bizarr mutete Becks Versuch an, mit einem in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* platzierten Artikel eine Schneise für die SPD als Sozialstaatspartei zu schlagen.<sup>9</sup> Der CDU hielt er kalten Neoliberalismus vor, obwohl in der CDU die Leipziger Leitsätze inzwischen wie ein Betriebsunfall wirken. Ein bisschen so wirkt es, als wolle Beck hier einen Popanz errichten. Nach wie vor ist die CDU ebenso eine Sozialstaatspartei wie die SPD. Nicht nur ist der deutsche Wohlfahrtsstaat bekanntlich mehr von der Christdemokratie als von der Sozialdemokratie geprägt worden. Die CDU bildet mit der SPD zusammen außerdem eine Ausnahme in allen europäischen Parteiensystemen, weil sich hier zwei ausgeprägte Sozialstaatsparteien gegenüberstehen. Die CDU ist zwar weiterhin der wichtigste Konkurrent im Parteienwettbewerb, doch die größte Bedrohung ist der SPD durch die Linkspartei erwachsen. Becks erster größerer Ausflug in die intellektuelle und programmatische Auseinandersetzung mit dem Gegner hat den eigentlichen Gegner also gar nicht beim Namen genannt.

## IN DER KLEMME ZWISCHEN CDU UND LINKSPARTEI

Die SPD und ihr Vorsitzender sind nicht zu beneiden: Die Kanzlerin sonnt sich im Amtsbonus, Franz Müntefering und Ulla Schmidt mussten die schwierigen Themen vom Eis holen und Oskar Lafontaine kann ungeprüft einfache „Wahrheiten“ unters Volk bringen und die SPD des Verrats an sich selbst bezichtigen. Für eine Weltanschauungs- und Mitgliederpartei – und beides ist die SPD nach wie vor – gibt es kaum eine schwierigere Situation als derzeit. Das liegt vor allem daran, dass die Linkspartei eine verunsicherte Sozialdemokratie trifft, die nach wie vor mit sich und ihrer früheren Regierungspolitik nicht im Reinen ist. Und im Reinen ist die Partei ebenfalls nicht mit sich, wenn es um den Umgang mit der Linkspartei geht. Strategisch betrachtet gibt es eine Mehrheit links von der Mitte in Deutschland. Eine Partei, die sich bewusst und dauerhaft gegen das Regieren stemmt, weil sie bestimmte Koalitionen ausschließt, wäre eine seltsame Partei. Vieles spricht dafür, dass Oskar Lafontaine und nicht die Linkspartei selbst das eigentliche Hindernis ist. Nichts ist für

Sozialdemokraten schlimmer als Verrat und Übertritt nach links. Solange Lafontaine für die Linkspartei spricht, wird es schwierig mit Bündnissen im Bund. Doch warum sollte sich die SPD von ihren Konkurrenten einreden lassen, nicht regieren zu dürfen?

Die jüngsten Absatzbewegungen von der Agenda 2010 – im schönsten Parteijargon als so genannte „Weiterentwicklung“ getarnt – mögen die Koalition treffen, aber sie zielen auf die Linkspartei. Es geht gar nicht so sehr darum, sich von der CDU abzugrenzen, sondern sich der Linkspartei zu nähern, ohne ihr ins Gesicht sehen zu müssen. Es ist daher strategisch nachvollziehbar, dass die Agenda 2010 aus sozialdemokratischer Sicht modifiziert werden muss. Dies war im Kern auch die Botschaft von Gerhard Schröder an seine Genossen, die Agenda 2010 nicht als die zehn Gebote zu betrachten.<sup>10</sup> Das war nicht eine erneute Wende des wendigen Ex-Kanzlers, sondern eine Erinnerung daran, die veränderten Rahmenbedingungen der politischen Auseinandersetzung ernst zu nehmen. Oder anders: Wieder Rechte und nicht nur Pflichten zu betonen. Doch was strategisch richtig zu sein scheint, stürzt die SPD zugleich in Widersprüche. Denn mit den beiden Baustellen Arbeitslosengeld und Mindestlohn hat die SPD Themen besetzt, die so gar nicht zu ihrem Schwenk im Grundsatzprogramm passen wollen. Hinter dem Begriff „vorsorgender Sozialstaat“ verbirgt sich nämlich eine klammheimliche Abkehr von der finanziellen Verteilungsgerechtigkeit als Maxime sozialer Sicherung.

Stattdessen hat die SPD ihre Sozialpolitik stärker darauf ausgerichtet, in Infrastruktur zu investieren, etwa in der Bildung oder Kinderbetreuung, um damit nachhaltiger für Chancengleichheit zu sorgen, als das die klassischen Geldleistungen jemals könnten. Auch wenn sich beide Ansätze nicht ausschließen, ist das doch eine klare Akzentverschiebung. Den Mindestlohn allerdings könnte man noch am ehesten zum indirekten Erbe der Agenda 2010 zählen. Denn wer den Arbeitsmarkt stärker flexibilisiert, wie es die SPD mit diversen Arbeitsmarktformen getan hat, muss möglicherweise die Rutschbahn nach unten etwas korrigieren, indem er Mindestlöhne einführt.

Im Übrigen war es ausgerechnet der neue Arbeitsminister Olaf Scholz, der nicht nur einst den demokratischen Sozialismus aus dem Programm streichen lassen wollte. Scholz hat sich auch zu Agenda-Zeiten klar dafür ausgesprochen, sich nicht mehr so sehr auf die Verteilungsgerechtigkeit zu fixieren, sondern die Chancengerechtigkeit zu betonen. Insofern ist

der „Linksruck“, den so viele Medienvertreter entdeckt haben wollen, eher auf einigen Unmut der Parteibasis mit der Agenda zurückzuführen und weniger auf Kernelemente des Hamburger Programms. Betrachtet man die Sozialpolitik insgesamt, so gelingt es der SPD jedoch nicht, eine zentrale Pointe für sich zu setzen: Nämlich dass die sozialdemokratisch anmutenden Konzepte von Frau von der Leyen, eine bessere soziale Grundsicherung sowie andere Vorschläge, die in der Bevölkerung viel Anklang finden, den deutschen Sozialstaat in eine andere Richtung schieben – und zwar in eine sozialdemokratische.

Die Ironie der ganzen Geschichte liegt darin, dass der konservative deutsche Sozialstaat, der auf dem männlichen Normalarbeitsverhältnis aufbaut und die soziale Sicherung nach einkommensbezogenen Beiträgen staffelt, maßgeblich von der CDU gestaltet worden ist. Obwohl sich ein eher sozialdemokratisches Sozialstaatsmodell am Horizont abzeichnet, in dem universelle soziale Dienstleistungen statt einkommensbezogener Geldleistungen im Vordergrund stehen, kann die SPD dies jedoch kaum für sich nutzen. Die Sozialdemokraten scheinen an der Sozialdemokratisierung der Gesellschaft zu scheitern. Ob man dies tragisch findet, hängt natürlich vom Standpunkt ab. Bemerkenswert ist es allemal.

- 1] Vgl. ZDF: Politbarometer vom 11. Juli 2008. – <http://politbarometer.zdf.de> [30. Juli 2008].
- 2] Vgl. „CDU hat erstmals mehr Mitglieder als die SPD.“ In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Juli 2008.
- 3] Vgl. das Flugblatt des fiktiven „Vereins zur Rettung der SPD“ unter <http://images.zeit.de/online/2007/30/Rettet-die-SPD.pdf>; Prüfer, Tillmann / Stolz, Matthias / Sussebach, Henning: Ist die SPD noch zu retten? In: Die Zeit, 30/2007. – <http://zeus.zeit.de/text/2007/30/SPD> [1. Februar 2008] sowie Seils, Christoph: Wer rettet die SPD. Die Traditionspartei steckt dauerhaft im Umfragetief. Wer soll sie dort herausführen? Eine Suche in Text und Bild. In: Zeit online vom 8. Mai 2007. – <http://www.zeit.de/online/2007/19/bildergalerie-spd-rette> [1. Februar 2008].
- 4] Bannas, Günter: Keiner will mehr Kassierer sein. Die SPD wird zur Karrieristenpartei. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Februar 2007.
- 5] Vgl. Beck, Kurt: Reformen für ein soziales Deutschland. – <http://www.spd.de/show/1731595/Beck-Brief.pdf> [1. Februar 2008].
- 6] Vgl. „Müntefering: Opposition ist Mist.“ In: Welt online vom 21. März 2004. – [http://www.welt.de/politik/article301337/Muentefering\\_Opposition\\_ist\\_Mist.html](http://www.welt.de/politik/article301337/Muentefering_Opposition_ist_Mist.html) [1. Februar 2008].
- 7] Meisner, Matthias: Original und Fälschung. Wie die Linkspartei über die SPD-Beschlüsse denkt. In: Der Tagesspiegel vom 30. Oktober 2007.



- 8| Vgl. u.a. Schulte-Döinghaus, Uli: „Gedöns“ als wirtschaftlicher Faktor. In: Handelsblatt.com vom 12. Juni 2007. – [http://www.handelsblatt.com/News/Politik/Deutschland/\\_pv/grid\\_id/1174152/\\_p/200050/\\_t/ft/\\_b/1280399/default.aspx/gedoens-als-wirtschaftlicher-faktor.html](http://www.handelsblatt.com/News/Politik/Deutschland/_pv/grid_id/1174152/_p/200050/_t/ft/_b/1280399/default.aspx/gedoens-als-wirtschaftlicher-faktor.html) [1. Februar 2008].
- 9| Vgl. Beck, Kurt: Das soziale Deutschland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juni 2007.
- 10| Vgl. u.a. Doemens, Karl: Vom alten Moses und dem Piano-Mann. In: Handelsblatt.com vom 18. Oktober 2007. – [http://www.handelsblatt.com/News/Politik/Deutschland/\\_pv/grid\\_id/1548623/\\_p/200050/\\_t/ft/\\_b/1338759/default.aspx/vom-alten-moses-und-dem-piano-mann.html](http://www.handelsblatt.com/News/Politik/Deutschland/_pv/grid_id/1548623/_p/200050/_t/ft/_b/1338759/default.aspx/vom-alten-moses-und-dem-piano-mann.html) [1. Februar 2008].

## DIE CSU VOR DEM INNER-PARTEILICHEN MACHTWECHSEL<sup>1</sup>

Matthias F. Lill

Für Außenstehende erscheint die CSU immer wieder als ein Phänomen, das scheinbar nur schwerlich zu begreifen ist. Seit fünfzig Jahren steht sie auf Landesebene ununterbrochen in der Regierungsverantwortung, und seit 45 Jahren regiert sie den Freistaat Bayern sogar mit absoluter Mehrheit. Im Jahr 2003 errang sie sogar die Zweidrittelmehrheit der Mandate im bayerischen Landtag. Ein solcher Erfolg war zuvor noch nie einer Partei auf Bundes- oder Landesebene in der Bundesrepublik Deutschland gelungen. Die CSU ist damit zweifelsohne die erfolgreichste Partei der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Aber auch auf europäischer Ebene sucht man vergebens nach einer vergleichbaren Erfolgsgeschichte. Allenfalls die „Südtiroler Volkspartei“ kann auf eine ähnliche Kontinuität in der Regierungsverantwortung zurückblicken, wobei die von ihr geführte italienische Region allerdings deutlich kleiner ist als Bayern. Schließlich zählt der Freistaat mit 12,5 Millionen Einwohnern mehr Landeskinder als 19 der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Wie aber kann es einer Partei in einem Land, das auch im internationalen Vergleich nicht zu den kleinsten zählen würde, gelingen, über einen solch langen Zeitraum derart unangefochten zu regieren? Worin liegt das Geheimnis dieses außergewöhnlichen Erfolgs?

Skeptiker könnten nun die Frage stellen, ob es wirklich die eigene Stärke ist, der die CSU ihre großen Erfolge verdankt – oder nicht doch die Schwäche der politischen Wettbewerber, die sie regelmäßig zu großen Wahlerfolgen bei Landtags- und Bundestagswahlen trägt. In der Tat geben SPD, Grüne und die seit dreizehn Jahren gar nicht mehr im Landtag vertretene FDP nicht das beste Bild ab und können wohl kaum als ernstzunehmende Alternative zur CSU angesehen werden. Ein solcher Erklärungsversuch würde aber viel zu kurz greifen.

### **BESONDERHEITEN DER CSU**

Einzigartige Erfolge, wie sie die CSU vorzuweisen hat, sind niemals Zufallsprodukt oder Ergebnis der Schwäche anderer, sondern Ausdruck eigener Stärke und Überzeugungskraft. Nur so konnte die CSU über Jahrzehnte das Vertrauenskapital aufbauen, dank dessen sie gleichsam zur natürlichen Regierungspartei avanciert ist. Dazu hat sicher auch der Mut beigetragen, mit dem sie zunächst unpopuläre Entscheidungen durchgesetzt hat, die Bayern letztlich aber nach vorne gebracht und sich als segensreich für die Bevölkerung erwiesen haben.

Eine Erklärung des außergewöhnlichen Erfolgs der CSU liegt somit in der Fähigkeit, sich immer wieder aus sich selbst heraus zu erneuern. Die Partei hat sich verändert und modernisiert, ohne dabei ihre Wurzeln zu verleugnen oder gar aufzugeben. Aus diesem Grund war sie auch die richtige Kraft, um den Strukturwandel Bayerns vom vornehmlich landwirtschaftlich geprägten Land zu einem weltweit anerkannten High-Tech-Standort zu bewältigen.

Mit diesem bereits in den 1960er Jahren einsetzenden Strukturwandel beginnt die Erfolgsgeschichte Bayerns, die seither andauert und die CSU von einem Wahlerfolg zum nächsten geführt hat. Denn die CSU hat es geschafft, aus einem vergleichsweise armen Land im Südosten der Republik, seinerzeit gerne belächelt von den reicheren Nachbarn im industrialisierten Norden und Westen der Bundesrepublik, ein Kraftzentrum zu machen, das heute vielerorts bewundert und beneidet wird. Dass ihr dies gelungen ist, ohne die besondere Identität des noch immer eher ländlich geprägten Bayerns aufs Spiel zu setzen, kommt sehr bildhaft in dem mittlerweile sprichwörtlichen Bonmot von „Laptop und Lederhose“ zum Ausdruck.

Die Menschen in Bayern wissen, wem sie den spektakulären und zumindest in Deutschland einzigartigen Aufstieg ihres Landes verdanken. Deshalb wurde der Erfolg des Freistaats zunehmend auch zu einer Erfolgsgeschichte der CSU. Nicht nur in Bayern, sondern noch mehr außerhalb der Grenzen des Freistaats begann man bayerische Politik und die hervorragende Entwicklung bayerischer Wirtschaftskraft und Innovationsfreude immer stärker mit der CSU zu identifizieren. Der Stolz auf das Erreichte, der Stolz auf Bayern wurde der regierenden Partei angerechnet und damit zur Grundlage der Fortsetzung des Erfolgskurses.

Dass für viele Menschen Bayern und CSU zu Synonymen geworden sind, liegt sicherlich auch an der Bedeutung, die die Partei der spezifischen bayerischen Identität und den Traditionen des Landes beimisst. Die CSU hat Bayern nicht in die Moderne gestoßen, sondern geführt und dabei Sorge dafür getragen, dass der Freistaat ein Land mit einem ganz besonderen regionalen Charakter geblieben ist. Wo sonst in Deutschland findet man noch Trachten und Volksfeste wie in Altbayern, Franken und Schwaben, wo sonst wird auch der eigene Dialekt so gepflegt, während er andernorts längst als Bildungshindernis diffamiert wurde?

In den Augen der Menschen verkörpert die CSU bayerische Lebensart – und damit auch die besondere Identität, die den Freistaat auszeichnet. Die Menschen in Bayern fühlen sich ihrer regionalen Herkunft eben stärker verhaftet als dies etwa in Nordrhein-Westfalen oder Sachsen-Anhalt der Fall ist. Ein Bayer begreift sich in der Regel nicht nur als Deutscher, sondern ausdrücklich auch als Bayer, und ist stolz auf seine Herkunft. Schließlich blickt das Land auf eine über tausendjährige Geschichte zurück und ist damit deutlich älter als das geeinte Deutschland.

Die CSU repräsentiert diesen Stolz auf die bayerische Heimat. Damit steht sie durchaus auch in der Tradition der längst in der Bedeutungslosigkeit versunkenen „Bayernpartei“, deren vermeintliches Eintreten für bayerische Belange seinerzeit schon einen zwanghaften Charakter angenommen hatte und meist auch von separatistischen Losungen begleitet war. Damit verlor sie aber je länger desto mehr ihre Berechenbarkeit in der demokratischen Auseinandersetzung. Als dezidiert bayerische Partei hat die CSU bereits vor fünf Jahrzehnten dieses Erbe angetreten. Im Unterschied zur Bayernpartei steht sie aber nicht für Sektierertum, sondern für den selbstbewussten Einsatz für bayerische Interessen in Deutschland und Europa.



Die CSU ist eine bayerische Partei mit bundespolitischem Gestaltungsanspruch. Dabei empfinden sie die Menschen gleichzeitig auch als die Partei, die für Bayern steht. Eine vergleichbare Symbiose ist weder der CDU noch der SPD in irgendeinem anderen Teil Deutschlands gelungen. Es gibt keine „Hessen“- oder „NRW“-Partei, auch wenn Wahlstrategen immer wieder versucht haben, diesen Eindruck zu vermitteln. SPD und CDU haben ihre Hochburgen, aber es wird niemand behaupten, sie stünden für ein ganzes Bundesland. Das kann nur die CSU von sich behaupten, bei der eine Landes- mit der Bundespartei identisch ist.

Deshalb tritt die CSU auch wie keine andere Partei für die Stärkung des föderalistischen Systems in Deutschland ein. Was auf Landesebene gestaltet werden kann, soll im Sinne der Subsidiarität auch dort entschieden werden. Das entspricht auch dem Erbe der deutschen Geschichte als einer Nation, die schon immer sehr durch die Eigenständigkeit und Eigenart seiner Regionen geprägt war. Innerhalb der Bundesrepublik verdanken wir dem Föderalismus die Entstehung eines Wettbewerbs zwischen den Ländern, der sich letztlich als befruchtend für ganz Deutschland erwiesen hat. Dabei hat Bayern von seinen Entscheidungskompetenzen und Gestaltungsspielräumen in wichtigen Politikfeldern natürlich ganz besonders profitiert – und ist durch seine großen Erfolge zum Vorbild und Maßstab für andere avanciert.

Eine weitere bayerische Besonderheit liegt in der starken Verankerung der CSU in den Vereinen und Verbänden. Die meisten Mandatsträger der Union sind in Bayern über ihr politisches Engagement hinaus auch im vorpolitischen Raum tätig und ehrenamtlich aktiv. Dadurch sind sie in der Tat „näher am Menschen“ und wissen besser über die Anliegen und Sorgen der „Durchschnittsbürger“ Bescheid als Politiker, die sich neben ihren zahlreichen Verpflichtungen keine Zeit mehr für Vereinsaktivitäten nehmen. Die Politiker der CSU sind folglich besonders „geerdet“ und zeichnen sich durch große Bürgernähe aus. Gleichzeitig fungieren sie in ihren Ehrenämtern als Multiplikatoren für die Vermittlung der Politik der CSU.

CDU und CSU sind nach dem Zweiten Weltkrieg als überkonfessionelle Sammlungsparteien entstanden. Damit sollte die noch in der Zwischenkriegszeit virulente Spaltung in der Vertretung christlicher Werte in der Politik überwunden werden. Seit ihrer Gründung bekennen sich die Unionsparteien ausdrücklich zum christlichen Menschenbild und den aus der katholischen Soziallehre hergeleiteten Prinzipien der Subsidiarität und

der Solidarität. Die sich daraus ergebenden ethischen Maßstäbe sind ihr Kompass. Alle ihre Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, ob sie aus christlicher Überzeugung heraus verantwortbar sind.

Manche mögen einwenden, dass sich ein derartig explizites Bekenntnis zu christlichen Werten in einer Zeit abnehmender Kirchenbindung eher nachteilig im politischen Wettbewerb auswirken könnte. Die Erfahrung der CSU spricht für das Gegenteil. Die klare Position der CSU zu Fragen wie Abtreibung und Sterbehilfe, ihr Eintreten für das Kreuzifix in den Klassenzimmern und der intensive innerparteiliche Diskussionsprozess über die Grenzen der Gentechnologie haben selbst jenen Respekt abgenötigt, die anderer Meinung waren. Für die CSU ist die Würde des Menschen und der Respekt vor seiner Einzigartigkeit Maßgabe allen Handelns. Dabei steht die Partei für die Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität, die aus der Bereitschaft erwachsen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Die CSU hat ein klares Profil als christliche Partei – und ist stolz darauf. Das heißt nicht, dass sie nicht auch für Menschen ohne Bekenntnis oder anderer Religionszugehörigkeit offen wäre. Voraussetzung für deren Mitgliedschaft ist, dass sie die von ihr vertretenen, ganz wesentlich aus dem christlichen Glauben erwachsenen Wertmaßstäbe anerkennen. Das beinhaltet natürlich auch das Bekenntnis zu einer christlich-europäischen Leitkultur, die nicht nur ein Teil der bayerischen, sondern in gleichem Maße auch der deutschen Identität ist.

Zweifelsohne profitiert die CSU davon, dass Bayern innerhalb Deutschlands das Land ist, das am stärksten vom christlichen Glauben geprägt ist. Das gilt für beide großen Konfessionen und alle Landesteile gleichermaßen. Dagegen sieht sich die CDU im Osten Deutschlands, aber auch in weiten Teilen Norddeutschlands einer gesellschaftlichen Entwicklung gegenüber, in der Glaubensinhalte und die Zugehörigkeit zu einer Kirche eine immer geringere Rolle spielen. Auch Ausnahmen wie etwa die katholischen Hochburgen um Fulda, im Westerwald oder in der Region um Cloppenburg können diesen Trend nicht widerlegen.

Als bayerische und christliche Partei bindet die CSU viele Menschen, die für eine ausschließlich konservative Partei nur schwer zu erreichen wären. Ohnehin war dieser Begriff lange Zeit negativ besetzt. Im Wortschatz des vom linksliberalen Meinungsmainstream seit den 1970er

Jahren verordneten Codes der *Political Correctness* galt „konservativ“ völlig zu Unrecht als Synonym für rückständig und reaktionär. Die CSU hat diesen Anfeindungen des Zeitgeistes stets widerstanden und sich dazu bekannt, eine konservative Kraft zu sein. Das gehört zu ihrer Identität. Dabei bedeutet „konservativ“ zu sein für die CSU, wie es Franz-Josef Strauß einmal treffend formuliert hat, „an der Spitze des Fortschritts zu marschieren“.

Die CSU steht für eine Politik, die am Bewährten festhält und zugleich offen für das Neue ist. Diese Verwurzelung ermöglicht es ihr, auf der Grundlage eigener Erfahrungen und fester Wertvorstellungen fernab aller Dogmen Entscheidungen darüber zu treffen, wie die Zukunft zu gestalten ist. Damit liegt die CSU voll im Trend. Denn gerade in der jüngeren Generation ist die Sehnsucht nach klaren Positionen und traditionellen Werten sehr verbreitet. Das ist verständlich, denn schließlich sind es die Jüngeren, die heute die von den so genannten „Altachtundsechzigern“ auf ihrem Marsch durch die Institutionen verursachten Lasten zu tragen haben. Denn für den konservativen Wert der „Nachhaltigkeit“ war in deren letztlich Regierungspolitik gewordenen Phantastereien sozialistischer Weltbeglückung kein Platz.

Eine entscheidende Stärke der CSU liegt auch darin, dass sie scheinbar Widersprüchliches vereint. Als wertorientierte, aber ideologiefreudliche Partei lehnt sie die Behauptung ab, dass es einen unvereinbaren Gegensatz zwischen konservativ, liberal und sozial geben müsse. Während sich in anderen Ländern anhand dieser Begriffe politische Scheidelinien auf-tun, vereint die CSU in ihrer Politik konservative, liberale und soziale Programmatik in einer Weise, die dem Wunsch der Menschen nach lebensnahen Lösungen entspricht. Damit ist sie gleichsam die natürliche Mehrheitspartei Bayerns, denn sie lässt ihren politischen Wettbewerbern kaum eine Möglichkeit zur inhaltlichen Profilierung gegen die CSU.

So definiert sich die CSU schon in ihrem Namen als „soziale“ Partei. Denn als Sammlungspartei für eine breite Bevölkerungsmehrheit fühlt sie sich gerade auch den Interessen und Belangen der „kleinen Leute“, der in Bayern so genannten „Leberkäs-Etage“ verpflichtet. Und das zeigt sich auch in ihrer Politik. Nicht ohne Grund findet die CSU die größte Zustimmung unter den Menschen mit kleinem und mittlerem Gehalt. Dabei ist die sozial verantwortliche Politik der CSU natürlich frei von jenem Umverteilungswahn, der der Programmatik von SPD und Linkspartei eigen ist.

Schließlich geht es gerade in der Sozialpolitik um ein Miteinander – und man stärkt die Schwachen nicht, indem man die Leistungsträger schwächt.

Die CSU ist auch eine liberale Partei. Sie steht für den Grundsatz, dass sich jeder in Bayern selbst verwirklichen kann, solange er keinem anderen dabei schadet, sie steht für das Prinzip des „Leben und leben lassen“. Dabei ist die CSU aufgrund ihres festen Wertefundaments aber alles andere als libertär. Denn wo alles erlaubt scheint, werden früher oder später im Namen kruden Gewinnstrebens oder vermeintlicher „künstlerischer Freiheit“ Grenzen überschritten, die das Gefühl sittlicher Verantwortung oder die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht anderer gefährden. Folglich kann auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Freiheit nur so weit gehen, wie sie nicht in skandalöser Weise die Interessen Schwächerer bedroht. Freiheit findet immer dort ihre Schranken, wo sie Lebenschancen und Freiheit der anderen beeinträchtigt.

Die CSU vereint also eine Vielfalt geistiger und politischer Strömungen gleichsam unter einem Dach. Wer wollte einer Partei seine Stimme verweigern, die gleichermaßen konservativ, liberal und sozial ist, wertebewusst, aber niemals doktrinär, die für Heimatliebe steht und doch weltoffen ist, den Traditionen verbunden und gleichzeitig offen für das Neue? Und die sich dabei immer an den Anliegen der Bürger orientiert – und als „Verein für deutliche Aussprache“ jederzeit bereit ist, auch dort klare Aussagen zu treffen, wo sich andere alle Optionen offen halten und den Bürger mit lauwarmen Versprechungen vertrösten.

## ERFOLGE DER CSU

Alle diese Aussagen über die Besonderheiten und den einzigartigen Charakter der CSU blieben aber wohlfeil, wenn sie nicht durch praktische Resultate bestätigt würden. Am leichtesten lässt sich der Erfolg der CSU anhand der Ergebnisse erklären, die ihre Politik auf europäischer Ebene, im Bund, im Freistaat und in den Kommunen erbracht hat. Das beste Anschauungsmaterial bietet dabei Bayern selbst, denn nur hier war es über Jahrzehnte hinweg möglich, eine Politik der „CSU pur“ zu verwirklichen, während die Partei im Bund auch zu Zeiten ihrer Regierungsbeteiligung immer Teil einer größeren Koalition war und ist.

Bayern steht heute nicht nur in Deutschland an der Spitze, sondern gehört auch im europäischen Vergleich zu den leistungsfähigsten Regionen. Es gibt kaum einen Landstrich innerhalb der „EU der 27“, der seinen Bürgern eine so hohe Lebensqualität bietet wie Bayern. Deshalb leben die Menschen gerne hier. In den vergangenen zehn Jahren hat die Bevölkerungszahl Bayerns allein durch Zuzug um über eine Million zugenommen, weil Menschen aus anderen Teilen Deutschlands, aber auch aus dem Ausland, in Bayern bessere Zukunftsperspektiven für sich sehen. Vor allem auf junge Familien übt das Land Anziehungskraft aus.

Inzwischen zählt Bayern in fast allen Vergleichskategorien, anhand derer man die Leistungsfähigkeit eines Landes errechnet, zu den „Top 3“ innerhalb der Bundesrepublik. Lag der Freistaat in den 1950er Jahren noch am Ende des Feldes, so war er dank der von Alfons Goppel und Franz-Josef Strauß erfolgreich ins Werk gesetzten Politik des Strukturwandels und der technologischen Modernisierung bis Mitte der 1990er Jahre bereits ins Mittelfeld unter den Ländern der alten Bundesrepublik vorgestoßen. Dabei blieb das Land aber noch bis 1987 Nettoempfänger im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Erst seit den 1990er Jahren ist Bayern mit Baden-Württemberg und Hessen hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Leistungskraft gleichgezogen und hat seine Nachbarländer zum Teil bereits hinter sich gelassen.

Es ist schwer, eine solche Spitzenposition zu erreichen, noch schwieriger aber, sie zu verteidigen. Deshalb hat Bayern gerade in der eben erst zu Ende gegangenen Ära Stoiber vor allem auf Forschung und Hochtechnologie gesetzt, um angesichts neuer Herausforderungen international wettbewerbsfähig zu bleiben. Durch die Vernetzung und Zusammenarbeit von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sind in verschiedenen Landesteilen Cluster entstanden, die in ihrem Gebiet heute vielfach weltweit führend sind. So verwundert es nicht, dass bundesweit nirgendwo heute so viele neue Patente angemeldet werden wie in Bayern. Und mit der LMU und der TU München befinden sich auch zwei der drei Hochschulen, die der Bund für seine Exzellenz-Initiative ausgewählt hat, im Freistaat.

Da Bayern im Unterschied zu anderen Bundesländern nach dem Zweiten Weltkrieg auf keine leistungsstarke industrielle Infrastruktur zurückgreifen konnte – und auch über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt –, sah man sich früher als andere gezwungen, auf das zu setzen,

was den Reichtum eines Landes eigentlich ausmacht: seine Menschen und ihre Kenntnisse und Fertigkeiten. Aus diesem Grund hat sich Bayern schon von Beginn an den Aufbau eines Bildungssystems zum Ziel gesetzt, in dem Kinder und Jugendliche ihren Fähigkeiten entsprechend optimal gefördert werden. Der Erfolg dieses Konzepts hat alle Erwartungen übertroffen, denn Bayerns Schulen zählen heute zu den besten in Europa.

Die PISA-Studie hat bestätigt, dass das bayerische Schulsystem nicht nur innerhalb Deutschlands unerreicht ist, sondern auch europaweit zu den Spitzenreitern zählt. Dabei sieht es sich im Gegensatz zu den Ländern, die noch besser abgeschnitten haben, mit Problemen konfrontiert, die es dort nicht – oder zumindest nicht in dem Maße wie in Bayern – gibt. Denn unabhängig vom jeweiligen Bildungssystem haben es die Lehrer weder in Finnland noch in Südkorea in den Klassenräumen mit einer wachsenden Zahl von Kindern aus Zuwandererfamilien zu tun, deren Eltern aus einem Kulturkreis kommen, in dem die Bewahrung althergebrachter Sitten der Heimat wichtiger ist als die Integration in die Gesellschaft. Selbst das Erlernen der Sprache des Gastlandes ist in diesen Kreisen alles andere als selbstverständlich.

Dennoch erreichen Kinder ausländischer Herkunft in Bayern mitunter sogar bessere Ergebnisse als ihre deutschen Altersgenossen in anderen Bundesländern. Auch deshalb hat sich die Leistungsfähigkeit des bayerischen Bildungswesens und seines dreigliedrigen Schulsystems herumgesprochen. So entscheiden sich immer mehr Familien nicht nur wegen der besseren Berufsaussichten und Verdienstmöglichkeiten für einen Umzug nach Bayern, sondern auch der Zukunftschancen ihrer Kinder wegen. Denn die Fundamente, die in bayerischen Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen gelegt werden, zahlen sich später aus.

Auf diesen Grundlagen bauen die bayerischen Hochschulen auf. Unter der Ägide der CSU wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Universitäten und Fachhochschulen gegründet und die bestehenden ausgebaut. In kaum einen anderen Bereich hat der Freistaat in der Vergangenheit derart umfassend investiert, was sich auch an der Ausstattung und am Niveau von Lehre und Forschung ablesen lässt. So haben die bayerischen Hochschulen sowohl die Elite der Hochschullehrer und Forscher als auch besonders begabte Studenten angezogen. Viele haben sich anschließend dauerhaft in Bayern niedergelassen und als Unterneh-

mensgründer oder hoch qualifizierter Mitarbeiter den Wirtschaftsstandort weiter gestärkt.

Zur Attraktivität eines Landes gehören aber nicht nur seine Wirtschaftsstärke und seine Infrastruktur, sondern auch, ob man sich gut aufgenommen fühlt. Das gilt gerade für Familien. Seit jeher misst die CSU den Familien und ihrer Förderung einen besonderen Stellenwert bei. Schließlich sind Familien das Herzstück und der Kern jeder Gesellschaft – und ihre Zukunftsfähigkeit bemisst sich auch daran, wie sie mit den Kindern als ihren kleinsten und schwächsten Mitgliedern umgeht. Für die CSU gehört familiengemäßes Handeln zu den Kernaufgaben von Politik. Und das ist in Bayern deutlich spürbar: Zum Beispiel zahlt der Freistaat als eines von nur vier Ländern ein Landeserziehungsgeld, das direkt an das Bundeselterngeld anschließt und so die schwierige Familiengründungsphase wesentlich erleichtert.

Lebensqualität bemisst sich nicht nur am Wohlstand. Freiheit und individuelle Entfaltung verlieren ihren Wert, sobald die Menschen sich nicht wirklich sicher fühlen. Für die CSU ist Sicherheit ein Menschenrecht, das gerade für Familien und ältere Menschen von besonderer Wichtigkeit ist. Die CSU hat mehr Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis der Menschen als für die problematische Lebensgeschichte von Kriminellen und Gewalttätern. Deshalb genießt die Polizei im Freistaat die volle Rückendeckung der Politik – und die der Bürger. Das Ergebnis sind die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote unter den Ländern der Bundesrepublik. Bayern gilt europaweit als Vorbild in Sachen Sicherheit.

War Bayern in Sachen Bildung, Familie und Innere Sicherheit schon immer Vorreiter, so hat es in den vergangenen fünfzehn Jahren auch wirtschaftlich zu den stärksten Regionen Europas aufgeschlossen. In den Jahren seit 1994 hat kein anderes Bundesland ein so hohes Wirtschaftswachstum erzielt wie Bayern. Im Durchschnitt lag es ein Prozent höher als der gesamtdeutsche Zuwachs. Trotz zahlloser Zuwanderer und Einpendler im Grenzgebiet zu Thüringen, Sachsen und Tschechien ist die Arbeitslosigkeit nur in Baden-Württemberg geringer als im Freistaat. Und in keinem anderen Land sind so wenige Menschen auf Sozialhilfe angewiesen wie in Bayern. Dieser Erfolg gibt den Menschen Vertrauen in die Zukunft.

Denn die Bürger Bayerns wissen, dass sich die CSU nicht auf diesen Lorbeeren ausruht, sondern in dem Bewusstsein handelt, dass diese Erfolge erst noch bestätigt und ausgebaut werden müssen. Es ist nicht selbstverständlich, dass Bayern als noch immer stark ländlich geprägter Flächenstaat das nach Hessen zweithöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verzeichnet. Und es ist kein Naturgesetz, dass selbst die strukturschwächeren Regionen Bayerns im Norden und Osten des Freistaats nach wie vor viele Arbeitskräfte aus den Nachbarländern anziehen und deutlich besser dastehen als weite Teile Niedersachsens oder Nordrhein-Westfalens, um einmal zwei ähnlich große Bundesländer zum Vergleich heranzuziehen. Die CSU arbeitet hart daran, Stärken weiter auszubauen und Schwächen zu überwinden.

### **DIE CSU ALS VOLKSPARTEI**

Für die CSU steht der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb orientiert sich die Politik in Bayern daran, was die Menschen bewegt. Manche Kritiker mögen das als „Populismus“ geißeln, aber das belegt nur, dass sie längst den Kontakt zu den Bürgern verloren haben. In Bayern ist es keine Schande, sondern eine Notwendigkeit, zu wissen, was der „Stammtisch“ denkt, denn schließlich soll Politik jenseits aller Erfolgsdaten doch den Menschen dienen. Deshalb ist es das Regierungsprinzip der CSU, die Menschen zu überzeugen und „mitzunehmen“ – und dabei ist sie gerne bereit, mögliche Fehleinschätzungen auch einmal zu korrigieren.

Ist die CSU damit die letzte Volkspartei – oder basiert ihre Erfolgsgeschichte auf Strukturen, die nur in Bayern anzutreffen sind? Die besondere regionale Verbundenheit, der Stolz auf die Heimat, die religiöse Prägung vieler Menschen, die Bedeutung von Vereinen und des Gemeinschaftslebens und die reservierte Haltung der Bayern gegenüber Weltanschauungen, was sie auch daran zweifeln lässt, dass soziale, liberale und konservative Politik in einem Widerspruch zueinander stehen müssten? Was ist der Grund für den Erfolg der CSU?

Die CSU betreibt nicht nur eine höchst erfolgreiche Politik – das trifft auf ihre Schwesterpartei vielerorts ganz genauso zu –, sondern sie steht auch für eine besondere Verbundenheit mit den Menschen, für eine Bürgernähe, die ihresgleichen sucht. Und sie hat es verstanden, den Menschen ihre Liebe zur bayerischen Heimat zu vermitteln. Die Menschen spüren, dass es der CSU um sie und um Bayern geht – und das honoriere-

ren sie. Und sie fühlen, dass sie stolz auf dieses Land, auf ihre Werte und Traditionen, auf ihre Eigenarten und Besonderheiten sein dürfen. Die Wähler übertragen dieses Bewusstsein der eigenen Identität auf die CSU, die sie zu Recht als alleinigen Sachwalter ihrer – und bayerischer – Interessen begreifen.

Damit ist sie in der Tat eine wahre „Volkspartei“, denn sie steht für das Land – und nicht für eine Schicht, eine Interessengruppe, die Anhänger einer Religion oder Weltanschauung. Nichts vermittelt diese Symbiose zwischen den Menschen, der CSU und Bayern so sehr wie ein Wahlslogan aus dem außerordentlich erfolgreichen Landtagswahlkampf 2003, der eine Zweidrittelmehrheit im Bayerischen Landtag zum Ergebnis hatte. Damals war auf den Plakaten zu lesen: „Zum Glück gibt's Bayern“ – und viele Menschen haben daraus den berechtigten Schluss gezogen: Zum Glück gibt es für die Politik in Bayern die CSU.

*1| Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.*

## TEIL II: VOLKSPARTEIEN IM EUROPÄISCHEN UND INTERNATIONALEN VERGLEICH

# DIE KONSERVATIVE PARTEI IN DER BÜRGERLICHEN „ALLIANZ FÜR SCHWEDEN“

EINE NEUE VOLKSPARTEI?

*Sven Jochem*

Schweden wird in der Literatur als das modellhafte Beispiel einer sozialdemokratischen Hegemonie behandelt.<sup>1</sup> Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dominierte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SAP) in enger Kooperation mit den mächtigen schwedischen Gewerkschaften die Innen- wie Außenpolitik. Grundlage hierfür war, dass sie es als einzige schwedische Partei erreichte, den Status einer gesamtgesellschaftlich integrierenden Volkspartei zu erlangen.<sup>2</sup> Spätestens mit dem politisch hart umkämpften Sieg in der Rentenpolitik im Jahre 1959 öffnete sich die Partei für weite Teile der Mittelschichten.<sup>3</sup> Von einer reinen Arbeiterpartei mutierte die SAP endgültig zur hegemonialen Partei für alle Schweden und besetzte das Zentrum des schwedischen Parteiensystems. Eine beachtliche organisatorische Vielfalt ermöglichte die Integration unterschiedlichster Gesellschaftsschichten und ließ die SAP zu einer *catch-all*-Partei wachsen. In diese „goldene“ Zeit des schwedischen Modells fällt die Blütezeit des gemeinschaftlich-integrierenden Begriffes vom schwedischen „Volksheim“.<sup>4</sup>

Seit 2002 ereignet sich in dem kleinen Land im Norden Europas „Ungeheuerliches“. Während sich die SAP in der Endphase der Ära Göran Persson, dem langjährigen sozialdemokratischen Regierungschef, personell und ideell zu erschöpfen schien, steuerte die Konservative Partei Schwedens (M) in ihrer Programmatik deutlich nach links, ebnete die programmatischen Differenzen im bürgerlichen Lager ein und konnte als führende Kraft in der bürgerlichen „Allianz für Schweden“ am 17. September 2006 einen Regierungswechsel erreichen, der für die schwedische Nachkriegsgeschichte einmalig ist.

Ziel dieses Beitrages ist es, über die Bedeutung dieses Regierungswechsels aufzuklären sowie der Frage nachzugehen, ob die Konservative Partei Schwedens auf dem Weg ist, sich strategisch als neue Volkspartei in der Mitte der schwedischen Parteienlandschaft zu positionieren. Im Einzelnen soll im nächsten Abschnitt die historische Dynamik des schwedischen Parteienwettbewerbs skizziert und die Perspektive auf mögliche schwedische Volksparteien gelegt werden. Anschließend wird der Regierungswechsel von 2006 und insbesondere die veränderte politische Strategie der schwedischen Konservativen Partei analysiert. Der abschließende Abschnitt resümiert und führt die These weiter aus, dass sich die Konservative Partei Schwedens zwar in der Mitte des Parteienspektrums positioniert und sich tendenziell breiteren Wählerschichten programmatisch öffnet. Allerdings kann sie auf keine organisatorische Pluralität und institutionalisierte Brücken zur Gesellschaft aufbauen. Und letztlich scheint in der Wahlbevölkerung – und bei den politischen Konkurrenten – diese programmatische Öffnung als kurzfristig-strategisches Public-Relations-Manöver wahrgenommen zu werden, welchem das gegenwärtige Regierungshandeln widerspreche.

## **SCHWEDISCHE PARTEIEN IM WETTBEWERB – HISTORISCHE GRUNDLAGEN**

Die Hegemonie der Sozialdemokraten im Parteien- und Regierungssystem kann aus historischer Perspektive auf die zersplitterte bürgerliche Parteienlandschaft zurückgeführt werden.<sup>5</sup> Die SAP verstand es in der Nachkriegszeit geschickt, aus einer relativ starken, aber sehr selten die parlamentarische Mehrheit überschreitenden Position heraus die programmatischen und strategischen Unterschiede im bürgerlichen Lager für ihre Ziele auszunutzen. Auf der rechten Seite des Parteienspektrums wurde die Konservative Partei am rechten Rand nahezu isoliert, wohinge-

gen die nicht christlich, sondern agrarisch basierte Zentrumspartei sowie die liberale Volkspartei als klassische Mitte-Parteien zu Kooperationen mit der SAP bereit waren.

Ein wichtiger institutioneller Anreiz für eine solche Kooperationsneigung war im schwedischen Zweikammernsystem angelegt. Die Zusammensetzung der Oberen Kammer, die ein Vetorecht in der Gesetzgebung ausüben konnte, wurde faktisch durch lokale Wahlen und Wahlmänner bestimmt. Allerdings war die Legislaturperiode dort länger als in der Unteren Kammer; es wurden im Wahlturnus lediglich ein Achtel der Mandate neu bestellt. Dadurch konnte die SAP mit effektiver Verzögerung ihre hegemoniale Position just in dieser Oberen Kammer zementieren, politische Meinungsverschiebungen wurden durch diesen Verzögerungseffekt geglättet.<sup>6</sup> Die Mitte-Parteien sahen – wie zum Beispiel bei der Rentenreform 1959 – ein, dass an einer solchermaßen institutionell abgesicherten Mehrheit der SAP im Oberhaus kein Weg vorbeiführte.

Die Verfassungsreform aus dem Jahre 1970 etablierte ein reines Einkammersystem in Schweden. Damit brach die institutionalisierte Machtbasis der SAP schlagartig zusammen. Seither ist es einzig die Mehrheit im unikameralen Reichstag, die über die Gestaltungsmacht im schwedischen Modell entscheidet. Dieses institutionelle Signal verstärkte die Bemühungen für eine stärkere Zusammenarbeit im bürgerlichen Lager.<sup>7</sup> Tatsächlich konnten erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen 1976 und 1982 insgesamt fünf rein bürgerliche (und instabile) Koalitionen die schwedischen Regierungsgeschäfte leiten. In dieser Zeit zeigte sich, dass die gemeinsame programmatische Basis der drei bürgerlichen Parteien dünn und brüchig war. Während die Konservative Partei einen raschen und fundamentalen Wandel des schwedischen Wohlfahrtsmodells einforderte, waren die Mitte-Parteien in dieser Hinsicht zögerlicher und lehnten zudem die von der Konservativen Partei eingeforderten Steuersenkungen und Privatisierungen ab. Die Zentrumspartei profilierte sich lieber im Umweltschutz (Ablehnung der Kernenergie), wohingegen sich die liberale Volkspartei (noch) als Bewahrerin der Sozialpolitik darstellte.

Die 1980er Jahre standen erneut im Zeichen stabiler sozialdemokratischer Minderheitsregierungen unter Olof Palme beziehungsweise Ingvar Carlsson, die allerdings zunehmend mit der damals kommunistischen und heutigen linksozialistischen Partei im Gesetzgebungsprozess kooperierten (nach 1996 unter Göran Persson zunehmend auch mit der Grünen Par-



tei). Im bürgerlichen Lager wurden zwar einige programmatische Differenzen ausgeglichen. Allerdings zeigte sich bei der erneuten bürgerlichen Minderheitsregierung unter Carl Bildt zwischen 1991 und 1994 die weiterhin bestehende Uneinigkeit im bürgerlichen Lager. Zudem musste diese bürgerliche Koalition erfahren, dass sie im ökonomischen Krisenmanagement entweder auf die Kooperation mit den Sozialdemokraten setzen oder sich auf eine (schwerlich kalkulierbare) Kooperation mit der rechtspopulistischen und programmatisch flatterhaften Protestpartei (*NyDemokrat*) einlassen musste.

Nach erneuter sozialdemokratischer Dominanz zwischen 1994 und 2006 unter Ingvar Carlsson und Göran Persson schälte sich immer stärker eine deutliche Block- oder Lagerlogik im Parteienwettbewerb heraus. Die Sozialdemokraten kooperierten bei der Gesetzgebung einzig mit den Parteien im linken Block. Dies führte nach der Wahl von 2002 so weit, dass beständig Vertreter der beiden offiziellen Oppositionsparteien in die Arbeit der sozialdemokratischen Regierungskanzlei integriert wurden. Und obwohl der Regierungs- und Parteichef Göran Persson im Hinblick auf die Machtarithmetik im Parlament auf eine Stützpartei hätte verzichten können, setzten er und die SAP bewusst auf eine breite Kooperationsbasis. Diese Blocklogik wurde abgesichert durch die in der Öffentlichkeit dominierende Auffassung, dass die Sozialdemokraten eine höhere Regierungskompetenz besäßen. Strategisch geschickt nutzte die SAP wiederholt die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager aus.

## **DIE REICHSTAGSWAHL 2006 – ANALYSE EINER HISTORISCHEN ZÄSUR**

Bereits der Reichstagswahl 2002 kam eine besondere Brisanz zu. Die Konservative Partei konnte 1998 mit über 22 Prozent der Stimmen das beste Wahlergebnis seit 1982 erzielen, wohingegen die SAP mit nur 36,6 Prozent der Stimmen auf einen (bis dato) historischen Tiefstand absackte. Die Zeit schien also „reif“ für einen Machtwechsel. Dieser Eindruck bestärkte sich in Meinungsumfragen bis zum Ende des Jahres 2001, in dem die Konservative Partei Werte von über 25 Prozent erreichte.<sup>8</sup> Sie profilierte sich unter der Führung von Bo Lundgren als kompromisslose Steuersenkungspartei. Aber: Im Wahlkampf 2002 war der bürgerliche Block – wie gewohnt – programmatisch gespalten. Die Konservative Partei dominierte zwar im bürgerlichen Lager, ihrer Elite wurde jedoch keine Sympathie von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung entgegengebracht.<sup>9</sup>

Die SAP konnte die Wahl im September 2002 entgegen dem Trend der Meinungsumfragen mit fast 40 Prozent der Stimmen deutlich für sich entscheiden. Einen Einbruch erlitt vor allem die Konservative Partei, die lediglich 15,3 Prozent der Stimmen erreichte, während ihr noch eine Woche vor der Wahl von der schwedischen Meinungsforschung ein Ergebnis von über 21 Prozent prognostiziert wurde. Für die Liberale Volkspartei (FP) zahlte sich hingegen ihre (rechts-)populistische Profilierung auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik aus: Sie erlangte 13,3 Prozent der Wählerstimmen und rückte im Wahlergebnis als zweite bürgerliche Kraft nahe an die Konservative Partei heran. Insgesamt fiel das Wahlergebnis deutlich zugunsten der drei Parteien im linken Lager aus. Mit 33 Sitzen Mehrheit für den Linksblock konnte die SAP sicher im unikameralen Reichstag regieren.

Die Niederlage der Konservativen Partei bei der Reichstagswahl 2002 führte zu personellen Konsequenzen und einer Verkleinerung sowie personellen Straffung der Parteizentrale. Viele Vertreter der Parteiführung traten unmittelbar nach der Wahl zurück. Der Vorsitzende Bo Lundgren verteidigte sich noch gegen parteiinterne Kritik; auf dem Parteikongress am 25. Oktober 2003 wurde er jedoch von Fredrik Reinfeldt als Parteivorsitzender abgelöst. Unmittelbar nach Amtsantritt forcierte der ehemals streng libertäre Konservative<sup>10</sup> eine vollständige programmatische Umkehr der Konservativen Partei. Ähnlich wie *New Labour* in Großbritannien wurde die Konservative Partei in „Neue Konservative Partei“ umbenannt (*nya moderaterna*). Das Ziel weitreichender Steuersenkungen ließ die Partei ebenso fallen, wie die politische Rhetorik insgesamt entschärft wurde. Fredrik Reinfeldt selbst spitzte diese Veränderung in der Aussage zu, die Konservative Partei sei jetzt die „neue Arbeiterpartei“.

Dass die Minderheitsregierung der SAP bis zum Ende der Legislaturperiode durchhielt ist ebenso bekannt wie der Ausgang des EU-Referendums, in dem die schwedische Bevölkerung 2003 mit 55,9 Prozent gegen die Einführung des Euro votierte (bei einer Wahlbeteiligung von 82,6 Prozent).<sup>11</sup> Wichtiger als diese Niederlage der SAP-Führung war jedoch die Ermordung der Außenministerin und engagierten Euro-Befürworterin Anna Lindh am 10. September 2003 in der Stockholmer Innenstadt. Anna Lindh war als Nachfolgerin für Ministerpräsident Göran Persson ausersehen. Tatsächlich wurde durch dieses Attentat eine fließende Amtsübergabe erschwert, da der „präsidentielle“ Regierungschef<sup>12</sup> Göran Persson, der auf einen kompromisslosen Führungsstil und die Inszenie-



nung seiner Persönlichkeit Wert legte,<sup>13</sup> keine anderen Führungspersönlichkeiten als fähig für dieses Amt ansah. Mit der Ermordung von Anna Lindh wurde ein geräuschloser Führungswechsel innerhalb der SAP unmöglich.

Während die SAP nach der Ermordung von Anna Lindh von Trauer und einer schwelenden Führungskrise erfasst schien, geschah im bürgerlichen Lager ein historisch zu bezeichnendes Ereignis. Fredrik Reinfeldt veränderte nicht nur die Programmatik der Konservativen Partei, er schickte sich auch an, ein Grunddilemma bürgerlicher Politik in Schweden zu beheben: die parteipolitische Zersplitterung.<sup>14</sup> Im August 2004 forderte er im so genannten „Vaxholm-Brief“ die Führungen der bürgerlichen Parteien zu einer stärkeren Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Wahlplattform auf, was im Frühling 2005 zur Vereinbarung von Bankeryd sowie zur erstmaligen institutionalisierten Zusammenarbeit aller großen bürgerlichen Parteien führte.

Die „Allianz für Schweden“ hatte nur ein Ziel: den Machtwechsel 2006.<sup>15</sup> In sechs Arbeitsgruppen wurden zentrale Bereiche wie Wohlfahrt, Wirtschaft, innere Sicherheit und Außenpolitik ausgehandelt. Zwar wurden die notorischen Streitpunkte im bürgerlichen Lager keineswegs alle gelöst, zum Teil erfolgte eine Kaschierung weiterhin bestehender Differenzen, aber es gab auch Annäherungen und Innovationen: Die Konservative Partei<sup>16</sup> schraubte ihre radikalen Steuersenkungspläne zurück, die Christdemokraten formulierten ihre wertkonservativen Forderungen zurückhaltender, die Zentrumsparterie schwächte ihr Veto gegen einen weiteren Ausbau der Kernenergie ab und die Liberale Volkspartei (FP) verzichtete schließlich auf eine aggressive Thematisierung der Einwanderungspolitik. Häufig präsentierten sich im Wahlkampf 2006 die vier bürgerlichen Parteiführer mit einer Geschlossenheit, die vor dem Hintergrund der Jahrzehnte währenden Querelen mitunter unreal anmutete. Wahlstrategisch versuchte die bürgerliche Allianz zudem, in den Kernlanden der Sozialdemokratie zu wildern: bei der Beschäftigungs- und Wohlfahrtspolitik. Fredrik Reinfeldt brachte es auf folgenden Punkt: „Was auch immer die Sozialdemokraten im Bereich der Wohlfahrt, der Schule und Fürsorge vorschlagen, wir werden mehr vorschlagen“.<sup>17</sup>

Die größte Gefahr für die bürgerliche Machtwechselstrategie bestand 2006 darin, in eine ähnliche Situation zu gelangen wie zwischen 1991 und 1994, als sich eine rechtspopulistische Protestpartei als Zünglein an

der Waage zwischen den Blöcken etablieren konnte. Tatsächlich vereinigte bereits im Jahre 2002 eine neue rechtspopulistische Partei, die Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*, SD), landesweit 76.300 Stimmen auf sich, allerdings ohne in die Nähe der Vier-Prozent-Hürde zu gelangen. Die SD hat ein genuin rechtspopulistisches Programm: eine verschärfte Immigrationspolitik, eine wohlfahrtsstaatliche Politik für die Einheimischen sowie eine Ablehnung der europäischen Integration. Dieser Partei wurde viel Aufmerksamkeit im Wahlkampf zuteil, einige Umfragen sahen die Partei bereits nahe der Vier-Prozent-Hürde. Bei der Wahl kam die Partei landesweit schließlich auf 2,9 Prozent. Im Süden Schwedens, in Skåne, erreichte sie in einer Kommune gar ein zweistelliges Wahlergebnis (*Bjuvs kommun*). Insgesamt fehlten der Partei ungefähr 60.000 Stimmen zum Einzug in den Reichstag.<sup>18</sup>

Erstaunlicherweise gelang es der bürgerlichen Allianz, in der ureigenen sozialdemokratischen Frage erfolgreicher Beschäftigungspolitik zu punkten. Mit Nachdruck konnten die bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit weiterer Arbeitsmarktreformen und einer weiteren Beschäftigungssteigerung der Wahlbevölkerung vermitteln, wohingegen sich die SAP darauf fokussierte, die bisherigen Erfolge zu betonen.<sup>19</sup> Mit diesem strategischen Schachzug stellte sich die bürgerliche Allianz als aktive Reformkraft in der öffentlichen Debatte dar, wohingegen die Sozialdemokraten in die Defensive gerieten.

Der Wahlkampf stand zudem im Zeichen der Tsunami-Katastrophe vom 26. Dezember 2004. Für schwedische Urlauber war Thailand zum „neuen Mallorca“ avanciert. Ersten Meldungen zufolge waren insgesamt 2.000 Schweden als vermisst gemeldet (dies hätte in Relation ungefähr 16.000 bundesdeutschen Urlaubern entsprochen). Mit den letztlich 543 schwedischen Todesopfern wurden zwar die ersten Befürchtungen relativiert. Während die schwedische Außenministerin Laila Freivald aber nach den ersten Katastrophenmeldungen noch in die Oper ging und sich Ministerpräsident Göran Persson völlig aus den Regierungsgeschäften zurückgezogen hatte, reagierten andere Länder bereits mit Hilfsmaßnahmen. Insbesondere die finnische Regierung reagierte zügiger und mit deutlich stärkerer Präsenz.

Das Krisenmanagement der Sozialdemokraten wurde seither intensiv kritisiert und von einer parlamentarischen Kommission heftig verurteilt. Noch nie in der schwedischen Geschichte brandmarkte eine Parlaments-

kommission die Handlungsweise einer Regierung mit solch scharfen Worten.<sup>20</sup> Die politische Verantwortung übernahm Leila Freivald erst im April 2006. Kurz vor der heißen Phase des Wahlkampfes trat sie von ihrem Amt zurück. Im Wahlkampf wurde immer stärker auf die Führungsqualitäten beider Spitzenkandidaten abgehoben. Dies entsprach der Strategie der SAP, die von Beginn an Göran Persson in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes setzte. Angeschlagen durch die lange Amtszeit, das Missmanagement der Tsunami Katastrophe und den Kauf einer feudalen Landhausvilla im Wert von über 1,3 Millionen Euro<sup>21</sup> geriet Göran Persson zusehends in öffentliche Missgunst.

Auf der anderen Seite gelang es Fredrik Reinfeldt, sich als ein um Ausgleich bemühter Staatsmann zu präsentieren. Insbesondere in den Fernsehduellen unmittelbar vor der Wahl konnte der Spitzenkandidat der Konservativen Partei wiederholt den bestimmenden Führungsstil von Persson an den Pranger stellen. Gegen Ende des Wahlkampfes zeigte sich deutlich, dass sich der „präsidientielle“ Regierungsstil von Göran Persson negativ gegen ihn selber richtete, wohingegen der agile Herausforderer Fredrik Reinfeldt einen pragmatischen Stil ohne rhetorische Spitzen pflegte.<sup>22</sup>

Im Schlussspurt des Wahlkampfes drohte ein Skandal die bürgerlichen Chancen zunichte zu machen. Mitarbeiter der Liberalen Volkspartei (FP) verschafften sich Zugang zum zentralen Rechner der Sozialdemokraten, um dort die Planung des weiteren Wahlkampfes auszuspionieren. Als dies bekannt wurde, erstattete die SAP Anzeige gegen die FP. Ein juristischer Prozess mit großer medialer Resonanz prägte die letzten Tage des Wahlkampfes. In dieser Zeit brach die Unterstützung für die FP in der Wählerschaft ein. Dieser Skandal, nach dem Namen des Vorsitzenden der FP als „Leijongate“ in den Medien tituliert, reduzierte zwar deutlich das Wahlergebnis für die FP, allerdings schwenkten die meisten Sympathisanten der Liberalen Volkspartei auf andere bürgerliche Parteien um, insbesondere auf die Konservative Partei.

Mit einer im Vergleich zur Wahl von 2002 nochmals leicht angestiegenen Wahlbeteiligung konnte die bürgerliche Allianz den Blockwettkampf knapp für sich entscheiden. Im Parlament besitzt sie einen Vorsprung von sieben Sitzen, der allerdings deutlich geringer ist als die Mehrheit des linken Lagers nach 2002. Gewinnerin der Wahl war mit 26,2 Prozent der Stimmen die Konservative Partei (2002: 15,2 Prozent), wohingegen die Libe-

rale Volkspartei aufgrund des Skandals von 13,3 Prozent (2002) auf 7,5 Prozent absackte. Die SAP erreichte mit 35 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte (2002: 39,8 Prozent). Und während sich die Grüne Partei leicht auf 5,2 Prozent verbessern konnte, verlor die Linkspartei mit 5,9 Prozent deutlich an Rückhalt (2002: 8,3 Prozent). Interessante Rückschlüsse auf das Wahlverhalten offenbaren die Wählerwanderungen zwischen den Wahlen von 2002 und 2006. Für die SAP ist zu berichten, dass sie Stimmen nach links und rechts verlor. Dass allerdings insgesamt acht Prozent der ehemaligen SAP Wähler – insbesondere aus steuerpolitischen Gründen<sup>23</sup> – zur Konservativen Partei wechselten, stellt einen historisch einmalig großen Abwanderungsprozess dar. Im Jahr 2002 verließen zum Beispiel nur zwei Prozent der SAP Wähler von 1998 „ihre“ Partei in Richtung Konservativer Partei.<sup>24</sup>

Bei der Besetzung der Ministerien sticht ins Auge, dass die Konservative Partei mit elf von 22 Kabinettsitzen ihre Hegemonie im bürgerlichen Lager zementieren konnte. Nicht nur von der Zahl her ist diese Partei in der Regierung dominierend, auch die für die Wiederwahl neuralgischen Ministerien befinden sich in der Hand der Konservativen Partei: das Außen-, Finanz-, Verteidigungs-, Justiz- sowie Arbeitsmarktministerium. Mit jeweils vier Kabinettsitzen für die Zentrumspartei sowie die Liberale Volkspartei und drei Sitzen für die Christdemokraten wurde ein Proporz angewandt, der der Zentrumspartei nicht gänzlich ihren Wahlerfolg goutiert und die Liberale Partei durchaus verhältnismäßig überrepräsentiert. Immerhin konnte Maud Olofsson als Vorsitzende der Zentrumspartei und Wirtschaftsministerin die Phalanx der konservativen Ministerien durchbrechen.

Der Auftakt der neuen bürgerlichen Regierung verlief nicht unproblematisch. Während das erste bürgerliche Budget vorbereitet wurde, deckte die schwedische Presse nach und nach einzelne Skandale verschiedener Minister auf. Insbesondere die Kultur- sowie die Handelsministerin gerieten unter Druck, da bekannt wurde, dass beide über Jahre keine Rundfunkgebühren entrichtet hatten. Letztlich führten diese Vorwürfe in der Öffentlichkeit dazu, dass sowohl Cecilia Stegö Chilò als auch Maria Borelius rasch von ihren Ämtern zurücktraten und von Lena Adelsohn Liljeroth respektive Sten Tolgfors ersetzt wurden. Im Dezember 2006 geriet auch Außenminister Carl Bildt in die Kritik, der seit Dezember 2001 im Vorstand der Vostok Nafta AG, einer Tochter-AG von Gazprom, beschäftigt war. Er besaß 2.000 Aktien und insgesamt 15.000 Optionsscheine dieser

Aktiengesellschaft. Von Beginn an wurden in der Öffentlichkeit mögliche Interessenkonflikte aus dieser Vermögensverflechtung des Außenministers kritisch diskutiert. Als Carl Bildt im Dezember 2006 seine Optionscheine einlöste und einen Gewinn von 4,8 Millionen Kronen realisierte (rund 500.000 Euro), geriet er in heftigste Kritik. Im Januar 2007 wurde schließlich ein Untersuchungsausschuss eingerichtet, in dem die Interessenverflechtungen des Außenministers untersucht werden.<sup>25</sup>

Die rigide Haushaltspolitik der Allianz führte im Sommer 2007 zu einer weiteren Krise innerhalb der Koalition. Da die Mittel für die Landesverteidigung deutlich abgesenkt werden sollten, trat der konservative Verteidigungsminister Mikael Odenberg (*Moderata samlingspartiet, M*) aus Protest zurück. Ein Schritt, welcher die Spannungen innerhalb der Konservativen Partei blitzlichtartig erhellte, da just die Frage der Verteidigungspolitik von der Konservativen Partei im Wahlkampf als eine wichtige Zukunftsaufgabe stilisiert wurde. Weitere von der veröffentlichten Meinung erzwungene Rücktritte in der Regierungskanzlei lassen die strategische Regierungsfähigkeit der Konservativen Partei sowie der Allianz in ihrer Gesamtheit als politisches Thema immer wieder in der öffentlichen Debatte aufleuchten – was von der SAP selbstverständlich ausgenutzt wird.<sup>26</sup>

Diese „Schwächen“ der bürgerlichen Allianz werden nicht nur von der SAP ausgenutzt. Sie schlagen sich auch in den Meinungsumfragen nieder. Jüngere Untersuchungen zeigen, dass seit der Reichstagswahl 2006 die Umfragewerte für die SAP bis zum Oktober 2007 deutlich angestiegen sind. Für die Sozialdemokraten wird ein Anstieg der Unterstützung um 9,3 Prozentpunkte berichtet, für die Konservative Partei ein Rückgang um 2,8 Prozentpunkte. Bedrohlich für die Allianz ist, dass die Christdemokraten exakt auf der entscheidenden Vier-Prozent-Hürde verortet werden. Insgesamt muss die bürgerliche Allianz einen Verlust von acht Prozentpunkten hinnehmen, wohingegen die Linksparteien um neun Prozentpunkte zulegen und damit wieder eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich bringen könnten.<sup>27</sup>

Weitere schlechte Nachrichten für die Konservative Partei fördert die Meinungsforschung zutage, wenn die Problemlösungskompetenz der Parteivorsitzenden erfragt wird. Während Fredrik Reinfeldt hinsichtlich der außenpolitischen Kompetenz deutlich vor der am 17. März 2007 neu gewählten Vorsitzenden der SAP, Mona Sahlin, rangiert, schwindet seine

innenpolitische Kompetenz in der Meinung der Wahlbevölkerung deutlich. Dies betrifft vor allem die Frage, wer eine bessere Zukunft für die schwedische Bevölkerung erreichen könnte (Werte für Oktober 2007: 34 Prozent für Reinfeldt versus 51 Prozent für Sahlin). Auch bei der Benotung der Regierungsführung büßt Reinfeldt seinen Vorsprung ein. Hier sinken die Werte für Reinfeldt von 53 Prozent (März 2007) auf 48 Prozent (Oktober 2007), wohingegen Sahlin im selben Zeitraum aufholen kann (von 31 Prozent auf 37 Prozent). Für die Interpretation dieser Daten ist die Beobachtung bedeutsam, dass Reinfeldt gegen Persson just in dem Bereich vor der Wahl punkten konnte, in dem jetzt Sahlin einen deutlichen Vorsprung erreicht hat: der zugetrauten Verbesserung der Lebensverhältnisse in Schweden. Reinfeldts Stärke im Wettbewerb mit Persson wandelte sich also innerhalb eines Jahres zur Schwäche im Wettbewerb mit Sahlin.<sup>28</sup>

Fügt man diese Teile zu einem Bild zusammen, dann ist die Zukunft für die bürgerliche Allianz sowie die Konservative Partei prekär. Die beeindruckende programmatische Nejustierung der Konservativen Partei sowie des rechten Lagers insgesamt ermöglichte den Regierungswechsel im Jahr 2006. Dadurch konnten diese Parteien die Regierungsmacht erlangen. Allerdings offenbart die Koalition deutliche Probleme bei der Regierungsfähigkeit – zumindest wird dies so in der Öffentlichkeit wahrgenommen und so auch von der SAP im parteipolitischen Wettbewerb herausgestellt.

#### **FAZIT: AUF DEM WEG ZU EINER NEUEN VOLKSPARTEI?**

Die „neue“ Konservative Partei hat nach 2002 die Logik der schwedischen Politik von Grund auf verändert. Durch die programmatische Nejustierung schwenkte die Partei deutlich nach links und konnte gleichzeitig die jahrzehntelang vorhandene programmatische Uneinigkeit im bürgerlichen Lager überwinden. Die „Allianz für Schweden“ ist Resultat einer weitgehend gewandelten Konservativen Partei – und ein persönlicher Erfolg für Fredrik Reinfeldt.<sup>29</sup>

Die Konservative Partei entschärfte ihre politische Rhetorik und profiliert sich nicht mehr als resolute Steuersenkungspartei. Im Gegenteil wird jetzt das Bild einer „neuen Arbeiterpartei“ propagiert. Während sich die Programmatik öffnet und potentiell neue Wählergruppen angesprochen werden, ist jedoch die organisatorische Verankerung der Partei in der

Gesellschaft lückenhaft. Die Konservative Partei besitzt sehr enge Verbindungen zum schwedischen Arbeitgeberverband, allerdings konnte sie bislang weder Kontakte zu den schwedischen Gewerkschaften aufbauen, noch innerhalb der Partei nennenswerte Organisationen hierfür schaffen.<sup>30</sup> Die Konservative Partei strebt nach Stimmen der politischen Mitte, die organisatorischen Ressourcen hierfür sind jedoch (noch) nicht vorhanden.

Kurz nach der Reichstagswahl im Jahr 2006 wurde über die Gründung einer bürgerlichen Volkspartei bestehend aus den vier Allianz-Parteien spekuliert. Der Politologe Tommy Möller zum Beispiel sah dies als einen konsequenten Schritt an, worin ihm viele Parteianhänger folgten. Allerdings stellten Fredrik Reinfeldt sehr rasch sowie die Generalsekretäre der vier Parteien geschlossen dann im Mai 2007 klar, dass die Zusammenarbeit in der Allianz nicht zu Parteifusionen führen soll. Die Hegemonie der Konservativen Partei bei der Vergabe der Ministerien sowie die personellen Affären innerhalb der Konservativen Partei vermehrten seit Herbst 2006 innere Spannungen in der Allianz. Die Errichtung einer schwedischen Volkspartei, emporwachsend aus den vier bürgerlichen Allianz-Parteien, steht nicht auf der politischen Tagesordnung.<sup>31</sup>

Die Konservative Partei hingegen hat weiterhin das Bestreben, zu einer solchen Volkspartei zu werden. Die programmatische Kehre hin zu einer „neuen Arbeiterpartei“ wird vom schwedischen Politologen Bo Rothstein als ultimativer Sieg der Arbeiterbewegung angesehen. Die Konservative Partei habe das sozialdemokratische Fundament des schwedischen Modells programmatisch akzeptiert und ziele jetzt auf diesem Boden aufbauend auf eine hegemoniale Stellung im Parteiensystem ab.<sup>32</sup>

Diese Interpretation übersieht, dass mitunter die pro-sozialstaatliche Rhetorik der Konservativen Partei durch Regierungshandeln konterkariert wird. Die deutlichen Anhebungen der Beiträge für die Arbeitslosenversicherungen führen zu einer Flucht aus diesen Sicherungssystemen, was die Gewerkschaften als Träger dieser Versicherungen schwächt.<sup>33</sup> Zudem zeigen Untersuchungen, dass von den erfolgten (moderaten) Steuererhöhungen vor allem die Bezieher höherer Einkommen profitieren.<sup>34</sup> Die Erhöhung der Benzinsteuern und andere Maßnahmen führen dazu, dass nicht nur die unteren Einkommensschichten die bürgerliche Regierung als finanzielle Belastung interpretieren, sondern zunehmend auch die ökonomischen Mittelschichten.

Jüngst hat die Vorsitzende der SAP, Mona Sahlin, diese Punkte vehement in der öffentlichen Debatte aufgenommen und die bürgerliche Allianz sowie insbesondere die Konservative Partei eines historisch einzigartigen „Betruges“ gegenüber den Wählern angeklagt.<sup>35</sup> Die Meinungsumfragen zeigen, dass sie mit einer solchen konfrontativen Strategie in der Öffentlichkeit durchaus Rückhalt für die SAP erreichen kann. Auch aus dieser Perspektive erscheint die Strategie der Konservativen Partei prekär. Eine neue Volkspartei der Mitte mit einem Stimmenpotential von über 30 Prozent ist sie gegenwärtig nicht. Hier wird die Parteiführung der Konservativen Partei die Koordination der Regierungspolitik verbessern, die Interessen der mittleren Einkommensschichten stärker berücksichtigen und insbesondere das Verhältnis zu den mächtigen Gewerkschaften Schwedens entkrampfen müssen. Wenn eine Volkspartei die politische Mitte programmatisch, organisatorisch und mit einem großen Wählerückhalt besetzen soll, dann gelang der Konservativen Partei auf beeindruckende Weise ein erster Schritt hin zu diesem Ziel im Wahlkampf 2006. Hier steht nicht die Frage zur Disposition, ob Volksparteien in Europa überhaupt eine Zukunft haben.<sup>36</sup> Aber für die schwedische Konservative Partei ist seit 2006 die Wahrscheinlichkeit eher gesunken als gestiegen, dass sie diese strategisch wichtige Mitteposition im Parteienwettbewerb wird verteidigen und die Hegemonie der SAP mittelfristig wird beenden können.

- 1] Vgl. für viele Esping-Andersen, *Gøsta: Politics Against Markets: The Social Democratic Road to Power.* – Princeton: Princeton University Press, 1985; Merkel, Wolfgang u.a.: *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa.* – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.
- 2] *Der Begriff der „Volkspartei“ ist schillernd und nur schwer sozialwissenschaftlich exakt zu bestimmen. In diesem Beitrag wird eine Partei – in Anlehnung an die Schriften Otto Kirchheimers – als Volkspartei dann angesehen, wenn sie eine dominante Größe im Parlament erreicht, sie Wähler aus unterschiedlichen Schichten erfolgreich mobilisiert, eine ideologisch diffuse bzw. auf die Mitte der Gesellschaft abzielende Programmatik verfolgt und sich somit als Vertreterin der gesamten Gesellschaft im politischen Wettbewerb darstellt. Hier soll nicht auf die Kritik an diesem Konzept eingegangen werden (vgl. hierzu Wiesendahl, Elmar: *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien.* – Opladen; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998; ders.: *Mitgliederpartei am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion.* – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006).*
- 3] Svensson, Torsten: *Socialdemokratin dominans: En studie av den svenska socialdemokratin partistrategi.* – Stockholm: Almqvist & Wiksell, 1994. – (*Acta Universitatis Upsaliensis*; 120).

- 4| Jochem, Sven: *Wohlfahrtspolitik in Schweden: Die kulturellen Grundlagen des „Volksheims“ im Wandel*. In: Institut für Christliche Sozialwissenschaften (Hrsg.): *Europäische Wohlfahrtsstaatlichkeit. Soziokulturelle Grundlagen und religiöse Wurzeln*. – Münster: Aschendorff Verlag, 2005. – S. 255-269. – (Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften; 46).
- 5| Castles, Francis: *The Social Democratic Image of Society. A Study of the Achievements and Origins of Scandinavian Social Democracy in Comparative Perspective*. – London: Routledge & Kegan Paul, 1978.
- 6| Immergut, Ellen M. / Jochem, Sven: *The Political Frame for Negotiated Capitalism: Electoral Reform and Reactions to Crisis in Japan and Sweden*. In: *Governance*, 19 (2006) 1, S. 99-133.
- 7| Möller, Tommy: *Borgerlig samverkan*. – Uppsala: Diskurs Förlag, 1986.
- 8| Vgl. hierzu und zu den folgenden Analysen der Reichstagswahl 2006 mit weiteren Literaturverweisen Jochem, Sven: *Die Reichstagswahl 2006 als Zäsur der schwedischen Parteigeschichte*. In: *Nordeuropaforum*, 2 (2006), S. 5-24. – (<http://www.nordeuropaforum.de>). Siehe ebenso Pfeil, Florian: *Regierungswechsel in der Hochburg der Sozialdemokratie: Die Wahlen zum Schwedischen Reichstag vom 17. September 2006*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 4 (2006), S. 763-777.
- 9| Widfeldt, Anders: *The Parliamentary Election in Sweden, 2002*. In: *Electoral Studies*, 22 (2003), S. 778-784.
- 10| Für seine Kritik am schwedischen Modell vgl. Reinfeldt, Fredrik: *Det sovande folket*. – Stockholm: Moderata ungdomsförbundet, 1993.
- 11| Oscarsson, Henrik / Holmberg, Sören (Hrsg.): *Kampen om euron*. – Göteborg: Statsvetenskapliga institutionen, Göteborgs universitet, 2004.
- 12| Zum Begriff des präsidentiellen Regierens vgl. Poguntke, Thomas (Hrsg.): *The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies*. – Oxford u.a.: Oxford University Press, 2005.
- 13| Göran Persson wurde auf das Kürzel „HSB“ gebracht: „Han som bestämmer“, also „Derjenige, der bestimmt“. Vgl. Andersson, Jan: *Perssons felaktiga strategi bakom partiets valförlust*. In: *Dagens Nyheter* vom 4. Oktober 2006 – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=577504&previousRenderType=2> [17. Januar 2008].
- 14| Vgl. Möller: *Borgerlig samverkan*. – (Fn. 7).
- 15| Die Webseite der bürgerlichen Allianz nannte sich „Machtwechsel06“ (<http://www.maktskifte06.se>), wurde jedoch nach der Wahl in „Allianz für Schweden“ umbenannt (<http://www.alliansforsverige.se>).
- 16| Während die Christdemokraten, die Zentrums- sowie die Liberale Volkspartei noch eigene Wahlplattformen im Wahlkampf 2006 anfertigten, bestritt die Konservative Partei einzig mit dem Wahlprogramm der bürgerlichen Allianz ihren Wahlkampf.
- 17| Das Zitat entstammt von Rothstein, Bo: *Valet en triumf för socialdemokraterna*. In: *Dagens Nyheter* vom 20. September 2006. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=574004&previousRenderType=2> [17. Januar 2008].
- 18| Vgl. „Sd får 45 miljoner i partistöd.“ In: *Dagens Nyheter* vom 21. September 2006. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=2390&a=574408&previousRenderType=2> [3. März 2008].
- 19| Schweden besitzt einen der höchsten Beschäftigungsgrade in Europa. Für uns in Mitteleuropa mag daher diese programmatische Ausrichtung der bürgerlichen Partei etwas erstaunlich erscheinen.

- 20| Konstitutionsutskottets betänkande 2005/06:KU8: *Regeringens krisberedskap och krishantering i samband med flodvägskatastrofen 2004*. Vgl. Lewin, Leif: *Ytterkantspolitik ger minskat politikerförakt*. In: *Dagens Nyheter* vom 19. September 2006. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?a=573749> [17. Januar 2008].
- 21| Die Kritik an diesem teuren Eigenheim verstärkte sich, als Verdachtsmomente publiziert wurden, denen zufolge Verstöße gegen den Arbeitsschutz beim Umbau des Hauses in Kauf genommen wurden, vgl. *Dagens Nyheter* vom 11. Mai 2006.
- 22| Vgl. Ruin, Olof: *Perssons ledarstil förvänar*. In: *Dagens Nyheter* vom 19. November 2005. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=490104&previousRenderType=1> [17. Januar 2008]. Die Spitzenkandidaten entschieden zu einem guten Teil die Wahl. Während über 77 Prozent der M-Wähler Fredrik Reinfeldt als äußerst wichtig für ihre Wahlentscheidung anführten, waren dies bei den SAP-Wählern nur rund 51 Prozent (vgl. „Så valde olika grupper.“ In: *Dagens Nyheter* vom 18. September 2006).
- 23| Vgl. Bäckström, Urban: *Sex av tio väljare bytte block på skattefrågan*. In: *Dagens Nyheter* vom 7. August 2007. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=677877> [17. Januar 2007].
- 24| Vgl. zu den Details und Quellen Jochem: *Reichstagswahl 2006*. – S. 5-24. – (Fn. 8).
- 25| Vgl. „Bildt välkomnar utredning av optionsaffärerna.“ In: *Dagens Nyheter* vom 8. Januar 2007.
- 26| Vgl. Möller, Tommy: *Reinfeldts regeringskris ett dubbelt misslyckande*. In: *Dagens Nyheter* vom 6. September 2007. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=689134> [17. Januar 2008]; sowie ders.: „Statsministern fallerar i rekryteringsfrågor-na.“ In: *Dagens Nyheter* vom 2. November 2007.
- 27| Vgl. Källebring, Nicklas: *Synovates väljarbarometer*. In: *Synovate Temo* vom 24. Oktober 2007. – [http://www.temo.se/upload/Synovate\\_24okt\\_2007.pdf](http://www.temo.se/upload/Synovate_24okt_2007.pdf) [17. Januar 2008].
- 28| Källebring, Nicklas: *Sahlin vs Reinfeldt*. In: *Synovate Temo* vom 5. Oktober 2007. – <http://www.temo.se/upload/114580r.pdf> [17. Januar 2008].
- 29| Reinfeldt, Fredrik: *Jag känner mig som far till alliansen*. In: *Dagens Nyheter* vom 19. September 2006. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=2390&a=574087&previousRenderType=6> [18. Januar 2008].
- 30| Im Gegenteil hat die Politik der Regierung die schwedischen Gewerkschaften zu vehemente Kritik geführt. Die Vorsitzende des mächtigen Gewerkschaftsdachverbandes Schwedens (LO) kündigte bereits vehemente Protestaktionen an. Vgl. Lundby-Wedin, Wanja: *Konflikt följd av nya regeringens politik*. In: *Dagens Nyheter* vom 22. September 2006. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?a=574591> [18. Januar 2008].
- 31| „Schlingmann, Per (M), Flanking, Anders (C), Ullenhag, Erik (FP), Sjögren, Lennart (KD): *Alliansens fyra partier ska utvecklas vart för sig*.“ In: *Dagens Nyheter* vom 3. Mai 2007.
- 32| Rothstein: *Valet en triumf för socialdemokraterna*. – (Fn. 17).
- 33| Vgl. „Skattesänkningar för 42 miljarder.“ In: *Svenska Dagbladet* vom 16. Oktober 2006 ([www.svd.se](http://www.svd.se)). Gegen die Reform der Arbeitslosenversicherung klagt die Linkspartei vor dem Verfassungsausschuss („konstitutionsutskottet“) („Vi anmäler regeringen om ändringarna i a-kassan.“ In: *Dagens Nyheter* vom 28. Oktober 2006), die Angestelltengewerkschaft TCO klagt diesbezüglich vor dem EuGH („Vi anmäler a-kasseförslaget till EU.“ In: *Dagens Nyheter* vom 31. Oktober 2006). Die Klagen werden im ersten Fall durch vermeintliche Verstöße im schwedischen Remiss-System begründet, im anderen Fall mit vermeintlichen Verstößen gegen die Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

- 34| Zum Beispiel *Dagens Nyheter* vom 16. Oktober 2006; *Dagens Nyheter* vom 2. April 2007, *Dagens Nyheter* vom 19. September 2007.
- 35| Sahlin, Mona: *Reinfeldts falskhet ett historiskt svek*. In: *Dagens Nyheter* vom 25. November 2007. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=718646> [17. Januar 2008].
- 36| Vgl. hierzu Wiesendahl: *Mitgliederpartei am Ende?* – (Fn. 2).

## DIE NEUAUFLAGE DER GROSSEN KOALITION IN ÖSTERREICH

*Christian Moser | Ilse Simma*

Kaum jemand hätte am Vorabend des 1. Oktober 2006 ernsthaft darauf gewettet, dass die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) unter Alfred Gusenbauer nur eine Chance hätte, als Erste in der Wählergunst zu landen. Die amtliche Hochrechnung des Wahlabends bestätigte aber, was viele nicht vermutet hätten. Trotz des BAWAG-Skandals und der Person des SPÖ-Spitzenkandidaten Alfred Gusenbauer, der sich seit Jahren in der Kanzlerpräferenzfrage in einem Umfragedauertief befunden hatte, konnte die SPÖ die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Claus Raidl, Generaldirektor des großen österreichischen Unternehmens Böhler-Uddeholm, meinte angesichts dieser Wahlniederlage der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), wer reformiert, würde vom Wähler dafür bestraft werden. Wenn man sich die Wahlen in Europa in den letzten Jahren anschaut, dann bestätigt sich diese Vermutung Claus Raidls. Bei der Nationalratswahl stürzte die Kanzlerpartei ÖVP von 42,3 auf 34,3 Prozent ab und verlor damit den ersten Platz an die Sozialdemokratie, die 35,3 Prozent der Stimmen erlangte. Drittstärkste Kraft wurden mit elf Prozent erstmals die Grünen, die mit nur 532 Stimmen Vorsprung die Freiheitlichen überholten.



Die SPÖ schuldete ihren Sieg neben der latenten Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Reform- und Konsolidierungskurs von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel vor allem einer radikalen – für österreichische Verhältnisse einmaligen – Negativ-Kampagne gegen die Person des Bundeskanzlers und verfolgte damit wahlpolitisch laut dem Werber der SPÖ im Wahlkampf, Luigi Schober<sup>1</sup>, zwei strategische Ziele:

- eine Rückholaktion bzw. Mobilisierung der SPÖ-Stammwähler und
- die Demobilisierung der ÖVP-Stammwähler.

Luigi Schober hatte schon Ende August in einem Profilinterview für Aufregung gesorgt, als er den kommenden SPÖ-Wahlkampf als „pures Napalm“ gegen die ÖVP ankündigte.<sup>2</sup> Nach Schobers Daten waren 60 Prozent der Wähler mit Wolfgang Schüssel als Kanzler nicht zufrieden. Auch jeder fünfte ÖVP-Wähler war mit der Kanzlerschaft Schüssels unzufrieden. Und genau an diese zwei Zielgruppen adressierte Schober die Negativ-Wahlkampagne der SPÖ, um die Unzufriedenheit für die SPÖ zu kapitalisieren. Mit der Demobilisierungsstrategie – die darauf zielte, Wähler am Wahltag von der Stimmabgabe fernzuhalten – folgte die SPÖ im Nationalratswahlkampf 2006 der Empfehlung einer Studie von Harald Katzmaier aus dem Jahr 2001.<sup>3</sup>

### **TABUBRUCH DER POLITISCHEN KULTUR IN ÖSTERREICH**

Die Sozialdemokratie versuchte, ein negatives Bild von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und der Bundesregierung zu zeichnen. Mit einer intensiven Attacke wurde die Person „Wolfgang Schüssel“ angegriffen. Diese Wahlkampfstrategie stellte in der österreichischen Wahlkampfgeschichte einen Tabubruch dar, weil intentional und systematisch eine untadelige Person diskreditiert wurde.

Als ein umstrittener Leserbrief von Hans Weiss<sup>4</sup> („Brief über Pflegenotstand in Österreich“) in der Tageszeitung *Der Standard* erschien, in dem behauptet wurde, die Schwiegermutter von Wolfgang Schüssel werde durch eine illegal arbeitende Pflegerin umsorgt, wurde auch die Familie Wolfgang Schüssels in den Wahlkampf hineingezogen. Das ad personam Argument lautete, Schüssel lasse seine Schwiegermutter von Illegalen zum Hungerlohn pflegen.

Der SPÖ gelang es zudem, der ÖVP eine Mitverantwortung für den BAWAG-Skandal anzuhängen. Aufbauend auf den Argumentationssträngen „Taus besucht Elsner“<sup>5</sup> und der „Bulgarienreise Schüssels“<sup>6</sup> wurde der Eindruck erzeugt, die ÖVP würde eine Mitverantwortung für den BAWAG-Skandal tragen. Mit dieser Strategie erzielte die SPÖ den vom Kommunikationswissenschaftler McGuire entdeckten „Inokulationseffekt“. Inokulation ist eine Technik, wie das Publikum (in diesem Fall SPÖ-Wähler) gegen Propaganda resistent gemacht wird. Am wirksamsten sind laut McGuire dabei Botschaften, die sich mit den Gegenargumenten auseinandersetzen und dieselben entkräften. Das Wahlvolk behielt die Botschaft: Die BAWAG ist zwar ein roter Skandal, aber auch die bürgerliche ÖVP ist mitverantwortlich (oder zumindest nicht besser).

Inhaltlich setzten die Sozialdemokraten in ihrem Wahlprogramm und bei ihren Werbemitteln wie schon bei der Wahl 2002 auf die Themen Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Bildung, Pensionen und Eurofighter. Als positives Metathema konzentrierte sich die Sozialdemokratie auf das Thema Wohlstandsverteilung, als negatives Metathema brandmarkte die SPÖ die „schwarze Allmacht“ in der Republik Österreich. Das Ziel der Sozialdemokratie lautete, stimmenstärkste Partei zu werden. Das konnte – da die wechselbereiten Mittewähler durch den BAWAG-Skandal von der SPÖ unerreichbar waren – nur mittels massiver Stammwählermobilisierung auf SPÖ-Seite und Demobilisierung des ÖVP-Elektorats funktionieren. Ziel musste es sein, jeden fünften ÖVP-Wähler, der Schüssel nicht wollte, zum Nichtwählen zu veranlassen. Die SPÖ wollte sich mit den *Claims* „für Fairness“ und „Gusenbauer. Weil ER Wort hält“ als glaubwürdige Alternative zur ÖVP positionieren.

### **STRATEGIE DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI**

Die Volkspartei setzte auf einen Personen- statt auf einen Themenwahlkampf. Im Kanzlerduell Schüssel gegen Gusenbauer sollten der Amtsbonus und die guten wirtschaftlichen Kennzahlen der Republik den Ausschlag für Schüssel und die Volkspartei geben. Sechs Jahre nach der politischen Wende – vorher stellten die Sozialdemokraten dreißig Jahre lang den Bundeskanzler in Österreich – zog der Wahlkampf der Volkspartei daher eine Leistungsbilanz der letzten Legislaturperiode. Dabei wurden besonders die positive Grundstimmung im Land sowie die Person Schüssels betont. Inhaltlich forderte die ÖVP einen Abbau der Arbeitslosigkeit, eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung sowie mehr Budget für

Sicherheit, Forschung und Entwicklung. Als Negativthemen thematisierte die Volkspartei die Misswirtschaft der SPÖ bei der Gewerkschaftsbank BAWAG und beim Skandal des sozialdemokratischen Autofahrerclubs ARBÖ. Die ÖVP machte es zu ihrem deklarierten Ziel, den ersten Platz zu verteidigen und eine „rot-grüne“ Wende zu verhindern.

Die Strategie des Wahlkampfes mit dem *Claim* „vier weitere Jahre“ mit dem Team Wolfgang Schüssels war aus strategischen Überlegungen die erfolgversprechendste. Während der Bundeskanzler bei den Fernsehreden den Rezipienten einmal mehr seine Erfahrungen und staatsmännischen Fähigkeiten eindrucksvoll vermittelte, fiel der *Track Record* seines Teams (vor allem von Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrer und Finanzminister Karl-Heinz Grasser, die beide in der heftigen Kritik der Opposition standen) diesmal bei weitem nicht so gut wie 2002 aus.

Eine Stärke der NR-Kampagne war das harte, faktenorientierte *Permanent Campaigning* des ÖAAB (Österreichischer Arbeiter und Angestellter Bund, Teilorganisation der ÖVP) und vor allem von Generalsekretär Werner Amon gegen die Misswirtschaft des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Ergänzend dazu kommunizierte der ÖAAB mit dem Thema „Mitarbeiterbeteiligung“ auch ein starkes, emotional besetztes Thema.

Nach der schmerzlichen Niederlage und dem Rücktritt Wolfgang Schüssels übernahm der ehemalige Klubobmann Wilhelm Molterer die ÖVP, die als Juniorpartner der neuen Großen Koalition auf neue inhaltliche Schwerpunkte setzt.

## **INHALTLICHER NEUSTART MIT DEM PERSPEKTIVEN-PROZESS**

Rund eine Woche nach der für die Österreichische Volkspartei schmerzlichen Niederlage in der Nationalratswahl 2006 beschloss der Bundespartei Vorstand der ÖVP, unter der Leitung von Landwirtschafts- und Umweltminister Josef Pröll eine „Perspektivengruppe“ ins Leben zu rufen. Während der Pressekonferenz sagte der Noch-Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel, dass es das Ziel sei, zeitgemäße Antworten auf brennende Zukunftsfragen zu finden – etwa in den Bereichen Ausländer und Integration, Generationen und Familienpolitik, Bildung und Arbeit, Energie- und Umweltpolitik. Dabei gehe es vor allem um die Schärfung des Blicks auf die Wirklichkeit. Aufbauend auf einer festen Wertebasis muss auch die Perspektive einer inhaltlichen Neuausrichtung möglich sein.

## **Modern und konservativ – ein Widerspruch?**

Das Grundsatzprogramm der Volkspartei von 1995 formuliert diese Werte<sup>7</sup>: Die Österreichische Volkspartei ist die christdemokratische Partei Österreichs, die Partei der ökosozialen Marktwirtschaft, des entschlossenen Rechtsstaates und des weltoffenen Patriotismus. Das Menschenbild der ÖVP lässt sich sehr gut mit drei Schlüsselbegriffen beschreiben, die als Handlungsanleitung für die Politik verstanden werden: frei – sicher – sozial. In diesem Gedankendreieck sollte sich ein modern-konservativer Politiker bewegen.

Der Freiheitsbegriff im modernen Konservatismus einer christdemokratischen Partei bedeutet in erster Linie „befreien statt beherrschen“. Die Freiheit, den eigenen Lebensweg wählen zu können, ist ein menschliches Grundbedürfnis. Diese Wahlfreiheit zu fördern, zu stärken und auszubauen, ist das Ziel der ÖVP. Politik muss den Menschen immer wieder Chancen eröffnen, ihnen die nötigen Fähigkeiten, den Mut für und die Lust auf diese Möglichkeiten vermitteln und Chancen aufzeigen, sich zu entscheiden, wie das eigene Leben gestaltet sein soll. Mut zur Freiheit zu beweisen bedeutet aber auch, Verantwortung für seine Entscheidungen zu tragen. Ein freies Leben zu führen bedeutet, ein hohes Maß an Verantwortung für sich selbst, aber auch für sein Umfeld zu übernehmen.

Sicherheit im Konservatismus ist breit gefächert. Im übertragenen Sinn steht sie für Verlässlichkeit. Verlässlichkeit einerseits den eigenen Werten treu zu bleiben, den Kurs zu halten. Mit einem Wort: Nicht beliebig zu sein. Nur so nehmen die Menschen die Politik als zuverlässigen Partner wahr und an. Andererseits ist es der Auftrag, für die klassische Sicherheit im Alltag zu sorgen. Eine der dringlichsten Aufgaben ist, die Menschen vor Kriminalität, Armut und vor Hilflosigkeit im Alter oder Krankheitsfall zu schützen. Auch die Sicherung des guten Gesundheitswesens gehört zu dieser Alltagssicherheit. Für alle diese Aspekte gilt: Sicherheit kann nur gewährleistet werden, wenn Menschen aufeinander Rücksicht nehmen, einander achten, einander helfen und füreinander Verantwortung übernehmen. Bei der Sicherheit bekennen sich moderne Konservative zu einem leistungsfähigen, starken Staat, der mit seinem Gewaltmonopol verantwortungsbewusst und effektiv im Sinne der Menschen umgeht.

Es ist Aufgabe der Politik, dem Auseinanderdriften der Gesellschaft in Gewinner und vermeintliche Verlierer entgegenzuwirken sowie Armut und



sozialer Ausgrenzung vorzubeugen. Jede Hilfe muss zuerst Hilfe zur Selbsthilfe sein. Das soziale Netzwerk muss so dicht geknüpft sein, dass all jene, die die Hilfe des Staates oder der Gesellschaft brauchen, diese auch erhalten. Die Solidarität in der Gesellschaft ist aber nicht als Hängematte misszuverstehen, sondern als Trampolin in eine unabhängige Zukunft zu nutzen. Es muss die Gewissheit geben, dass sich Leistung und Arbeit lohnen. Es muss die Gewissheit geben, dass all jenen geholfen wird, die die Veränderungen nicht aus eigener Kraft bewältigen können.

### **Wer wir sind und was wir wollen**

Mit dem Perspektivenprozess hat sich die ÖVP die Aufgabe gestellt, sich außerhalb der Parteistrukturen bewusst und mit allem Risiko einer öffentlichen und breiten Diskussion zu öffnen. Sechzehn Impulsgruppen zu den Themen Arbeit, Bildung, Europa, Familie und Kinder, Frauen, Generationen, Gesundheit, Kultur und Medien, Lebensräume, Mittelstand, Politik und Bürger, Sicherheit, Soziales, Umwelt und Lebensqualität, Wirtschaft und Globalisierung, Wissenschaft und Forschung haben sich im Laufe eines Jahres dieser Diskussionsarbeit verschrieben. Mehr als 10.000 Menschen haben substantielle Ideen geliefert, Impulse gesetzt und mitdiskutiert. Eine Million Zugriffe auf die Perspektiven-Plattform bestätigen die Sehnsucht nach Diskussion und Bewegung: Nach Jahren eines vor allem durch die Regierungsarbeit bedingten Pragmatismus muss sich die Partei wieder stärker, erkennbarer und intensiver an den eigenen Grundsätzen orientieren.

### **Wir haben verstanden**

In einem umfassenden Papier<sup>8</sup> zieht der Leiter der Perspektivengruppe, Bundesminister Josef Pröll, seine Schlüsse aus den Fragen, die während der Perspektivenarbeit gestellt wurden: Was verbindet die ÖVP im Inneren? Wofür steht die Volkspartei? Was unterscheidet sie von den anderen politischen Mitbewerbern?

In diesen Schlussfolgerungen plädiert die Perspektivengruppe für einen „ausbalancierten Dreiklang des Engagements der ÖVP“: Gerechtigkeit und Chancen für jeden Menschen, Sicherheit im doppelten Sinne – als Antwort auf die globale soziale Frage und mit Null-Toleranz in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit zur Wahrung österreichischer Interessen. Die ÖVP soll sich als eine aufgeschlossene Partei präsentieren, die ihrem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit zu Grunde legt.

Für die Perspektivengruppe bedeutet Politik für die Zukunft mehr, als nur die sozialen Errungenschaften der Vergangenheit zu verteidigen – die Gerechtigkeitsfrage stellt sich in jeder Generation neu. Auf Basis dieser Erkenntnis definiert die Perspektivengruppe über 230 konkrete Zukunftsprojekte: vom steuerlichen Familiensplitting über das klare Bekenntnis zum Leben bis zu Vorschlägen zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, Mehrheitswahlrecht und E-Voting, die Österreich-Card als Antwort auf Zuwanderungsfragen, kein Abschluss ohne Anschluss in der Bildungspolitik, Gratis-Laptops für Schülerinnen und Schüler, Kindergärten als erste Bildungseinrichtung, Förderung des „Vier-Jahreszeiten-Tourismus“, Ausweitung der Bildungskarenz, die Internationalisierung österreichischer Unternehmen und vieles mehr.

Die Umsetzung erfolgt dabei auf dem Weg der Mitte: Er versucht, alte Werte und neue Wirklichkeiten zusammenzubringen. Er versucht, Wohlstand und soziale Sicherheit in einer veränderten Welt zu schaffen und bei allem den Gedanken der Nachhaltigkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Mit diesem Weg der Mitte erteilt die Perspektivengruppe jeglicher Form eines Rechts- oder Linkspopulismus eine klare Absage.

Die Perspektivengruppe will die christlich-sozialen Wurzeln der Volkspartei wieder sichtbar machen, denn die Kraft des Konservativen besteht „nicht darin, zu bewahren, was sich bewährt hat“. Sie zeigt sich vor allem darin „Neues zu schaffen, das es verdient, bewahrt zu werden“.<sup>10</sup> Moderner Konservatismus, so gelebt, ist keine Ideologie, sondern versucht, seine Ideale täglich in der Praxis zu leben.

„Aus der Mitte des Volkes. An der Seite der Menschen. Auf der Höhe der Zeit“<sup>11</sup> – so beschrieb Perspektivengruppenleiter und Bundesminister Josef Pröll die Positionierung der österreichischen Christdemokratie. Bundesparteiobmann Vizekanzler Wilhelm Molterer sieht die Erkenntnisse aus dem Perspektivenprozess als klaren Umsetzungsauftrag für die ÖVP. Sie sollen in die politische Arbeit der ÖVP einfließen. Bereits umgesetzt sind zum Beispiel die Ausweitung der Bildungskarenz, der Wegfall der Gebühren bei der Geburt eines Kindes und – europaweit als erstes Land – die Senkung des Wahlrechts auf 16 Jahre.

## UND DIE ÖSTERREICHISCHE SOZIALDEMOKRATIE?

Seit SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer 2001 den Begriff der „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“ in der Opposition geprägt hatte, hörte man von der heimischen Sozialdemokratie programmatisch wenig Substantielles. Auch und vor allem als Kanzlerpartei. Es bleibt abzuwarten, ob sich Österreichs Sozialdemokraten weiterhin hinter traditionellen Werten verschanzen oder ob es ihnen gelingen wird, eigenständige und zeitgemäße Interpretationen sozialdemokratischer Politik zu formulieren. Aus demokratiepolitischer Rason wäre der heimischen Sozialdemokratie auf jeden Fall eine programmatische Erneuerung und inhaltliche Öffnung zu wünschen. Vereinfacht zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Sozialdemokratie auch im Jahre 2008 nach wie vor etatistisch argumentiert und die Konzepte des *Deficit-Spender*-Vordenkers Keynes nach wie vor für der volkswirtschaftlichen Weisheit letzten Schluss hält.

Das Staatsverständnis der Sozialdemokratie lässt sich am besten mit dem Begriff „paternalistischer Versorgungsstaat“ umschreiben. Werte wie Eigenverantwortung scheint der gelernte Sozialdemokrat nach wie vor für „neoliberales Teufelswerk“ zu halten. Der Staat wird hier als Dienstleistungsunternehmen und als nationale Versicherungsanstalt mit der Hauptaufgabe der Umverteilung definiert.

Immer wieder verblüfft die grenzenlose Staatsgläubigkeit der Sozialdemokratie, die sich im Zweifelsfall in folgende Formel gießen lässt: Einfach Steuern erhöhen, wenn der Staat Geld braucht. Die Sozialdemokratie als Kanzlerpartei lässt jeden Willen zur nachhaltigen Gestaltung des Gemeinwesens vermissen, sie besitzt mit Karlheinz Bohrer „keinen Willen zur Macht. Nicht zu wollen heißt hierzulande nunmehr vor allem eines: Reduktion von Politik auf Sozialhilfe. Sozialpolitik wäre schon zuviel gesagt.“<sup>12</sup> Aber es kommt noch dicker. Auf der symbolischen Ebene inszeniert sich die Regierungspartei Sozialdemokratie bisweilen wie eine Oppositionspartei. Niemand verkörpert diese aktuelle Tendenz der österreichischen Sozialdemokratie besser als Sozialminister Buchinger.

Bundesminister Buchinger wird von den Wählern zwar als sozial engagiert und für Sozialpolitik zuständig beschrieben. Die Bewertung seines Arbeitsstils wird einerseits als „idealistisch mit ideologischem Standpunkt“<sup>13</sup>, andererseits auch als umsetzungsschwach bezeichnet: Dabei wird moniert, dass generell Versprochenes nicht umgesetzt werde und

bloße Ankündigungspolitik bleibe. Außerdem vertritt Buchinger eine Art Klassenkampf light: „Er möchte alles Gratis haben und zwar auf Kosten jener, die mehr haben.“ Diese Ankündigungspolitik wird gleichzeitig auch als Erklärung für seine ausschweifende mediale Inszenierung verwendet. Impliziter Subtext ist der Vorwurf, dass Buchinger politische Themen nur wegen seiner „Mediengeilheit“ besetze, wobei sein öffentlicher Friseurbesuch (inszeniert als Charity-Haarschnitt) für einen guten Zweck negativ und als gekünstelt bewertet wird. Mit dieser Medienwirksamkeit ist ihm aber die Thematisierung dieses Politikfeldes gelungen („hat da ein bisschen einen Wirbel reingebracht“), aber Buchingers Art der Medienarbeit ruft entgegengesetzte Bewertungen hervor – gleichermaßen Zustimmung und Ablehnung, kaum neutrale. Auf der sachlichen Ebene wird aus seiner Salzburger Amtszeit – Buchinger war vorher Landesrat für Soziales im Bundesland Salzburg – Durchsetzungsfähigkeit vermisst. Buchinger sei einer, der „gerne mehr machen würde, dem aber die finanziellen Mittel“ fehlen.

## DAS DILEMMA DER SPÖ IN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Buchinger steht damit paradigmatisch für die Entwicklung und das strategische Dilemma der österreichischen Sozialdemokratie. Gleichwohl die Sozialdemokraten den Kanzler stellen, inszenieren sie sich als Oppositionspartei, die „hilflos“ den Entwicklungen von Globalisierung und Internationalisierung ausgeliefert sei. Ängstlich wird die passive Frage „was wird mit uns geschehen“ gestellt, anstatt die Probleme des Landes mit der Frage „was sollen wir tun“ aktiv anzugehen.

Dass SPÖ und Wirtschaft nicht wirklich zusammenpassen, hat in Österreichs Zweiter Republik eine lange, unrühmliche Tradition. Im November 2003 hat der Vorsitzende der SPÖ, Alfred Gusenbauer, sein „Kompetenzteam Wirtschaft“ gegründet. Ziel war es unter anderem, ein neues Wirtschaftsprogramm zu erarbeiten.<sup>14</sup> Der Ende 2004 erarbeitete Entwurf stelle „eine gute Grundlage dar, damit Österreich aus niederem Wachstum und Arbeitslosigkeit herauskommt“, so Gusenbauer damals.<sup>15</sup> Mittlerweile ist es um dieses „Programm“ sehr leise geworden. Auch die Liste der „Experten“ ist still und heimlich von den verschiedenen, der SPÖ zuzuordnenden Internetseiten verschwunden. Aus guten Gründen: Mit Kompetenzteam-Mitgliedern wie Ex-BAWAG-Generaldirektor Johann Zwettler oder Ex-ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch könnte man die

Öffentlichkeit von der „Wirtschaftskompetenz“ der SPÖ nicht wirklich überzeugen. Zwettler hat inzwischen im BAWAG-Prozess ein Teilgeständnis abgelegt. Gute Nacht Österreich, wenn solche Leute den Wirtschaftskurs im Land bestimmt hätten!

Dass die SPÖ von Wirtschaften nichts versteht, zeigt sich nun auch an der aktuellen finanziellen Malaise der Wiener Gebietskrankenkasse. Die Zahlungsunfähigkeit droht – und wiederum wird die Allgemeinheit, werden andere als die Verantwortlichen – die der SPÖ zuzurechnenden Manager – dafür zahlen müssen, damit die Gesundheitsversorgung intakt bleibt. Die rote Linie, die sich durch Österreichs Wirtschaftsgeschichte zieht, ist lang und teuer: Verstaatlichtenkrise, Konsumpleite, Bank Burgenland, BAWAG-Krimi, ÖGB-Skandal – und jetzt die konkursreife Wiener Gebietskrankenkasse. Die SPÖ mit Politikern wie Bundesminister Buchinger hat nach wie vor nicht begriffen, dass Wirtschaften nicht bloß hemmungsloses Ausgeben heißt. Daher sind auch Zweifel an der vermeintlichen „Sozialkompetenz“ der SPÖ angebracht, weil Sozialkompetenz immer auch hohe Wirtschaftskompetenz erfordert. Schulden und finanzielle Krisen verursachen und dann die Allgemeinheit dafür zahlen zu lassen – das ist höchst unsozial.

- 1| ORF 2: Zeit im Bild 3 vom 3. Oktober 2006, Studiogast: Alois Schober (Young & Rubicam/SPÖ-Werbeagentur NRW 2006).
- 2| Vgl. u.a. Jaschke, Bruno: Die Wahlschlacht. In: Extradienst. Informationen für die Kommunikationsbranche vom 8. September 2006. – [http://www.extradienst.at/jaos/page/main\\_archiv\\_content.tmpl?ausgabe\\_id=101&article\\_id=18767](http://www.extradienst.at/jaos/page/main_archiv_content.tmpl?ausgabe_id=101&article_id=18767) [22. Januar 2008].
- 3| „Auszug aus der Studie: Wahlen werden nur dann gewonnen, wenn es gelingt, die Wählergruppen der anderen Parteien zu demobilisieren, interessierte Wechselwähler aber zu mobilisieren. Finanzminister Karl-Heinz Grasser, Bildungsministerin Elisabeth Gehrler und Bundeskanzler Schüssel – diese Politiker entweder positiv vereinnahmen oder versuchen nachhaltig politisch zu desavouieren.“ In: Der Standard vom 14./15. Dezember 2002, S. 8.
- 4| Der freie Journalist Weiss prangerte in einem offenen Brief in der Tageszeitung Der Standard vermeintliche Notstände in Österreichs Pflegepolitik an. Es spricht einiges dafür, dass dieser Brief integrierter Teil der SPÖ-Wahlkampagne war, auch wenn Weiss immer davon sprach, aus überparteilichen Motiven diesen Brief verfasst zu haben. Vgl. Weiss, Hans: Brief über Pflegenotstand in Österreich. In: Der Standard vom 19./20. August 2006.
- 5| In der dritten Augustwoche 2006 wurden im Onlineportal [www.news.at](http://www.news.at) Bilder veröffentlicht, auf denen zu sehen war, wie der Industrielle und ehemalige ÖVP-Obmann Josef Taus den ehemaligen BAWAG-Generaldirektor und Haupt-

verdächtigen im BAWAG-Skandal Helmut Elsner in seinem Haus in Frankreich besuchte. Gegen Elsner lief zu dieser Zeit ein Auslieferungsverfahren, das er aufgrund einer vermeintlichen Herzkrankheit verzögerte. Das Foto suggerierte – ähnlich wie das Foto mit Helmut Elsner und Wolfgang Schüssel – eine diffuse Mitverantwortung der ÖVP über die bloße Tatsache eines gemeinsamen Fotos mit einem ÖVP-Funktionär.

- 6| Auf Einladung des Klavierherstellers Bösendorfer besuchte Kanzler Schüssel Bulgarien. Diese Einladung wurde von der Opposition im Wahlkampf angegriffen. Als Illustration dieser Geschichte kursierte ein Foto mit Bundeskanzler Schüssel und BAWAG-Generaldirektor Helmut Elsner vor einem Bösendorfer Flügel, das suggerierte, die Person Schüssel sei über die punktuelle Bekanntschaft mit Helmut Elsner in den Skandal um die BAWAG verwickelt.
- 7| ÖVP: Grundsatzprogramm. Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. – <http://www.oevp.at/download/000298.pdf> [22. Januar 2008].
- 8| Vgl. Pröll, Joseph: Perspektiven für Österreich – Perspektiven für die Menschen. Die ÖVP denkt vor: Perspektiven 2010. Ideen, Impulse, Ziele. – <http://www.zukunft.at/Common/Downloads/ergebnispapier.pdf> [22. Januar 2008]. Abbildung des gesamten Diskussionsprozesses auf [www.perspektiven2010.at](http://www.perspektiven2010.at).
- 9| Ebd., S. 6.
- 10| Ebd., S. 62.
- 11| Ebd.
- 12| Bohrer, Karlheinz: Kein Wille zur Macht. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 61 (2007) 700, S. 659-667; hier: S. 666.
- 13| Antworten aus einer internen Meinungsumfrage über die Imagewerte österreichischer Regierungspolitiker (Moser, Christian: Imageprofile österreichischer Kommunal- und Bundespolitiker. – Unveröffentlichte Studie. – Wien, 2007).
- 14| SPÖ: Es muss wieder aufwärts gehen! Arbeit, Leistung, Sicherheit. Das Wirtschaftsprogramm, beschlossen am 38. ordentlichen Bundesparteitag – 29. und 30. November 2004. – [http://www.spoe.at/bilder/d251/wirtschaft\\_web1.pdf](http://www.spoe.at/bilder/d251/wirtschaft_web1.pdf). [22. Januar 2008].
- 15| Die Äußerung befand sich auf [www.startklar.at/www/page\\_14612.html-15k](http://www.startklar.at/www/page_14612.html-15k) [4. August 2006].

# WAHLENTWICKLUNG IN DEN NIEDERLANDEN

VOLKSPARTEIEN IN DER KRISE

*Ton Nijhuis*

Der niederländische Wähler wendet sich scharenweise und in großem Tempo von den klassischen Volksparteien ab. Er verlässt die Mitte und begibt sich stattdessen an die Ränder des politischen Spektrums, übrigens ohne dabei bei undemokratischen Parteien anzukommen. Auf der linken Seite hat die sozialdemokratische PvdA (*Partij van de Arbeid*) Angst einflößende Konkurrenz von der Sozialistischen Partei (*Socialistische Partij*, SP, vergleichbar mit der Linkspartei) bekommen. Wenn man den Meinungsumfragen Glauben schenken darf – obwohl weitläufig bekannt ist, wie vorsichtig man damit sein muss –, kann selbst nicht ausgeschlossen werden, dass die SP bei den nächsten Wahlen größer wird als die PvdA. Auf der rechten Seite werden die Liberalen, *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD), von den rechtspopulistischen Abspaltungen von Geert Wilders (*Partij voor de Vrijheid*,<sup>1</sup> PVV) und Rita Verdonk in eine tiefe Krise gestürzt. Verdonks Anti-Immigrationspartei *Trots op Nederland*<sup>2</sup> (ToN) könnte sogar, wenn jetzt Wahlen abgehalten werden würden, die zweitgrößte Partei der Niederlande werden. Lediglich die Christdemokraten (*Christen Democratisch Appèl*, CDA) haben bisher alle elektoralen Stürme größtenteils an sich vorbeiziehen sehen.

Es sind unruhige Wahlzeiten, in denen politische Kommentatoren dazu tendieren, von einer Krise zu sprechen und sich darum drängeln, die Parteiendemokratie zu Grabe zu tragen. Sogar das Schicksal der Weimarer Republik wird angeführt, um die niederländischen Wahlunruhen zu deuten. Obwohl dieses Bild übertrieben und wenig zutreffend ist, kann man tatsächlich von einer ernsten Krise sprechen, die vor allem die etablierten Parteien der Mitte trifft. Um die Entwicklungen im Wahlverhalten besser zu verstehen und die Kurzatmigkeit von Umfragen zu vermeiden, ist es sinnvoll, diese über einen längeren Zeitraum zu betrachten. Auf diese Weise können zunächst strukturelle Entwicklungen und konjunkturelle bzw. inzidentelle Schwankungen herausgearbeitet werden. Im Anschluss daran können wir versuchen, diese zu erklären, um so zu einer Prognose über die mittelfristige Entwicklung der Parteiendemokratie in den Niederlanden zu kommen.

Es ist dabei wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass die Niederlande über eine bunte Parteienlandschaft verfügen, die neben den sozialdemokratischen und christdemokratischen Volksparteien und der VVD auch einer Vielzahl kleinerer Parteien auf der linken und der rechten Seite Platz bietet. Das Verhältniswahlrecht und die nicht vorhandene Sperrklausel – wie etwa die Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl in Deutschland – schaffen Raum für eine Vielzahl von Bewegungen, denen es gelingt, sich eines oder mehrerer der 150 Sitze des Parlaments, der *Tweede Kamer*, zu bemächtigen. Für einen Sitz benötigt man lediglich 0,7 Prozent der Stimmen. Gewöhnlich sitzen ungefähr zehn Parteien im Parlament. Durch die starke Zersplitterung müssen immer Koalitionsregierungen gebildet werden, die sich in der Regel aus drei oder mehr Parteien zusammensetzen. Durch die Diffusion von Macht und Verantwortung als Folge dieses Koalitionssystems ist der Wähler weniger als in einem Mehrheitswahlssystem geneigt, die (Regierungs-)Parteien aufgrund ihrer geführten Politik abzustrafen. Er orientiert sich stärker an dem Programm, das die Parteien für die Zukunft präsentieren. Diese Tatsache führt dazu, dass sich der Verlauf des Wahlkampfes noch schwerer voraussagen lässt.

#### Wahlergebnisse der Zweiten Kammer von 1989 bis 2006 in Prozent

	1989	1994	1998	2002	2003	2006
CDA ( <i>Christen Democratisch Appèl</i> )	35,3	22,2	18,4	27,9	28,6	26,5
PvdA ( <i>Partij van de Arbeid</i> )	31,9	24,0	29,0	15,1	27,3	21,2
VVD ( <i>Volkspartij voor Vrijheid en Democratie</i> )	14,6	19,9	24,7	15,4	17,9	14,7
SP ( <i>Socialistische Partij</i> )	0,4	1,3	3,5	5,9	6,3	16,6
GroenLinks	4,1	3,5	7,3	7,0	5,1	4,6
D66 ( <i>Democraten '66</i> )	7,9	15,5	9,0	5,1	4,1	2,0
SGP ( <i>Staatkundig Gereformeerde Partij</i> )	1,9	1,7	1,8	1,7	1,6	1,6
Christen Unie	[2,3]	[3,1]	[3,3]	2,5	2,1	4,0
GPV ( <i>Gereformeerd Politiek Verbond</i> )	1,3	1,3	1,3			
RPF ( <i>Reformatische Politieke Federatie</i> )	1,0	1,8	2,0			
LPF / Fortuyn ( <i>Lijst Pim Fortuyn</i> )				17,0	5,7	0,2
Leefbaar Nederland				1,6	0,4	
Partij voor de Vrijheid (Wilders)						5,9
EénNL						0,7
CD ( <i>Centrumdemocraten</i> )	0,9	2,4	0,6			
AOV / Unie 55+		[4,4]	0,5			
AOV ( <i>Algemeen Ouderen Verbond</i> )		3,6				
Unie 55+		0,8				
Partij voor de Dieren					0,5	1,8

Quelle: [www.nlverkiezingen.com](http://www.nlverkiezingen.com).

#### WAHLENTWICKLUNG UND VERTRAUEN IN DIE POLITIK

Anhand der Tabelle mit den Wahlergebnissen der Jahre 1989 bis 2006 wird auf den ersten Blick deutlich, dass die Niederlande im Gegensatz zu Deutschland kein Wahlsystem haben, bei dem die zwei großen Volksparteien den Großteil der Stimmen unter sich aufteilen. Dennoch ist die Tatsache, dass die großen christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien gemeinsam weniger als 50 Prozent der Wähler an sich binden können, ein relativ neues Phänomen. Dies war zum ersten Mal im Jahr 1994 der Fall. Schon wesentlich früher zeichnete sich ab, dass die christ- und sozialdemokratischen Parteien ihre traditionellen Milieus oder Säulen, wie sie in den Niederlanden genannt werden, langsam aber sicher verlieren. Die Volksparteien sind, stärker als in Deutschland, heimatlos gewor-

den. Es ist unwahrscheinlich, dass die beiden Parteien ihren Status als echte Volksparteien in Zukunft wieder zurückerobert werden. Das ist auch für Wahlforscher ein Problem. Es ist nicht länger möglich, aufgrund von Faktoren wie beispielsweise Religionszugehörigkeit und sozialökonomischem Status das Wahlverhalten zu prognostizieren. Die Suche nach neuen strukturellen Kennzeichen, die das Wahlverhalten voraussagen könnten, hat bisher wenig gebracht. Kurz gesagt, wir erleben das Ende eines weltanschaulich geprägten Wählersystems, ohne dass sich bisher eine neue Ordnung abzeichnet. Es hat daher auch wenig Sinn zu sagen, dass Wahlergebnisse in den letzten Jahren immer stärker vom üblichen Bild abweichen. Die Abweichung ist vielmehr zur Norm geworden.

Ein zweites Phänomen, das sofort ins Auge fällt, wenn man sich die Wahlergebnisse über einen längeren Zeitraum anschaut, ist eine starke Abnahme des Wählerpotentials im Zentrum und eine starke Zunahme der Wähler an den Rändern des politischen Spektrums. Im Jahr 1989 befanden sich weniger als zehn Prozent der Wähler an den Rändern, während sich im Jahr 2006 mehr als ein Drittel der Wähler dort aufhielt.<sup>3</sup>

Die zugenommene Vitalität der Wähler geht Hand in Hand mit der Neigung, sich erst spät zu entscheiden, welche Partei man wählt. Wahlprognosen sind durch diese Entwicklung immer ungenauer geworden. Es zeigt sich auch noch ein weiteres Phänomen. Weil sich die Parteien im Großen und Ganzen bei den klassischen sozialökonomischen Themen einig sind, werden diese Fragen für den Wähler bei der Entscheidung für eine Partei weniger wichtig. Die Aufmerksamkeit des Wählers kann sich deshalb bei der Parteiwahl auf andere, selbst kleinere Themen wie Immigration und Integration richten. Die Tatsache, dass die Parteien sich ideologisch nicht oder kaum voneinander unterscheiden, bietet neuen Parteien, die sich gerade auf diese spezifischen Punkte konzentrieren, eine Chance. Auch die *Partij voor de Dieren* („Partei für die Tiere“), die zwei Sitze (von 150) errungen hat, passt genau in dieses Schema. Eine derartige Partei kann sich nur ein Land mit einem breiten Konsens bei anderen Themen erlauben.

Die Feststellung, dass der Wähler sich vom Zentrum an die Ränder des politischen Spektrums begeben hat, bedarf allerdings der Nuancierung. In diesem Bild bleiben die Parteien unverändert, während sich die Wähler bewegen. Man kann das Bild aber auch umdrehen. Nicht der Wähler verändert sich, sondern die Parteien bewegen sich hin zur Mitte. Damit

bleiben die Wähler am Rand zurück. Das heißt also, dass nicht nur die Wähler, sondern auch die Parteien ihren angestammten Platz verlassen haben. Vor allem die PvdA und die VVD erinnern an steuerlose Schiffe auf hoher See. Sie schwanken zwischen der Einnahme von radikaleren Standpunkten, um die Wähler, die am rechten oder linken Rand wegsackten, zurückzugewinnen und der Betonung darauf, dass populistische Standpunkte nur von Parteien eingenommen werden können, die keine Regierungsverantwortung übernehmen wollen.

Dass von einer Krise der etablierten politischen Parteien gesprochen werden kann, heißt noch nicht, dass sich die repräsentative Demokratie selbst in einer Krise befindet. Obwohl während der unruhigen Jahre nach dem Aufstieg und Tod Pim Fortuyns von einer zunehmenden Unzufriedenheit über das Funktionieren der Demokratie gesprochen wurde, stellte niemand das System an sich in Frage. Die Zufriedenheit mit dem politischen System liegt zurzeit höher als in den 1970er Jahren.<sup>4</sup> Selbst die populistischen Parteien ziehen das System nicht in Zweifel. Man kann also nicht von Weimar sprechen. Auch das Vertrauen in die Politik unterliegt nicht strukturell der Erosion.<sup>5</sup> Auch hier gilt, dass mit und nach Fortuyn die Vertrauenswerte kurzzeitig eine sinkende Tendenz hatten, in den letzten Jahren aber wieder anstiegen. Strukturell hat das Vertrauen in die Politik in den letzten Jahrzehnten zugenommen.<sup>6</sup>

Dasselbe gilt für den politischen Skeptizismus. Dieser nimmt ebenfalls nicht strukturell zu. Im Gegenteil, man kann heute viel weniger von Skeptizismus sprechen als in den 1970er Jahren. Auch der Prozentsatz derjenigen, die an nationalen Wahlen teilnehmen, bleibt unvermindert hoch. Der moderne politische Bürger ist darüber hinaus im Allgemeinen besser als früher informiert, mündiger und hat stärker das Gefühl, dass er oder sie auch tatsächlich etwas in der Politik verändern kann. Kurz gesagt, man kann nicht von einer Krise der Demokratie an sich sprechen. Die politischen Parteien, die den demokratischen Prozess managen, befinden sich in der Krise.

Diese Erkenntnis kann man auf verschiedene Weisen begründen. Im Folgenden möchte ich die zwei wichtigsten Erklärungsansätze kurz anreißen. Zum einen gibt es den Erklärungsansatz, der sich mit der Entwicklung der politischen Parteien an sich beschäftigt, zum anderen gibt es Modelle, die sich mit den ideologischen Grundstrukturen beschäftigen, die das Wählerverhalten bestimmen. Beim ersten Erklärungsansatz geht



es also um die veränderte Rolle der politischen Parteien in der Gesellschaft und im Staatsapparat. Dadurch, dass Parteien ihre gesellschaftliche Verankerung und ihre Heimat verloren haben, ist mehr Platz für Populisten als eine Art Anti-Establishment-Bewegung. Der politisch-inhaltliche Erklärungsansatz orientiert sich vor allem am Gegensatz zwischen Links und Rechts. Diese politisch-ideologische Dimension, die das politische Spektrum seit jeher kennzeichnet, wird zwar von vielen als überholt bezeichnet, strukturiert die Parteienlandschaft aber immer noch deutlich.

### **POLITISCHE PARTEIEN ZWISCHEN STAAT UND GESELLSCHAFT**

Traditionell bewegten sich politische Parteien auf der Grenze zwischen Staat und Gesellschaft. Politische Parteien waren früher fest in der Zivilgesellschaft verankert. Das lag nicht allein an der Parteimitgliedschaft von Bürgern, sondern auch daran, dass Parteien oder ihre Mitglieder auch in anderen gesellschaftlichen Sphären sichtbar und aktiv waren. Beispiele hierfür sind die Gewerkschaften oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen. Parteien spielten lange eine zentrale Rolle bei vielen organisierten Formen von Protest oder dem Richten von Aufmerksamkeit auf gesellschaftliche Probleme.

Gleichzeitig sind politische Parteien notwendig, um Demokratie zu managen. Außerdem sind sie Brutkästen und Lieferanten von Kandidaten für politische Ämter. Ohne Parteien wird es schwierig sein, Wahlen zu organisieren und Menschen für politische Ämter zu trainieren. Obwohl politische Parteien noch immer gerne ihre Verwurzelung in der Gesellschaft betonen, hat sich ihre Position in Richtung Staat verschoben. Sie haben ihre natürliche Anhängerschaft, ihre Säule oder ihr Milieu verloren und haben daher keine gesellschaftliche Heimat mehr. Die Zeit der Massenparteien ist vorbei. Auch kann man kaum noch von Mitgliederparteien sprechen. Die Partei wird von einer relativ kleinen Gruppe *Professionals* betrieben. Da das wichtigste Ziel einer Partei das Erreichen guter Wahlergebnisse ist, wird sowohl das Parteiprogramm als auch die Parteiorganisation hierauf ausgerichtet. Die Partei muss eine gut geölte Maschine sein. Die Volksparteien haben sich zu Wahlkampfparteien entwickelt.<sup>7</sup>

In diesem Prozess haben sie immer mehr Mitglieder verloren, die für den Kontakt zur Basis sorgen konnten. Der Mangel an aktiven Mitgliedern

macht es darüber hinaus für die Parteien schwer, in der Zivilgesellschaft sichtbar und aktiv zu bleiben. Diejenigen, die Mitglied werden, haben nicht selten die Ambition, parteipolitisch Karriere zu machen oder ein Staatsamt zu erhalten. Dementsprechend richten sie ihre Aufmerksamkeit eher auf die Partei oder den Staat als auf die Kontaktaufnahme mit dem Bürger.<sup>8</sup>

Gleichzeitig sind die Parteien auch in ihrer Finanzierung immer abhängiger vom Staat geworden. Daraus folgt, dass sich die politischen Parteien eher am Staat orientieren und somit der Gesellschaft den Rücken zukehren. Parteien hatten immer zwei wichtige Funktionen: Eine repräsentative Funktion und die Funktion, das politische System zu managen. Die repräsentative Funktion ist in den letzten Jahrzehnten immer stärker ausgehöhlt worden. In diesem Sinne kann also von einer Krise der repräsentativen Parteiendemokratie gesprochen werden.

Diese Krise der repräsentativen Funktion von Parteien bedeutet nicht, dass Parteien an sich schwächer geworden sind. Im Hinblick auf die Rolle, die die Parteien im Staatssystem spielen, hat ihr Einfluss kontinuierlich zugenommen. Was das Managen von Demokratie und das Verteilen von politischen Ämtern betrifft, verfügen sie beinahe über eine Monopolposition. Diese doppelte Bewegung führt zu einem parteipolitischen Paradox: Die Parteien sind in der Krise und in den Niederlanden in einem armseligen Zustand, aber gleichzeitig sind sie noch nie so mächtig gewesen, weil sie den Staat betreuen.

### **POPULISTISCHE BEWEGUNGEN UND DIE „SOCIALISTISCHE PARTIJ“**

Die Entkoppelung von Partei und Gesellschaft und der Niedergang der Milieus, aus denen Parteien ihre Mitglieder rekrutieren, schaffen auf zwei Wegen Möglichkeiten für politische Newcomer, Wähler für sich zu gewinnen. Zum einen sind das populistische Bewegungen und Parteien und zum anderen sind das Parteien, die wieder das Gefühl vermitteln können, sich um den Bürger zu kümmern und in der Zivilgesellschaft verwurzelt zu sein.<sup>9</sup> In den Niederlanden zeigt sich die erste Variante auf der rechten Seite des politischen Spektrums und die zweite auf der linken Seite.

Pim Fortuyn richtete seine Pfeile in erster Linie auf die politische Elite als ein in sich geschlossenes System, eine Haager Clique unter einer Käse-



glocke. Fortuyn fand, dass die etablierten Parteien in erster Linie mit sich selbst und miteinander beschäftigt seien und als Folge dessen den Kontakt zum Bürger verloren hätten. Seine Strategie war also nicht, innerhalb des politischen Systems eine neue Position einzunehmen, sondern stattdessen die herrschende Unzufriedenheit über die Politik dafür zu nutzen, sich selbst als Außenstehenden in diesem System zu präsentieren. Fortuyn wollte aus diesem Grund auch keine eigene Partei gründen, sondern sprach konsequent von einer Bewegung. Seine „Nachfolger“ schlugen genau denselben Weg ein. Wilders *Partij voor de Vrijheid* kennt nur ein Mitglied und das ist Geert Wilders selbst. Die PVV verfügt über neun Sitze im Parlament. Das heißt die anderen acht Abgeordneten der PVV sind also formell nicht einmal Parteimitglieder. Wilders verhindert damit internen Parteistreit, aber auch die Formierung einer Struktur. Auch Rita Verdonks *Trots op Nederland* hat keine Mitglieder. Man kann hier also von Bewegungen sprechen, die sehr schnell aufkommen, ihr Bestehen aber allein der Popularität ihrer politischen Leiter verdanken. Es entwickelt sich kaum Infrastruktur, was dazu führt, dass die Bewegungen sehr instabil sind.

Die andere Variante zeigt sich am linken Rand des politischen Spektrums, bei der *Socialistische Partij (SP)*. Die SP hat in den 1970er Jahren als maoistische Partei angefangen und sich lange Zeit abseits der nationalen Politik gehalten. Das Ziel der Partei bestand darin, in erster Linie auf lokaler Ebene aktiv zu sein. Man gründete Gesundheitszentren, unterstützte Arbeiterstreiks und Hausbesetzungen ebenso wie jegliche Art von Protesten von Mietervereinigungen und ähnlichen Organisationen. Das Vorgehen der SP ähnelte der Strategie einer Moslembrotherschaft: Zunächst war man hilfsbereit in der Nachbarschaft, um im Anschluss daran die politische Botschaft zu verkünden. Erst im Jahr 1994 erhielt die Partei zum ersten Mal zwei Sitze im Parlament. Bei den nächsten Wahlen im Jahr 1998 waren es bereits fünf, bei den Wahlen in den Jahren 2002 und 2003 neun und schließlich, im Jahr 2006, stieg die Zahl der Parlamentssitze auf 25. In den Prognosen kommt die Partei derzeit auf rund dreißig Sitze. Damit wäre die SP ebenso groß wie die PvdA.

Im Gegensatz zu den populistischen Bewegungen von Fortuyn, Wilders und Verdonk kann man bei der SP nicht von einem schnellen Aufstieg ohne Parteibildung sprechen. Es handelt sich vielmehr um eine langsam, aber stetig aufgebaute politische Infrastruktur. Im Hinblick auf ihre Struktur gehört sie zu den stärksten Parteien der Niederlande. Dabei ist

vor allem die gesellschaftliche Verwurzelung einer der stärksten Punkte der SP. Gerade diese macht es der sozialdemokratischen PvdA so schwer, sich aktiv als Alternative zu präsentieren. Die SP ist momentan bei den Gewerkschaften und anderen traditionell sozialdemokratischen Organisationen viel stärker vertreten als die PvdA. Die SP ist eine „Kümmererpartei“ und somit in gewisser Weise vergleichbar mit der Linkspartei in Deutschland. Die Versuche innerhalb der PvdA, den Stimmenverlust an die SP dadurch einzudämmen, dass man die Betonung wieder stärker auf das eigene sozialdemokratische Profil legt, indem man die Auswüchse der liberalen Marktwirtschaft härter kritisiert und die Errungenschaften des Versorgungsstaats stärker verteidigt – eine Strategie, die auch innerhalb der SPD viele Anhänger hat –, gehen völlig an diesem zentralen Punkt vorbei. Die PvdA bekommt ihre Wähler nicht dadurch zurück, dass sie sich inhaltlich wieder stärker links profiliert. Das klassische Milieu der PvdA fühlt sich durch die Partei nicht mehr vertreten. Hier hilft nur eine Strategie, bei der die Partei wieder stärker gesellschaftlich aktiv wird.

#### **LINKS-RECHTS-SCHEMA NACH WIE VOR GRUNDLAGE POLITISCHER ORIENTIERUNG**

Die Volatilität der Wähler beschränkt sich größtenteils auf den Mitte-Rechts- und den Mitte-Links-Flügel. Bei der Verteilung zwischen links und rechts gibt es dahingegen ein auffallendes Maß an Stabilität im Wahlverhalten. Für den Wähler sind links und rechts also immer noch wichtige Begriffe für die eigene politische Orientierung. In dieser Hinsicht scheint es verfrüht zu sein, den Gegensatz zwischen links und rechts als obsolet über Bord zu werfen.

Der Wähler handhabt zwar noch immer das Links-Rechts-Schema, doch für die eigene politische Orientierung sind inzwischen andere Themen wichtiger geworden. Früher waren das vor allem sozialökonomische Fragen wie die Verteilungsproblematik, jetzt sind es eher Themen wie Immigration und Integration. Wir müssen daher im Links-Rechts-Schema zwei Dimensionen unterscheiden. Neben der sozialökonomischen Ebene müssen wir auch mit einer Ebene der Normen und Werte arbeiten. Rechts steht in diesem Zusammenhang für wertkonservativ und links für eine starke Betonung von Freiheiten sowie der Begrüßung von Globalisierung und einer offenen multikulturellen Gesellschaft. Mit Hilfe dieser beiden Ebenen im Links-Rechts-Schema sind sowohl die elektoralen Entwicklungen in den Niederlanden als auch die Probleme der Volksparteien,

Wähler dauerhaft an sich zu binden, zu erklären. Sie bieten außerdem eine Antwort auf die Frage, warum die christdemokratischen Volksparteien weniger mit Stimmverlusten an extremere Parteien zu kämpfen haben als die Sozialdemokraten oder die Liberalen. Wenn wir die sozial-ökonomische Ebene mit der normativen kreuzen, können wir vier Grundhaltungen unterscheiden:

- 1) sozialökonomisch und im Hinblick auf Normen und Werte links,
- 2) sozialökonomisch und im Hinblick auf Normen und Werte rechts,
- 3) sozialökonomisch links und im Hinblick auf Normen und Werte rechts,
- 4) sozialökonomisch rechts und im Hinblick auf Normen und Werte links.

Die traditionellen niederländischen Parteien bewegen sich sowohl sozial-ökonomisch als auch im Hinblick auf die Normen und Werte in diesem Schema entlang der Rechts-Links-Ebene (also wie bei Punkt 1 und 2). Die große Mehrheit der Wähler orientiert sich, wenn es um die sozial-ökonomische Ordnung geht, links. Das heißt, die meisten Wähler befürworten den Erhalt möglichst vieler sozialstaatlicher Leistungen und Arrangements. Gleichzeitig spricht sich eine große Mehrheit für eine Verringerung des Einkommensgefälles aus. Die Wähler haben wenig Vertrauen in die liberale Meinung, dass sich aktuelle Probleme am besten lösen, wenn man sie dem Markt überlässt. Man überträgt lieber dem Staat die Verantwortung. Gleichzeitig neigen viele Wähler zu rechten Standpunkten, wenn es um Fragen wie Immigration und Multikulturalismus, Kriminalität, öffentliche Ordnung und Terrorismusbekämpfung geht. Viele Bürger sind der Meinung, dass die Toleranz in den letzten Jahren über das Ziel hinausgeschossen sei und dass die *anything-goes*-Haltung dazu beigetragen habe, dass die Gesellschaft inzwischen verwahrlost ist. Der Ruf nach mehr Zucht und Ordnung wird daher lauter.

Dies alles zeigt, dass es eine große Gruppe von Wählern gibt, die in sozialökonomischer Hinsicht eher linke Positionen vertreten, in normativer Hinsicht hingegen als konservativ einzuordnen sind. Sie gehören daher zur Kategorie 3. Zu dieser Kategorie gehört jedoch fast keine politische Partei. Linksradikale Parteien wie die SP (und in Deutschland die Linkspartei) haben sich in den letzten Jahren jedoch zunehmend in diese Richtung entwickelt. Sie kombinieren die Empörung über den Erfolg des freien Marktes und über das Scheitern des Wohlfahrtsstaates mit einer konservativen Haltung zu Immigration und Integration. Mit dieser Haltung werden diese „Empörungsparteien“ zu einer attraktiven Alternative

für traditionell sozialdemokratische Wähler, die sich im Stich gelassen fühlen. Auf der rechten Seite können wir beobachten, dass die eher rechtspopulistischen, aber noch immer demokratischen Parteien dazu neigen, sich vom liberalen, freien Marktdenken zu verabschieden. Sie durchlaufen also einen ähnlichen Prozess wie die Linksparteien, aber dann vom umgekehrten Ausgangspunkt aus. Wilders und Verdonk, die beiden rechtspopulistischen Abspaltungen der VVD, betonen immer wieder, sich für den kleinen Mann einzusetzen und ihn vor Immigranten einerseits und dem „Raubkapitalismus“ andererseits zu beschützen. Darin liegt die Antwort auf die Frage, warum die christdemokratischen Parteien weniger unter dieser Polarisation und dem Verlust von Wählern an populistische Parteien leiden. Die christdemokratischen Parteien sind seit jeher soziale und wertkonservative Parteien. Sie haben den Versorgungsstaat in weiten Teilen aufgebaut, aber gleichzeitig immer darauf hingewiesen, dass eine Gesellschaft auch ein normatives Fundament braucht, das die Bürger verbindet. In dieser Hinsicht zeichnen sich christdemokratische Parteien seit jeher durch eine soziale Wirtschaftspolitik auf der einen Seite und einen gemäßigten Wertkonservatismus auf der anderen Seite aus.<sup>10</sup>

#### SCHLUSSBEMERKUNG

Es bleibt festzuhalten, dass der Wähler in den Niederlanden den etablierten Parteien immer mehr den Rücken zukehrt und sein Heil bei neuen Parteien und Gruppierungen am linken und rechten Rand des politischen Spektrums sucht. Gleichzeitig zeichnet sich jedoch auch eine entgegengesetzte Entwicklung ab. Die Parteien an beiden Rändern müssen, um eine anziehende Alternative zu sein, einen Teil ihrer Radikalität aufgeben. So sehen wir beispielsweise, dass sich die SP von einer maoistischen Splittergruppe zu einer relativ durchschnittlichen sozialdemokratischen Partei entwickelt hat, die eigentlich ohne Probleme auch Regierungsverantwortung übernehmen könnte. Das heißt also, dass aufgrund der Tatsache, dass sich die Wähler am politischen Rand orientieren, sich die Parteien, die sich dort befinden, zur Mitte hin bewegen. Gleichzeitig können wir konstatieren, dass die Parteien der Mitte bei Themen wie Immigration, Integration, Kriminalität, öffentliche Ordnung und Missbrauch des Sozialstaats, mit denen populistische Parteien ihre Wähler gewinnen, immer härtere Standpunkte einnehmen. Der Stil, in dem zurzeit im Parlament über die Probleme der multikulturellen Gesellschaft debattiert wird, wäre noch in den 1990er Jahren unmöglich gewesen.<sup>11</sup> Die

etablierten Parteien entwickeln sich also nicht nur aufeinander zu in Richtung Mitte, sondern bei einigen politischen Themen entwickeln sie sich in Richtung der Ränder des politischen Spektrums. Es gelingt dem niederländischen Parteiensystem durch diese doppelte Bewegung von extremen Parteien in Richtung Mitte und von Parteien der Mitte bei bestimmten Themen in Richtung der Ränder sehr gut, populistische Bewegungen in das System zu integrieren, zu disziplinieren und die Themen, die sie anbringen, auf die reguläre politische Agenda zu setzen.

- 1| *Deutsche Übersetzung: Partei für die Freiheit.*
- 2| *Deutsche Übersetzung: Stolz auf die Niederlande.*
- 3| *Eine Analyse der Wahlen 2006 findet sich bei Becker, Frans / Cuperus, René: Die Wahlen am 22. November 2006 und die Unruhe in der niederländischen Wählerschaft. In: Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, 17 (2006), S. 83-100.*
- 4| *Zu Beginn der 1970er Jahre lag der Prozentsatz derjenigen, die relativ bis sehr zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in den Niederlanden waren, knapp über 50 Prozent. Abgesehen von ein paar Schwankungen hat die Zufriedenheit seit diesem Zeitpunkt zugenommen und liegt nun bei über 70 Prozent. Vgl. auch Aarts, Kees u.a.: Politieke houdingen, tevredenheid en de beoordeeling van partijen en politici. In: Aarts, Kees u.a. (Hrsg.): Een verdeeld electoraat. De Tweede Kamerverkiezingen van 2006. – Utrecht: Het Spectrum, 2007. – S. 189-210.*
- 5| *Die Zahlen des Eurobarometers geben an, dass im Jahr 2007 mehr als 70 Prozent der niederländischen Bürger sowohl der Regierung als auch dem Parlament Vertrauen schenkten. Das Vertrauen in die politischen Parteien liegt dagegen lediglich bei 40 Prozent. Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): Eurobarometer 67. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. – S. 51 und Anlage QA16.5 sowie QA16.6. – [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb67/eb67\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb67_de.pdf). [1. Februar 2008].*
- 6| *Siehe dazu auch Brug, Wouter van der / Praag, Philip van: Erosion of political trust in the Netherlands: Temporal or Temporarily? A research note. In: Acta Politica, 42 (2007), S. 443-458.*
- 7| *Die Professionalisierung wird durch den europäischen Integrationsprozess noch verstärkt. Die Zahl der internationalen Kontakte und Verpflichtungen nimmt exponentiell zu. In diesem Prozess spielen normale Parteimitglieder keine Rolle mehr. Diese Professionalisierungstendenz ist übrigens auch bei anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sichtbar. Auch hier gibt es immer häufiger ein kleines professionelles Management, das die Richtung vorgibt. Man kann dann nicht mehr von aktiv partizipierenden Mitgliedern, sondern nur noch von beitragszahlenden Sympathisanten sprechen.*
- 8| *Zwei wichtige Unterschiede zu Deutschland müssen hier betont werden. Zum einen gibt es in den Niederlanden kein Wahlkreissystem. Dadurch gibt es keine direkte Verbundenheit zwischen einem Politiker und seinem Heimatort. Zum zweiten sind die niederländischen politischen Parteien schwach. Sie verfügen über fast kein Budget und Personal. Es mangelt ihnen somit an einer Infrastruktur, um große Aktivitäten zu entwickeln.*

- 9| *Vgl. zum Thema Populismus im niederländischen Parteiensystem Lucardie, Paul: Populismus im Parteiensystem in Deutschland in den Niederlanden. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2007) 35-36, S. 41-46.*
- 10| *Ein Vergleich der niederländischen und deutschen politischen Kultur findet sich bei Nijhuis, Ton: Die politische Kultur in den Niederlanden im Vergleich zu Deutschland. In: Thomas, Alexander / Schlizio, Boris U. (Hrsg.): Leben und Arbeiten in den Niederlanden. Was Sie über Land und Leute wissen sollten. – Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht, 2007. – S. 182-200.*
- 11| *Zu Integrationsproblemen in den Niederlanden siehe auch das Themenheft „Die Integration von Zuwanderern“, Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, 17 (2006).*

# REGIEREN WIE GOTT IN FRANKREICH?

DIE KONSERVATIV-LIBERALE PRÄSIDENTENPARTEI UMP

*Daniel Eisermann*

Scheinbar gehen in Frankreich die politischen Uhren anders. Während in den meisten westeuropäischen Ländern die Volksparteien der rechten Mitte mit Schwierigkeiten der Wählerbindung und wachsender Parteienkonkurrenz zu kämpfen haben, verfügt die *Union pour un Mouvement Populaire* („Volksbewegungsunion“, UMP) seit ihrer Gründung vor sechs Jahren über eine komfortable absolute Mehrheit in der Nationalversammlung und stellt den Staatspräsidenten. Die von der UMP getragene Regierung kann sich nach dem Erfolg bei der Präsidenten- und Parlamentswahl im Frühjahr 2007 ganz auf die Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme und die Durchführung der von Präsident Nicolas Sarkozy angekündigten Reformen konzentrieren. Es ist zu fragen, wie der ungewöhnliche Erfolg dieser konservativ-liberalen Regierungspartei zustande kommt. Zu diesem Zweck sind zunächst die institutionellen Bestimmungsfaktoren der Fünften Republik zu umreißen und die Geschichte der Partei zu betrachten. Der Blick auf das wechselvolle Verhältnis der Partei zum Staatspräsidenten und die Ausgestaltung des innerparteilichen Pluralismus ergibt näheren Aufschluss zur Stellung der UMP in der französischen Politik. Weicht dieser Fall vom erwähnten Trend in der westlichen

Parteienentwicklung ab oder führt eine nähere Betrachtung dazu, den Erfolg der UMP zu relativieren? Schließlich stellt sich die Frage nach den Entwicklungsperspektiven der Sammelpartei der bürgerlichen Rechten.

### **PRÄSIDENTIALISIERUNG DER FRANZÖSISCHEN PARTEIEN**

Im Unterschied zu den rein parlamentarischen Systemen nehmen Parteien im semipräsidentiellen Regierungssystem Frankreichs eine abgewandelte Stellung ein. Hinsichtlich ihres politischen Gewichts sagen Programme und die Zahl ihrer Mitglieder weniger aus als in den meisten anderen europäischen Ländern. Die Zielrichtung der französischen Parteien ist vorrangig auf die Teilnahme an Wahlen gerichtet und damit auf die Auswahl und die Unterstützung der Kandidaten. Die Finanzierung der Parteien und ihrer Wahlkämpfe wurde nach 1988 auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Seitdem erhalten die Parteien abhängig vom Wahlerfolg und der Größe ihrer parlamentarischen Vertretung öffentliche Zuschüsse (die Möglichkeit von Unternehmensspenden wurde dagegen 1995 abgeschafft). Im Inneren oftmals in ausdifferenzierte Strömungen zersplittert, gehören die Parteien in der Regel einem Bündnis des linken oder rechten politischen Lagers an.<sup>1</sup> Schneiden sie bei der Wahl zur Nationalversammlung erfolgreich ab, haben es Parteien und Fraktionen aufgrund der Verfassungsordnung trotzdem schwer, wirksamen Einfluss auf die Regierung auszuüben.<sup>2</sup> Dies hat vor allem mit der herausgehobenen Bedeutung der Präsidentschaft zu tun. Die Aussicht auf Übernahme oder Bewahrung des höchsten Staatsamtes mit seinen einzigartigen Privilegien – darunter der Vorrang in der Außen- und Sicherheitspolitik, das Recht, den Premierminister zu ernennen oder die Nationalversammlung auflösen zu können – strukturiert den Wettbewerb von Parteien und Spitzenpolitikern in entscheidendem Maße.<sup>3</sup>

Das Übergewicht der Exekutive blieb nicht unangefochten. Es gab in den 1980er und 1990er Jahren zeitweilig Anzeichen eines Machtgewinns des Parlaments – und damit indirekt der parteipolitischen Kräfte –, zumal in Zeiten der Kohabitation wie zuletzt von 1997 bis 2002, wenn Präsident und Regierungsmehrheit unterschiedlichen politischen Lagern entstammten. Seit der am 24. September 2000 durch ein Referendum beschlossenen Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre (und damit auf die Dauer der Legislatur) und der sich daraus ergebenden Justierung der Wahltermine modifizierte sich das Bild. Das System hat sich wieder stark auf den Präsidenten ausgerichtet. In den Jahren 2002

und 2007 fand die Wahl zur Nationalversammlung unmittelbar nach der Präsidentenwahl statt. So wird es auch in Zukunft geschehen, obwohl nicht ausgeschlossen ist, dass die Abfolge zwischenzeitlich einmal durchbrochen wird, etwa durch eine vorzeitige Neuwahl der Nationalversammlung. Darüber hinaus ist es psychologisch gesehen unwahrscheinlich, dass die Wähler einem neu gewählten Staatschef eine parlamentarische Mehrheit und damit die Möglichkeit, sein politisches Programm zu verfolgen, verweigern werden. Daher erscheint die Wahl der Legislative im Normalfall darauf reduziert, das Ergebnis der Präsidentenwahl noch einmal zu bestätigen und hinsichtlich der politischen Kräfteverhältnisse im Parlament näher auszugestalten.

Aus der Machtstellung des Präsidenten ergibt sich die „Präsidentialisierung“ der französischen Parteien, deren Spitzenkräfte als Ziel ihrer Karriere die Erringung des Präsidentenamtes verfolgen. Parteien mit einem aussichtsreichen Präsidentschaftsanwärter (*présidentiable*) haben eine deutlich bessere Ausgangsposition. Umgekehrt hat sich gezeigt, dass die Parteien bei der Auswahl der *présidentiables* eine dominante Rolle spielen. Ohne die Unterstützung des Apparats und mächtiger personeller Netzwerke in einer Partei kann sich ein Präsidentschaftskandidat kaum in eine günstige Startposition begeben. So ist es bezeichnend, wie die letzten Amtsträger – François Mitterrand, Jacques Chirac oder Nicolas Sarkozy – erst aus der Position von Politikern, die in ihrer Partei unbestritten die Macht ausübten, erfolgreich zum entscheidenden Sprung ansetzen konnten. Als Mythos erwies sich dagegen die Vorstellung, eine überparteiliche Persönlichkeit könne an die Spitze des Staates gelangen, wie dies Charles de Gaulle als Ideal der Präsidentenfunktion der Fünften Republik vorgeschwebt hatte. Natürlich sind große Parteien auch in anderen Ländern um politische Führer und mögliche Regierungs- oder Staatschefs herum aufgestellt. Doch sind die französischen Parteien im Vergleich stärker personalisiert. Außerdem unterliegen sie von Zeit zu Zeit bedeutenden Umgestaltungen, sie verbinden sich unter verändertem Namen zu Wahlallianzen, um anschließend wieder getrennte Wege zu gehen. Oder es kommt wie im Falle der UMP zu einer förmlichen Neugründung. Sofern sie nicht bereits als Hausmacht des Staatspräsidenten fungieren, verstehen sich Parteien, sobald sich ihnen die Aussicht bietet, ihr jeweiliger Aspirant könne in absehbarer Zeit in den Elysée-Palast einziehen, zumindest als potentielle „Partei des Präsidenten“.

Auf der Linken nehmen die Sozialisten eine Vorrangstellung ein. Faktisch hat die Partei ein Monopol darauf, den Kandidaten auszuwählen, der als Spitzenkandidat des „fortschrittlichen Lagers“ in Betracht kommt. Dagegen gab es bei den Mitte-Rechts-Parteien in der Vergangenheit hart geführte Auseinandersetzungen und konkurrierende Präsidentschaftskandidaturen, die dann beim zweiten Wahlgang die Siegesaussichten des verbliebenen Rechtskandidaten nachhaltig schmälern konnten. Analog galt dies bei der Wahl zur Nationalversammlung, bei der in den Einerwahlkreisen ebenfalls zwei Runden nach dem Mehrheitswahlrecht vorgesehen sind. Aus diesem machtstrategischen Ansatz heraus wurde daher schon lange über einen Zusammenschluss der neogaullistischen „Sammlungsbewegung für die Republik“ (*Rassemblement pour la République*, RPR) und der „Union der französischen Demokratie“ (*Union pour la Démocratie française*, UDF) nachgedacht. Anders als bei den Präsidentenwahlen hatte bei den Wahlen zur Nationalversammlung schon seit den 1980er Jahren die Tendenz zugenommen, enger zu kooperieren und bereits in der ersten Runde gemeinsame Kandidaten aufzustellen.<sup>4</sup> Hinzu kam, dass Gegensätze etwa in der Wirtschaftspolitik und auf anderen Politikfeldern häufig quer durch bisherige Parteigrenzen verliefen. Die organisatorische Trennung zwischen RPR und UDF hatte daher in den Augen vieler Beobachter inhaltlich und praktisch ihre Berechtigung eingebüßt.

## DIE GRÜNDUNG DER UMP

Der konkrete Impuls zur Neugründung ging von dem Wiederwahlprojekt Jacques Chiracs aus. Seine Partei hatte sich gegen die Regierungsmacht des sozialistischen Premierministers Lionel Jospin zu behaupten und strebte nach einem möglichst breiten Wahlbündnis, das seit April 2001 den Namen *Union en Mouvement* („Union in Bewegung“, UEM) trug. Zu den Befürwortern einer neuen Kandidatur des Präsidenten stießen viele Zentrumspolitiker, die nur mit ihm die Aussicht verbanden, eine fortgesetzte Dominanz der Linken zu verhindern. Bald zeichnete sich ab, dass aus dem Wahlbündnis zugunsten des Präsidenten die seit Jahren anvisierte Einheitspartei der bürgerlichen Rechten hervorgehen würde. Die im Verlauf des Jahres 2002 schrittweise vollzogene Gründung der UMP bedeutete, wie auf der Website der Partei zu Recht festgestellt wird, eine „größere politische Wende in der französischen politischen Landschaft“.<sup>5</sup> Dabei wurde der Zusammenschluss am Ende nicht vollständig durchgeführt. Um diese Vorgänge besser zu verstehen, muss man zunächst die Vorgängerparteien der UMP betrachten.

Die RPR war der Kern, um den herum sich die Fusion oder, wie Kritiker es sahen, die „Aufsaugung“ der UDF vollzog. Die mitgliederstärkere und relativ straff geführte neogaullistische Bewegung war während der ersten Amtszeit Chiracs die „Partei des Präsidenten“, befand sich jedoch seit der missglückten Parlamentsauflösung und Neuwahl von 1997 in der Opposition. Die im Jahr 1976 von Chirac gegründete RPR, Nachfolger mehrerer Vorläuferparteien, definierte sich als politischer Erbe des Gaullismus. Als Wesenszüge des Gaullismus gelten die Verbundenheit mit den Institutionen der Fünften Republik und das Betonen der Autorität des Staates im Inneren ebenso wie der äußeren Souveränität eines starken Frankreichs.<sup>6</sup> Hinzu kam das Selbstverständnis einer „Bewegung“ mit teilweise populistischen Zügen, die zugleich als loyale Unterstützerin des Präsidenten auftrat. Neben konservativen Zügen bot die RPR ebenso wirtschaftsliberalen, proeuropäischen wie linksgaullistischen Strömungen ein politisches Dach. Die damit verbundenen Widersprüche waren in der Persönlichkeit Chiracs aufgehoben, der sich je nach Lage der Dinge zu einem konservativen Staatsverständnis, zu liberalen Forderungen oder zu Appellen an die „soziale Kohäsion“ bekannte. Beim Thema Europa waren die ideologischen Risse aber nicht zu überbrücken, wie sich beim Maastricht-Referendum von 1992 gezeigt hatte, als Chirac nur einen Teil der Partei ins Lager der Befürworter ziehen konnte. Beim gescheiterten Referendum zur europäischen Verfassung am 29. Mai 2005 bestätigte sich, dass auch die „postgaullistische“ UMP beim Thema Europa nicht zu einer geschlossenen Position finden kann.

Ein anderes Bild bot die – tendenziell europafreundliche – UDF, die gleich mehrere „politische Familien“ der französischen Geschichte integrierte. Ihre Gründung im Jahr 1978 war typischerweise im Zeichen der Sammlung um einen einzelnen Politiker, den damaligen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, erfolgt. Von RPR und Sozialisten unterschied sich die UDF besonders in zweierlei Hinsicht. Sie wies zum einen den Charakter einer Honoratiorenpartei mit relativ geringer Mitgliederzahl auf, die auf der Ebene von Amts- und Funktionsträgern in Parlamenten und Verwaltungen verwurzelt war. Zum anderen stellte sie ein Kartell mehrerer Parteien dar, die rechtlich und tatsächlich fortexistierten, obgleich auch die Möglichkeit bestand, der UDF als Mitglied direkt beizutreten. Die beiden wichtigsten Formationen waren, vereinfacht gesprochen, die liberalen Republikaner, welche die ursprüngliche politische Heimat Giscard d'Estaings ausmachten, und die Zentristen, die eine christlich-soziale Tendenz einschlossen und in der Vergangenheit oft in Distanz zum



Gaullismus gestanden hatten. Der Zusammenschluss zu einer homogenen „neuen UDF“ stand 1998 nach der Wahl François Bayrous zum Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Die von dem entschiedenen Wirtschaftsliberalen Alain Madelin geführten Republikaner (seit 1997 unter dem Parteinamen *Démocratie libérale*, DL) koppelten sich jedoch ab und begannen sich nach der Trennung vom Zentrum den Neogaullisten anzunähern. Mit diesem Vorgang setzte, wie aus heutiger Sicht gut zu erkennen ist, eine unaufhaltsame Erosion der Mitte ein. Bei der ersten Runde der Präsidentenwahl am 21. April 2002 landete Bayrou mit 6,8 Prozent abgeschlagen auf dem vierten Rang. Der DL-Kandidat Madelin erzielte lediglich 3,9 Prozent. Während dieser daraus den Schluss zog, die Vereinigung mit der RPR mitzumachen und seine Formation aufzulösen, bewahrte Bayrou die Eigenständigkeit seiner Partei.

Nachdem sich Präsident Chirac, der in der ersten Runde nur 19,9 Prozent der Stimmen bekam, gegen den überraschend in die Stichwahl eingezogenen Kandidaten der Nationalen Front, Jean-Marie Le Pen, die Wiederwahl gesichert hatte, stand im Juni 2002 die Wahl zur Nationalversammlung an. Bereits am 23. April war zu diesem Zweck die UEM zu dem Wahlbündnis *Union pour la Majorité Présidentielle* („Union für die Mehrheit des Präsidenten“, UMP) erweitert worden, die als Vorstufe der Parteigründung gedacht war. Die unter diesem Label antretenden Kandidaten gewannen mit 367 Mandaten mehr als drei Fünftel der zu vergebenen Sitze und vereinigten in der ersten Runde zusammen 33,3 Prozent der Stimmen auf sich. In den Stichwahlen stieg der Anteil mit dem Wegfall der in den Wahlkreisen unterlegenen Kandidaten der kleineren Rechtsparteien und Gruppierungen sogar auf mehr als 47 Prozent an. Diese Zahl besagt allerdings wenig über den realen Wähleranteil, sondern ergibt sich aus der Verstärkungswirkung des Mehrheitswahlrechts. Vorausgesetzt, dass in einem Wahlkreis kein Kandidat eine absolute Mehrheit erreicht, sind bei den eine Woche später angesetzten Stichwahlen nur jene Kandidaten teilnahmeberechtigt, die wenigstens die Stimmen von 12,5 Prozent der Wahlberechtigten bekommen haben. Zudem tritt im Zweifel nur der bestplatzierte Kandidat des jeweiligen politischen Lagers zur zweiten Runde an. In der Folge spielte Bayrou mit seiner Partei, der 29 Abgeordnete verblieben, die Rolle einer von der UMP unabhängigen Kraft. Obwohl die UDF einen Minister in der Regierung stellte, nahm sie eine distanzierte Haltung zur Politik der Premierminister Jean-Pierre Raffarin und später Dominique de Villepin ein.

Triumphiert hatte die UMP, deren Gründungskongress am 17. November 2002 in Le Bourget stattfand, und mit ihr noch einmal das politische Geschick Jacques Chiracs. Ihm war es nach jahrelangen Versuchen gelungen, die bürgerliche Mehrheitspartei ins Leben zu rufen, zu deren Vorsitzenden er einen Vertrauten, den früheren Premierminister Alain Juppé, wählen ließ. Welchen Namen sollte die Formation künftig tragen? An diesem Punkt zeigte sich symbolisch die Schwierigkeit, die ideologische Spannweite der „Präsidentenmehrheit“ auf den gemeinsamen Punkt zu bringen. Keine der Richtungen, die sich unter dem neuen Dach eingefunden hatten, sollte sich ausgeschlossen fühlen. Schließlich wurde der Bezeichnung *Union pour un Mouvement Populaire* der Vorzug gegeben und damit das Kürzel, an das sich die Öffentlichkeit bereits gewöhnt hatte, beibehalten. Der Parteiname ist so wenig aussagekräftig wie möglich. Die „Union“ spielt auf die Überwindung des Gegensatzes von RPR und Zentrum an, und die „Volksbewegung“ lässt verhalten die gaullistische Tradition anklingen.<sup>7</sup> Die in der neuen Partei zusammengefassten Strömungen waren inhaltlich auf Chiracs Wahlplattform, die als Richtschnur der Regierungsarbeit diente, eingeschworen.

#### **MACHTKAMPF UND TRIUMPH DER SARKOZY-PARTEI**

Die UMP ist als Partei im Sinne der Fünften Republik primär ein Instrument der Mobilisierung zugunsten des jeweiligen Präsidenten oder Parteiführers. Und genau hier fingen die Probleme an, als sich der populäre Minister Nicolas Sarkozy anschickte, die Partei des Staatsoberhauptes von innen zu erobern und nach und nach zur „Partei des Kandidaten“ Sarkozy umzugestalten. Sarkozy hatte sich als RPR-Politiker bereits in der Vergangenheit unbotmäßig verhalten und bei der Präsidentenwahl 1995 nicht Chirac, sondern dessen innerparteilichen Rivalen und damaligen Regierungschef Edouard Balladur unterstützt. Eine später erfolgte Aussöhnung konnte das einstige Vertrauensverhältnis niemals wieder ganz herstellen. Als Generalsekretär (und kurzzeitig als Vorsitzender) war Sarkozy nach 1997 in die Parteiführung aufgerückt. Nach dem Misserfolg einer von ihm geführten RPR-DL-Liste bei der Europawahl 1999, die mit 12,8 Prozent der Stimmen miserabel abschnitt, zog sich Sarkozy eine Zeit lang zurück. Nach seiner Wiederwahl holte Chirac den quirligen Politiker jedoch ins Kabinett und berief ihn zum Innenminister. Sarkozy stand bald bei den Anhängern der Rechten in großer Beliebtheit. Dafür war nicht zuletzt das im März 2003 in Kraft getretene „Gesetz zur inneren Sicherheit“ verantwortlich, das auf rigorose Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung



abzielte und den Strafbehörden im Verdachtsfall tiefe Eingriffe in die Privatsphäre gestattet.

Neben seinem unverkennbar populistischen Stil sollte sich der von politischen Gegnern angefeindete Innenminister als durchsetzungsstark erweisen. Nach den Regeln des politischen Lebens in Frankreich stieg er zum *présidentiable* auf und damit aus Sicht der Chirac-Anhänger zum möglichen „Königsmörder“. Auf die Frage eines Fernsehmoderators im November 2003, ob er oft an das Präsidentenamt denke, entgegnete Sarkozy mit dem später geflügelten Wort: „Nicht nur morgens beim Rasieren!“ Ende März 2004 wurde der Innenminister anlässlich einer Kabinettsumbildung zum „Superminister“ für Wirtschaft, Finanzen und Industrie weggelobt. In der neuen Funktion sollte Sarkozy die Verantwortung für geplante, tendenziell unpopuläre Wirtschaftsreformen übernehmen. In dem einsetzenden Machtkampf wurden von beiden Seiten alle politischen Register gezogen.<sup>8</sup> Das Geschehen nahm allerdings früh eine entscheidende Wendung. Parteichef Juppé musste infolge einer Korruptionsaffäre, die praktisch Chiracs gesamte frühere Amtszeit als Pariser Bürgermeister ins Zwielicht rückte, zurücktreten. Unversehens war für Sarkozy der Weg an die Spitze der UMP frei, und am 28. November 2004 wählten ihn die Parteimitglieder mit rund 85 Prozent der Stimmen zum Vorsitzenden. Der Präsident reagierte, indem er Sarkozy wegen „Ämterhäufung“ das Ministeramt entzog. Das Verhältnis der Parteiführung zum Staatspräsidenten prägte fortan offene Konkurrenz.

Chirac hatte sich lange die Option aufrechterhalten, noch einmal selbst die Wiederwahl anzustreben, bis er sich entschied, einen anderen Präsidentschaftskandidaten gegen Sarkozy aufzubauen. Premierminister Raffarin wurde nach dem gescheiterten Europa-Referendum entlassen und Ende Mai 2005 durch Innenminister Dominique de Villepin ersetzt. Am Übergewicht des Parteichefs Sarkozy, der in die Regierung zurückkehrte und erneut das freigewordene Amt des Innenministers übernahm, war freilich zu diesem Zeitpunkt kaum zu zweifeln. Dies war eine Folge der sich noch länger hinziehenden (nach einer Luxemburger Wertpapiersammelbank benannten) Clearstream-Affäre. In deren Verlauf sollte sich de Villepin durch den Versuch, Sarkozy anzuschwärzen und zu Unrecht mit Bestechungszahlungen in Verbindung zu bringen, am Ende selbst kompromittieren. Sarkozy konnte den Premierminister innerparteilich in den Hintergrund drängen und wurde schließlich am 14. Januar 2007 bei einer Urwahl von rund 234.000 an der Abstimmung teilnehmenden Parteimitgliedern ohne Ge-

genkandidat einmütig als Präsidentschaftskandidat inthronisiert. In der gesamten Phase der Rivalität offenbarte sich das Eigengewicht der UMP, die sich machtbewusst an ihrem Gründer Chirac vorbei auf den Parteiführer als „kommenden Mann“ ausrichtete und auf diese Weise frühzeitig in einen neuen Zyklus als Präsidentenpartei eintrat. Dahinter steckte das objektive Interesse einer um Einigkeit bemühten Partei, die sich vor einer Wahlauseinandersetzung um den erfolgversprechendsten Kandidaten scharte.

In seinen Amtszeiten als Innenminister hatte sich Sarkozy als Politiker des *Law and Order* profiliert, der von der „Reinigung“ sozialer Problemzonen in den Vorstädten sprach. Dahinter verbarg sich die Absicht, Stimmen vom rechten Rand ins bürgerliche Lager zurückzuziehen. Seine Popularität verhalf Sarkozy dann im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl am 22. April 2007 zu dem ausgezeichneten Ergebnis von 31,2 Prozent der Stimmen. Das Resultat Chiracs fünf Jahre zuvor, mit dem diese Zahl verglichen wurde, war um elf Prozentpunkte übertroffen. Letztlich vermochte Sarkozys sozialistische Gegenkandidatin Ségolène Royal die entstandene Dynamik nicht abzubremsen. Die Stichwahl ergab eine Mehrheit von 53 zu 47 Prozent für das konservative Lager. Das Ausmaß des Sieges wird offenbar, wenn der Niedergang der Rechtsextremen und der Kollaps des Zentrums bei der folgenden Parlamentswahl am 10. und 17. Juni in die Rechnung einbezogen werden. Die UMP gewann in der ersten Runde 39,5 Prozent – mit Kandidaten der verbündeten Gruppierungen summierte sich dies auf mehr als 45 Prozent der Stimmen. Im Ergebnis entstand eine Fraktion von 320 Abgeordneten. Ergänzt um die 23 Sitze des von Bayrou abgefallenen *Nouveau Centre* ergab dies eine sichere absolute Mehrheit. Die Fraktion der UMP ist, wie bei ihrer Konstituierung erklärt wurde, politisch „um den Staatspräsidenten vereint“.<sup>9</sup> Dies und die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse scheinen Präsident Sarkozy und der von ihm ernannten Regierung für die nächsten Jahre ein nahezu ungehindertes „Durchregieren“ zu ermöglichen.

Der Wahlerfolg der UMP, der nach der Parteifarbe so bezeichnete „blaue Tsunami“, basierte nicht zuletzt darauf, dass das unabhängige Zentrum um François Bayrou ausmanövriert wurde. Dieser hatte bei der Präsidentschaftswahl 18,6 Prozent der Stimmen erreicht, jedoch hinter Ségolène Royal (25,9 Prozent) den Einzug in die Stichwahl verpasst. In Überschätzung seiner Position entschloss sich Bayrou dazu, mit seiner zum *Mouvement Démocrate* („Demokratische Bewegung“, MoDem) erweiterten Partei als

unabhängige Kraft ins Rennen zu ziehen. Die riskante Strategie ging damit einher, die Zugehörigkeit zum rechten Gesamtlager in Zweifel zu ziehen. Bayrous Anhang schrumpfte daraufhin binnen Wochen auf 7,6 Prozent und drei Abgeordnete in der Nationalversammlung. Die gelichteten Bänke der Zentristen nahm faktisch die Fraktion des Neuen Zentrums (*Le Nouveau Centre*) ein. Die dahinter stehende Absetzbewegung erinnerte an Vorgänge bei der Gründung der UMP. Prominentester Überläufer und späterer Chef der neuen Partei war Hervé Morin, der zuvor eine führende Rolle in Bayrous Wahlkampf eingenommen hatte. Fast sämtliche bisherigen UDF-Parlamentarier schlugen sich auf die Seite Sarkozys, um im Bündnis mit der Präsidentenpartei ihre politische Existenz zu retten. Als Gegenleistung verzichtete die UMP darauf, in den betreffenden Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen. Es handelt sich bei dem Neuen Zentrum trotz ihres landesweiten Apparats und der eigenen Fraktion um keine wirklich eigenständige Kraft. Die regierungstreue Formation sichert die Stellung der UMP zur Mitte hin ab und der ursprünglich taktisch motivierte Gegensatz zwischen den „Abtrünnigen“ und Bayrous MoDem dauert fort.<sup>10</sup>

Tabelle: Zusammensetzung der Nationalversammlung (577 Sitze)

Fraktionsstärke und Stimmenanteil der Parteien im ersten Wahlgang		
	Parlamentswahl 2002	Parlamentswahl 2007
UMP	365 (33,3)	320 (39,5)
Neues Zentrum	–	23 (2,0)
UDF / MoDeM	29 (4,9)	3 (7,6) <sup>FL</sup>
Sozialisten	141 (24,1)	204 (24,7)
Kommunisten	21 (4,8)	20 (4,3)*
Grüne	3 (4,5) <sup>FL</sup>	4 (3,3)*
Nationale Front	– (11,3)	– (4,3)
Andere	18	3

Die Wahlergebnisse wurden aus mehreren Quellen zusammengestellt. Aufgrund des Wahlrechts stehen Sitzzahlen und Stimmenanteile nicht in direktem Bezug. In der Tabelle sind die prozentualen Stimmenanteile in Klammern neben den Sitzzahlen angeführt. Die notwendige Fraktionsstärke beträgt zwanzig Abgeordnete. Die Parlamentarier des *Mouvement Démocrate* (MoDem) sind fraktionslos (<sup>FL</sup>). Die grünen Abgeordneten (\*) schlossen sich 2007 der Fraktion der Kommunisten (*Gauche démocrate et républicaine*) an, die somit 24 Mitglieder umfasst. Die *Apparentés* – Unabhängige und Abgeordnete kleiner Parteien, die den Fraktionen nur mit Gaststatus angehören – sind hier nicht gesondert ausgewiesen.

An dieser Konstellation zeigt sich, dass es neben der – verfassungsrechtlich nicht zwingenden, aber faktischen – Fixierung des politischen Systems auf das Präsidentenamt, die Zwänge des absoluten Mehrheitswahlrechts sind, welche die Struktur des Parteiensystems nachhaltig beeinflussen. Prozent- und Sitzzahlen geben in Frankreich häufig nur ungenau Aufschluss über die realen Wähleranteile. Diese können bei Regionalwahlen oder bei der Europawahl, wenn das Verhältniswahlrecht gilt, überprüft werden. Bei der Wahl zur Nationalversammlung kommt es dagegen vor allem darauf an, ob die Parteien in den Einerwahlkreisen ihre Kandidaten gegeneinander antreten lassen oder nicht. Bayrous Partei hat dies getan, sie hat in 535 Wahlkreisen Bewerber aufgestellt und ist damit gegen die Phalanx der UMP-Kandidaten angerannt. Es sieht so aus, dass MoDem als unabhängige Kraft in Zukunft bestenfalls mit wenigen Köpfen in der Nationalversammlung vertreten sein wird. Dieses Randschicksal würde sie mit anderen kleinen Parteien, die außerhalb der großen Lager stehen, teilen. Sollte die Bayrou-Partei weiter stagnieren, wird zudem für die Getreuen die Versuchung groß sein, bei der nächsten Parlamentswahl in den Schoß des Präsidentenlagers zurückzukehren und sich auf Wahlabsprachen mit der UMP einzulassen.

Die Präsidentenpartei übt auf die Anhänger der Rechten eine anhaltende Anziehung aus. Die UMP verzeichnete auf ihrer Homepage zum Jahresende 2007 insgesamt 370.247 Mitglieder, was einem Zuwachs um mehr als 40.000 Mitglieder innerhalb eines Jahres entspricht. Dennoch sollte man sich von der Vorherrschaft im bürgerlichen Lager, die das Mehrheitswahlrecht begünstigt, nicht zu sehr beeindrucken lassen. So errang die Partei bei der Europawahl 2004 gerade einmal 16,6 Prozent der Stimmen. Die UMP, die damals durch interne Machtkämpfe belastet war (und auch bei den Regionalwahlen im gleichen Jahr schlecht abschnitt), hatte sich starker Konkurrenz anderer Parteien zu erwehren. Darunter befand sich die integrationsfeindliche „Bewegung für Frankreich“ (*Mouvement pour la France*, MPF) des früheren UDF-Politikers Philippe de Villiers, der später als Präsidentschaftskandidat 2007 nur 2,2 Prozent der Stimmen gewann. Seine nationalkonservative Partei, die im zweiten Wahlgang die UMP zu unterstützen pflegt, ist im Zwischenraum zwischen dieser und den Rechtsextremen angesiedelt.<sup>11</sup> In Frankreich bieten Europawahlen die seltene Gelegenheit, den Parteienwettbewerb unter den Bedingungen der Verhältniswahl zu organisieren. Das Abschneiden bei der Europawahl 2009 verspricht daher – bei allen Einschränkungen, die an dieser Stelle hinzugedacht werden müssen, darunter die meist niedrige Wahlbeteili-

gung – einigen Aufschluss über die Mobilisierungskraft der UMP und die Konkurrenzsituation im rechten Lager.

### INNERPARTEILICHER PLURALISMUS

Wie das Nebeneinander verschiedener „Sensibilitäten“ und Strömungen in und um die UMP herum organisiert ist, gehört zu den bestimmenden Faktoren des Parteilebens. Bei den französischen Parteien besteht eine Neigung, klar definierte innerparteiliche Strömungen auszubilden, die häufig als *courants* bezeichnet werden. Sie weisen teilweise eine spezielle Mitgliedschaft auf, ein eigenes Führungspersonal und konkurrieren miteinander um die inhaltliche wie personelle Ausrichtung der Gesamtpartei. In die neu gegründete konservativ-liberale Sammelpartei fand eine Vielzahl politischer Familien und Parteien Eingang. Anfangs war entschieden worden, die Bildung organisierter Strömungen in den Parteistatuten zu verankern.<sup>12</sup> Dabei ging es um deren förmliche Anerkennung, das Recht der Strömungen, einen gesonderten Programmantrag (*motion*) auf Parteitag einzubringen, und eine anteilige Finanzierung. Von diesen „Bewegungen“ (*mouvements*), wie die Strömungen im Parteistatut der UMP benannt sind, sollte eine lebendige innere Debatte profitieren. Die Bereitschaft, den Pluralismus so stark zu institutionalisieren, war aber nicht von langer Dauer. Tatsächlich sind diese Bestimmungen ein toter Buchstabe geblieben und niemals ausgeführt worden. Gerade die Parteiführung versuchte die vorgesehene Entwicklung zu blockieren. Dahinter stand die Befürchtung, die Strömungen könnten sich zu Plattformen künftiger Präsidentschaftsanwärter entwickeln und so den überwunden geglaubten innerparteilichen Führungskampf wieder anfachen. Ferner drohte Gefahr, dass am Ende die alten Parteigrenzen in neuer Gestalt auferstehen würden. Dann stellte sich das Chirac-Lager dagegen, das die Ausformung einer Mehrheitsströmung der Sarkozy-Anhänger mit aller Macht unterbinden wollte.

Nach der Wahl Sarkozys zum Parteichef und erst recht nach seinem Einzug in den Präsidentenpalast hat sich das Thema der *mouvements* vorübergehend erledigt. An dem Sichtbarwerden eines großen Übergewichts der Mehrheitsgruppierung hatten weder die „Sarkozysten“ noch die anderen Richtungen ein echtes Interesse. Über die Zulassung formeller Strömungen wird von Zeit zu Zeit diskutiert, aber die Tatsache, dass sechs Jahre seit Gründung der UMP vergangen sind, ohne dass etwas geschehen ist, spricht für sich. In der Konsequenz hieß dies jedoch, dass

sich der innere Pluralismus anderweitig Bahn verschaffen musste. Die Statuten eröffnen mit dem Instrument der „Assoziation“, das unten erläutert wird, einen zusätzlichen Weg und auch informelle Tendenzen machen sich bemerkbar. Und so durchzieht die Partei ein kaum zu übersehendes Geflecht von Gruppierungen, Vereinigungen, regelrechten Unterparteien und politischen Klubs, die, von der UMP mitfinanziert, um einen Zuwachs an Mitgliedern und Mandatsträgern und damit um Einfluss in den Strukturen der Gesamtpartei wetteifern. Der Nachteil in demokratischer Hinsicht liegt darin, dass die Strukturen wenig transparent sind und die UMP-Führung mit unterschiedlichen Gruppierungen jeweils besondere Regelungen trifft. Daraus resultiert leicht eine Ungleichbehandlung, die Formen der Abhängigkeit und den politischen Klientelismus fördern kann.

Unter den zahlreichen Gruppierungen im Regierungslager lassen sich nach rechtlichen und politischen Kriterien mehrere Typen unterscheiden. Zunächst kommt bei der UMP ein Spezifikum französischer Parteien zum Tragen, nämlich die oftmals unscharfen Abgrenzungen. Nicht immer ist ganz klar, wer zu einer bestimmten Partei oder nur zum „Lager“ gehört. Charakteristisch sind Kleinparteien, die im Umfeld der größeren Parteien existieren und den Parteinamen bestenfalls eingeschränkt verdienen. Diese Formationen führen ein gewisses Eigenleben, wenngleich sie meist auf wenige Hochburgen konzentriert sind. Manche unter ihnen bewahren das Erbe einst berühmter „politischer Familien“, die im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren haben. Das erwähnte *Nouveau Centre* ist eine abhängige Partei, die bei Wahlen praktisch nicht mit der UMP konkurriert. Ihr Vorsitzender ist Verteidigungsminister Hervé Morin. Die nächste Stufe bilden „assozierte Parteien“, die nach dem Prinzip der Doppelmitgliedschaft konstruiert sind. Angeschlossen sind der UMP ausdrücklich jene Parteien oder Vereinigungen, die gemäß dem Parteistatut als assoziierte juristische Personen firmieren. Sie werden vom Nationalrat, dem „Parlament“ der UMP, anerkannt und sind in den Parteigremien vertreten.<sup>13</sup> Ihre Mitglieder nehmen am innerparteilichen Leben der Dachpartei teil. Zu nennen ist an erster Stelle die auf die älteste französische Partei zurückgehende „Radikale Partei“ (vormals ein Teil der UDF), deren Führer Jean-Louis Borloo als Umweltminister der Regierung angehört. Die Radikalen stellen 18 Abgeordnete in der UMP-Fraktion und einige Senatoren.<sup>14</sup> Daneben gibt es das christlich-konservative „Forum der sozialen Republikaner“ (FRS), das zwei Abgeordnete stellt. Parteichefin ist die Wohnungsbauministerin Christine Boutin. Sie entstammt ebenfalls der UDF und

kandidierte 2002 für die Präsidentschaft – sie erzielte 1,2 Prozent der Stimmen –, bevor sie sich der UMP anschloss. Als marginal einzustufen sind die „Unabhängigen und Bauern“ des *Centre National des Indépendants et Paysans* (CNI, zwei Abgeordnete), die den Überrest einer älteren konservativen Partei bilden.

Hinzu kommt ein ganzer Kranz von „assozierten“ Vereinigungen, die nicht einzeln aufgezählt werden können. Häufig stehen dahinter einzelne Politiker, die sich mit einer eigenen Gruppierung profilieren wollen. Dieses Geflecht von Klubs oder im Hintergrund wirkender Think-Tanks steht wie die assoziierten Parteien in Verbindung mit den für den Pluralismus der UMP bedeutsameren ideologischen Grundtendenzen. Deren genaue Stärke ist nur schwer zu ermitteln. Eine Untersuchung, die auf der Befragung der Teilnehmer am UMP-Parteikongress vom 28. November 2004 basiert, liefert am ehesten näheren Aufschluss. Dabei wurden als vorherrschende Ausrichtungen die „Gaullisten“ (34,3 Prozent) und die „Liberalen“ (33,5 Prozent) herausgefiltert. Identifiziert wurden zudem eine zentristische Tendenz (11,4 Prozent), die europakritischen „Souveränisten“ (7,4 Prozent) und ein sozialer Flügel (7,6 Prozent).<sup>15</sup> Neben den Linksgaullisten, zu deren traditionellen Themen die betriebliche Mitbestimmung (*participation*) zählt, können zu dem „sozialen Pol“ die erwähnten Radikalen, die so genannten „blauen Ökologen“ und eine Anzahl von in das Sarkozy-Lager gewechselten Sozialisten gerechnet werden.

Anfang der 1990er Jahre versammelte sich der souveränistische Flügel der RPR in einem großen *courant*, der die Linksgaullisten einschloss, um die Politiker Philippe Séguin und Charles Pasqua. Entschieden bekämpft wurde seinerzeit der liberale Europakurs der Parteimehrheit um Jacques Chirac. Pasqua hatte dann den Neogaullisten zeitweilig den Rücken zugewandt und eine eigene Partei gegründet, die „Sammlungsbewegung für Frankreich“ (*Rassemblement pour la France*, RPF), die nach wechselvoller Geschichte wieder zerfiel.<sup>16</sup> Die Souveränisten haben heute in der UMP aus einer Reihe von Gründen kein größeres Gewicht, zumal ihr Gedankengut teilweise von einer anderen Partei, nämlich der MPF, verfochten wird. Auch die Vereinigung *Debout la République*, die zeitweise viele Souveränisten in der Partei zusammenfasste, hat sich inzwischen von der UMP getrennt.

Auffällig ist, in welchem Maße sich die ehemaligen UDF-Mitglieder und deren Politiker in die Gesamtpartei eingefügt haben. Die Integration der einstigen UDF-Bestandteile ist weit fortgeschritten. Deren einstige Spit-

zen, soweit sie nicht in den assoziierten Parteien oder dem Neuen Zentrum Platz fanden, üben inzwischen nur noch geringen Einfluss aus. Einer ihrer Exponenten war Philippe Douste-Blazy, ein ehemaliger Vorsitzender der UDF-Fraktion, der nach dem Eintritt in die UMP zunächst Generalsekretär der Partei war und unter Premierminister de Villepin von 2005 bis 2007 das Amt des Außenministers bekleidete. Er spielt inzwischen ebenso wenig eine Rolle wie Alain Madelin, der die wirtschaftsliberale DL in die Einheitspartei eingebracht hatte. Dagegen gehört der frühere Premierminister Jean-Pierre Raffarin, ursprünglich ein DL-Politiker, der Parteiführung weiter an. Alles in allem bestätigte sich die Erwartung, dass die „Honoratioren“ der UDF sich in der neogaullistischen Mehrheit bald verlieren würden. Es mangelte ihnen ohnehin an einer eindeutigen inhaltlichen Abgrenzung, und darin lag ja von Anfang an ein Hauptargument für die Gründung der Einheitspartei. Die stark vorangetriebene Mitgliederwerbung der UMP hat dann zusätzlich dazu beigetragen, die alten Parteilinien zu verwischen.

Der wichtigste Akzentunterschied innerhalb der Präsidentenpartei trennt heute Liberale und Gaullisten. Die wirtschaftsliberalen Kräfte, die bei Gründung der UMP durch den Beitritt der DL eine wesentliche Stärkung erfuhren, sind breit aufgestellt und verfügen insbesondere um einen Klub von wenigstens achtzig Abgeordneten, die sich als die „Reformer“ (*Les Réformateurs*) bezeichnen (eine weitere teilweise personell überlappende Vereinigung ist *Génération Entreprise*). Liberale Themen sind die Befürwortung einer entschiedenen Steuerreform, der Abbau des öffentlichen Dienstes und die Kritik an der in Frankreich geltenden „Reichensteuer“. Nichtsdestoweniger verläuft die wirtschaftspolitische Debatte in der UMP recht konfus, da sich in dem komplizierten Nebeneinander der Tendenzen und Gruppierungen kaum ein führender Akteur in einen offenen Gegensatz zur Regierungspolitik begeben mag.<sup>17</sup> In deren konservativ-liberaler „Reformagenda“ wird der Gegensatz zwischen den Hauptrichtungen überbrückt. So setzten Sarkozy und mit ihm die UMP im Wahlkampf liberale Akzente. Versprochen wurden eine Senkung der Steuern- und Abgabenlast, die Rückführung öffentlicher Defizite und das Aufbrechen bestehender Verkrustungen im französischen Sozial- und Wirtschaftsmodell. Doch wird diese Rhetorik „gaullistisch“ aufgefangen. Hierfür steht das Verständnis von der EU als einem wirtschaftlichen Schutzraum, an dem sich namentlich die Wechselkurspolitik der Europäischen Zentralbank ausrichten soll, und das Bekenntnis zu einer staatlichen Industriepolitik in technologischen Schlüsselsektoren.<sup>18</sup> Die genaue Interpretation des Wähler-

auftrags ist dabei weniger die Aufgabe der Regierungspartei, sondern die des Staatspräsidenten und der von ihm berufenen Regierung, an deren Spitze der angesehene Premierminister François Fillon steht.

### ORTSBESTIMMUNG DER UMP

Dies führt zurück zur Beurteilung einer Partei, die primär auf die Unterstützung der Politik des neu gewählten Präsidenten hin orientiert ist. Ihre dienende Rolle ist im Parteistatut insoweit fixiert, als im Juli 2007 besondere Regelungen eingeführt wurden für den – bereits eingetretenen – Fall, dass der amtierende Parteichef die Funktion des Staatspräsidenten ausfüllt. In der aktuellen Situation wird die Parteispitze durch einen Generalsekretär und zwei Stellvertreter gebildet, die das oberste Leitungsorgan (*Bureau politique*) bestellt hat und jederzeit wieder abberufen kann. Der Posten des Parteiführers bleibt somit bis zur nächsten Präsidentenwahl vakant, währenddessen der Staatspräsident als eigentliches „moralisches“ Parteioberhaupt die wirkliche Macht in der UMP ausüben kann. Das Amt des Generalsekretärs hat mit Patrick Devedjan ein enger Vertrauter des Staatschefs inne. Für den Charakter der „Sarkozy-Partei“ ist es weiterhin bezeichnend, dass im Sinne des Pluralismus zwar die wichtigeren Gruppierungen und Tendenzen auf allen Parteebenen vertreten sind, zugleich aber plebiszitäre Elemente ins Spiel kommen. Neben der Direktwahl des (regulären) Parteiführers durch die Mitglieder ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass auch das offizielle Programm der Partei, der „Contrat de législation 2007-2012“, im November 2006 von 97,6 Prozent der abstimmenden Parteimitglieder (die Wahlbeteiligung lag bei rund 50 Prozent) verabschiedet wurde. Ein allzu großes Eigengewicht kommt der Präsidentenpartei unter diesen Bedingungen nicht zu. Die UMP dient so in erster Linie der Integration der „um den Präsidenten vereinten“ Strömungen und der Rekrutierung des politischen Nachwuchses.

Praktisch ist die Partei auf die Vorbereitung der Wahlkämpfe ausgelegt. Ihre landesweite Organisation folgt konsequent der Gliederung nach Parlamentswahlkreisen. Auch ein vorstellbares Gegengewicht zur Pariser Parteiführung in den anderen Landesteilen kann sich nur schwer herausbilden – nicht zuletzt, weil das rechte Lager bei den letzten Regionalwahlen im März 2004 nur in zwei von 22 Regionen (im Elsass und in Korsika) eine Mehrheit erzielte. Immerhin wird der Gedanke einer effektiven Stärkung des Pluralismus durch eine Aufwertung der Regionalverbände seit Gründung der Partei diskutiert. Hierbei gab das Modell der aus

französischer Sicht erfolgreichen Volkspartei CDU ein Vorbild ab, das auch hinsichtlich der Professionalisierung des Parteiapparats und der zielgerichteten Mitgliederwerbung in gewisser Weise Pate stand.<sup>19</sup> Die Entwicklung hat gezeigt, dass aus der UMP dennoch keine „Volkspartei“ im überkommenen Sinne geworden ist, sondern ein eigenartiger Typ der modernisierten, teils mit direktdemokratischen Angeboten werbenden „Präsidentenpartei“, wie sie eben nur das politische System der Fünften Republik hervorbringen kann.

Die UMP ist dabei ein kompliziertes Gebilde. Jedem Versuch, das Innenleben der Partei zu studieren, steht die Schwierigkeit entgegen, in einen kaum durchschaubaren Nebel persönlicher Rivalitäten und Ambitionen und daraus gespeister Netzwerke hineinzuleuchten. Zusammengehalten wird die Präsidentenpartei wesentlich durch die gemeinsame Machtperspektive und institutionelle Faktoren, vor allem die Zwänge und Vorteile des Mehrheitswahlrechts. Das inhaltliche Bindeglied der in der UMP vereinigten Tendenzen ist bis auf Weiteres die Orientierung am „Sarkozysmus“ – ein konservativ-liberales Amalgam, das durch eine geschickte populistische Verpackung („Präsident der Kaufkraft“) und eine Dynamik des Aufbruchs sogar Anziehungskraft auf einige Überläufer aus dem linken Lager entfaltete. Ob man das Programm des Staatschefs noch als neogaullistisch kennzeichnen kann, erscheint eher fraglich. Sarkozy beruft sich auf die Denkschule des Gaullismus, versteht darunter aber praktisch nur einen politischen Stil, der geistige Freiheit bedeute und das Prinzip, „das ewige Frankreich durch Aktivität und Reformen zu bewahren, statt in Bewegungslosigkeit zu verharren“.<sup>20</sup>

Noch kann sich die Partei auf die Wahlerfolge der vergangenen Jahre stützen. Der kritische Moment für die UMP wird dann eintreten, wenn sich das nächste Mal die Führungsfrage neu stellt und ein neuer Zyklus im Leben der Präsidentenpartei anhebt. Gelingt es Sarkozy, dessen erstes Amtsjahr viele Erwartungen enttäuschte (was im März 2008 einen Rückschlag für die UMP bei der Kommunalwahl provozierte), sich politisch zu behaupten, wird ihm niemand die erneute Kandidatur streitig machen können. Sollte es anders kommen und eine Wiederwahl des Präsidenten als Möglichkeit entfallen, wäre ein offener Nachfolgekampf zu erwarten. Alles spricht aber dafür, dass die Partei auch dann zusammenbleiben würde. Die Vielfalt der Akteure und Tendenzen wird nicht dazu verleiten, bei einer Parlamentswahl auf die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten zu verzichten. Bei einer zunehmenden politischen Abnutzung der Regie-



rungspartei wäre allerdings die Herausforderung durch einen neu belebten Rechtspopulismus nicht ausgeschlossen. Letzten Endes wird das Wahlrecht zur Nationalversammlung weiterhin den Trend zur Herausbildung zweier Pole um die UMP und die Sozialisten begünstigen. Und jeder Politiker im Lager der Rechten, der Präsident Sarkozy irgendwann zu beerben hofft, wird nicht darum herumkommen, zuerst eine führende Stellung in der UMP erobern zu müssen.

Frankreichs konservativ-liberale Sammelpartei trägt im Vergleich zur CDU stärker den Charakter eines dauerhaft etablierten Wahlbündnisses, das ein Miteinander verschiedener politischer Tendenzen organisiert. Insofern fällt die französische Präsidentenpartei aus dem Muster westeuropäischer konservativer und christdemokratischer Parteien heraus. Für die Entwicklung der noch verhältnismäßig jungen Partei existiert daneben ein Szenario, dass sich unter Führung des Präsidenten ein homogener Parteikern herausbildet. Voraussetzung dafür wären vor allem spürbare Erfolge der Regierungstätigkeit in den nächsten Jahren. Dadurch könnten fortbestehende innerparteiliche Gegensätze und Rivalitäten in den Hintergrund rücken. Die entscheidende Koordinierung und der Ausgleich widerstreitender Positionen müssten in jedem Fall von der Spitze und nach Stand der Dinge von der staatlichen Exekutive her geleistet werden. Das entspricht dem Grundprinzip der Präsidentenpartei. Die Gründung der UMP war die spezifische Antwort auf die Probleme der einst stark zerstrittenen bürgerlichen Rechten in Frankreich. Von der Wirkung des Mehrheitswahlrechts mitgetragen und zielstrebig auf das höchste Staatsamt ausgerichtet, wird die Partei auf viele Jahre hinaus eine Dominante der französischen Politik bleiben.

- 1| Einen Überblick zum Parteiensystem gibt Höhne, Roland: *Das Parteiensystem Frankreichs*. In: Niedermayer, Oskar u.a. (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – S. 161-187.
- 2| Jun, Uwe: *Parteien im Parlament: Die institutionell schwache Stellung der Fraktionen*. In: Russ, Sabine u.a. (Hrsg.): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*. – Opladen: Leske + Budrich, 2000. – S. 123-143. – (Lehrtexte Politik).
- 3| Pütz, Christine: *Parteienwandel in Frankreich: Präsidentschaftswahlen und Parteien zwischen Tradition und Anpassung*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004. – (Frankreich-Studien; 8).
- 4| Zur strategischen Motivation des Zusammenschlusses vgl. Haegel, Florence: *Faire l'union. La refondation des partis de droite après les élections de 2002*. In: *Revue française de science politique*, 52 (2002) 5-6, S. 561-576.

- 5| *Selbstdarstellung („Tout savoir sur l'UMP“)* auf der Partei-Website [www.u-m-p.org](http://www.u-m-p.org).
- 6| *Zur Entwicklung des Gaullismus als politische Doktrin* siehe Berstein, Serge: *Histoire du gaullisme*. – Paris: Perrin, 2001.
- 7| *Ob die Gründung der UMP das Ende des Gaullismus bedeutete, blieb umstritten. Einiges spricht dafür, dass bereits Chirac mit seiner liberalen Wirtschafts- und Europapolitik die Abkehr vom Gaullismus vollzog*. Siehe Ridet, Philippe: *L'UMP, ou l'extinction du gaullisme*. In: *Le Monde* vom 21. September 2002.
- 8| *Zur frühen Phase des Machtkampfs zwischen Chirac und Sarkozy* siehe die eingehende Schilderung bei Engelkes, Heiko: *König Jacques. Chiracs Frankreich*. – Berlin: Aufbau-Verlag, 2005. – S. 328-375.
- 9| *Politische Erklärung („Declaration politique“)* zur Konstituierung der UMP-Fraktion, 26. Juni 2007. – [www.assemblee-nationale.fr/13/qui/declarations-groupes.asp](http://www.assemblee-nationale.fr/13/qui/declarations-groupes.asp) [5. Mai 2008].
- 10| *In der zweiten Kammer bilden Senatoren des Neuen Zentrums und von MoDem als Union Centriste eine gemeinsame Fraktion. Dass die Fraktionen im Senat teilweise die starren Parteigrenzen überschreiten, darf jedoch nicht überbewertet werden*.
- 11| *Bei der Europawahl 2004 erzielte die MPF 7,6 Prozent der Stimmen und stellt damit drei Abgeordnete im Europaparlament. Bei der Wahl zur Nationalversammlung 2007 stellte die Partei landesweit Kandidaten auf, die zusammen 1,2 Prozent der Stimmen gewannen. Die einzige Abgeordnete der MPF wurde jedoch unter dem Label der Majorite présidentielle, also ohne einen Gegenkandidaten der UMP, wiedergewählt*.
- 12| Artikel 15 bis 18 in *Les nouveaux statuts de l'UMP*. – S. 4-5. – [www.u-m-p.org/site/upload/statuts/statuts.pdf](http://www.u-m-p.org/site/upload/statuts/statuts.pdf) [7. Mai 2008].
- 13| Artikel 3 des Statuts der UMP. – S. 1. – (Fn. 12). Auf der Website der UMP werden keine näheren Angaben zu den assoziierten Parteien und Vereinigungen gemacht. Eine Linkliste erlaubt jedoch einen gewissen Überblick ([www.u-m-p.org/site/index.php/ump/liens/sites\\_associes](http://www.u-m-p.org/site/index.php/ump/liens/sites_associes)).
- 14| *In der zweiten Kammer sind die Radikalen als Ausdruck der Parteitradition überwiegend Mitglieder einer seit 1892 bestehenden Fraktion, die heute den Namen Rassemblement démocratique et social européen trägt. In dieser Fraktion überwiegen zahlenmäßig Vertreter der linksliberalen Parti radical de gauche*.
- 15| Haegel, Florence: *Le pluralisme à l'UMP. Structuration idéologique et compétition interne*. In: dies. (Hrsg.): *Partis politiques et système partisan en France*. – Paris: Presses de Sciences Po, 2007. – S. 219-254.
- 16| *Bei der Europawahl 1999 errang die RPF mehr Stimmen (13,1 gegenüber 12,8 Prozent) als die Liste Sarkozy (RPR-DL). Kurz darauf spaltete sich die MPF (Philippe de Villiers) ab. Der Rest der Partei um Pasqua schloss sich 2002 der UMP an*.
- 17| Roger, Patrick: *L'UMP est devenu au fil des ans l'auberge espagnole de la pensée économique*. In: *Le Monde* vom 19. März 2008.
- 18| Uterwedde, Henrik: *Sarkozys Wirtschaftspolitik. Eine Reformagenda à la française?* In: *Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, 63 (2007) 3, S. 10-14. Vgl. ferner das ausführliche Wahlprogramm der UMP: *„Contrat de législature 2007-2012.“* – <http://viphttp.yacast.net/ump/projet-ump2007.pdf> [7. Mai 2008].
- 19| Vgl. Haegel: *Faire l'union*. – S. 571-572. – (Fn. 4).
- 20| Sarkozy, Nicolas: *Bekanntnisse. Frankreich, Europa und die Welt im 21. Jahrhundert*. – München: Bertelsmann, 2007. – S. 273.

## „GROSSE ZELTE“

ENTWICKLUNGEN AMERIKANISCHER „VOLKSPARTEIEN“ UND  
MÖGLICHE RÜCKSCHLÜSSE FÜR DIE DEUTSCHE DISKUSSION

*Martin Thunert*

### **AMERIKANISCHE „VOLKSPARTEIEN“ ALS „GROSSE ZELTE“**

Die Unterschiede zwischen amerikanischen und europäischen bzw. deutschen Parteien wurden in deutschsprachigen Darstellungen des amerikanischen politischen Systems immer wieder herausgestellt.<sup>1</sup> Die deutschsprachige Fachliteratur – aber nicht nur sie – charakterisiert die beiden großen Parteien der USA – Demokratische Partei und Republikanische Partei – häufig als Wahlvorbereitungsmaschinen, die weniger klar ideologisch ausgerichtet seien, sondern verschiedenen Gruppierungen einfach nur als Vehikel zur Interessendurchsetzung und zur Wahl in öffentliche Ämter dienen. Dies bringe es mit sich, dass die US-Großparteien in sich sehr viel heterogener seien als europäische Traditionsparteien. US-amerikanische Parteien erscheinen nicht als bürokratisch durchorganisierte, allgegenwärtige gesellschaftliche Institutionen, sondern als lockere Bündnisse regionaler und lokaler Aktivisten, die vor allem Kandidaten aufstellen und Wahlen gewinnen wollen. Das primäre Interesse der nordamerikanischen Großparteien sei nicht die programmatische Innovation oder die Pflege geselligen Parteilebens, sondern die Organisation von Herrschaft und die



Herstellung von strukturellen (Wähler-)Mehrheiten auf Zeit. Inhaltlich würden die Parteien eher mit Wahlkampfplattformen als mit Grundsatzprogrammen an die Öffentlichkeit treten. Das Ziel beider Großparteien sei es, pragmatisch eine heterogene Wählerschaft unter einem großen Zeltdach zu vereinen. Die formelle Mitgliedschaft sei ebenso unbekannt wie Parteibücher oder obligatorische Mitgliedsbeiträge.

Diese Lehrbuchdarstellung amerikanischer Parteien ist nicht falsch, aber ergänzungsbedürftig, da sie zwar deren Schwächen benennt, aber den Regenerierungspotentialen der großen US-Parteien zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Manche Krisenphänomene deutscher Volksparteien lassen sich in den USA beobachten – so etwa die Entfremdung gegenüber dem politischen System –, andere wiederum nicht – wie etwa der auf unter 40 Prozent absinkende Wähleranteil. Die Beziehungsstörung zwischen Bürgern und Parteien drückte sich in den USA primär durch Wahlabstinenz, gelegentlich auch durch ein Erstarken von Protestbewegungen und Protestparteien aus – sie vollzieht sich aber auch durch innerparteilichen Wandel. Ähnliche Rahmenbedingungen für Parteien auf beiden Seiten des Atlantiks sind gestiegene Anforderungen an das Regieren sowie die „Belagerung der Politik durch die Medien und durch Vetospieler“.<sup>2</sup> Der folgende Beitrag untersucht den gegenwärtigen Wandel der amerikanischen Großparteien der Demokraten und Republikaner auf unterschiedlichen Ebenen und richtet im letzten Teil das Hauptaugenmerk auf deren Revitalisierungspotentiale und mögliche Rückschlüsse für die deutsche Diskussion.

#### **TYOLOGISIERUNG, SELBSTVERSTÄNDNIS UND ENTWICKLUNGEN DER AMERIKANISCHEN „VOLKSPARTEIEN“**

Das Selbstverständnis der großen Parteien der USA ist mit der Metapher des „großen Zeltens“ (*big tent*) am anschaulichsten beschrieben. Dieses Selbstverständnis kommt dem der Allerweltpartei (*catch-all-party*), das als nordamerikanische Entsprechung des Typus der „Volkspartei“ gilt, sehr nahe.<sup>3</sup> Früher als in Deutschland und Kontinentaleuropa – etwa seit den 1960er Jahren – ordneten die amerikanischen Parteien ihre Wahlkämpfe den massenmedialen Produktionsgesetzen unter und professionalisierten die Wahlkampfführung sowie die politische Kommunikation unter den Aktivisten und mit der Wählerschaft. Die durch das gewaltenteilige Präsidialsystem der USA induzierte Kandidatenzentrierung des

politischen Wettbewerbs trug ein Übriges dazu bei, den politischen Wettbewerb der Allerweltparteien in Richtung personalisierter und symbolisch inszenierter Wahlkämpfe zu drängen. Daher schien es folgerichtig, die amerikanischen „Volksparteien“ dem Typus der „professionellen Wählerpartei“ zuzuordnen.<sup>4</sup>

Ebenfalls deutlicher und früher als die europäischen Volksparteien verfolgten die amerikanischen Allerweltparteien ein traditionell eher ideologiefreies Stimmenmaximierungskonzept, das sich aufgrund von Wahlrecht und Parteiensystem stets am Medianwähler orientierte. Eine Positionierung etwas links oder rechts des Medianwählers würde ausreichen, um sowohl die Mitte als auch die jeweiligen Ränder des politischen Spektrums zu mobilisieren. In der Tat verfügten in den USA sowohl die Republikaner als auch die Demokraten über „traditionalistisch-konservative“ und „progressive“ Parteiströmungen. So bestanden die US-Demokraten über Jahrzehnte nicht nur aus sozialdemokratisch orientierten, linksliberalen und gewerkschaftlich gebundenen Anhängern, sondern besaßen einen primär in den Südstaaten beheimateten sozial-konservativen Parteiflügel sowie landesweit eine unternehmerfreundliche Parteiströmung. Umgekehrt beinhaltete das „Zelt“ der Republikanischen Partei insbesondere im Nordosten der USA und im Westen beheimatete Wähler und Kandidaten, die vor allem in sozialmoralischen Fragen, aber auch bei Themen wie Umweltschutz und Einwanderung deutlich andere, liberalere und progressivere Akzente setzten als die Parteimehrheit. Moderate Republikaner standen konservativen Demokraten somit weitaus näher als den konservativen Mehrheitsvertretern ihrer Partei. Dies galt umgekehrt etwa auch für militärpolitische Falken der Demokraten, die mit republikanischen Außenpolitikern besser zurechtkamen als mit dem friedensbewegten Flügel der eigenen Partei.

Gegen die in den Nachkriegsjahrzehnten zutreffende Charakterisierung der US-Großparteien als programmatisch eher konturlose Allerweltparteien spricht heute die empirisch eindeutig belegbare gestiegene weltanschauliche und parteipolitische Polarisierung der politischen Amtsträger in den USA und ihres medial-kommunikativen Umfeldes. Die politisch-programmatischen Auffassungen der Kongressmitglieder liegen heute weiter auseinander als zu jedem anderen Zeitpunkt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.<sup>5</sup> Entsprechend „parteitreu“ wurde das Abstimmungsverhalten der Kongressmitglieder, das in den USA als sehr guter Indikator für Polarisierung taugt, da es im gewaltenteiligen Präsidial-

system keine institutionelle Notwendigkeit für Fraktionsdisziplin gibt. Beobachter sahen die parteipolitische Szene der USA vor einer Rückkehr zu rigideren Weltanschauungsparteien, die von vergleichsweise radikalen Aktivistenkernen getrieben werden. Damit korrespondiert die insbesondere im Präsidentschaftswahlkampf 2004 auf Seiten der Republikaner sichtbare Strategie, weniger die so genannten „Wechselwähler“ anzusprechen, als die eigenen Anhänger zu mobilisieren.<sup>6</sup>

Die amerikanischen Volksparteien sind weniger schwache als hochkomplexe und lernende Gebilde. Die politische Landschaft der USA wird seit Beginn des 21. Jahrhundert trotz der großen Zahl als „unabhängig“ registrierter Wähler nahezu exklusiv von den Anhängern, Wählern und gewählten Vertretern der beiden großen Parteien bestimmt. Der Stimmenanteil für unabhängige Kandidaten „dritter“ Parteien bei Präsidentschaftswahlen, der in den Jahren von 1992 bis 2000 zwischen 19 und vier Prozent lag, ist 2004 in den Promillebereich zurückgegangen.<sup>7</sup> Unterhalb der „großen Zelte“ beider Parteien verbergen sich indes jeweils drei bis vier Strömungen bzw. Koalitionen von Anhängern und Wählern sowie jeweils ein weiteres Dutzend Untergruppierungen. Ein Teil dieser Strömungen macht die Stammwählerschaft der Partei aus, andere fühlen sich weniger der Partei und ihren Kandidaten als Sachthemen verbunden und sind für die jeweils andere Partei potentiell gewinnbar. Aus den inneren Auseinandersetzungen dieser Parteiströmungen resultieren die Chancen der in den Vorwahlen antretenden Kandidatinnen und Kandidaten für den Präsidentschaftswahlkampf 2008 sowie die politische Ausrichtung der Parteien im Kongress und auf dem Wahlparteitag. Die Integrationskraft eines Kandidaten bzw. einer Kandidatin der diversen Strömungen sowie über die Ränder der Partei hinaus beeinflusst wiederum die Mobilisierungschancen der Präsidentschaftskandidaten. Um den vielfältigen Dimensionen der US-Volksparteien gerecht zu werden und um vorschnellen Pauschalisierungen von Teilentwicklungen entgegenzuwirken, ist es sinnvoll, Stärken und Schwächen unterschiedlicher Erscheinungsformen („Gesichter“) der beiden Parteien zu analysieren.

### **DIE DREI GESICHTER AMERIKANISCHER PARTEIEN**

Bei der Organisationsanalyse unterscheidet die europäische Parteienforschung unter anderen zwischen den Ebenen Parteilite, Parteimitgliedschaft und Wählerschaft.<sup>8</sup> Für die Analyse der US-amerikanischen Parteien ist diese Unterscheidung nur begrenzt tauglich, da sich die Partei-

mitgliedschaft in Ermangelung von Parteibüchern und Mitgliedsbeiträgen nicht sauber von der sich durch entsprechende Angaben bei der Wählerregistrierung zur Partei bekennenden Wählerschaft unterscheiden lässt. Sinnvoller ist daher die von Katz und Mair eingeführte Unterscheidung von unterschiedlichen Erscheinungsformen der Institution politische Partei. Zu den drei Gesichtern der Parteien gehören erstens die Mandatsträgerpartei, zweitens die Partei an der Basis und drittens der Parteiapparat.<sup>9</sup> Um die amerikanischen Bezeichnungen zu verwenden: Mit *party-in-public-office* sind die Mandatsträger der Partei in Fraktionen und parlamentarischen Gruppierungen sowie in Exekutivfunktionen gemeint. Die *party-on-the-ground* ist die „Partei an der Basis bzw. in der Anhängerschaft“, worunter man die Gliederungen der lokalen und regionalen Basis, der Geldgeber, der registrierten Wähler sowie der befreundeten Interessengruppen und Bewegungen versteht. Schließlich die *party-in-central-office*, was die Parteizentrale(n), die Spitzenfunktionäre und die Parteiapparate mit einschließt.

### **Die Mandats- und Amtsträgerpartei**

Die überwältigende Mehrheit aller Kandidaten für politische Wahlämter auf Bundes- und Landesebene wird von großen politischen Parteien nominiert. Im Falle der gewählten Kandidaten bestehen auf Bundesebene, d.h. in beiden Kammern des US-Kongresses, bis zu 98 Prozent aller Amtsinhaber aus Kandidaten der beiden größten Parteien der USA. Ein wichtiges, wenngleich umstrittenes Volksparteikriterium, wonach eine im Parlament vertretene Partei dieses Typus das Potential besitzen müsse, etwa 40 Prozent der Wähler und/oder der Mandate zu erreichen, erfüllen die US-Mandatsträgerparteien mit Leichtigkeit. Das in den USA fast ausschließlich zur Anwendung kommende relative Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen kommt der Herausbildung großer inklusiver Volksparteien auf der Ebene der Mandatsträgerpartei sehr entgegen. Nur die großen „Parteizelte“ der Republikaner und Demokraten in den USA können glaubhaft den Eindruck verhindern, dass eine Stimmabgabe für sie Verschwendung ist. Nur die großen Parteien können in einem Bundesstaat kontinentalen Ausmaßes wie den USA die hohe finanzielle und organisatorische Hürde einer Kandidatenpräsenz im gesamten Land überwinden.<sup>10</sup>

Die Gefahr einer Erosion der Mandatsträgerparteien durch Abspaltungen und Ausgründungen ist in der mehrheitsdemokratischen Kultur Nordame-

rikas somit grundsätzlich geringer als in den gemischten Wahlsystemen der meisten europäischen Demokratien. Der Anreiz zur Ausgründung neuer Parteien ist nur im Falle der Chance auf regionale Hochburgenbildung groß, während er im Falle von ideologischem und programmatischem Dissens eher gering ist.<sup>11</sup> Dagegen ist der Anreiz, programmatische und weltanschauliche Konflikte innerhalb der Strukturen des großen Parteizettes auszutragen, statt sich abzuspalten, vergleichsweise hoch.

Ein erster Faktor, der den Anreiz zum innerparteilichen Konfliktaustrag erhöht, ist das Institut der Vorwahlen, die es nicht nur bei der Auswahl der Präsidentschaftskandidaten, sondern auch für die Kandidatenaufstellung zum Kongress gibt. Parteiströmungen und Einzelpersonen mit abweichender Meinung bietet sich durch die Aufstellung entsprechender Kandidaten die Chance auf Gehör und im günstigen Fall sogar auf Sieg. Reine Hinterzimmerkarrieren führen im amerikanischen Parteiensystem aufgrund des Wahlrechts und der Institution der Vorwahlen nicht zu einem politischen Mandat. Parteikarrieren ohne direkten Erfolg bei den Wählern, wie es sie in Deutschland als Landeslistenkarrieren ohne direkten Wählerkontakt vermehrt gibt, sind in den USA so gut wie ausgeschlossen.

Weitere Faktoren begünstigen den innerparteilichen Konfliktaustrag ideologischer und programmatischer Differenzen sowie persönlicher Rivalitäten: Im gewaltenteiligen System der USA herrscht auf der Ebene der Mandatsträgerpartei nur ein schwach ausgeprägter Fraktionszwang, da der Machterhalt des Präsidenten nicht von einer Parlamentsmehrheit abhängig ist. Das Abweichen eines Mandatsträgers von der Abstimmungsposition der Fraktionsführung ist in den USA dann auch wiederholt möglich, solange die Wählerbasis des abweichenden Abgeordneten diese Haltung mitträgt.

Da sowohl die USA als auch Kanada für die zweite Parlamentskammer das Senatsprinzip gewählt haben, sind die Spitzen der Einzelstaats- und Provinzregierungen nicht direkt in die Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene eingebunden. Dies bedeutet, dass die Landesparteien sowohl programmatisch als auch personell nur lose mit der Partei auf Bundesebene verbunden sein müssen. So gibt es zum Beispiel in den USA starke programmatische Überschneidungen zwischen liberal-konservativen Demokraten aus dem Rocky Mountain-Westen mit den gemäßigten

Republikanern des Nordostens und erhebliche innerparteiliche Differenzen zwischen den Südstaatenrepublikanern (religiös-konservativ) und den Parteigliederungen des Nordostens (moderat). Die programmatische Elastizität der US-Volksparteien ermöglicht somit die Akzeptanz regionaler Abweichungen von der Linie der Bundespartei.<sup>12</sup>

Die Bindungskraft der Mandatsträgerpartei hat sich paradoxerweise durch den Prozess der Re-Ideologisierung der „Fraktionen“ im Kongress seit den späten 1990er Jahren deutlich erhöht. Die Kongressfraktionen der Demokraten und Republikaner waren programmatisch und weltanschaulich noch nie weiter voneinander entfernt als zwischen 1998 und 2006.<sup>13</sup> Im Süden der USA verloren konservative weiße Demokraten ihre Mandate an zumeist konservative Republikaner, im Nordosten des Landes wurde das politische Überleben gemäßigter Republikaner immer schwieriger. Was die Geschlossenheit und die Schlagkraft der Fraktionen im Kongress erhöht, könnte indes den Zeltcharakter der beiden großen Parteien gefährden.<sup>14</sup>

Die Mandatsträgerpartei besitzt zwei Machtzentren: Das erste Machtzentrum bilden die Fraktionsführungen in Repräsentantenhaus und Senat im Zusammenspiel mit den Vorsitzenden wichtiger Ausschüsse insbesondere dann, wenn die Partei Mehrheitsstatus besitzt und damit den „Sprecher“ (*speaker*) des Repräsentantenhauses bzw. die Ausschussvorsitzenden stellt. Ausschussvorsitzende und Fraktionsführung kommen zunehmend aus sehr sicheren und politisch einseitig strukturierten Wahlkreisen und Bundesstaaten. Da die Wiederwahlquote konservativer Republikaner und linksliberaler Demokraten sehr hoch ist, besteht für die Führung der Mandatsträgerpartei weder ein Kompromisszwang mit der Gegenseite, noch besitzt dieses Machtzentrum der Parteien über Erfahrung im Umgang mit politischen Kompromissen. Das zweite Machtzentrum der Mandatsträgerpartei sind die strategischen Wahlkampfausschüsse in Senat und Repräsentantenhaus. Das Hauptinteresse der Führungen der Wahlkampforganisationsteams gilt nicht weltanschaulicher Reinheit, sondern pragmatisch der Rekrutierung aussichtsreicher Kandidaten für unsichere und daher kompetitive Wahlkreise. Wählbarkeit und Gewinnchancen werden zum Hauptkriterium bei der Kandidatensuche. Mit dieser pragmatischen Zielsetzung geraten die Kampagnenverantwortlichen im Kongress nicht nur in einen latenten Prioritätenkonflikt mit den politisch einseitigeren Fraktionsführungen, sondern mit dem Kern der aktivsten Gruppierungen der Parteibasis.

In der Mandatsträgerpartei besteht somit ein latenter Konflikt zwischen denjenigen, die über sichere Wahlkreise verfügen oder in Bundesstaaten mit klaren strukturellen Mehrheiten leben einerseits und den Repräsentanten politisch umkämpfter Wahlkreise und Regionen sowie Amtsträgern, die auf nationale Ämter wie die Präsidentschaft schauen, andererseits. Erstere haben einen hohen Anreiz, auf die Aktivisten innerhalb ihrer Anhängerschaft zu hören, um innerparteiliche Gegenkandidaturen bei den Vorwahlen zu verhindern und tragen somit zur Verankerung der Mandatsträger in der Anhängerschaft, aber auch zur Re-Ideologisierung der Partei bei.

### **Die Partei an der Basis: Die Wähler- und Anhängerpartei**

Zur „Partei an der Basis“ gehören in den USA aufgrund fehlender formalisierter Mitgliedschaft mit Parteibuch neben den für die Partei registrierten Wählern insbesondere die Aktivisten, Geldgeber und die sich stark mit einer Partei identifizierenden Stammwähler. Jüngst kommt noch der medial-kommunikative Komplex im Umfeld der Partei – bestehend aus der Infrastruktur parteinaher Medien, Zeitschriften, Think-Tanks, Beratern und Consulting-Firmen, Lobbyisten und der Blogosphäre – hinzu. Eine Krise der amerikanischen „Volksparteien“ oder zumindest einer der beiden Parteien müsste sich insbesondere anhand dieses Parteiengesichts ablesen lassen.

Parteien insgesamt und große, integrative Parteien im Besonderen werden für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie als unerlässlich angesehen, aber sie werden von den Bürgern der entwickelten Demokratien als politische Institutionen nicht geschätzt.<sup>15</sup> Dieser Befund galt und gilt auch für die USA. Die dortigen Parteien wurden vom allgemeinen Vertrauensverlust in politische Institutionen, der sich für die Periode zwischen 1960 und 2000 mühelos nachweisen lässt, voll erfasst. Dies lässt sich nicht zuletzt an der Wahlbeteiligung in den USA seit dem Zweiten Weltkrieg ablesen: Zwischen den 1930er und 1960er Jahren bewegte sich die Wahlbeteiligung auf nationaler Ebene auf Werten deutlich oberhalb von 60 Prozent. Mitte der 1960er Jahre kam es zu einem Absinken der Wahlbeteiligung auf Werte um die 50 Prozent bei Präsidentschaftswahlen und kaum mehr als 40 Prozent bei Kongresswahlen. Dieser Trend hielt bis zu den Wahlen im Jahr 2000 an. 2004 beteiligten sich etwas mehr als 56 Prozent der wahlberechtigten Amerikaner an den Präsidentschaftswahlen. Von den registrierten Wählern beteiligten sich

1964 noch 94 Prozent, 1983 75 Prozent und 2000 nur noch 67 Prozent an den Präsidentschaftswahlen.<sup>16</sup>

Inwieweit schlug die Wahlabstinentenkrise auf die Wählerunterstützung für die Großparteien durch? Amerikanische Wahlberechtigte müssen sich registrieren lassen, um an Wahlen teilnehmen zu können. Sie können sich als Demokraten, Republikaner oder „Unabhängige“ registrieren lassen. Zwei Drittel aller Registrierten melden sich für eine der beiden Großparteien an, was ihnen das Recht einräumt, bei den „geschlossenen“ Vorwahlen und Parteiversammlungen ihrer Präferenzpartei teilzunehmen. Bei den so genannten „offenen“ Vorwahlen können auch die als „Unabhängige“ registrierten Wähler teilnehmen. Als Beleg für die These vom Bedeutungsverlust der beiden Großparteien galt stets der zwischen 1964 und 1976 stark ansteigende und seitdem konstante Anteil der sich selbst als „Unabhängige“ einschätzenden Wähler<sup>17</sup>. Zwischen 1964 und 1976 stieg deren Anteil von 23 Prozent auf 37 Prozent und steht heute bei knapp unter 40 Prozent. Dieser Anteil ist größer als der beider Großparteien: Als Republikaner identifizieren sich demnach 33 Prozent und als Demokraten 28 Prozent. Je nach Deutung der Datenlage zur Parteiidentifikation und der Wählerregistrierung lässt sich die These aufstellen, die Bindungskraft amerikanischer Großparteien habe „an der Basis“ in einem ähnlichen Maße nachgelassen wie die deutscher Volksparteien aufgrund rückläufiger Mitgliedschaft. Lediglich das aufgrund des Wahlrechts mangelnde Angebot ernsthafter Drittparteien in den USA, so die Krisendeutung der Daten, zwingt die überwiegende Mehrheit der Wählerschaft dazu, sich unter eines der beiden großen Parteizelte zu begeben, ohne sich allerdings unter diesen Dächern wohlfühlen.

Eine alternative Deutung setzt am tatsächlichen politischen Verhalten vieler „Unabhängiger“ an, das in den USA strukturierter und parteinaher ist, als die obigen Zahlen vermuten lassen.<sup>18</sup> Zieht man von knapp 40 Prozent der „Unabhängigen“ diejenigen ab, die einer der beiden Parteien zuneigen, ohne sich voll mit ihr zu identifizieren, bleibt ein Rest von nur zehn Prozent wahrhaft ungebundener und permanent unentschiedener Wähler. Mit anderen Worten: Nahezu 90 Prozent der amerikanischen Wählerschaft identifiziert sich entweder stark mit einem der beiden „Parteizelte“ oder ist einem zumindest grundsätzlich zugeneigt. Das tatsächliche Wahlverhalten der einer Partei zuneigenden Wähler unterscheidet sich kaum von dem der sich schwächer mit einer Partei identifizierenden Wähler. Der Anteil der „wahrhaft unabhängigen“ Wähler, die

keiner der beiden Parteien auch nur zuneigen, war 1976 mit 15 Prozent auf dem Nachkriegshöhepunkt und nahm bis 2004 auf knapp 10 Prozent ab. Bei den sich identifizierenden oder zuneigenden Wählern bezeichneten sich 2004 49 Prozent als Demokraten und 41 Prozent als Republikaner. Für die Demokraten war dies im Vergleich zu den „goldenen Zeiten“ der 1960er Jahre ein Rückgang um fünf bis acht Prozent, für die Republikaner bedeutet es einen faktischen Gleichstand seit der Reagan-Ära. Allerdings erwiesen sich die republikanisch orientierten Wähler seit den 1980er Jahren als zuverlässiger, was die Stimmabgabe für republikanische Kandidaten angeht, als die demokratischen Anhänger.

Für die amerikanischen Volksparteien besteht die strategische Aufgabe weniger in der Rückgewinnung von Mitgliedern, sondern in der Registrierung und Mobilisierung von ihnen zuneigenden Wählern sowie im Gewinn einer kleineren Gruppe von parteipolitisch ungebundenen Wählern.

Die Partei an der Basis hat durch das Institut der Vorwahlen (siehe unten) deutlich an Einfluss gewonnen, nicht zuletzt dadurch, dass sich die inoffizielle und die offizielle Vorwahlphase zeitlich immer weiter ausdehnt, während die Phase des „heißen Wahlkampfes“, in der die Rolle der Parteiorganisation deutlicher hervortritt, zeitlich gleich bleibt. Ein weiterer Grund für den Einflussanstieg der Parteienhängerschaft ist die reformierte Wahlkampffinanzierung in den USA, die den Kandidatenwahlkampf einerseits stärker reglementiert, es aber andererseits den mit der Partei oder mit den Parteigliederungen „befreundeten“ Unterstützerguppen erlaubt, finanziell nahezu unbegrenzt für ihre Anliegen zu werben, was die so genannten „527-Gruppen“ in der Regel in Gestalt negativer Wahlwerbung ausgiebig tun. Schließlich revolutioniert das Internet die Logik und die Praxis des Spendensammelns. Tausende von Kleinstspenden können gebündelte Großspenden weniger Spender durchaus kompensieren, was die Chancen von charismatischen Außenseitern oder populistischen Parteirebellen bei den Vorwahlen deutlich erhöht.

### Die Parteiorganisation

Die traditionelle Parteiorganisation mit der Parteiführung oder dem „Partei-Establishment“ an der Spitze, die ihr Fundament bis in die 1970er Jahre in den lokalen „Parteimaschinen“ auf der Bezirksebene (*precinct*) hatte, wurde durch die Einführung von Vorwahlen und durch bessere Ressourcenausstattung der Amtsträgerpartei sowie durch den Wegfall

von Patronagemöglichkeiten zunächst deutlich geschwächt. Seit den 1980er Jahren werden auch in allen Kommunen der USA Stellen nach dem öffentlichen Dienstrecht besetzt, was die Patronagemöglichkeiten zumindest eingrenzt. Zweitens werden rund 75 Prozent aller kommunalen Mandate durch weitgehend parteifreie Wahlen, d.h. durch die Kandidaturen parteiloser Bürger (analog zu den Freien Wählern) besetzt. Drittens wurde die Rolle der lokalen Parteiorganisation als Transmissionsriemen in die Anhängerschaft durch die Einführung des Fernsehens und später des Internets obsolet. Die Ansprache der Anhängerschaft geschah durch audiovisuelle Medien.

Heute spielen die lokalen Parteiorganisationen bei der Wahlkampfführung eine wichtige Rolle, werden aber von zentralisierten Wahlkampfbüros auf einzelstaatlicher und nationaler Ebene koordiniert. Die Parteiorganisation auf Einzelstaatsebene (*Democratic or Republican Central Committee*) hat ebenfalls einen spürbaren Bedeutungswandel erfahren. Waren sie früher Einrichtungen der Wählermobilisierung, so sind sie heute vor allem im Wahlkampfmanagement und bei der Ausbildung von Aktivisten tätig. Machtvoller als jemals zuvor sind heute die wichtigsten nationalen Parteiorganisationen: Auf der Ebene der Mandatsträgerpartei sind dies die bereits oben genannten jeweiligen Wahlkampfkomitees beider Volksparteien im Repräsentantenhaus und im Senat. Auf der Ebene der Parteiorganisation geht es um die *Republican* (RNC) und *Democratic* (DNC) *National Committees* in Washington D.C. An deren Spitze steht der *party chair*, der aber nicht mit dem deutschen Parteivorsitzenden identisch, sondern mit einem sehr machtvollen Generalsekretär und obersten Parteimanager vergleichbar ist. Im Gegensatz zu den Wahlkampfkomitees der Mandatsträger kümmern sich DNC und RNC nicht nur um die Wiederwahlchancen von Amtsträgern und die Auswahl geeigneter Kandidaten für öffentliche Wahlämter, sondern insbesondere um die Entwicklung der Parteiinfrastruktur und des Parteiumfeldes zwischen den Wahlzyklen sowie um die politische Kommunikation der Partei. RNC und DNC wirken innerparteilich in erster Linie über ihre logistischen und kommunikativen Dienstleistungsangebote. Insbesondere ressourcenschwache Kandidaten und solche, die in Hochburgen der Gegenpartei leben und antreten wollen, sind von den Dienstleistungen der nationalen Parteiorganisation in hohem Maße abhängig. Zwischen der nationalen Parteiorganisation und den Mandatsträgervertretungen kann es insbesondere bei der Verteilung von Ressourcen hin und wieder zu Ziel- und Mittelkonflikten kommen.

## BEISPIELKRAFT UND REGENERATIONSQUELLEN AMERIKANISCHER „VOLKSPARTEIEN“

Das amerikanische Beispiel zeigt, dass – gestützt durch das relative Mehrheitswahlrecht – parteipolitische Zersplitterung kein unabwendbares Schicksal moderner Politik sein muss, sofern sich die großen Parteien als „große Zelte“ und „Sammlungsparteien“ verstehen und einzelnen Strömungen, Gliederungen und Einzelkandidaten faire Artikulations- und Mitwirkungschancen einräumen. Diesbezüglich wirkten beide Parteien, zuletzt die Demokratische Partei mehr als die Republikanische Partei, inspirierend für Parteizusammenschlüsse in Staaten mit zersplitterter Parteientradition wie Italien oder Frankreich.

Auch die generellen Funktionen moderner Parteien in der Mediengesellschaft erfüllen die US-Volksparteien gut. Die amerikanischen Zeltparteien verstehen es durchaus, verschiedene gesellschaftliche „Interessen zu sammeln und in einer systemkompatiblen Form zusammenzubringen“.<sup>19</sup> Auch als Transmissionsriemen in die Gesellschaft werden die US-Parteien aufgrund fehlender formalisierter und zahlender Parteimitgliedschaft vielfach unterschätzt.

### Keine Mutation zur Kartellpartei

Eine besondere Stärke amerikanischer Volksparteien könnte darin liegen, dass keine Mutation zu einem in der Fachliteratur kontrovers diskutierten Parteitypus – zur etatisierten Kartellpartei – auszumachen ist.<sup>20</sup> Die Zuordnung der US-Parteien zum Typus der Kartellpartei dürfte sehr fragwürdig sein, wenn man die „Verstaatlichung“ der Parteien zum Hauptcharakteristikum einer Kartellpartei macht.<sup>21</sup> Das liegt zunächst an der amerikanischen Variante der Politikfinanzierung, die gemeinhin weder demokratietheoretisch noch praktisch als vorbildlich gilt. Die Einnahmen der amerikanischen Parteien basieren anders als in Kontinentaleuropa nicht auf einem Drei-Säulen-Modell aus Mitgliedsbeiträgen, staatlichen Zuwendungen und Spenden. Letztere spielen in den USA eine dominante Rolle, erstere sind nicht existent. Eine umfassende staatliche Alimentierung der Parteien durch staatliche Parteienfinanzierungssysteme ist in den USA unbekannt. Es existiert in den USA allerdings die Möglichkeit der staatlichen Wahlkampffinanzierung für Präsidentschaftskandidaten sowie die staatliche Finanzierung großer Abgeordnetenstäbe im Kongress und die politische Besetzung von mehr als 3.000 hohen Verwaltungspositionen auf Zeit in der Exekutive. Da die Notwendigkeit des Spenden-

sammeln für die Organisationskraft und die Fähigkeit zu effizienter Wahlkampfführung essentiell ist, sind die amerikanischen Parteien weit- aus weniger halbstaatliche Institutionen als viele europäische und insbesondere deutsche Parteien. Gerade wegen fehlender Formalmitgliedschaft und staatlich umfassender Politikfinanzierung sind die US-Parteien stärker auf die Pflege ihres Umfeldes, das sowohl aus professionellen Politikberatern, ideologischen Geldgebern wie aus einfachen Aktivisten und Unterstützergruppen besteht, sowie auf die ihnen zuneigende Wählerschaft angewiesen als die unter Kartellverdacht stehenden deutschen Parteien.<sup>22</sup> Eine Abschottung der US-Volksparteien von ihrer Anhängerschaft wird durch die Notwendigkeit des Spendensammelns und die Begrenzung der Wahlkampfspenden für Einzelspenden auf 2.300 US-Dollar pro Wahlsaison zumindest sehr erschwert. Da die Pfründe der Regierungsübernahme aufgrund des *winner-takes-all*-Systems und des Beutepinzips bei der Besetzung wichtiger Verwaltungsämter hoch sind, gibt es einen starken Anreiz zum parteipolitischen Wettbewerb.

### Programmatische Elastizität und Selbsterneuerungskraft

Innerhalb der beiden amerikanischen Volksparteien gibt es ein beachtliches programmatisches Spektrum, dessen gesamte Bandbreite insbesondere während der Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur sichtbar wird. Die Volksparteien können aufgrund ihrer programmatischen Elastizität zahlreiche Ein-Punkt-Gruppierungen und deren Anliegen unter das Zelt Dach der Partei bringen. Allerdings spüren die Parteien immer wieder, dass die Loyalität der Anhänger dieser Einzelthemen und sozialen Bewegungen zu ihren Sachthemen größer ist als die Loyalität zur Partei. Daher müssen die Anhänger von Einzelthemen oder die Vertreter bestimmter Strömungen immer wieder neu mobilisiert werden – weniger aus dem Grund des Parteiwechsels, sondern eher aufgrund der Gefahr der Wahlabstinenz.

Die programmatische Elastizität amerikanischer Großparteien erklärt – zusätzlich zu institutionellen Erklärungsfaktoren wie dem Mehrheitswahlrecht –, weshalb sich trotz großer Unzufriedenheit mit den Volksparteien keine „dritten“ Parteien auf nationaler Ebene längerfristig zu etablieren vermochten. Demokraten und/oder Republikanern ist es seit den 1960er Jahren stets gelungen, die von kleineren „Drittparteien“ oder von sozialen Bewegungen aufgebrachten neuen Themen aufzunehmen und sich so immer wieder zu stabilisieren.<sup>23</sup>



Gleichzeitig zeigt das Beispiel der US-Parteien auch, dass die populistisch anmutende Erneuerung von unten – bei den Republikanern ein Phänomen der späten 1980er und frühen 1990er Jahre, bei den Demokraten eine gegenwärtige Entwicklung<sup>24</sup> – zwar die Partei belebt, aber durch Re-Ideologisierung den Anspruch als Volkspartei des großen Zeltens zu gefährden vermag.

### **Vorwahlen als Revitalisierungsinstrument**

Das mit Abstand wichtigste Regenerationsinstrument der US-Volksparteien ist das komplexe Gebilde der Vorwahlen. Diese haben ihre Wurzeln zwar in einer gesellschaftlichen Erneuerungsbewegung des frühen 20. Jahrhunderts (*progressive movement*), wurden flächendeckend aber erst als Reaktion auf das Debakel des Parteitages der Demokratischen Partei 1968 in Chicago eingeführt. Damals unterlag der populäre Anti-Vietnamkriegs-Kandidat Eugene McCarthy dem von den Parteioberen gekürten Vizepräsidenten (von Präsident Lyndon B. Johnson) Hubert Humphrey als Präsidentschaftskandidat. Demokratische Aktivisten demonstrierten daraufhin vor der Tagungshalle und wurden gewaltsam – vor laufenden Fernsehkameras – von der Polizei zurückgedrängt. Diese Bilder wurden zum Symbol der antidemokratischen Struktur der Demokratischen Partei. Daraufhin wurde die (George) McGovern-Kommission eingesetzt, um den Nominierungsprozess der Partei zu reformieren.

Grundsätzlich wurden Vorwahlen eingeführt, um der Parteibasis größeren Einfluss auf die Kandidatenwahl zu geben. Dabei wurde den Landesorganisationen weitgehend freigestellt, diese parteiinternen Vorwahlen zu organisieren. Manche Staaten halten so genannte „Caucuses“ ab – eine Art Wahlparty, bei der sich die anwesenden Aktivisten um die Vertreter „ihrer“ Kandidaten scharen und versuchen, andere in „ihr“ Lager zu ziehen. Am Ende des Abends wird dann ausgezählt, wer die größte Gruppe von Unterstützern in „seine Ecke“ ziehen konnte. Weniger zeitaufwendig für die Teilnehmer sind echte Vorwahlen (*Primaries*). Hier unterscheidet man zwischen „offenen“ (*open*) und „geschlossenen“ (*closed*) Vorwahlen. Bei offenen *Primaries* darf jeder registrierte Wähler mitmachen. Das heißt ein Republikaner könnte bei der Demokratischen Vorwahl den Kandidaten der Demokraten mitbestimmen. Geschlossene Vorwahlen sind reine parteiinterne Wahlen, d.h. Republikaner dürfen nur für Republikanische Kandidaten wählen und Demokraten nur für Demokraten.

Auf diese Art wird ein Teil der Delegierten zu den Nationalen Parteitag (*Conventions*) gewählt. Diese sind in der Regel *pledged*, d.h. sie haben sich (durch Ehrenwort) verpflichtet, auf dem Parteitag für „ihren“ Kandidaten zu stimmen. Um dem Einfluss dieser „Amateurdelegierten“ entgegenzuwirken, hat die McGovern-Kommission Demokratischen Parteifunktionären und Amtsträgern die Teilnahme am Parteitag garantiert, ohne dass sie sich im Vorherein auf einen Kandidaten festlegen müssen. Das sind die so genannten „Super-Delegierten“. Bei den Demokraten wurden 2008 auf diese Weise 4.049 Delegierte (davon 796 Super-Delegierte) und bei den Republikanern 2.380 (davon 168 *Super Delegates*) gewählt. In den Demokratischen Vorwahlen werden den Kandidaten Delegierte in der Regel nach dem Verhältniswahlrecht und in den Republikanischen Vorwahlen nach dem Mehrheitswahlrecht zugeordnet.

Anders als von Vorwahlskeptikern befürchtet, haben die Vorwahlen zur Kandidatenauswahl die amerikanischen Volksparteien nicht beschädigt. Sie haben auch nicht dazu geführt, dass stets die Vertreter der reinen Parteilehre Vorwahlen gewinnen und die Partei dadurch von einer allgemeinen Wählerschaft kaum zu akzeptierende Kandidaten aufstellt – eine Befürchtung, die nach der Nominierung von George McGovern zum Präsidentschaftskandidaten 1972 mehrfach geäußert wurde. Zweifellos wird gerade den Kandidaten für die Präsidentschaft durch das Vorwahlsystem ein gewisser Spagat abverlangt – in den Vorwahlen müssen sie ihre Positionen auf die Parteianhänger zuschneiden, im Hauptwahlkampf auch auf Wähler außerhalb der engeren Parteianhänger. Aber wie die Beispiele Jimmy Carter, Michael Dukakis, Bill Clinton und zuletzt Barack Obama auf Seite der Demokraten oder George H.W. Bush, Bob Dole oder nun John McCain zeigen, hat das System immer wieder als gemäßigt geltende Parteivertreter ganz nach oben gebracht. Mit Amtsinhabern geht das Vorwahlsystem meistens – aber nicht immer – sehr respektvoll um. Tritt ein amtierender Präsident oder ein amtierender Senator zur Wiederwahl an, wird er aus der Mitte der Partei höchst selten durch einen ernsthaften innerparteilichen Konkurrenten herausgefordert. Weder Bill Clinton 1996 noch George W. Bush 2004 mussten sich Vorwahlen stellen. Ausnahmen gibt es immer dann, wenn ein Amtsinhaber als schwach oder als zu sehr von der Parteilinie abweichend angesehen wird. So forderte etwa 1980 der einflussreiche Senator Edward Kennedy den amtierenden Präsidenten der Demokratischen Partei, Jimmy Carter, zu einem innerparteilichen Duell heraus, das Carter schließlich gewann.<sup>25</sup> 2006 enttäuschte der langjährige Senator des Staates Connecticut und einstige Vizepräsident-



schaftskandidat (2000) der Demokraten Joseph Lieberman die friedensbewegte Parteibasis durch seine zustimmende Haltung zum Irak-Krieg und zur Außenpolitik George W. Bushs. Was als Internetkampagne begann, endete mit dem Sieg des Anti-Kriegs-Kandidaten Ned Lamont bei der Vorwahl im August 2006. Lieberman akzeptierte die Niederlage nicht, sondern trat bei der Senatswahl im November 2006 als Unabhängiger an und gewann so seinen Sitz erneut.<sup>26</sup>

### Lässt sich das US-Vorwahlssystem übertragen?

Europäische Parteien scheinen sich auf höchst unterschiedliche und uneinheitliche Weise vom Beispiel der US-Vorwahlen inspirieren zu lassen. Aufgrund systembedingter Unterschiede scheiden eine Eins-zu-eins-Übernahme amerikanischer Vorwahlmodelle von Anbeginn aus. Denkbar ist indes die Anwendung von Urwahlen bei der Aufstellung von Spitzenpersonal für hohe Parteiämter und Spitzenkandidaturen oder die Befragung von Parteimitgliedern bei Sachthemen. Ob die Anwendung von Urwahlen in Europa auch bei der Aufstellung von Wahlkreiskandidaten und Parteilisten sinnvoll ist, kann der vorliegende Aufsatz nicht beantworten. Zur Gretchenfrage bei den grundsätzlichen Befürwortern von Urwahlen außerhalb der USA wird die Frage der Parteimitgliedschaft. In den USA können selbst im restriktivsten Vorwahlmodell alle Anhänger, die sich qua Registrierung zu einer der Großparteien bekennen, an den Vorwahlen teilnehmen – das sind zum Beispiel bei den Demokraten mehr als 79 Millionen Menschen landesweit.

Wäre außerhalb der USA eine Öffnung der Urwahlen über den begrenzten Kreis zahlender Parteimitglieder hinaus legitim, technisch umsetzbar und sinnvoll? Wer würde weitere Mitgliedsbeiträge bezahlen, wenn er als Nicht-Mitglied die gleichen Möglichkeiten der innerparteilichen Einflussnahme hätte? Andererseits würde eine Begrenzung der Urwahl auf Parteimitglieder und Parteiaktivisten die Gefahr, dass der Favorit der Aktivisten nicht der Favorit der allgemeinen Wählerschaft bzw. der potentiellen Parteianhänger sein müsste, sehr virulent erscheinen lassen. Wenn es also nicht nur um die Nominierung für hohe Parteiämter, sondern um die Nominierung für hohe öffentliche Ämter wie Kanzlerkandidat oder Ministerpräsidentenkandidat geht, scheint es sinnvoll, auch Nicht-Mitgliedern eine Teilnahme an der Urwahl zu ermöglichen. Allerdings müsste den Anhängern, die sich an der Auswahl beteiligen wollen, ein der Registrierung analoger Loyalitätsbeweis zur Partei unterhalb der Vollmitgliedschaft

abverlangt werden. Denkbar wäre zum Beispiel die Zahlung eines kleinen Geldbetrags, der zur Finanzierung der Vorwahl genutzt werden könnte, oder eine mehrwöchige, ebenfalls mit Gebühr zu versehende Schnuppermitgliedschaft.

Diesen Weg hat eine europäische Partei eingeschlagen, die mehr als alle anderen Parteien auf dem alten Kontinent das amerikanische Modell der großen Zeltpartei oder Sammlungsbewegung einschließlich des Urwahlprinzips zum Maßstab gemacht hat. Die erst im Oktober 2007 gegründete Demokratische Partei Italiens übernahm unter ihrem durch Urwahl bestimmten Vorsitzenden und Spitzenkandidaten Walter Veltroni<sup>27</sup> auch in der Namensgebung das Modell der ältesten Partei der USA – Demokratische Partei – und hat sich nicht für einen in der europäischen Linken gängigen Namen entschieden.

In Deutschland scheint das amerikanische Partei- und Vorwahlmodell bei den Parteiführungen seit geraumer Zeit höchst unbeliebt, bei einfachen Parteimitgliedern dagegen sehr populär zu sein. Dieses Verhaltensmuster ähnelt der Situation in den USA Ende der 1960er Jahre. So lehnte der von Mai 2006 bis September 2008 amtierende SPD-Vorsitzende Kurt Beck die Idee der Bestimmung des Kanzlerkandidaten 2009 nahezu ohne Begründung mit dem Verweis auf die bisherige *Top-Down-Praxis* ab.<sup>28</sup> Andere Gegner einer Kanzlerkandidatenwahl wie das SPD-Vorstandsmitglied Hermann Scheer argumentieren gegen die Urwahlidee, diese mache nur Sinn, wenn es konkurrierende Kandidaten gäbe. Seine Aussage, „das Gesundeste für die SPD ist es, wenn wir generell akzeptieren, dass der jeweilige Parteivorsitzende auch der geborene Kanzlerkandidat ist“, nimmt sich aus dem Munde eines Politikers des linken Flügels, der sich auch in eigenen Schriften für partizipatorische Demokratieformen etwa im Umweltbereich eingesetzt hat, sonderbar aus – gerade vor dem Hintergrund, dass 91 Prozent der Parteimitglieder eine Urwahlentscheidung begrüßen würden.

Festzuhalten ist, dass die Volkspartei SPD bei der Frage der Urwahl in unterschiedliche Richtungen geht. 1993 wurde der Parteivorsitzende durch eine Urwahl bestimmt. Der siegreiche Rudolf Scharping gewann mit einer relativen Mehrheit, hatte also mehr Mitglieder gegen sich als für sich und verlor als Kanzlerkandidat 1994 die Wahl gegen Helmut Kohl und 1995 den Parteivorsitz durch eine Art innerparteilichen Putsch an Oskar Lafontaine. Keiner der weiteren SPD-Vorsitzenden wurde seither

durch Urwahl bestimmt. In jüngster Zeit entschieden die Landesverbände Hessen und Thüringen, ihre Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten durch Mitgliederbefragungen, die eher den US-Parteiversammlungen als Vorwahlen ähneln, zu bestimmen. In Hessen wurde das Ergebnis der Parteiversammlungen auf Bezirksebene, aus denen der damalige Fraktionsvorsitzende Jürgen Walter sehr knapp als Sieger hervorging, durch den Nominierungsparteitag im November 2006 zugunsten der zuvor unterlegenen hessischen Landesvorsitzenden Andrea Ypsilanti revidiert. In Thüringen führte die Mitgliederbefragung zu einem eindeutigen Sieg des Parteivorsitzenden Matschie. Damit haben in der SPD bei Anwendung von urwahlähnlichen Verfahren stets die als gemäßigt einzustufenden Kandidaten gewonnen.

In der CDU scheint der Gedanke, dass der/die Parteivorsitzende(n) auf Bundes- und Landesebene auch die natürlichen Kandidaten für Spitzenämter seien, noch fester verankert zu sein als in der SPD. Je weiter der Prozess der Oligarchisierung einer Partei fortgeschritten ist, desto größer die Widerstände gegen die Einführung von urwahlähnlichen Elementen. Dieses Phänomen lässt sich besonders anschaulich anhand der Partei Bündnis 90/Die Grünen beobachten, wo sich die Spitzenkandidaten für den Wahlkampf 2009 per Akklamation selbst ernannten.

Vor dem Hintergrund der amerikanischen Erfahrungen sind Vorwahlen bzw. Urwahlen keine Verlegenheitslösung, wenn es unsichere Parteivorsitzende gibt oder mehrere Personalalternativen existieren, sondern ein Institut, welches garantiert, dass ein wie auch immer eng oder breit zu fassender Kreis von Parteimitgliedern oder Parteianhängern darüber entscheiden kann, welche Persönlichkeit die Grundüberzeugungen einer Partei bzw. konkrete Politikvorschläge am überzeugendsten als Spitzenkandidat für höchste Ämter vertreten soll. Urwahlen als solchermaßen verstandene Institution machen es erst möglich, dass Nicht-Parteivorsitzende für die Nominierung für Spitzenämter kandidieren, ohne riskieren zu müssen, als parteischädigende Spalter oder Profilneurotiker beschimpft zu werden. Wer Urwahlen politisch will und einführt, wird sich über einen Mangel an Kandidaten nur selten beklagen müssen.

Urwahlen sind für jene Teile der politischen Klasse eines Landes, die es sich in Funktionsstellen und Spitzenämtern gemütlich eingerichtet haben und die Führungsämter als Anrecht, das ihnen zusteht, auffassen, eine Provokation, da das Überraschungsmoment – zumindest potentiell –

sehr groß ist. Die jüngere Geschichte der USA ist voll von selbsternannten Parteigranden, denen die Nominierung für höchste Ämter, die in Hinterzimmern gelungen wäre, aufgrund des Vorwahlprinzips verweigert wurde – das jüngste Beispiel ist Hillary Clinton. Das Vorwahlsystem ist jedoch keine Garantie, dass sich die in der Hauptwahl stärksten Kandidaten innerparteilich durchsetzen.

Im Zeitalter dramatisch zurückgehender Mitgliedschaften bei den so genannten Volksparteien ist eine Begrenzung der Vorwahlen auf die Mitgliedschaft kaum zu rechtfertigen. Wer sich zu einer Partei bekennt und dafür einen geringen Betrag zu zahlen bereit ist, sollte an einer Vorwahl teilnehmen dürfen – wie unter anderem in Italien im Mitte-Links-Lager mehrfach praktiziert.

## SCHLUSSBETRACHTUNG

Als Hauptproblem der amerikanischen Volksparteien identifizierte der vorliegende Beitrag die Abstinenz- und Vertrauenskrise. Ob es am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts hinsichtlich der Wahlbeteiligung eine Trendwende zurück zu den Werten der Nachkriegszeit gibt, zeigt nicht zuletzt die Präsidentschaftswahl 2008. Vieles spricht indes dafür, dass sich die USA von den Werten der späten 1990er Jahre, als die Wahlbeteiligung am niedrigsten und die Entfremdung von den Institutionen der repräsentativen Demokratie am ausgeprägtesten war, zumindest vorübergehend erholt haben. Die Bindungskraft der großen Parteien scheint ihren Abwärtstrend, der nach 1964 über mehr als dreißig Jahre anhielt, zumindest aufgefangen, wenn nicht revidiert zu haben.

Auch einige Zahlen aus dem am 3. Juni 2008 beendeten Vorwahlzyklus des Präsidentschaftswahljahres 2008 deuten in diese Richtung. Nimmt man die vorliegenden Beteiligungswerte bei den Vorwahlen als Gradmesser, ist das Resultat Folgendes: Bei den Republikanern war das Rennen bereits Anfang März 2008 entschieden, so dass es keine aussagekräftigen Zahlen für den gesamten Vorwahlzyklus gibt. Die innerparteiliche Wahlbeteiligung hatte sich im Vergleich zu früheren Vorwahlzyklen bei den Republikanern nicht erhöht. Anders bei den Demokraten. Hier lag die Beteiligung bei den frühen Vorwahlen, für die es Vergleichsdaten aus früheren Wahlzyklen gibt, deutlich höher als 2000 oder 2004. Mehr als 37 Millionen Anhänger der Demokraten gaben 2008 ihre Stimmen für Barack Obama, Hillary Clinton oder einen der früher ausgeschiedenen

Kandidaten ab, was auf einen für amerikanische Verhältnisse sehr hohen Mobilisierungsgrad der Anhänger dieser Partei hinweist. Zu den wahlabsinentesten Gruppen der US-Bevölkerung zählten in der jüngeren Vergangenheit die Menschen ohne sekundären Bildungsabschluss und ohne Studium, die Wähler unter 34 Jahren sowie die mittlerweile größte nicht-weiße Gruppe, die *Hispanics*.<sup>29</sup> Was die Jungwähler angeht, so gelang der Vorwahlkampagne des später siegreichen Senators Barack Obama ein außerordentlicher Mobilisierungsschub – zumindest bei den Anhängern der Demokratischen Partei.

Doch auch weitere anekdotische Evidenz unterstützt die These, dass die Entfremdung der Bürger von der Politik – und damit auch zu den die amerikanische Politik prägenden Parteien – im Vergleich zu den späten 1990er Jahren deutlich abgenommen hat: Politik gilt 2008 in den USA zum ersten Mal seit den 1970er Jahren wieder als „sexy“ – gerade bei jungen Leuten und bei Frauen. Dies kann man unter anderem daran ablesen, dass die amerikanischen *People*-Magazine der Berichterstattung über Politikerinnen und Politiker im Frühjahr 2008 mehr Platz einräumen als den üblichen Berichten über Schauspielerhepaare, drogenabhängige Sängerinnen oder sonstige Prominente. Einblicke in das Leben der als trocken und langweilig geltenden Politiker verkaufen sich gerade bei jüngeren und weiblichen Zielgruppen mindestens so gut wie die *Home-stories* der üblichen Glamourprominenz. Auch der politikfernere Teil der Amerikaner beginnt, von der Politik nicht nur in Ruhe gelassen werden zu wollen, um unbehelligt der privaten Prosperitätsmehrung nachgehen zu können, wie dies in den 1990er Jahren der Fall war, sondern aktivere Erwartungen an die Politik zu entwickeln. Es setzt sich die Auffassung durch, dass Fragen von Krieg und Frieden politisch zu entscheidende Fragen sind, dass der Schutz vor Terror, sozialem Abstieg und unzureichendem Versicherungsschutz im Krankheitsfall sowie vor Jobverlagerungen ins Ausland von den Kräften des Marktes und der Privatwirtschaft allein nicht gewährleistet werden kann.

1| Vgl. z.B. Lösche, Peter: *Demokratische Partei und Labour Party: Konvergenzen und Differenzen*. In: Borchert, Jens u.a. (Hrsg.): *Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel*. – Opladen: Leske + Budrich, 1996. – S. 213-238. – (Europa- und Nordamerika-Studien; 2) und Beyme, Klaus von: *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2000.

- 2| Decker, Frank: *Parteiendemokratie im Wandel*. In: ders. / Neu, Viola (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 19-61.
- 3| Frank Decker weist zu Recht auf einige nuancierte Unterschiede zwischen den Konzepten der *Allerweltpartei* und der *Volkspartei* hin. *Die Allerweltpartei gilt dabei als die moderne nachideologische Partei, die Volkspartei als der Typus, der Restbestände der ideologischen Massenintegrationspartei in sich birgt. Angesichts der teilweisen Re-Ideologisierungstendenzen in beiden amerikanischen Großparteien, von denen noch zu sprechen sein wird, nähern sich die US-Parteien dem Volksparteientypus eher an, als sich von ihm zu entfernen*. Vgl. ebd., S. 47.
- 4| Panebianco, Angelo: *Political Parties. Organization and Power*. – Cambridge: Cambridge University Press, 1988.
- 5| Vgl. Jacobson, Gary C.: *A Divider, not a Uniter. George W. Bush and the American People*. – New York: Pearson Longman, 2006.
- 6| Vgl. Lösche, Peter: *Gespaltenes Land. Die Vereinigten Staaten vor den Präsidentschaftswahlen*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 49 (2004) 8, S. 984-991 und Sabato, Larry: *Divided States of America. The Slash and Burn Politics of the 2004 Presidential Election*. – New York: Pearson Longman, 2005.
- 7| Vgl. Kolkmann, Michael: *Die Präsidentschaftswahl in den USA vom 2. November 2004. Ein knapper Sieg Bushs, aber auch ein Mandat?* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 36 (2005) 2, S. 259-280. *Die am 7. November 2006 in den Bundesstaaten Vermont und Connecticut gewählten „unabhängigen“ Senatoren Sanders und Lieberman gehören der parlamentarischen Gruppe (caucus) der Demokraten an*.
- 8| Exemplarisch Hornig, Eike Christian: *Forza Italia zwischen Volks- und Kartell-Partei. Ein Beispiel für Anwendungs-, nicht Theorie-defizite in der Parteienforschung*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 38 (2007) 4, S. 798-815.
- 9| Katz, Richard S. / Mair, Peter: *The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organization*. In: *The American Review of Politics*, 14 (1993) 1, S. 593-617.
- 10| *Das Mehrheitswahlrecht muss indes nicht zwangsläufig in ein Zwei-Parteien-System münden, wenngleich dies in den USA der Fall ist. Wie das kanadische Beispiel zeigt, schließt das Mehrheitswahlrecht die landesweite Präsenz kleiner Parteien, die in ihren regionalen Hochburgen durchaus Volksparteiencharakter besitzen, keineswegs aus, wie z.B. die frankophone Partei des Bloc Quebecois in Kanada zeigt. Zudem existieren in beiden Staaten kleinere, aber in den meisten Landesteilen vertretene Weltanschauungsparteien, die in der Regel aber keine ernsthafte Aussicht auf Regierungsbildung oder Regierungsbeteiligung auf Bundesebene besitzen. Historisch existierten in beiden nordamerikanischen Staaten Regionen von geographisch beachtlicher Größe, in denen es de facto keinen echten Parteienwettbewerb gibt und die jahrelang von Hegemonialparteien geprägt wurden, die wiederum Gliederungen der landesweiten Zeltparteien sind*.
- 11| *Tatsächlich hat es z.B. in Kanada während der vergangenen 25 Jahre erfolgreiche regionale Ausgründungen im Westen des Landes und in Quebec gegeben. Beide Ausgründungen gingen zunächst allein zu Lasten der ehemaligen Volkspartei Progressive Conservative Party of Canada (PCP): Die 1988 in Westkanada gegründete Reformpartei nannte sich 2000 in Canadian Alliance um und vereinigte sich 2003/2004 mit den Resten der PCP zur Conservative Party of Canada (CPC). Die 1990 ausgegründete frankophone Regionalpartei Bloc Quebecois ist dagegen bis heute im kanadischen Unterhaus vertreten. In den USA liegen regionale Ausgründungen im Süden des Landes (Dixiecrats) deutlich mehr als ein Vierteljahrhundert zurück*.

- 12| Die Landespolitik ist in den USA zwar ein wichtiges Trainingsgelände für spätere Spitzenpolitiker auf Bundesebene – insbesondere für Senatoren und Präsidentschaftskandidaten, – eine parteipolitische Instrumentalisierung der Landespolitik durch die Parteileitung im Bund ist im nordamerikanischen Konkurrenzföderalismus aber so gut wie ausgeschlossen.
- 13| Vgl. Jacobson: *A Divider, not a Uniter*. – (Fn. 5).
- 14| Zur in den USA kontrovers diskutierten Frage, wie tief die politische Polarisierung fortgeschritten sei, vgl. u.a. Nivola, Pietro S. / Brady, David W. (Hrsg.): *Red and Blue Nation? Volume One: Characteristics and Causes of America's Polarized Politics*. – Washington DC: Brookings Institution Press, 2006.
- 15| Vgl. u.a. Pharr, Susan J. / Putnam, Robert D. (Hrsg.): *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries?* – Princeton: Princeton University Press, 2000 und Biezen, Ingrid van / Saward, Michael: *Democratic Theorists and Party Scholars. Why They Don't Talk to Each Other, and Why They Should*. In: *Perspectives on Politics*, 6 (2008) 1, S. 21-35.
- 16| Innerhalb der Staaten mit gefestigter Demokratie befindet sich die US-Wahlbeteiligung klar im letzten Teil des unteren Drittels und wird lediglich von der Schweiz unterboten. Nimmt man nicht alle Wahlberechtigten, sondern nur die registrierten Wähler der USA als Referenzgröße für hundertprozentige Wahlbeteiligung, so wählen in den USA heute zwischen 67 und 75 Prozent der registrierten Wähler. Damit befinden sich die USA hinsichtlich der Wahlbeteiligung in der Nachbarschaft von Demokratien wie Kanada, Finnland, Großbritannien, Irland, Japan, Spanien, Israel und der Schweiz. Vgl. Jillson, Calvin C.: *American Government. Political Change and Institutional Development*. – 4. Aufl. – New York u.a.: Routledge, 2008. – S. 190-191.
- 17| Die folgenden Angaben beziehen sich auf Umfragen von ABC News, Harris Poll und den National Election Studies aus den Jahren 2003 bis 2005. Zitiert nach ebd., S. 165-168.
- 18| Hershey, Marjorie R.: *Party Politics in America*. – 12. Aufl. – New York: Pearson Longman, 2007. – S. 112-115.
- 19| Vgl. Ladner, Andreas: *Die Rolle der Parteien in der Mediengesellschaft*. In: Jarren, Otfried u.a. (Hrsg.): *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*. – Baden-Baden: Nomos, 2007. – S. 76.
- 20| Vgl. Katz, Richard S. / Mair, Peter: *Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party*. In: *Party Politics*, 1 (1995), S. 5-28 und Helms, Ludger: *Die „Kartellparteien“-These und ihre Kritiker*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 42 (2001) 4, S. 698-708.
- 21| Siehe Hornig: *Forza Italia*. – (Fn. 8) für den Versuch der Anwendung des Kartellpartei-Konzepts auf eine vergleichsweise neue Partei, die Forza Italia.
- 22| Vgl. u.a. Helms: *„Kartellparteien“-These*. – (Fn. 20).
- 23| Die real existierenden Drittparteien wie die Green Party oder die Libertarian Party spielen bei der Besetzung von Wahlämtern faktisch keine Rolle. Der letzte Versuch, eine elektoral aussichtsreiche Drittpartei auf nationaler Ebene zu etablieren, stammt aus den 1990er Jahren. 1992 und 1996 gelang es dem unabhängigen Präsidentschaftskandidaten Ross Perot, 19 Prozent bzw. 9 Prozent der nationalen Stimmen auf sich zu vereinigen. Dennoch gelang es ihm nicht, einen Bundesstaat und damit „Wahlmänner“ zu gewinnen. Die Gründung der „Reform Party“ führte ebenfalls nicht zur Eroberung von Kongressmandaten. Zwischen 1998 und 2002 gelang es einem Kandidaten der Reform Party, dem ehemaligen Ringkämpfer Jesse Ventura, den Gouverneursposten von Minnesota zu besetzen.
- 24| Vgl. Bai, Matt: *The Argument. Billionaires, Bloggers, and the Battle to Remake Democratic Politics*. – New York: Penguin Books, 2007.

- 25| Ob Carter seine Wiederwahl im November 1980 gegen Ronald Reagan verlor, weil er durch die innerparteiliche Herausforderung geschwächt war oder ob die Niederlage beweist, dass Kennedy Carters Chancen zu Recht als schlecht eingeschätzt und einen stärkeren Kandidaten gefordert hatte, ist bis heute unstritten.
- 26| Vgl. Bai: *The Argument*. – S. 257-282. – (Fn. 24).
- 27| Zum Partito Democratico (PD) fusionierten im Oktober 2007 acht Parteien, von denen die ehemaligen Linksdemokraten mit Abstand die größte war. Mehr als 75 Prozent der Parteimitglieder der Linksdemokraten stimmten für die Fusion und Neugründung der Sammlungspartei. Mehr als drei Millionen Menschen beteiligten sich am 14. Oktober 2007 an der Urwahl für das Amt des Parteivorsitzenden. In einem Kandidatenfeld von sieben Bewerbern erhielt der siegreiche ehemalige Bürgermeister von Rom, Walter Veltroni, 75 Prozent der Stimmen. Die DP verfügt über eine Mitgliedschaft von rund einer Million Menschen. Mit 37,6 Prozent der Stimmen konnte die DP bei den Parlamentswahlen 2008 rund 6 Prozent mehr Stimmen erreichen als die kombinierte Stimmzahl ihrer wichtigsten Vorgängerparteien 2006.
- 28| Alle folgenden Angaben beziehen sich auf „Beck lehnt Urwahl ab.“ In: *Süddeutsche Zeitung* vom 29./30. März 2008, S. 8.
- 29| Weit überdurchschnittlich ist dagegen die Wahlbeteiligung der Wähler mit Hochschulabschluss ab Bachelor-Abschluss, der Wähler über 45 Jahre sowie der weißen Amerikaner sowie jüngst der Frauen gegenüber Männern. Vgl. Department of Commerce, Bureau of the Census: *Statistical Abstract of the United States*. – Washington DC: Government Printing Office, 2007. – S. 256.

TEIL III:  
PERSPEKTIVEN DES  
PARTEIENSYSTEMS

# WÄHLERMARKT UND KOALITIONSMARKT

DER STRATEGISCHE ZIELKONFLIKT IM DEUTSCHEN  
PARTEIENWETTBEWERB

*Hans Jörg Hennecke*

## **DIE NEUE UNÜBERSICHTLICHKEIT**

An die Stelle des Zweieinhalb-Parteien-Systems, das die alte Bundesrepublik zwischen 1961 und 1983 prägte, ist schon seit längerem ein Mehrparteiensystem getreten, das eine Annäherung an die Normalität vieler europäischer Staaten bedeutet. Bereits in der Spätphase der alten Bundesrepublik erschwerten die Entstehung der Grünen und das gelegentliche Auftauchen rechtsradikaler oder rechtspopulistischer Parteien manche Regierungsbildung auf Landesebene. Erst recht nach der Wiedervereinigung wurde das Parteiensystem komplizierter und unberechenbarer: Werthaltungen und Wahlverhalten in Ost und West weisen nach wie vor deutliche Unterschiede auf, rechtsradikale bis rechtsextremistische Parteien können in Ostdeutschland ein beachtliches Wählerpotential mobilisieren und insbesondere blieb die SED kein postdiktatorisches Übergangsphänomen, sondern behauptete sich unter mehrfachen Namenswechseln als Milieu- und Protestpartei in Ostdeutschland. Durch die Fusion mit der WASG, die als Protestpartei Altlinke und enttäuschte Sozialdemokraten in Westdeutschland sammelte, wurde sie inzwi-

schen zu einer gesamtdeutschen Kraft. In Westdeutschland bietet der Wählermarkt zudem einem breiten Spektrum von radikalen, populistischen oder eher lokalpolitisch motivierten Parteien (DVU, Republikaner, STATT-Partei, Arbeit für Bremen, PRO/„Schill-Partei“) Gelegenheiten für zumindest punktuelle Erfolge.

Dass sich in der Bundesrepublik in den letzten beiden Jahrzehnten ein regional differenziertes Mehrparteiensystem herausgebildet und das lange Zeit prägende System von zwei Großparteien mit einer, später zwei Kleinparteien abgelöst hat, schafft neue Bedingungen für den bislang recht überschaubaren und berechenbaren Parteienwettbewerb auf Länder- und Bundesebene. Die neue Unübersichtlichkeit eines Parteiensystems mit fünf, sechs oder mehr Parteien erhöht die Anforderungen an die Strategiefähigkeit<sup>1</sup> von Bürgern und Parteien: Wahlergebnisse werden mehrdeutiger, etabliertes Lagerdenken wird in Frage gestellt, die Akteure werden zu unkonventionellen, riskanten und bisweilen auch ungewollten Regierungsbildungen gezwungen. Gegenüber der bisher in der Bundesrepublik vorherrschenden Praxis ergeben sich hieraus vor allem zwei auffällige Konsequenzen. Zum einen verändert sich in einem unübersichtlichen Mehrparteiensystem der Charakter von Regierungen und Koalitionen, zum anderen bilden sich mit Wählermarkt und Koalitionsmarkt zwei unterschiedliche Arenen des Parteienwettbewerbs heraus. Beide Märkte stehen in Wechselwirkung zueinander und können die Parteien in Zielkonflikte zwischen Stimmenmaximierung und Mehrheitsbildung stürzen.

#### **REGIERUNGSKULTUR IM WANDEL: DIE NEUEN PATCHWORK-KOALITIONEN**

Die allmähliche Ausdifferenzierung des Mehrparteiensystems hat in der Bundesrepublik eine Ära der koalitionspolitischen Experimente eingeläutet, die in einzelnen Bundesländern schon in den 1980er Jahren begann (v.a. Hessen 1983 bis 1987) und sich in den 1990er Jahren fortsetzte (Brandenburg 1990 bis 1994, Bremen 1991 bis 1995, Sachsen-Anhalt 1994 bis 2002, Mecklenburg-Vorpommern 1998 bis 2006, Hamburg 2001 bis 2004). Auf Bundesebene hätte diese Situation schon deutlich früher als bei der Regierungsbildung 2005 auftreten können, wenn nicht bei den Bundestagswahlen von 1994 und 2002 die jeweils amtierenden Bundesregierungen dank einiger Überhangmandate knapp bestätigt worden wären.

In Zukunft sind zwar auf Bundesebene bevorzugte Zweierkoalitionen nicht völlig ausgeschlossen und weiterhin wird es etliche Bundesländer geben, in denen dank der dominierenden Stellung einer Volkspartei Alleinregierungen oder zumindest bevorzugte Zweierkoalitionen der Regelfall bleiben werden. Aber Parteien und Wähler müssen sich darauf einrichten, dass im Bund und in den Ländern jenseits der üblichen und erprobten Koalitionsmuster ein breites Spektrum von Koalitionsoptionen und Koalitionswängen auftreten wird. Große Koalitionen, Drei- bis Vierparteienkoalitionen, Tolerierungsmodelle, vorübergehende oder auf Dauer angelegte Minderheitsregierungen werden an Bedeutung gewinnen, mögen sie auch noch so wenig zur politischen Kultur der stabilitätsverwöhnten Bundesrepublik passen und die bisherigen Erfahrungen mit solchen Experimenten auch noch so enttäuschend ausgefallen sein. Die Große Koalition, die 2005 auf Bundesebene gebildet wurde, muss kein Betriebsunfall sein, sondern könnte mit all ihren Strukturproblemen zu einem Fanal für entscheidungsschwache und fragile Koalitionen der Zukunft werden. Wie sehen diese Koalitionen der Zukunft aus?

An die Stelle von Koalitionen der Willigen werden häufiger Koalitionen von Unwilligen treten, die durch komplizierte Wahlergebnisse erzwungen werden. Selbst der Ausweg einer Großen Koalition muss nicht immer offen stehen: In einigen Großstädten und sogar in einzelnen Bundesländern wie Berlin oder Sachsen laufen SPD und Union Gefahr, gemeinsam keine Mehrheit mehr bilden zu können, da zumindest eine der beiden Großparteien ihren Anspruch als Volkspartei nicht einlösen kann. Wenn aber die Mehrheitsverhältnisse komplizierter werden, müssen alle Parteien über die Erweiterung ihrer Koalitionsoptionen nachdenken und sich auf den Umgang mit ungewollten Koalitionswängen einstellen. Parteien können unversehens in die Lage geraten, die irritierende Gleichzeitigkeit höchst unterschiedlicher Koalitionssituationen in Bund, Ländern und Kommunen kommunikativ und programmatisch bewältigen zu müssen. Solche Situationen verlangen von ihnen einen großen politischen Spagat und die Fähigkeit, sich begrenzt schizophoren zu verhalten, ohne dass Integrationskraft, Glaubwürdigkeit und Konsistenz allzu sehr leiden.

Nicht nur wird die Vielfalt der Koalitionen zunehmen, sondern Koalitionen in Bund und Ländern werden auch häufiger auf prekären Mehrheiten beruhen und deshalb eine durchschnittlich kürzere Lebensdauer aufweisen. Der Vergleich zur alten Bundesrepublik zeigt, dass bereits in den 1990er Jahren in westdeutschen ebenso wie in ostdeutschen Bundeslän-



dern die Zahl der Regierungs- und Koalitionswechsel deutlich zugenommen und die Lebensdauer von Regierungen abgenommen hat. Die größere Volatilität des Wählerverhaltens hat dazu ebenso beigetragen wie die gelegentliche Einbindung von schnelllebigen Protestparteien (STATT-Partei, PRO/„Schill-Partei“ in Hamburg 1993 bis 1997 bzw. 2001 bis 2004). Die Chance, ein Koalitionsmodell über mehrere Legislaturperioden hinweg am Leben zu erhalten, wird insgesamt abnehmen.

Unter diesen Bedingungen werden Koalitionen der Zukunft nur noch selten zu historisch-biographischen „Projekten“ stilisiert werden können, wie dies den verschiedenen politischen Generationen der alten Bundesrepublik angelegen war. Nicht mehr integrierte Deutungen von „sozialliberalen“, „rotgrünen“ oder „bürgerlichen“ Koalitionen werden der Regelfall sein, sondern additive Bindestrichdeutungen, in denen jede der Parteien auf eigenständige Profilbildung achten wird. Notgedrungen werden sich diese Koalitionen mit der Aura des Pragmatismus und der Nüchternheit umgeben. Versuche zu einer weiterreichenden Sinnstiftung dürften zwar hin und wieder unternommen werden, vor allem wenn es darum geht, koalitionspolitische Tabubrüche wie beispielsweise die Einbindung der Linken in eine Koalition auf Bundesebene seitens der SPD zu legitimieren. Insgesamt werden solche Versuche aber vordergründige Inszenierung bleiben und nur dann programmatische Substanz haben, wenn eine Stabilisierung über mehrere Legislaturperioden hinweg gelingt, zu signifikanten Politikwechseln führt und das Interesse am gemeinsamen Erfolg wächst.

Solche Koalitionen dürften sich schwer damit tun, gemeinsame Ziele zu definieren und ihren Vereinbarungen einen gemeinsamen Sinn zu geben. Nicht immer werden sie sich auf eine kohärente, alle drängenden Fragen erfassende Regierungspolitik verständigen können. Eine Analogie zu den *leadership*-Begriffen von James MacGregor Burns<sup>2</sup> bietet sich daher an: Während in der Bundesrepublik bislang *transformational coalitions* dominierten, denen es in wichtigen Themen gelang oder die zumindest den Anspruch formulierten, die je eigenen Programmziele der Partner in gemeinsame Zielsetzungen und Sinnstiftungen zu überführen, wird die Bedeutung von *transactional coalitions* zunehmen. In ihnen werden die Partner eine Art friedliche Koexistenz und Unterstützung auf Gegenseitigkeit im Sinne eines „do ut des“ vereinbaren. Jeder Partner wird versuchen, für sich das Beste herauszuholen und sich wenig um das Gesamtergebnis oder die Befindlichkeiten der Gegenseite scheren.

Koalitionen der Zukunft werden offenkundiger als bisher nur in Teilbereichen handlungsfähig sein. Mehr oder weniger große Themenfelder werden als „blinde Flecken“ aus Koalitionsvereinbarungen und Regierungspolitik ausgeklammert werden, wie dies beispielsweise mit der wichtigen Frage des Flughafenausbaus in der Koalition zwischen CDU und Grünen in der Stadt Frankfurt am Main geschehen ist. Die Partner können sich in solchen Fällen aufs Nichtstun verlegen und jeder für sich abwarten, ob er seine Ziele zu einem späteren Zeitpunkt in einer anderen Koalition durchsetzen kann. Alternativ können die Beteiligten auch die Koalitionsloyalität punktuell außer Kraft setzen und einander zugestehen, dass sie sich über die Grenzen der Koalition hinweg auf die Suche nach themenspezifischen Ad-hoc-Mehrheiten begeben. Koalitionen der Zukunft werden dem Betrachter also kein feinabgestimmtes, harmonisches Muster und keine elegant fließenden Stoffe bieten, sondern buntscheckiges Patchwork aus groben Stoffen, dessen Flicker mit dickem Zwirn notdürftig zusammengeheftet werden und bei dem auch an sensiblen Stellen große Löcher klaffen können.

Ob neue Koalitionsvarianten substantielle Antworten auf die großen Herausforderungen der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- oder Sozialpolitik finden und ausdauernde Reformprozesse bewältigen können, ist fraglich. Neue Koalitionen – beispielsweise eine CDU-Grüne-Koalition in der Umweltpolitik – haben zwar durchaus Potential für innovative, kreative Problemlösungen, da sie etablierte Konfliktrituale des Parteienwettbewerbs außer Kraft setzen und neuartigen Konsens ihrer Anhängerschaften erzielen können. Allerdings kann die Wirksamkeit dieses innovativen Potentials durch größere interne Zielkonflikte und heterogenere politische Kulturen bei Programmwartungen und Koalitionsmanagement vermindert werden.

In der Bundespolitik werden die Erfolgchancen neuer Koalitionen auch davon abhängen, inwieweit sie sich auf eine Mehrheit im Bundesrat stützen können: Je vielfältiger die Koalitionsvarianten in den Bundesländern werden, desto seltener werden sich Bundesregierungen der Unterstützung durch die Bundesratsmehrheit sicher sein können. Die Situation im Bundesrat dürfte sich auch nach der Föderalismusreform 2006 eher restriktiv auf die Erfolgchancen von koalitionspolitischen Experimenten im Bund auswirken, da sich derzeit nur unionsgeführte Bundesregierungen auf die Unterstützung des Bundesrats halbwegs verlassen können. Aus Sicht der Union spräche die aktuelle Situation im Bundesrat sogar

eher für eine „Jamaika“-Koalition mit FDP und Grünen als für eine schwarz-grüne Koalition, selbst wenn letztere rechnerisch im Bundestag möglich und politisch gewollt wäre. Neue Bündnisoptionen der SPD hätten überhaupt erst nach einer Kettenreaktion von Koalitionswechseln in den Bundesländern eine Chance auf Rückhalt im Bundesrat, wobei wegen der Lage in den ostdeutschen Ländern eine Bundesratsmehrheit für eine Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei vermutlich eher zu erreichen wäre als für eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP.

Sollte sich das Mehrparteiensystem wiederholt als unfähig erweisen, stabile Koalitionsbildungen hervorzubringen, könnte der Ruf nach Reformen des parteipolitischen Wettbewerbs und der verfassungsmäßigen Institutionenordnung zunehmen. Möglicherweise wächst wegen der schwierigen Entscheidungsprozesse auf Bundesebene das Interesse der politischen Akteure an einer weiteren Entflechtung des Föderalismus, durch die die Rolle des Bundesrates weiter reduziert wird. Bislang allenfalls in akademischen Zirkeln geführte Debatten über die Stärkung des Bundespräsidenten, die Einführung des Mehrheitswahlrechts<sup>3</sup> oder der Direktwahl von Ministerpräsidenten<sup>4</sup>, vielleicht sogar des Bundeskanzlers, könnten lauter und zielführender erfolgen. Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin könnten, wie aktuelle Diskussionen bereits zeigen, dabei eine Vorreiterrolle übernehmen. Wenn das Parteiensystem als stabilisierender Faktor der politischen Ordnung ausfällt, gibt es in der Tat plausible Argumente zugunsten einer Präsidialisierung der Regierungssysteme in Bund und Ländern, denn die Einführung von Direktwahlen der Regierungen würde Parteien und Parlamente von der Funktion der kontinuierlichen Mehrheitsbildung entlasten. Negative Folgen der Ausdifferenzierung des Parteiensystems würden damit zumindest teilweise kompensiert.

Auch aus Sicht der Wähler erscheint der Parteienwettbewerb in einem anderen Licht. Instabile Mehrheitsverhältnisse und koalitionspolitische Experimente mit all ihrem publizistischen Schlachtenlärm dürften das Ansehen der Parteien bei den Bürgern auf lange Sicht nicht steigern, sondern zu einer weiteren Entfremdung und Distanzierung der Parteien beitragen. Vor allem aber dürfte die Erweiterung des Parteienspektrums und der Koalitionsvarianten mit einer Selbstentmachtung der Wähler einhergehen. Die Wähler müssen mehr denn je unter einem „Schleier des Nichtwissens“ wählen, weil das Koalitionsverhalten der Parteien vorab unbeschadet von Wahlkampfaussagen nicht verlässlich einzuschätzen ist.

Je mehr Parteien für die Mehrheitsbildung relevant werden und je mehr Koalitionsoptionen existieren, desto aussichtsloser und riskanter wird für den Wähler der Versuch, durch strategische Stimmabgabe zur Stärkung einer bestimmten Koalitionsoption beizutragen. Die Wahlergebnisse werden aus Sicht der Parteien mehrdeutiger werden und keine klaren Botschaften des Wählers zur Regierungsbildung enthalten. Paradoxien sind bei der Regierungsbildung möglich: Auch vom Wähler deutlich gestärkte Parteien, die einen Regierungsauftrag für sich reklamieren, können mangels Koalitionspartner in der Opposition enden, während andere Parteien trotz starker Verluste für die Regierungsbildung unentbehrlich werden können. Wenn Wahlergebnisse uneindeutiger werden, gewinnen die Parteien an Autonomie gegenüber dem Wähler. Der durchschnittliche Wähler wird sich gegenüber den Parteien noch ohnmächtiger fühlen, Anhänger von programmatischen Überzeugungen werden noch häufiger enttäuscht, die Parteien werden noch größere Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Mitgliedern bekommen und mehr denn je nur für Karrierewillige attraktiv sein. Kartelltendenzen, Bedeutungsverlust des ehrenamtlichen Engagements, Rückläufigkeit der Mitgliederzahlen und Professionalisierung der Parteiorganisation sind vor diesem Hintergrund die wahrscheinlichsten Trends.

## **DER KOALITIONSMARKT ALS STRATEGISCHE ARENA**

Mehrparteiensysteme, in denen die Koalitionsoptionen nicht gemäß italienischem Vorbild durch den Zusammenschluss von Parteien zu auf Dauer angelegten Blöcken, Parteifamilien oder Allianzen künstlich verringert werden, stellen die Parteien vor die anspruchsvolle Aufgabe, auf dem Koalitionsmarkt Partner für die Mehrheitsbildung zu finden. Sie müssen als Organisationen größere Flexibilität erlernen und sich zu Multioptionsparteien entwickeln, die auch in noch so überraschenden Konstellationen das Heft des Handelns in die Hand bekommen und auch schwierige Lagen zu ihren Gunsten wenden können. Parteien müssen deshalb parallel zu Wahlkämpfen mehr Ressourcen in die Szenario-Planung stecken, um sich rasch auf komplexe Verhandlungssituationen in zweit- oder drittbesten Szenarien einzustellen und in ihnen vorzeigbare, vertretbare Ergebnisse auszuhandeln.

Taktische Flexibilität bei der Bildung von Koalitionen setzt aber, wenn sie nicht zur puren Beliebigkeit geraten soll, eine Klärung der langfristigen Ziele einer Partei voraus. Nur eine programmatisch selbstbewusste Partei

wird in der Lage sein, Chancen und Risiken von Koalitionen abzuschätzen, die Bildung von Koalitionen überzeugend zu interpretieren und sich in den Entscheidungsprozessen komplexer Koalitionen durchzusetzen. Während die langfristigen Programmaussagen den inneren Kompass für Mitglieder und Anhängerschaft darstellen, lässt sich über aktuelle Themenpositionierungen die Bereitschaft für Koalitionsoptionen signalisieren. Von den Schnittmengen der aktuellen Themenagenden hängt es ab, ob Koalitionsoptionen verwirklicht werden. Angesichts der Kurzlebigkeit und Anfälligkeit von Mehrheiten kommt auf die Parteien eine weitere strategische Herausforderung zu: Sie haben sich nicht mehr die einfache Frage zu stellen, mit welchem Partner sie grundsätzlich ihre Ziele am besten verwirklichen können, sondern müssen über mehrere Koalitionsoptionen hinweg die komplexere Frage beantworten, welche ihrer Programmpunkte sie mit welchem Partner wann am besten durchsetzen können. Parteien müssen darauf eingestellt sein, dass sie während der Dauer eines Programmzyklus auf die Nutzung mehrerer Koalitionsoptionen angewiesen sind und brauchen langfristige Programmaussagen als Reservoir, aus dem Begründungen zu unterschiedlichen Koalitionsentscheidungen geschöpft werden können. Die eigene Programmatik muss ein Arsenal von Begründungen bereithalten, mit denen Koalitionsbildungen, Koalitionsbrüche und Koalitionswechsel glaubwürdig erklärt werden können.

Da bei koalitionspolitischen Experimenten die Gefahr von unlösbaren Kontroversfragen groß ist, wird es aus Sicht der Parteien wichtig, durch die Nutzung unterschiedlicher Koalitionsoptionen Mehrheiten für eigene Programmpunkte zu organisieren. Bestimmte Programmpunkte bereits rechtzeitig in der einen Koalitionsoption im eigenen Sinne entschieden zu haben, kann unter Umständen den Weg in eine andere Koalitionsoption erleichtern, in der sich wiederum andere Schnittmengen für andere Programmpunkte ergeben. Das Wissen um die Möglichkeit, kurz- oder mittelfristig eine andere Koalitionsoption nutzen zu können, kann helfen, den fragmentarischen Konsens in einer bestehenden Koalition anzunehmen. Aus Sicht der Union beispielsweise ist eine spätere Zusammenarbeit mit den Grünen oder der FDP umso unproblematischer, als sie zuvor in einer Großen Koalition kontroverse Fragen der Zuwanderungspolitik bereits halbwegs in ihrem Sinne entschieden hat. Umgekehrt verliert aus Sicht der Grünen eine Koalition mit der Union an Brisanz, da sie den Atomausstieg bereits mit der SPD entschieden haben und ein für sie annehmbarer Status quo geschaffen wurde. Wie die Regierung Merkel am Beispiel der Gesundheitspolitik vorgeführt hat, kann auch die Kunst des

Ausklammerns und des Verlegens auf interimistische Lösungen, die beiden Seiten in Kontroversfragen für spätere Zeiten alle Optionen offen lassen, stabilisierend wirken. Mögen die Ergebnisse inhaltlich auch noch so unbefriedigend sein, können solche Entscheidungsmoratorien die Legitimation für spätere Koalitionswechsel vorbereiten und Gestaltungsspielräume bewahren. Doch eine programmatische Selbstvergewisserung ist die Voraussetzung dafür, dass sich Parteien taktisch klug verhalten und über bloßes Koalitionskrisenmanagement hinaus ihre Gestaltungsziele auf Umwegen, aber hartnäckig verfolgen können.

Parteien, die auf mehrere Koalitionsoptionen vorbereitet sein wollen, benötigen neben der programmatischen Selbstvergewisserung, die als Kompass bei taktischen Entscheidungen dient, auch ein realistisches Erwartungsmanagement, denn in koalitionspolitischen Experimenten bleiben der Konsens fragmentarisch und viele Entscheidungen unbefriedigend. Bei Mitgliedern, Anhängern und Wählern dürfen keine übersteigerten Hoffnungen geweckt werden, die im Regierungsalltag nicht eingelöst werden können und dann zu Vertrauens- und Integrationskrisen führen müssen. Es muss auf annehmbare Weise kommuniziert werden, welche inhaltlichen Erwartungen man an welche Koalitionen richten kann. Befinden sich Parteien in experimentellen Koalitionen, müssen sie mehr als zuvor die Kunst des kontrollierten Antagonismus beherrschen. Sie müssen eine höhere Frustrationstoleranz entwickeln, wenn programmatische Auffassungen oder Politikstile der Koalitionspartner divergieren. Auch bei zermürenden Alltagskompromissen müssen sie ihr Kernprofil wahren und verdeutlichen, worin trotz allem die Erfolge der jeweiligen Koalition bestehen. Für den Fall, dass dies nicht mehr in hinreichendem Maße gelingt, müssen die Parteien aber auch Begründungskorridore für Koalitionsbrüche und Koalitionswechsel offen halten. Auch die Kunst des präemptiven Koalitionswechsels müssen Parteien beherrschen lernen. Wer wie die SPD in Nordrhein-Westfalen 2000 und 2002 eine erschöpfte Koalition lediglich in Frage stellt, ohne aber letztlich den Mut zum Wechsel aufzubringen, kann seine Mehrheitsfähigkeit bald darauf einbüßen. Wer sie hingegen wie die SPD 2001 in Berlin beherrscht, kann sogar aus einer ungünstigen Ausgangslage heraus die politische Landschaft zu eigenen Gunsten entscheidend umgestalten.

## STRATEGIEWAHL ZWISCHEN WÄHLERMARKT UND KOALITIONSMARKT

Da Mehrparteiensysteme nicht nur den Parteienwettbewerb im Wählermarkt offener gestalten, sondern auch einen komplexen Koalitionsmarkt hervorbringen, muss die Strategiewahl der Parteien beide Arenen im Blick haben. Was in dem einen Markt nützt, kann Nachteile in dem anderen eintragen. Stimmenmaximierung im Wählermarkt kann in einen strategischen Zielkonflikt mit der Fähigkeit geraten, durch Koalitionen Mehrheiten zu schmieden.

Die Zielkonflikte, die durch das Auseinandertreten von Wählermarkt und Koalitionsmarkt entstehen können, verlangen von den Parteien eine Differenzierung ihrer Strategie. Die bisher übliche Strategie, Regierungsbeteiligungen über Stimmenmaximierung zu erreichen, wird allerdings keineswegs obsolet. Das Kerngeschäft von Parteien, nach innen Identität zu stiften, Organisation aufzubauen und Finanzmittel einzuwerben und nach außen eine hohe Wählerattraktivität zu erreichen, bleibt bestehen. Dazu gehört insbesondere die Herausarbeitung eines programmatischen Kernprofils, das Alleinstellungsmerkmale der Parteien erkennen lässt und in annehmbarer Weise Antworten und Perspektiven für die jeweils drängenden Ordnungsprobleme bietet. In Zeiten überlappender Programmaussagen und flüchtiger Aufmerksamkeit in der Publikumsdemokratie müssen die Parteien darauf achten, dass ihnen die Verdeutlichung des Markenkerns durch attraktive, wiedererkennbare Vorhaben, Themen und Symbole gelingt. Wer über solche Duftmarken nicht verfügt, dem wird es schwer fallen, diffuse Kompetenz- und Sympathiezuschreibungen in Umfragen durch Wahlkämpfe auch in Wählerstimmen umzusetzen. Dass es der Union trotz allgemein hoher Kompetenzwerte in wichtigen Politikfeldern an solchen attraktiven Duftmarken zur Konkretisierung ihrer Position mangelte, während die SPD trotz schwacher allgemeiner Kompetenzwerte mit Mindestlohn und Bürgerversicherung über eben solche verfügte, dürfte seinen Anteil am überraschenden Wahlausgang 2005 gehabt haben.

Zu einer auf Stimmenmaximierung im Wählermarkt ausgerichteten Strategie gehört auch eine Erneuerung der Organisationskultur der Parteien. Die breit verankerte Mitgliederpartei wandelt sich zur professionalisierten Mitarbeiterpartei, immer weniger Menschen stehen neben den erhöhten Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt für eine dauerhafte, ehren-

amtliche Parteimitgliedschaft zur Verfügung. Flexiblere, situationsgebundene und punktuelle Ansprache von Zielgruppen und das Eröffnen ebenso begrenzter Mitwirkungsmöglichkeiten werden für Parteien an Bedeutung gewinnen. Jenseits der schrumpfenden Mitgliederbestände müssen die Parteien ihre unorganisierte, aber für punktuell Engagement aufgeschlossene Anhängerschaft intensiver pflegen. In Zeiten nachlassender Parteibindungen sind Wahlkämpfe weniger denn je missionarische Überzeugungsschlachten, sondern mehr denn je Mobilisierungskampagnen, die sich darin entscheiden, welcher der Parteien es in dem größten Ausmaß gelingt, eigene Anhängerschaft und Stammwähler zur Stimmabgabe zu mobilisieren.

Angesichts der komplexen Veränderungsprozesse im Wählerverhalten, in der Medienkommunikation und in der Parteiorganisation stellt die Optimierung der direkten Strategie eine enorme Herausforderung für alle Parteien dar. Und es wird auch in Zukunft viele Wahlkämpfe geben, deren Ausgangslage so beschaffen ist, dass sich für die Parteien die Frage nach dem Koalitionsmarkt nicht ernstlich stellt. In solchen Fällen ist eine direkte Strategie angezeigt, die unmittelbar und ohne Rücksichtnahme auf Konkurrenten im Parteienwettbewerb auf Stimmenmaximierung zielt und in einer Alleinregierung oder einer Wunschkoalition münden soll. In vielen Bundesländern können dominante Parteien realistisch auf den Erfolg einer solchen Strategie setzen und wären nicht gut beraten, wenn sie durch ein Kokettieren mit Koalitionsoptionen zur Verunsicherung der eigenen Anhänger und zur Ermutigung anderer Anhänger beitragen würden.

Für die Parteien besteht nun aber die besondere Schwierigkeit darin, Handlungsoptionen auf dem Koalitionsmarkt zu erweitern, ohne Glaubwürdigkeit und Authentizität auf dem Wählermarkt einzubüßen. Die Debatte in der SPD um den Umgang mit der Linkspartei hat dieses Dilemma vor und nach der hessischen Landtagswahl von 2008 eindrucksvoll illustriert. Wer nur auf ein klares Profil und eine scharfe Abgrenzung von politischen Konkurrenten setzt, kann zwar unter Umständen auf dem Wählermarkt relative Vorteile erringen. Aber wenn es nicht gelingt, mit anderen Parteien Mehrheiten zu bilden, können Wahlerfolge zu Pyrrhus-Siegen geraten, bei denen sich der vermeintliche Wahlsieger unvermittelt in der Opposition wiederfindet. Parteien müssen sich daher vor Wahlkämpfen rechtzeitig entscheiden, ob ihr strategisches Ziel die Regierungsbeteiligung, die Maximierung des Stimmenanteils oder die Wahrung ihrer

programmatischen Kohärenz oder gar ihrer Problemlösungsfähigkeit ist. Unter Beachtung der jeweiligen Umstände werden die Parteien in dieser Frage zu verschiedenen Antworten gelangen und in parallelen Wahlkämpfen verschiedene Strategien verfolgen müssen, je nachdem ob sie sich auf Stimmenmaximierung im Wählermarkt konzentrieren können oder ob sie gezwungen sind, wegen ihrer schwachen Stellung im Koalitionsmarkt andere Prioritäten zu setzen.

Die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Koalitionsstrategien lässt sich aus Sicht der Parteien nur glaubwürdig kommunizieren, wenn ihre Profilbildung regionalisiert wird und die regionalen Parteiverbände auf der Bundesebene das Spektrum verschiedener Optionen verkörpern. So wird die CDU in Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Niedersachsen Wahlkämpfe auf den Gewinn absoluter Mehrheiten oder auf die Bildung einer Koalition mit der FDP ausrichten können, hingegen kann es in Bundesländern wie Hamburg oder Berlin zur selben Zeit erforderlich sein, jenseits des Bewährten andere Koalitionsoptionen zu eröffnen. Das Beispiel der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass eine reine Wählermarktstrategie nicht in jedem Fall klug wäre: Aus Sicht der CDU, die sich in einem Drei-Parteien-System einer SPD-PDS-Koalition gegenüber sah, hätte eine bloße Stimmenmaximierung nicht ausgereicht. Erst ein schwaches Ergebnis, das die Führungsrolle der SPD denkbar knapp bestätigte, und das Erstarken kleiner Parteien, das die bisherige Regierungsmehrheit zusammenschmelzen ließ, machten es möglich, dass die SPD auf eine – knapp mögliche – Fortsetzung der bisherigen Koalition verzichtete und die CDU als Regierungspartner auf Augenhöhe akzeptierte. Wäre die CDU nach einem profilierten Wahlkampf zulasten der SPD oder kleinerer Parteien hingegen die stärkste Partei geworden, wäre sie vermutlich nicht bei der Regierungsbildung zum Zuge gekommen.

Daraus wird ersichtlich, dass entscheidende Geländegewinne auf dem Koalitionsmarkt gelegentlich erst durch ein schwaches Abschneiden auf dem Wählermarkt möglich werden. Dies zeigt zugleich, dass ein offensichtliches Ausrichten der Strategie auf den Koalitionsmarkt zu einer empfindlichen Schwächung auf dem Wählermarkt führen kann. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit des Auftritts im Wahlkampf können darunter leiden. Mögliche Gewinne bei Wechselwählern werden in solchen Fällen durch die Einbußen bei irritierten und unzureichend mobilisierten Stammwählern zumindest aufgewogen.

Die Optionen auf dem Koalitionsmarkt zu erweitern, ohne auf dem Wählermarkt allzu starke Einbußen zu erleiden – und dadurch auch auf dem Koalitionsmarkt erreichbare Positionen zu verlieren –, verlangt eine differenziertere Strategie, denn die unverhüllte Kommunikation neuer Optionen kann zumal in Wahlkämpfen eine empfindliche Schwächung von Selbstbewusstsein und Attraktivität signalisieren. Sie könnte im Anschluss an den britischen Militärwissenschaftler Basil H. Liddell Hart als „indirekte Strategie“<sup>5</sup> bezeichnet werden.

Eine indirekte Strategie, die diese Zielkonflikte zu umgehen versucht, kann auf unterschiedlichen Wegen verfolgt werden. Verschiedene Abstufungen des strategischen Handelns sind möglich. So kann bereits die Pflege einer stillen Konsultationskultur zwischen den Parteien Vertrauen aufbauen, auf das bei allfälligen Regierungsbildungen zurückgegriffen werden kann. Darüber hinaus bieten die Entscheidungsprozesse in der Bundesrepublik vor allem wegen der Rolle des Bundesrates und der Verwaltungsfunktion der Bundesländer auch Gelegenheiten, bei denen andere Parteien über bestehende Koalitionen hinaus in sachorientierte Verhandlungen einbezogen werden müssen. Damit kann ihnen Anerkennung als möglicher politischer Partner signalisiert werden, wie dies etwa bei der Einbindung der FDP durch die SPD-Grüne-Koalition bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts 1999 oder bei der Steuerreform 2000 der Fall war. Noch deutlicher wären offene Sondierungsangebote im Vorfeld von Regierungsbildungen (z.B. zwischen CDU und Grünen nach der Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg) oder personalpolitische Signale, wie sie gelegentlich bei der Wahl des Bundespräsidenten, des Bundestagspräsidenten oder bei der Besetzung von Bundesrichterstellen gesetzt werden.

Ein weiterer Ansatzpunkt einer indirekten Strategie kann darin liegen, Themen programmatisch zu besetzen, die zwar mit dem eigenen Markenkern vereinbar sind, insofern also nicht irritierend auf die Anhängerschaft wirken, die aber die Anschlussfähigkeit an potentielle Koalitionspartner erhöhen. Mit ihnen kann man signalisieren, dass man bestimmte Problemwahrnehmungen eines potentiellen Partners teilt und Chancen auf gemeinsame Lösungen anerkennt. Eine solche programmatische Erweiterung sendet nach außen Signale der Kooperationsfähigkeit und nach innen Signale eines Vorbereitens und Einstimmens auf neue Optionen. Ob beispielsweise die Grünen den Begriff der Nachhaltigkeit auf Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik übertragen und sich damit ordnungs-

politischen Vorstellungen von Union und FDP annähern oder ob sie auf dem Felde der Sozialpolitik kollektivistische Konzepte von Einheitsschule, Bürgerversicherung und bedingungslosem Grundeinkommen ausformulieren, lässt sich beides aus dem Markenkern der Partei plausibel ableiten, bedeutet aber jeweils eine andere Weichenstellung für Koalitionsoptionen.

Eine indirekte Strategie kann also in diesem Sinne positiv darauf gerichtet sein, das eigene Image bei einem potentiellen Partner und dessen Image in den eigenen Reihen zu verbessern. Solche indirekten Strategien können daher auch als positive Strategien bezeichnet werden, weil sie darauf abzielen, neue Schnittmengen und Koalitionsoptionen ausdrücklich und positiv zu benennen. Subtiler und unverfänglicher wären dagegen solche indirekten Strategien, die man als negative Strategien bezeichnen könnte, da man nicht mit positiven Angeboten an potentielle Partner jongliert, sondern in einem negativen Sinne Feindbilder definiert und damit die gemeinsame Abgrenzung potentieller Partner gegenüber anderen Parteien erleichtert. Der Vorteil solcher negativer Strategien im Vergleich zu positiven Strategien besteht darin, dass sie weniger Gefahr laufen, ungünstige und irritierende Wirkungen auf dem Wählermarkt auszulösen.

Politische Strategie kommt ohnehin kaum ohne Feindbilder aus. Feindbilder tragen zur Integration von Parteien viel bei, da sie von der Notwendigkeit entlasten, die eigene Position allzu präzise festzulegen. Eine in sich heterogene Gruppe erzeugt ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl, wenn sie sich zumindest über eine abschreckende Wahrnehmung der Gegenseite verständigt hat. Feindbilder können nicht beliebig konstruiert werden, sondern müssen um ihrer Glaubwürdigkeit willen an etablierten Vorstellungen anknüpfen. Aber es besteht durchaus ein gewisser Spielraum, um sie je nach strategischer Situation zu akzentuieren und zu justieren. Wem es gelingt, eine Feindbildwahrnehmung durchzusetzen, muss bei den eigenen Anhängern weniger offensive Überzeugungsarbeit für Koalitions- oder Sachentscheidungen aufbringen, sondern kann sich zu einem gewissen Grade darauf verlassen, dass diejenigen, die sich ein Feindbild zu eigen gemacht haben, daraus selbst auch Schlussfolgerungen für politische Optionen und Tabus ziehen.

Die Neujustierung von Feindbildern kann zwei Zwecken dienen: Erstens kann eine schärfere Herausarbeitung einzelne Koalitionsoptionen ausschließen und dadurch indirekt und stillschweigend andere Koalitions-

optionen nahelegen. Zweitens kann eine behutsame Schleifung von Feindbildern bisher bevorzugten Optionen ihre Selbstverständlichkeit nehmen und neue Optionen denkbar machen. Dabei darf man aber nicht nur eigene Anhänger, sondern muss auch dritte Parteien im Blick haben. Nur wem es gelingt, ein Feindbild des direkten Konkurrenten durchzusetzen, das auch aus der Perspektive von dritten Parteien plausibel ist, kann damit koalitionspolitische Allianzen befördern. Wem dies hingegen nicht gelingt, der kann sich selbst ins Abseits manövrieren. So kann die SPD zwar durchaus den Versuch unternehmen, die CDU als „neoliberal“ zu etikettieren, aber eine solche Feindbildkommunikation ist nur ratsam, wenn die SPD damit die Bereitschaft zu einer Koalition mit der Linken erhöhen will. Setzt sie hingegen auf eine Koalition unter Einbeziehung der FDP als strategisches Ziel, wäre der „Neoliberalismus“-Vorwurf an die CDU jedoch ausgesprochen kontraproduktiv: Weder ließe sich mit einer solchen Grundmelodie den eigenen Anhängern dann eine Koalition mit der gewiss noch viel „neoliberaleren“ FDP glaubhaft vermitteln, noch könnte man sich dann der FDP als attraktiver und näher stehender Partner empfehlen. In diesem Fall wäre die SPD besser beraten, die CDU in der Innen- und Sicherheitspolitik als Gefahr für bürgerliche Freiheitsrechte zu attackieren und damit indirekt auf gemeinsame Schnittmengen zur FDP hinzuweisen. Umgekehrt stellt sich für die Union die Frage, wie ein sozialdemokratisches und auf die Linke gemünztes Feindbild aussehen könnte, dessen Kritikpunkte auch von der FDP und den Grünen geteilt werden, dessen Durchsetzung die Schnittmengen der nichtsozialistischen Parteien verdeutlicht und insbesondere den Grünen die Scheu davor nimmt, sich in das bürgerliche Lager zu integrieren. Positive Strategien, die auf die Durchsetzung neuer Leitbegriffe setzen, und negative Strategien, die neue Feindbilder etablieren sollen, können parallel eingesetzt werden, müssen aber zueinander kohärent sein und in ihrer Gesamtwirkung dominante Konfliktlinien herausarbeiten.

## **DIESSEITS UND JENSEITS DER POLITISCHEN MÄRKTE**

Die Union dürfte auf mittlere Sicht die besseren Aussichten auf dem Wählermarkt haben, zumal die regionale Arbeitsteilung zwischen CDU und CSU auch in Zukunft die Integrationsleistung der Union als Ganzes begünstigen wird. Die primäre Ausrichtung auf die FDP und die mangelnde Notwendigkeit, sich in grundsätzliche Richtungsdebatten über Koalitionen mit eventuellen Rechtsparteien zu verstricken, erhöht die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der Union und macht sie für ihre Anhänger-



schaft attraktiver. Sie hat daher gute Chancen, ihre Stellung als größte Wählerpartei auf einem Niveau von 35 bis 40 Prozent zu behaupten. Die SPD hingegen dürfte auf mittlere Sicht Schwierigkeiten haben, sich deutlich über der 30 Prozent-Marke zu halten, nachdem sie die Regierungsverantwortung von 1998 bis 2005 erneut mit der Abspaltung einer konkurrierenden Partei bezahlt hat und die Partei „Die Linke“ tief in sozialdemokratische Kernmilieus eindringt. Allerdings hat die SPD gegenüber der Union eindeutige Vorteile auf dem Koalitionsmarkt, da sie mit allen konkurrierenden Parteien koalitiert hat und koalieren kann. Da sie mehr Alternativen hat, ist ihr Drohpotential in Großen Koalitionen auf Bundes- und Landesebene deutlich größer. Gelingt es ihr, ihre vorteilhafte Stellung auf dem Koalitionsmarkt zu nutzen, könnte sie selbst nach dem Verlust ihres Status als Volkspartei mit einem Stimmenanteil von 25 bis 30 Prozent die Union als dominante Regierungspartei verdrängen. Ohne Erweiterung ihrer Koalitionsoptionen läuft die Union hingegen Gefahr, dass Regierungsbildungen trotz ihres Vorsprungs auf dem Wählermarkt ohne sie erfolgen.

Vieles spricht dafür, dass der programmatische Wettbewerb der Parteien sich in Zukunft an der Konfliktlinie Individualismus vs. Kollektivismus entscheidet: Soll Politik vom Einzelnen und seinen freiwilligen Gruppenbildungen her gedacht werden oder bilden große Kollektive den Bezugsrahmen, innerhalb dessen die Politik dem Einzelnen seinen Platz zuweisen soll? Während Linke, SPD und FDP sich in dieser Frage klar positioniert haben, changieren die Grünen und Teile der Union. Einiges deutet darauf hin, dass sich im wiedervereinigten Deutschland die Waagschale bereits zugunsten kollektivistischer Ordnungsvorstellungen geneigt hat, weil der Wohlfahrtsstaat auf lange Sicht von Werten wie Freiheit, Eigenverantwortung und Leistungsdenken entwöhnt und bequemere Lebenserfahrungen hervorbringt und belohnt. Es wäre freilich kurzfristig zu glauben, dass man seine Mehrheitsfähigkeit nur durch Konzessionen an den Zeitgeist erhalten könne. Wer so denkt, hat seinen politischen Gestaltungswillen bereits aufgegeben und wird sich langfristig in eine strategische Abseitsposition ohne Deutungsmacht und ohne Anziehungskraft manövrieren. Trotz aller kurzfristigen und situativen Herausforderungen, die sich für die Parteien im Wählermarkt und im Koalitionsmarkt beim Kampf um die Erringung und Verteidigung von Macht stellen, erfordert eine weitblickende, über das Tagesgeschehen hinausweisende Strategie, dass die Parteien sich mit dem gegebenen Stand an Werten und Meinungen nicht abfinden. Es liegt zumindest in einem gewissen Maße in ihrer

Hand, durch substantielle Reformpolitik Lebensdeutungen, Lebenserfahrungen und Werte der Menschen auf lange Sicht zu beeinflussen und damit den Grundkonsens über Ordnungsprinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens mitzugestalten. Wem dies am besten gelingt, der hat auch größere Chancen, sich im anspruchsvollen Tagesgeschäft von Wählermarkt und Koalitionsmarkt mit seinen Angeboten durchzusetzen.

- 1| *Zur Strategieproblematik von Parteien siehe Raschke, Joachim / Tils, Ralf: Politische Strategie. – 2. Aufl. – Wiesbaden: Rheinische Verlags-Anstalt, 1962.*
- 2| *Burns, James MacGregor: Leadership. – 1. Aufl. – New York: Harper & Row, 1998.*
- 3| *Herzog, Roman: Eine fundamentale Veränderung unseres Regierungssystems. In: Süddeutsche Zeitung vom 5. März 2008.*
- 4| *Zum Beispiel Arnim, Hans Herbert von: Das System. Die Machenschaften der Macht. – 1. Aufl. – München: Droemer, 2001. – S. 336-341.*
- 5| *Liddell Hart, Basil H.: Strategie. – Wiesbaden: Rheinische Verlags-Anstalt, 1961.*



# „AMPEL“ - UND „JAMAICA“ - BÜNDNISSE ALS MODELLE ZUKÜNFTIGER MEHRHEITSBILDUNG?

ZU DEN ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN KLEINERER PARTEIEN IN  
MEHRPARTEIENKOALITIONEN

*Hans-Jörg Dietsche*

Seit dem unerwarteten Ausgang der Bundestagswahl 2005, bei der die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD zusammen nur noch 69,4 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten, wird immer wieder das drohende Ende der großen Volksparteien beschworen und damit das Menetekel für das deutsche Parteiensystem in seiner bisherigen Form an die Wand gemalt. Gleichzeitig werden lebhaft neue Formen der Mehrheitsbildung diskutiert und das öffentliche Interesse an Dreierbündnissen, denen auch Spitzenpolitiker einen gewissen „Charme“ attestieren, nimmt deutlich zu<sup>1</sup>; so war nach der Bundestagswahl 2005 „Jamaika“ in aller Munde. Währenddessen stilisieren andere solche Bündnisoptionen zu Zukunftsmodellen für eine neue Form von Politikgestaltung.<sup>2</sup>

## **VERÄNDERTE BEDINGUNGEN FÜR DIE MEHRHEITSBILDUNG**

Die Konstante schlechthin des bundesdeutschen Parteiensystems war bis 2005 die Dominanz der Volksparteien CDU und

SPD, die zusammen stets einen Anteil von wenigstens drei Vierteln der Wählerstimmen auf sich vereinigten und damit letztlich den Wahlausgang „unter sich“ ausmachten, d.h. im Regelfall eine Volkspartei mit einem kleineren Koalitionspartner die Regierungsmehrheit bildete. Dies blieb auch bei den Wahlen nach der Wiedervereinigung so. 1972 und 1976 lag der Anteil der Volksparteien sogar bei über 90 Prozent der Stimmen.<sup>3</sup>

Die Mehrheitsbildung erfolgte in diesem System im Regelfall durch ein Bündnis einer Volkspartei mit einer kleineren Partei. Die absolute Mehrheit von CDU/CSU 1957 war hier die Ausnahme; die erste Große Koalition 1967 ist bereits nicht mehr als echte Ausnahme anzusehen, da diese Mehrheitsbildung koalitionsstaktisch abseits der numerisch möglichen Mehrheiten aus einer großen und einer kleinen Partei erfolgte.

Mit der Bundestagswahl 2005 hat diese Konstante in der Mehrheitsbildung einen Bruch erfahren. Zum ersten Mal war eine Mehrheitsbildung im Bund nur möglich durch eine Mehrparteienkonstellation – eine Volkspartei und zwei kleinere Parteien – oder eben ein Bündnis beider großer Volksparteien. In der Tat war zuvor bei verschiedenen Wahlen eine Tendenz in Richtung Segmentierung des Parteiensystems, verbunden mit Wahlerfolgen kleinerer Parteien und asymmetrischen Zuspitzungen, zu beobachten. So hatte 2001 die „Schill-Partei“ PRO (Partei Rechtsstaatlicher Offensive) mit aus dem Stand 19,4 Prozent den massivsten Stimmenzuwachs und 2004 mit einem Ergebnis von gerade noch 0,4 Prozent den massivsten Verlust zu verzeichnen. 2004 rutschte die SPD in Sachsen in den einstelligen Prozentbereich und erlitt mit 9,8 Prozent das schlechteste Ergebnis, das die beiden Volksparteien bis dahin zu verbuchen hatten. Im gleichen Jahr rutschte in Brandenburg die CDU mit 19,4 Prozent erstmals unter die 20-Prozent-Marke, während zugleich mit der DVU erstmals eine extremistische, die parlamentarische Mitarbeit verweigernde Partei mit über fünf Prozent der Stimmen zum zweiten Mal in Folge in ein Parlament gewählt wurde. Mit der Landtagswahl in Sachsen 2004 waren erstmals sechs Parteien – CDU, SPD, Die Linke/PDS, FDP, Grüne und NPD – in Fraktionsstärke in einem Parlament vertreten.

Vor diesem Hintergrund erscheint das in der Bundesrepublik bis dahin übliche Modell, eine Regierungskoalition aus einer der beiden Volksparteien zusammen mit einer kleineren Partei, bisweilen wie ein Auslaufmodell. Zwar gibt es zurzeit in Deutschland kein Drei-Parteien-Bündnis in irgendeiner Form, aber unklare Mehrheitsverhältnisse haben des Öfteren

Große Koalitionen der beiden politischen Marktführer erzwungen. Anfang 2007 stellten lediglich noch in vier Ländern – in Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg – klassische Koalitionen aus einer Volkspartei und einem kleinen Partner die Regierungsmehrheit. Demgegenüber regierten neben der Großen Koalition im Bund schwarz-rote Bündnisse in sechs von sechzehn Ländern, nämlich Bremen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen. Lediglich in Bremen hat 2007 ein rot-grünes Bündnis die Große Koalition nach nunmehr zwölf Jahren abgelöst.

Da Große Koalitionen auch weiterhin von den beiden Volksparteien als Ausnahmefälle betrachtet werden, liegen Gedanken- und Planspiele in Bezug auf neue Möglichkeiten für Dreierkonstellationen nahe. Neben einer „Ampelkoalition“ aus SPD, FDP und Grünen wären dies die Varianten „schwarze Ampel“ („Schwampel“ oder „Jamaika“) aus CDU, FDP und Grünen sowie „Rot-Rot-Grün“ als Fortführung des „rot-grünen Projekts“ unter Einschluss der Linkspartei. So gänzlich neu sind solche Konstellationen jedoch – von „Jamaika“ einmal abgesehen – nicht. „Ampelkoalitionen“ regierten in Brandenburg von 1990 bis 1994 und in Bremen von 1991 bis 1995. Rot-Rot-Grün waren letztlich die beiden PDS-tolerierten rot-grünen Minderheitsregierungen in Sachsen-Anhalt („Magdeburger Modell“) von 1994 bis 1998 sowie in Berlin – nach dem Zerschlagen der Großen Koalition bis zu den Neuwahlen – von Juni bis Oktober 2001. Eine andere Dreierkonstellation aus CDU, FDP und PRO (Partei Rechtsstaatlicher Offensive, beziehungsweise „Schill-Partei“) bestand von 2001 bis 2004 in Hamburg. Wie der Berliner „Übergangssenat“ von 2001 war auch die von der PDS tolerierte SPD/FDP-Minderheitsregierung in Brandenburg von März bis September 1994 als reine Übergangsregierung bis zur Abhaltung von Landtagswahlen angelegt; beide losen Dreierbündnisse haben politisch keine Gestaltungswirkung entfaltet. Demgegenüber kam in Schleswig-Holstein das nach der Landtagswahl im Februar 2005 geschmiedete Bündnis von SPD, Grünen und „Südschleswigischem Wählerverband“ (SSW), der Partei der dänischen Minderheit, in Form einer rot-grünen Minderheitsregierung unter SSW-Tolerierung („Dänen-Ampel“) nicht zum Tragen, da die Wahl der Ministerpräsidentin im Landtag am 17. März 2005 in drei Wahlgängen scheiterte.<sup>4</sup> In förmliche Koalitionsverhandlungen über die Bildung einer „Ampel“ in Berlin waren SPD, FDP und Grüne nach der Wahl 2001 eingetreten, wobei sich die Gegensätze jedoch als unüberbrückbar erwiesen.<sup>5</sup>

## DIE BISHERIGEN DREIERBÜNDNISSE IN DEN DEUTSCHEN LÄNDERN

Bei allen Spekulationen über zukünftige Bündniskonstellationen lohnt daher ein Blick zurück auf die Dreierbündnisse der jüngeren bundesrepublikanischen Geschichte: die „Ampeln“ in Brandenburg und Bremen und die CDU/FDP/PRO-Koalition in Hamburg.

Zunächst ist hierbei augenfällig, dass in allen drei Fällen der Wähler am Ende die Koalition nicht bestätigt hat und in allen Fällen immer nur eine Partei von dem Bündnis profitierte, das heißt an Stimmen zulegen konnte, während die beiden anderen Partner jeweils in erheblichem Maße an Stimmen einbüßen mussten. In allen Fällen hatte zudem die Beteiligung an der Koalition für wenigstens eine der kleineren Parteien den Verlust der parlamentarischen Vertretung zur Folge.

In Brandenburg wuchs 1994 der Stimmenanteil der SPD von 38,2 Prozent auf 54,1 Prozent an, während ihre Bündnispartner Bündnis90/Die Grünen – von 9,3 Prozent auf 2,9 Prozent – und FDP – von 6,6 Prozent auf 2,2 Prozent – deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten. Ähnlich verlief die Entwicklung 2004 in Hamburg, wo die CDU, rein numerisch betrachtet, die gesamte Wählerschaft der „Schill-Partei“ (PRO) für sich gewinnen konnte und von 26,2 Prozent auf 47,2 Prozent emporschnellte, während PRO von 19,4 Prozent auf 0,4 Prozent abstürzte und auch die FDP – von 5,1 Prozent auf 2,8 Prozent – deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb. Ein etwas differenzierteres Bild ergab sich 1995 beim Ende der Bremer „Ampel“. Die FDP stürzte von 9,5 Prozent auf 3,4 Prozent, während sich die Grünen von 11,4 Prozent auf 13,1 Prozent etwas verbessern konnten. Hingegen hatte die SPD schwere Verluste von 5,4 Prozent hinzunehmen und verbuchte mit 33,4 Prozent ihr bislang schlechtestes Ergebnis in ihrem Stammland Bremen.

Eine Hauptursache für das schlechte Abschneiden der SPD und auch der bürgerlichen FDP in Bremen war der Erfolg der AFB (Wählervereinigung „Arbeit für Bremen und Bremerhaven“), einer rechten Abspaltung der SPD, die aus dem Stand 10,7 Prozent der Stimmen erzielte. Die AFB hatte sich Anfang 1995 mit dem Ziel konstituiert, eine Neuauflage der „Ampel“ zu verhindern und stattdessen eine bürgerlich geprägte „Sanierungskoalition“ anzustreben. Damit war der Erfolg der AFB unvermittelter Ausdruck der Unzufriedenheit eines Teils der SPD-Wähler – und offen-

sichtlich auch eines Teils der FDP-Klientel – mit der Politikgestaltung durch ihre Partei in der Konstellation „Ampelkoalition“. Als „Sieger“ aus diesem von Dauerkonflikten gekennzeichneten Dreierbündnis gingen die Grünen hervor, die sich mit einer gewissen Kompromisslosigkeit in der Verfolgung ihrer politischen Ziele gegenüber ihrer Wählerklientel erfolgreich auf Kosten der anderen Koalitionäre profiliert hatten. Am augenfälligsten kam dies in der so genannten „Piepmatzaffäre“ zum Ausdruck: Der grüne Umweltsenator Ralf Fücks hatte das als Gewerbegebiet ausgewiesene Gebiet Hemelinger Marsch ohne Absprache mit den Koalitionspartnern als Vogelschutzgebiet bei der Europäischen Union gemeldet.<sup>7</sup> Diese Düpierung war Anlass für die FDP, die auch den Wirtschaftssenator stellte, noch vor der anstehenden Bürgerschaftswahl 1995 die Koalition zu verlassen. Der „Seniorpartner“ SPD und die sich mit wirtschaftspolitischem Sachverstand schmückende FDP waren vom grünen Koalitionspartner vorgeführt worden. Dies verstärkte beim Wähler den Eindruck, beide seien nicht in der Lage, ihre Interessen bzw. die Interessen ihrer Wähler in der Koalition hinreichend um- bzw. durchzusetzen.<sup>8</sup>

Das Ende der ersten „Ampel“, der Koalition aus SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen in Brandenburg, vollzog sich vor dem Hintergrund der Debatte um die Vergangenheit von Ministerpräsident Manfred Stolpe. Im März 1994 erklärten Bündnis90/Die Grünen den vorzeitigen Ausstieg aus der Koalition. Bis zu den regulär im September 1994 stattfindenden Landtagswahlen regierte eine SPD/FDP-Minderheitsregierung unter Duldung der PDS weiter.<sup>9</sup> Aus der Landtagswahl ging die SPD des charismatischen Landesvaters Stolpe mit einer satten absoluten Mehrheit hervor und weder der koalitionsstreuen FDP noch den Grünen gelang der Wiedereinzug in den Landtag. Der charismatische Manfred Stolpe mit seiner spezifisch ostdeutschen Biografie verkörperte für das Gros der Wähler in Brandenburg den sich um die Belange der Menschen kümmernden Landesvater so perfekt, dass die Koalitionspartner schlicht nicht wahrgenommen wurden. Die Kritik an seiner DDR-Vergangenheit vermochte dieses Bild in den Augen der Regierungsanhänger nicht zu beeinträchtigen; im Gegenteil schien ein entsprechender Teil der grünen Wählerschaft die von den Grünen geäußerte Kritik offenkundig nicht zu teilen und gab daher der SPD den Vorzug.

Die Galionsfigur der nach ihm „Schill-Partei“ genannten „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (PRO), der als „Richter Gnadenlos“ bekannt gewordene Hamburger Strafrichter Ronald Barnabas Schill, verkörperte – durch

eine entsprechende mediale Berichterstattung sekundiert – den Prototypus des *Law-and-Order*-Politikers. Mit seinem ganz auf das Thema Kriminalität/Innere Sicherheit ausgerichteten Wahlkampf 2001 stieß er in der Hamburger Bevölkerung auf breite Resonanz und erzielte mit seiner neu gegründeten Partei – die er als „CSU des Nordens“ bezeichnete – 19,4 Prozent, womit sie nahezu auf Augenhöhe mit der CDU angelangt war, die 26,2 Prozent der Stimmen erreichte. Die CDU bildete mit der PRO und der mit 5,1 Prozent schwachen FDP eine Dreierkoalition. Mit Schill als Innensenator und Zweitem Bürgermeister sowie den zwei weiteren Senatoren für Bauwesen sowie Umwelt und Gesundheit hatte die „Schill-Partei“ aus dem Stand einflussreiche Positionen in der hamburgischen Landespolitik erobert, während für die FDP nur das Bildungsressort verblieb.

Allerdings entsprach die politische Wirklichkeit in der Gestaltung der Landespolitik in etwa dem Inhalt des Wahlprogramms der CDU, die Koalitionspartner waren inhaltlich letztlich nicht zu erkennen. Selbst ihre Kernforderung, die Schaffung von 2.000 neuen Stellen im Polizeidienst – die gekoppelt war an das Wahlversprechen, binnen hundert Tagen die Kriminalität in der Hansestadt zu halbieren –, vermochte die „Schill-Partei“ nicht durchzusetzen; die Neueinstellungen beliefen sich auf die von Bürgermeister von Beust zuvor benannten Größenordnungen.<sup>10</sup> Dazu häuften sich Skandale um Schill und Funktionäre seiner Partei. Und auch der Koalitionspartner FDP agierte in dem von ihm verantworteten Bildungsressort glücklos. Demgegenüber stieg die Popularität des charismatischen CDU-Bürgermeisters Ole von Beust, der für die Erfolge der Regierung stand, beständig. Nach einem Erpressungsversuch Schills entließ er diesen als Innensenator<sup>11</sup> und kündigte schließlich Ende 2003 – die Bürgerschaftsfraktion der PRO hatte sich zwischenzeitlich gespalten – die Koalition auf.<sup>12</sup> Aus den im Februar 2004 folgenden Wahlen ging die CDU mit 47,2 Prozent und einer absoluten Mehrheit der Mandate als strahlender Sieger hervor, während beide Koalitionspartner ihre parlamentarische Vertretung verloren; die PRO wurde mit Verlusten von 19 Prozent geradezu weggefegt.

Einen Sonderfall eines Drei-Parteien-Bündnisses stellt das „Magdeburger Modell“ in seiner ersten Variante einer PDS-tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung von 1994 bis 1998 dar, das mit einer Tolerierungsvereinbarung als Bündnis unterhalb einer förmlichen Koalition angelegt war.<sup>13</sup> Die PDS war hierbei im Vorteil, sich weiterhin als oppositionelle Kraft profilieren zu können und gleichzeitig konkreten Einfluss auf die

Politikgestaltung durch rot-grün nehmen zu können, ohne sich dabei mit dem „Klein-Klein“ alltäglicher Regierungsarbeit auseinandersetzen zu müssen und sich dadurch angreifbar zu machen.<sup>14</sup> Dennoch unterschied sich das Resultat der nächsten Landtagswahl 1998 in der Tendenz nicht von den bei den drei echten Dreierkoalitionen gemachten Beobachtungen. Die SPD verbesserte sich von 34,0 Prozent auf 35,9 Prozent, während die Grünen mit 3,2 Prozent deutlich unter die Fünf-Prozent-Hürde abstürzten. Die PDS verbuchte nur geringe Verluste von 0,3 Prozent und erzielte 19,6 Prozent. Der PDS kam offensichtlich ihre oppositionelle Grundhaltung zugute, durch das Tolerierungsabkommen war sie durch keinerlei Koalitionsdisziplin gehemmt und musste auch ihre grundsätzliche, systemoppositionelle Haltung nicht revidieren. Für die Grünen war offensichtlich zwischen einer staatstragenden SPD und einer opponierend mitgestaltenden PDS kein Raum für eine eigenständige Profilierung.

#### **DIE STRUKTURELLEN PROBLEME VON DREI-PARTEIEN-KOALITIONEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN**

Worin liegen nun genau die inhärenten Schwierigkeiten in einer Drei-Parteien-Koalition? In Dreierbündnissen stehen die kleinen Koalitionäre unter einem besonders hohen Profilierungsdruck. Auf ihnen lastet beständig der Druck, ihre politische „Marktlücke“ zu verteidigen, d.h. in der Koalition erkennbar bleiben zu müssen; sind sie dies nicht mehr, werden sie aus Sicht ihrer anspruchsvollen Wähler sehr schnell „entbehrlich“.<sup>15</sup> Eine kleinere Partei wird daher – wie in Zwei-Parteien-Konstellationen auch – versuchen, möglichst viel von ihrem politischen Programm zu verwirklichen bzw. gegen die Koalitionspartner durchzusetzen. Indes sind die Bedingungen, unter denen sie dies erreichen muss, gegenüber Zweierbündnissen deutlich ungünstiger. Objektiv betrachtet verdoppeln sich in einem Bündnis mit einem weiteren Partner der Abstimmungsaufwand innerhalb der Koalition sowie die Anzahl der verschiedenen Positionen, die in den Abstimmungsprozess eingebracht werden bzw. dort Berücksichtigung finden müssen. Hierdurch werden die Entscheidungsprozesse und die Strukturen innerhalb des Regierungsbündnisses deutlich komplexer. Dies hat zwangsläufig Auswirkungen auf den politischen Gestaltungsprozess, Verzögerungen bei der Entscheidungs- bzw. Kompromissfindung und bei der Umsetzung von Vorhaben sind die Folge.<sup>16</sup> Einen entsprechenden Eindruck in der Öffentlichkeit wird dies nicht verfehlen und kann auf diesem Wege bereits dem politischen Erfolg der Koalition abträglich sein.

Bei mehreren Partnern mit einem dementsprechend breiteren Spektrum an inhaltlichen Positionen steigt zudem das Risiko, dass Entscheidungen in einzelnen Bereichen von einem der Koalitionäre blockiert werden. Politische Blockaden wiederum werden vor allem für die kleineren Parteien als politisches Instrument interessant, da sie unter einem besonderen Profilierungs- und Rechtfertigungsdruck gegenüber ihren Wählern stehen und ihnen unter Umständen nur dieses Mittel als Ultima Ratio verbleibt, um sich innerhalb der Koalition und – noch viel wichtiger – gegenüber der Öffentlichkeit und dem Wähler Gehör zu verschaffen und als durchsetzungsfähig zu präsentieren.<sup>17</sup>

Naturgemäß ist in einem Dreierbündnis die Position und Durchsetzungskraft der Volkspartei als dem großem „Seniorpartner“, der neben der größten Fraktion und den meisten Posten und Apparaten auch über den die Richtlinienkompetenz in der Regierung ausübenden Regierungschef verfügt, besonders stark. Erfolge der Dreierkoalition werden in aller Regel mit der großen Partei „nach Hause gehen“, die bereits über die von ihr gestellte Person des Regierungschefs – als von der Öffentlichkeit wahrgenommenes „Gesicht“ der Regierung – deutlich im Vorteil ist. Bei den Wahlen schlägt sich dies regelmäßig in einem „Amtsinhaber-Bonus“ für die große Partei nieder. Da diese „Bonus-Stimmen“ nicht nur aus dem oppositionellen Lager, sondern auch aus den das Regierungslager stützenden Wählerschaften stammen, gehen diese Stimmenzuwächse für den „Senior-Partner“ wiederum mindestens teilweise zu Lasten der kleineren Koalitionspartner, die dadurch wiederum in die Gefahr geraten, geschwächt zu werden. Dies um so mehr, wenn die Koalition geräuschlos arbeitet und die kleineren Koalitionspartner hinter der Arbeit des Regierungschefs und seiner Partei zurücktreten. Hier wird der Wähler bald nicht mehr differenzieren können, ob und welche Inhalte und Verdienste dem einzelnen kleineren Koalitionär zuzurechnen sind.

Auf der anderen Seite ist ein Dauerkonflikt der beiden kleineren Koalitionspartner untereinander schwerlich vermeidbar. Um in dem Regierungsbündnis wahrgenommen zu werden, wird die einzelne kleinere Partei vor allen Dingen beständig versuchen, ihren Platz als „Nummer zwei“ und damit als führende Kraft unter den beiden kleineren Koalitionären, zu behaupten bzw. zu verteidigen. Im Unterschied zu Zweierbündnissen, wo eine Profilierung des kleineren Koalitionärs auf Kosten des großen Partners einfacher möglich ist – und bisweilen auch von beiden Seiten kalkuliert so praktiziert wird –, sind den Profilierungsmöglichkeiten der kleinen Koalitionäre in Dreierbündnissen enge Grenzen gesetzt.

In Zweierbündnissen kann die Profilierung des kleineren Partners auf Kosten des großen Partners eine die Regierung stabilisierende Funktion erfüllen. In umstrittenen politischen Fragen kann der kleine Koalitionär die Rolle der oppositionellen Kraft innerhalb der Regierung wahrnehmen, was einerseits die Profilierungsmöglichkeiten der parlamentarischen Opposition erschwert und andererseits die Kontroverse innerhalb der Anhängerschaft des Regierungslagers artikuliert. Auf diese Weise lassen sich Kritiker aus dem eigenen Wählerlager wieder einbinden. Zudem kann eine solche Profilierung des kleinen auf Kosten des großen Koalitionärs – zumal wenn er sich teilweise durchsetzen sollte – einen „David gegen Goliath“-Effekt auslösen und dem kleinen Koalitionär neue Sympathien und damit ihm selbst wie auch der gesamten Koalition neue Anhänger verschaffen.

Dies ist jedoch unter den Bedingungen einer Dreierkonstellation nur eingeschränkt möglich. Bei zwei kleineren Koalitionspartnern wird sich gegenüber dem Zweierbündnis die Anzahl der zu Profilierungszwecken betriebenen und ausgetragenen Konflikte zwangsläufig erhöhen. Da in dieser Konstellation auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gegenüber den beiden kleineren Koalitionspartnern der großen Regierungspartei gleichsam „aufgeteilt“ ist, sind beide kleinere Koalitionäre dazu gezwungen, stärker an ihrer Profilbildung zu arbeiten. Hierbei stehen die beiden kleineren Koalitionsparteien nun zudem in einem direkten Konkurrenzkampf. Jeder der kleineren Partner muss seine Stärke in dem Regierungsbündnis unter Beweis stellen. Jeder wird vor allen Dingen danach streben, als die führende Kraft unter den kleineren Koalitionären, als die „Nummer zwei“ wahrgenommen zu werden. Dazu ist es notwendig, dem anderen kleinen Koalitionspartner die eigene stärkere Durchsetzungskraft zu demonstrieren. Die Folge wird sein, dass die kleineren Koalitionäre den Konflikt auch direkt miteinander, d.h. in politischen Fragen, die das Selbstverständnis und das Regierungshandeln des anderen kleinen Konkurrenten und weniger des großen Partners betreffen, suchen werden.

Solche beständigen „Zündeleyen“ sind dabei ganz sprichwörtlich ein „Spiel mit dem Feuer“: Diese zwangsläufig gesteigerte Konfliktfreudigkeit innerhalb der Dreierbündnisse und hier insbesondere zwischen den beiden kleinen Koalitionären sind zwar durchaus geeignet, den Blick der Öffentlichkeit auf die Koalition und besonders auf den jeweils sich positionierenden Koalitionär zu richten, doch vermitteln solche ständigen Konflikte sehr rasch den Eindruck der Zerstrittenheit. Und der Wähler goutiert dies

erfahrungsgemäß nicht. Hier gilt die banale Alltagsweisheit: „Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte.“ Hat die Koalitionsregierung dennoch Erfolge vorzuweisen, wird der Wähler geneigt sein, diese dem großen Koalitionspartner anzurechnen und ihm vor den zerstrittenen kleinen Parteien den Vorzug geben.

Jedoch birgt eine Koalition mit zwei kleinen Partnern im Dauerkonflikt auch für die große Partei Risiken. In einem von andauernder Auseinandersetzung und schwieriger Kompromissfindung geprägten Koalitionsklima besteht über kurz oder lang Gefahr für die Geschlossenheit der großen Regierungspartei.<sup>18</sup> Ihre diversen Gruppen und Flügel werden versucht sein, zur Durchsetzung ihrer Interessen den Koalitionskonflikt gegenüber eigenen Parteifreunden zu instrumentalisieren, die große Regierungspartei agiert irgendwann nicht mehr einheitlich, Flügelkämpfe erhalten neue Nahrung. Zu guter Letzt erweckt auch die große Volkspartei selbst den – gegenüber dem Wähler abträglichen – Eindruck der Zerstrittenheit.<sup>19</sup>

## FAZIT

Die kleineren Parteien in Dreierkonstellationen unter Führung einer der beiden Volksparteien bewegen sich beständig zwischen Skylla und Charybdis, zwischen der Notwendigkeit konstruktiven „geräuschlosen“ Handelns, um die Koalition zum Erfolg zu führen, und dem Zwang zur eigenen Profilierung. Ordnen sie sich im Bestreben um eine konstruktive Arbeit in der Koalition unter, werden sie schnell profillos und für den Wähler unattraktiv, arbeiten sie vermehrt an ihrer Profilierung, verschrecken sie die Wähler durch ein Abbild der Zerstrittenheit.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die kleineren Parteien in Dreierkonstellationen von vornherein die schlechteren Ausgangsbedingungen vorfinden als in Zweierkonstellationen. Im Regelfall dürften kleinere Parteien aus Dreierbündnissen geschwächt hervorgehen, was zum Vorteil für die in einer solchen Koalition führende Volkspartei gereichen wird. Da bei kleineren Parteien das „Polster“ an Wählerstimmen ohnehin grundsätzlich deutlich dünner bemessen ist als bei den Volksparteien, können sich angesichts der Fünf-Prozent-Hürde Stimmenverluste für diese sehr schnell existenzbedrohend auswirken. Gelingt es folglich der großen Partei, die Erfolge des Dreierbündnisses für sich zu reklamieren und hierdurch ihre kleinen Partner elektoral zu schwächen – unter Umständen gar unter die

Fünf-Prozent-Hürde zu drücken –, ginge letztlich nicht nur die bislang koalierende Volkspartei gestärkt aus dem Dreierbündnis hervor, sondern durch ein solches „Schrumpfen“ von kleineren Konkurrenten am Wählermarkt würden die beiden großen Volksparteien in ihrer Rolle als politische Marktführer gestärkt. Das zuvor weiter aufgesplitterte Parteiensystem wäre wieder ein Duopol, geprägt von zwei starken Volksparteien, die die Mehrheitsbildung günstigstenfalls allein oder aber wiederum in einem der bislang als Regel anzusehenden Zweierbündnisse bewerkstelligen können.<sup>20</sup> Für die Volksparteien können solche Dreierbündnisse als „Durchgangsstationen“ in einem segmentierten Parteienwettbewerb dienen, um wieder zu eindeutigeren Mehrheiten zu gelangen.

Die Entwicklungsperspektiven kleinerer Parteien in Dreierkoalitionen sind gegenüber den beschriebenen strukturell vorprogrammierten Nachteilen vergleichsweise gering. Das Risiko, aus einer solchen Konstellation geschwächt hervorzugehen bzw. sogar in Existenznot zu geraten, ist, wie auch die entsprechenden Beispiele zeigen, ungemein höher. Aus Sicht der kleineren Parteien erscheint es – so Sachzwänge eine Mehrheitsbildung aus drei Parteien unumgänglich machen – gegebenenfalls als weniger riskant, nur ein Tolerierungsmodell einer Zwei-Parteien-Koalition anzustreben. Dies erlaubt es der Partei, neben entsprechendem Einfluss auf das Regierungshandeln auch weiterhin eine der eigenen Profilierung zuträglich oppositionelle Haltung zu wahren. Diese Alternative könnte dann vorzugswürdig sein, wenn die Partei unter den beiden kleineren Bündnispartnern der Volkspartei die schwächere ist und von daher am stärksten Gefahr läuft, in einer Dreierkoalition aus den genannten Gründen „unterzugehen“.

- 1] So erklärte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, ein „Ampelbündnis“ hätte großen „Charme“. Vgl. „Struck sehnt Ende des Bündnisses herbei. Für SPD-Fraktionschef Peter Struck ist die Große Koalition nur eine Übergangslösung.“ In: Focus online vom 5. Mai 2007. – [http://www.focus.de/politik/deutschland/grosse-koalition\\_aid\\_55451.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/grosse-koalition_aid_55451.html) [23. Januar 2008].
- 2] So der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus Friedbert Pflüger, der eine „Jamaika“-Koalition propagierte. Vgl. hierzu Pflüger, Friedbert: Bürgertum trifft Bürgertum. In: Spiegel online vom 27. März 2007. – <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,474182,00.html> [23. Januar 2008], wo er den grünen Vordenker und Vorsitzenden der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, zitiert: „Schwarz-Grün steht für eine neue Bürgerlichkeit. Das ist kein Parteiprojekt, sondern etwas, das sich gesellschaftlich bereits entwickelt hat – und in einer Koalition aus CDU und Grünen seinen politischen Ausdruck fände.“



- 3| Lediglich bei der ersten Bundestagswahl 1949 haben die beiden Volksparteien mit zusammen 60,2 Prozent schlechter abgeschnitten – allerdings unter den Bedingungen eines ohne die Fünf-Prozent-Hürde noch segmentierteren Parteiensystems, weshalb hier direkte Vergleiche hinken müssen.
- 4| Vgl. „Wahldebakel – Einer hat die Solidarität verraten.“ In: FAZ.net vom 18. März 2005. – <http://www.faz.net/s/Rub61EAD5BEA1EE41CF8EC898B14B05D8D6/Doc-E124C0DD734FB48F69C62F9FCFBAC3619-Atpl-Ecommon-Scontent.html> [23. Januar 2008].
- 5| Die Berliner SPD führte die Verhandlungen offenkundig vor allem auf Druck des SPD-Vorsitzenden, Bundeskanzler Gerhard Schröder. Vgl. hierzu Klaus, Hartung: Raus aus dem Rathausghetto. In: Die Zeit, 45/2001. – [http://www.zeit.de/2001/45/200145\\_hauptstadt-wahl.xml?page=all](http://www.zeit.de/2001/45/200145_hauptstadt-wahl.xml?page=all) [23. Januar 2008].
- 6| Dietsche, Hans-Jörg: Arbeit für Bremen und Bremerhaven (AFB). In: Decker, Frank / Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 151-154.
- 7| Vgl. „Grüne feiern 20-jähriges Bestehen. Fraktion zog 1983 erstmals in die Bremische Bürgerschaft ein.“ In: Welt online vom 12. November 2003. – [http://www.welt.de/print-welt/article272482/Gruene\\_feiern\\_\\_20-jaehriges\\_Bestehen.html](http://www.welt.de/print-welt/article272482/Gruene_feiern__20-jaehriges_Bestehen.html) [23. Januar 2008].
- 8| Eine dementsprechend vernichtende Bilanz der ersten „Ampelkoalition“ zieht ihr damaliger Regierungschef, Bürgermeister Klaus Wedemeier: „Die beiden kleinen Koalitionspartner der SPD haben unter einer Profilineurose gelitten. Die Grünen taten so, als könnten sie ihre schöne Oppositionszeit von immerhin zwölf Jahren ohne Verantwortung in der Regierung fortsetzen. Die FDP hatte nur eine vierjährige Parlamentserfahrung vorzuweisen und wollte sich ständig gegen die Grünen durchsetzen – unabhängig vom Thema und den Sachinhalten.“ Vgl. das Interview mit Klaus Wedemeier über die Bremer „Ampel“ in Denkler, Thorsten: „Nur schlechte Erinnerungen.“ Warnungen an Wowereit: Der ehemalige Bremer Bürgermeister denkt mit Schaudern an Deutschlands erste „Ampelkoalition“ zurück. In: Süddeutsche Zeitung vom 26. Oktober 2001. – <http://home.arcor.de/thorsten.denkler/inarbeitsprobenintwedemeier.html> [23. Januar 2008].
- 9| Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen im brandenburgischen Landtag, Günter Nooke, kommentierte Stolpes Auftritt vor einem Untersuchungsausschuss des Landtages zu seinen Stasi-Verstrickungen mit der Feststellung, Stolpe habe gelogen. Als Nooke die Aufforderung der SPD, die Äußerung zurückzunehmen, zurückwies, kam es am 22. März 1994 zum Bruch. Die beiden bündnisgrünen Kabinettsmitglieder, Umweltminister Matthias Platzeck und Bildungsminister Roland Resch, blieben in ihren Ämtern und verließen daraufhin die grüne Landtagsfraktion. Vgl. „Ampelkoalition in Brandenburg auseinandergebrochen.“ In: German News. Deutsche Ausgabe vom 23. März 1994. – <http://www.germnews.de/archive/gn/1994/03/23.html> [23. Januar 2008].
- 10| Vgl. zu Ankündigung und Umsetzung von Vorhaben der PRO in der hamburgischen Landesregierung: Drieschner, Frank: Hauptstadt des Versprechens. In: Die Zeit, 51/2002. – <http://www.zeit.de/2001/51/Schill-Bilanz?page=all> [23. Januar 2008]. Als einziges „Erbe“ der politischen Arbeit des Innenministers Schill und der PRO sind letztendlich nur die von ihm 2003 eingeführten dunkelblauen Uniformen für die Hamburger Polizei anzusehen.
- 11| Vgl. „Von Beust entlässt Innenminister Schill.“ In: Hamburger Abendblatt vom 19. August 2003. – <http://www.abendblatt.de/daten/2003/08/19/198319.html> [23. Januar 2008].

- 12| Vgl. „Koalition in Hamburg geplatzt: Neuwahlen.“ In: Hamburger Abendblatt vom 9. Dezember 2003. – <http://www.abendblatt.de/daten/2003/12/09/239212.html> [23. Januar 2008].
- 13| Hierzu Renzsch, Wolfgang / Schieren, Stefan: Große Koalition oder Minderheitsregierung: Sachsen-Anhalt als Zukunftsmodell des parlamentarischen Regierungssystems in den neuen Bundesländern? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 28 (1997) 3, S. 391-407.
- 14| „Ohne Rücksicht auf die Stabilität der Finanzen des Landes setzte sie (die PDS, H.-J.D.) hohe Forderungen vor allen Dingen für Lehrer und die kommunale Sozialverwaltung durch. Politische Akzente in der Landespolitik setzte die PDS nicht“, so Schieren, Stefan: Die Landtagswahl vom 26. April 1998: „Magdeburger Modell“ mit einigen Mängeln. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 30 (1999) 1, S. 59.
- 15| Es wird vorliegend von der These ausgegangen, dass kleinere Parteien in einem von zwei sich alternierend in der Regierungsverantwortung abwechselnden Volksparteien geprägten, nach Art eines Duopols funktionierenden Parteiensystem dort reüssieren können, wo in diesem System Integrationslücken klaffen. Diese Integrationslücken treten in bestimmten Formen auf und können bei entsprechender Größe kleineren Parteien als Marktlücke im Parteienwettbewerb dienen. Vgl. Dietsche, Hans-Jörg: Die kleineren Parteien im Zweikräftefeld des deutschen Volksparteiensystems. Eine funktionalistische Typologie unter Vergleich mit dem Vereinigten Königreich. – Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang, 2004. – S. 90.
- 16| Vgl. das Interview mit Wedemeier in Denkler: „Nur schlechte Erinnerungen.“ – (Fn. 8): „Wenn in Bremen der Grüne Umweltsenator und der liberale Wirtschaftssenator etwas abzustimmen hatten, dauerte das ewig. Die kamen einfach nicht zueinander. Irgendwann war der vermittelnde Koalitionsausschuss das Gremium, das am häufigsten tagte. Am besten war es, wenn sich die streitenden Senatoren nur in den Senatssitzungen begegneten und nicht in der täglichen Arbeit.“
- 17| In besonderem Maße schien dies für das Abstimmungsverhalten der Hansestadt Bremen im Bundesrat während der „Ampel“ zu gelten, da hier abseits der „Niederungen“ der Landespolitik die Landesregierung an den „großen“ Themen der Bundespolitik mitwirken kann. Für die kleinen Koalitionäre ist die plakative Stellungnahme zu bundespolitischen Themen über den Bundesrat daher für die politische Profilierung besonders interessant. Vgl. auch Denkler: „Nur schlechte Erinnerungen.“ – (Fn. 8): „In Bremen hatten wir praktisch eine Dauerblockade, weil einer der beiden kleinen Koalitionspartner immer ausgesichert ist. Das ist für ein Land, das wie Berlin oder Bremen unter einer finanziellen Notlage leidet und auf die Hilfe der Bundesregierung angewiesen ist, sehr nachteilig. Wenn man der Bundesregierung im Bundesrat nicht helfen kann, hat das Land auch schlechtere Karten bei eigenen Anliegen.“
- 18| Vgl. Denkler: „Nur schlechte Erinnerungen.“ – (Fn. 8).
- 19| Vgl. ebd.
- 20| Allen Tendenzen zur Segmentierung im Parteiensystem zum Trotz sind absolute Mehrheiten für eine Partei heute immer noch alles andere als eine Ausnahmerecheinung. Im Jahr 2007 regierten in sechs von sechzehn Ländern Parteien mit absoluter Mehrheit: die CDU in Hamburg, Thüringen, Hessen und dem Saarland; die CSU in Bayern sowie die SPD in Rheinland-Pfalz.



# POLITISCHE FÜHRUNG DURCH KOMMUNIKATION

*Ulrich Eith*

Der nachfolgende Essay verbindet die Frage nach der Zukunft der Volksparteien in Deutschland mit den kommunikativen Aspekten erfolgreicher politischer Führung. Ausgangspunkt ist hierbei gerade nicht die vielfach vertretene These, dass sich die Ära der Volksparteien fast zwangsläufig als Konsequenz der aktuellen Veränderungen des politischen Wettbewerbs ihrem Ende zuneigt. Ohne Zweifel haben die Volksparteien zurzeit große Schwierigkeiten, zielgerichtete, mehrheitsfähige Politikangebote zu formulieren. Die traditionellen Stammwählergruppen sind weiter geschmolzen, Parteibindungen lockern sich. Und die Wahlverweigerung wird von einer zunehmenden Anzahl von Wählern als bewusste Protestoption wahrgenommen und eingesetzt. Allerdings hat dieser Protest ganz unterschiedliche Ursachen. Je nach Situation und individueller Ressourcenausstattung erwarten Bürgerinnen und Bürger von der Politik eine anwaltliche Vertretung und effektive Problemlösung im Sinne ihrer politischen Interessen oder auch die Eröffnung von umfangreicheren Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten. Die Volksparteien tun sich außerordentlich schwer, diesen teils widersprüchlichen Anforderungen gerecht zu werden. In sozialwissenschaftlicher Terminologie ausgedrückt stehen Input- und Output-Forderungen nebeneinander, vermischen sich und bestimmen zugleich die Erwartungshaltung der

Wählerinnen und Wähler. Und dennoch ist die Zukunft offen. Volksparteien können ihre Chancen nutzen, so die hier im Folgenden näher ausgeführte These, indem sie „zuhören“ und sich „kümmern“, also den direkten, unmittelbaren Dialog mit potentiellen Wählerinnen und Wählern als selbstverständlichen Bestandteil von politischer Führung ansehen.

## ENTFREMUNG VON POLITIKERN UND BÜRGERN

*These 1:* Das Verhältnis von Parteien und Wählern ist durch wechselseitige Entfremdung und Unverständnis gekennzeichnet. Politiker und Bürger haben unterschiedliche Erwartungen von der Politik und sprechen zunehmend weniger dieselbe Sprache.

Im Zuge der Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften hat sich auch der politische Sektor zu einem Teilsystem mit eigenen Gesetzmäßigkeiten und Rationalitätskriterien entwickelt. Politik ist zwischenzeitlich ein eigenständiges Berufsfeld mit überschaubaren Karrieremustern geworden. Und wie in jedem anderen Beruf bemisst sich der Erfolg eben auch am eigenen Weiterkommen. Von außen betrachtet wird insbesondere der jüngeren Politikergeneration gerne eine gewisse Konformität und Stromlinienförmigkeit attestiert. Nun mag es verschiedentlich zutreffen, dass politische Positionen vor allem instrumentell, mit Blick auf persönliche Profilierungschancen vertreten werden. Darüber hinaus ist das parteiübergreifend vergleichbare Auftreten von Politikern aber auch das Ergebnis der fortgeschrittenen Professionalisierung des politischen Betriebs und der damit einhergehenden Herausbildung eigenständiger Verhaltens- und Handlungsroutinen. Längst haben sich auch in der Politik berufsspezifische Rollenmuster herausgebildet, etwa auf Bundesebene der nach außen polarisierende Generalsekretär, der nach innen wirkende Bundesgeschäftsführer, der auf fraktionelle Geschlossenheit bedachte parlamentarische Geschäftsführer oder auch der fachlich spezialisierte Sachpolitiker. Bezeichnenderweise haben Seiteneinsteiger heute seltener Erfolg als in früheren Jahrzehnten, ihren eigenen Platz zu finden. Paul Kirchhof ist an den politischen Spielregeln gescheitert, Ursula von der Leyen hingegen beherrscht sie virtuos.

Hinzu kommen eigene Sprachcodes. Im inner- und zwischenparteilichen Wettbewerb finden verabredete Sprachregelungen, gesprochene oder auch ausgelassene Nebensätze sowie besondere Begrifflichkeiten und Nuancierungen Verwendung, deren vollständige Bedeutung sich oft nur

noch den direkt Beteiligten erschließt, bestenfalls noch manchen Beobachtern und Analytikern des politischen Prozesses. Der breiten Öffentlichkeit hingegen sind die Verlautbarungen von Politikerinnen und Politikern vielfach eher fremd, erscheinen künstlich, zumindest weit entfernt von umgangssprachlichen Formulierungen und alltagsweltlichen Gewohnheiten. Vergleichbares lässt sich natürlich auch über Juristen oder Mediziner sagen.

Und so leben Politiker und Bürger häufig in unterschiedlichen Welten. Erfolgreiche Politik bemisst sich aus Sicht vieler Akteure zunächst an den sich dadurch eröffnenden individuellen Karrierechancen. Inhaltlich richtet sich der Blick vor allem auf makroökonomische Indikatoren, etwa den Rückgang der Arbeitslosigkeit, den Abbau der Staatsverschuldung, den Anstieg von Wachstumsraten oder auch die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Richtig daran ist, dass diese Wirtschaftsdaten in der Tat Teilaspekte, Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Lösung politischer Probleme sind. Dennoch beruhen die politischen Bewertungen und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger in erster Linie auf der Einschätzung der eigenen Situation und den individuellen Erfahrungen. Bei vielen sind diese Erfahrungen in den letzten Jahren durch einen massiven, bedrohlichen Anstieg von Unsicherheit geprägt. Inzwischen kennen selbst große Teile der eigentlich etablierten Mittelschichten die Ängste vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und – damit verbunden – dem eigenen sozialen Abstieg. Positive Konjunkturdaten können daran kaum etwas ändern. Selbst stabile Gewinne stellen in vielen Betrieben längst keine Garantie mehr für die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes dar. Wichtiger Teil des gegenseitigen Unverständnisses zwischen Politikern und Bürgern ist somit die derzeit nur schwer zu überbrückende Kluft zwischen den gesamtwirtschaftlichen Daten und den individuellen Wahrnehmungen und Bewertungen. Die Schnittmengen der Lebenswelten werden offenbar kleiner, die Betrachtungsperspektiven unterscheiden sich deutlich.

## DOPPELFUNKTION DER VOLKSPARTEIEN

*These 2:* Volksparteien haben eine doppelte Funktion. Zum einen wirken sie als Konsensmaschinen, zum anderen strukturieren sie durch ihre Angebote den politischen Wettbewerb.

Die Volksparteien der Nachkriegszeit unterscheiden sich von den Integrationsparteien der Weimarer Republik. Waren diese in erster Linie noch

„politische Aktionsausschüsse“<sup>1</sup> einzelner gesellschaftlicher Milieus, konkurrieren Volksparteien heute um die Mehrheit bei Wahlen und spiegeln in Auftreten und strategischer Wähleransprache die Bedingungen der pluralistischen Wettbewerbsgesellschaft wider. Bereits in den 1960er Jahren hat Otto Kirchheimer das Prinzip der Stimmenmaximierung als spezifisches Kennzeichen der Volkspartei herausgearbeitet.<sup>2</sup> Voraussetzung und Grundlage sind demnach eine gewisse Entideologisierung der politischen Programme und Zielsetzungen, ein größerer Handlungsspielraum für die Parteispitzen und eine Ausrichtung der Politik eher an den Interessen potentieller Wähler als an denjenigen der Mitglieder.

Für die Stabilisierung und Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik waren die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD von großem Vorteil. Im „Zweieinhalb-Parteiensystem“ der ersten drei Jahrzehnte konnten sie breite Wählerschichten repräsentieren und diesen im politischen Wettbewerb Gehör verschaffen. Außerparlamentarischen Gruppen gelangen keine dauerhaften Erfolge. Und selbst die Etablierung der Grünen nach 1980 hat an diesem stabilen Grundmuster und der Dominanz von Union und Sozialdemokratie nur wenig geändert. Fortan standen sich im Vier-Parteien-System zwei festgefügte, ideologische Blöcke gegenüber. Mit der Deutschen Einheit relativierte sich dann schrittweise die beherrschende Stellung der beiden Volksparteien. Zunächst auf Ostdeutschland beschränkt versammelte die PDS das alte sozialistische Milieu und die Kritiker des Vereinigungsprozesses. In manchen ostdeutschen Städten und Regionen erreichte sie hierbei bereits den Charakter einer Volkspartei. Realistische Chancen auf eine erfolgreiche Etablierung im Westen ergaben sich allerdings erst als Folge der Frustrationen über den Reformkurs der Schröder-Regierung. Die neue Linkspartei – im Osten deckungsgleich mit der bisherigen PDS – hat derzeit gute Chancen, in weitere westdeutsche Landtage einzuziehen. So steht besonders die SPD in der ernsthaften Gefahr, ihre Stellung als Volkspartei zu verlieren. Doch auch die Union hat realisiert, dass die Mehrheitsfähigkeit stets aufs Neue erarbeitet werden muss. Ihre derzeitigen Bemühungen, im gesellschaftspolitischen Bereich wieder Anschluss an die Lebenswirklichkeit moderner Mittelschichten zu finden – etwa bei Kinderbetreuung, Zuwanderung, Integration oder Bildung –, verdeutlichen die Defizite der vergangenen Jahre.

Die demokratiestabilisierende Funktion von Volksparteien liegt zunächst im innerparteilichen Interessenausgleich, den die Parteien über breite

Wählerkreise hinweg herstellen. Pro Partei gibt es nur ein Wahlprogramm und nur einen Spitzenkandidaten. Volksparteien wirken somit als Konsensmaschinen in pluralistischen Gesellschaften und tragen so zur Verlässlichkeit der politischen Rahmenbedingungen bei. Die Herstellung eines innerparteilichen Konsenses erleichtert etwa eventuelle Koalitionsverhandlungen. In Parteiensystemen ohne Volksparteien muss die Regierungsbildung häufig durch wesentlich aufwendigere Verhandlungen zwischen mehreren kleineren Parteien abgesichert werden. Entsprechend größer sind dann das Risiko des Scheiterns und die Wahrscheinlichkeit vorzeitiger Neuwahlen.

Zentral für die Akzeptanz eines Parteiensystems ist jedoch seine Responsivität, das Ausmaß, in dem die Parteien relevante gesellschaftliche Themen und Konfliktlagen aufgreifen und in alternative politische Handlungsoptionen umsetzen. Die Repräsentation gesellschaftlicher Interessen beschränkt sich jedoch keineswegs auf ein passives Nachvollziehen gesellschaftlicher Veränderungen und Wandlungsprozesse. Mindestens ebenso gewichtig sind die aktiven Gestaltungsmöglichkeiten des politischen Spitzenpersonals. In vielen Themenbereichen besitzen die Parteien neben und im Verein mit den Medien faktische Deutungsmacht. Vor allem in Wahlkämpfen definieren sie die aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen – und somit die Welt, in der wir leben – entsprechend ihren jeweiligen, von den Wählern zugeschriebenen Kompetenzen. Dem liegt die machstrategisch legitime Absicht zugrunde, mit den eigenen politischen Vorstellungen und Lösungsangeboten punkten zu wollen. So hat die SPD in der Vergangenheit zumeist soziale Konflikte in den Vordergrund gerückt, die Union hingegen aufgrund ihrer Wirtschaftskompetenz stärker die Rahmenbedingungen der ökonomischen Entwicklung.

Pluralistische Gesellschaften mit breit gestreuten Interessenlagen und unterschiedlichen politischen Weltbildern eröffnen Spielräume für erfolgreiches *Agenda-Setting*, das erfolgreiche Setzen von politischen Themen. Parteien konkurrieren hierbei mit Medien, Verbänden und Interessengruppen. Ein besonderes Augenmerk muss deshalb auf der kommunikativen Vermittlung ihrer Politik liegen.

### HERSTELLUNG VON AKZEPTANZ FÜR POLITISCHE FÜHRUNG

*These 3:* Politische Führung erschöpft sich nicht in der Vorgabe und Durchsetzung politischer Ziele. Erfolgreiche politische Führung bedarf der

breiten Akzeptanz, die in der Regel nur durch einen Dialog zwischen Regierenden und Regierten zu erreichen ist.

Legitime Herrschaft gründet nach Max Weber auf der Zustimmung der Regierten.<sup>3</sup> Demokratien setzen hierzu auf regelmäßige Wahlen und die Überzeugungskraft von Argumenten. Verordnete Reformen im Stile einer „Basta“-Politik sind zumeist wenig hilfreich, sowohl angesichts der seit den 1980er Jahren gestiegenen Partizipationsbedürfnisse als auch mit Blick auf die neuerdings sich verstärkenden sozialen Spaltungen und die damit verbundenen Existenzängste. Die SPD zahlt heute den Preis für die jahrelangen Versäumnisse ihres politischen Spitzenpersonals, die eigene Politik nicht ausreichend kommuniziert und für entsprechende Unterstützung geworben zu haben.

Politik kann heute nicht mehr wie in Zeiten unverrückbarer Parteibindungen über die Köpfe der Menschen hinweg durchgesetzt werden. Allerdings meint Kommunikation im hier verstandenen Sinne mehr als Stimmdemokratie, mehr als allein den Blick auf demoskopische Momentaufnahmen. Längerfristig angelegte politische Kommunikation hat auch wenig gemein mit den üblichen Marketingstrategien zu Wahlkampfzeiten. Das Vertrauen in die Politik und die Volksparteien kann nur wachsen und sich festigen, wenn Bürgerinnen und Bürger sich ernst genommen fühlen – trotz im Allgemeinen begrenzter Detailkenntnisse der politischen Zusammenhänge. Hilfreich erscheint der Vergleich mit der Medizin. Auch Patienten entwickeln ein Gespür dafür, ob sie der Diagnose und den Therapievorschlügen ihres Arztes trauen können, ob der Arzt sich seiner Sache sicher ist, ob er überzeugend wirkt oder ob Unsicherheiten spürbar sind. Hier wie auch in der Politik geht es um Vertrauen, dass letztlich nur durch intensive Kommunikation aufgebaut werden kann.

Politik ist Dienstleistung und politische Führungsstärke erwächst im Dialog. Allerdings müssen diese Dialoge auch von Politikern stets aufs Neue initiiert und organisiert, Parteistrukturen weiter geöffnet und Mitspracherechte ausgebaut werden. Inhaltlich geht es um eine lebensnahe und offene Diskussion gesellschaftlicher Problemlagen. Wen überzeugen Verweise auf passable makroökonomische Zahlen, wenn etwa die kalte Progression und gestiegene Energiepreise den eigenen monatlichen Finanzrahmen stetig schrumpfen lassen? Eigene Erfahrungen lassen sich nicht wegdiskutieren und Klagen über die Undankbarkeit oder Unwissenheit mancher Wähler sind kontraproduktiv. Die individuellen Lebensrealitäten

sind der Ausgangspunkt des politischen Geschäfts. Vor diesem Hintergrund gilt es für die Parteien, Perspektiven und Handlungsalternativen für die kommenden Jahre zu entwerfen und dafür mit guten Argumenten zu werben. Und im Falle des Wahlsiegs zählt dann natürlich auch die Konsequenz bei der Umsetzung.

Politische Führungsstärke bemisst sich in Demokratien nach dem Grad der Überzeugungskraft und weniger nach dem Ausmaß der Durchsetzungsmacht. Wenn die Volksparteien ihre politischen Angebote wieder stärker auf die tatsächlichen Lebensumstände ihrer Wählerinnen und Wähler beziehen, dann haben sie auch zukünftig gute Chancen. Wenn die Situationsdeutungen der etablierten Parteien jedoch längerfristig an den Lebenswelten der Menschen vorbeigehen, steigen die Chancen für politische Populisten.

- 1| Lepsius, Mario Rainer: *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918. – Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1973. – S. 56-80. – (Neue wissenschaftliche Bibliothek; 61).*
- 2| Vgl. Kirchheimer, Otto: *Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift, 6 (1965) 1, S. 20-41.*
- 3| Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Studienausgabe. – 5., rev. Aufl. – Tübingen: Mohr, 1990.*

TEIL IV:  
UMWELTBEDINGUNGEN –  
KOMMUNIKATION IN DER  
MASSENDEMOKRATIE

# POLITISCHE KOMMUNIKATION IN ZEITEN DER GROSSEN KOALITION

DAS KOMMUNIKATIONSMANAGEMENT DER PARTEIEN UNTER  
TALKSHOWISIERUNGSEINFLUSS

*Jörg-Uwe Nieland*

## **FORSCHUNGSFRAGE**

Die aktuellen Analysen zum Verhältnis von Medien und Politik diagnostizieren eine Interpenetration. Interpenetration ist zu verstehen als die wechselseitige Überlagerung und Durchdringung zweier ausdifferenzierter Systeme – also des Medien- und Politiksystems. Beide Systeme kommen in den funktional bedingten Austauschprozessen nur zur Erreichung ihrer jeweiligen Ziele, wenn sie die Ziele des jeweils anderen Systems in ihr Kalkül einstellen und mitbedienen. Als Vermittlungszone zwischen Medien und Politik dient vor allem das sich zunehmend professionalisierende Feld der politischen Öffentlichkeitsarbeit.<sup>1</sup> Gleichwohl kann an bestimmten Stellen und zu bestimmten Zeiten das Verhältnis umschlagen. Ein solches Umschlagen wurde prominent durch den Medienrechtler und ehemaligen Verfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem beschrieben. Er sah – auch vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen als parteiloser Justizsenator in Hamburg – die Politiker „in den Fesseln der Mediengesellschaft“.<sup>2</sup>

Der folgende Beitrag greift die These von Hoffmann-Riem<sup>3</sup> auf; er fragt, ob unter den Sonderbedingungen, die in Zeiten der Großen Koalition gelten, das Kommunikationsmanagement krisenhafte Züge aufweist. Als Basis dienen die Befunde aus zwei Untersuchungen zur politischen Kommunikation: Zum einen aus dem Jahr 2005 während des Bundestagswahlkampfes und der Bildung der Großen Koalition<sup>4</sup> und zum anderen aus dem Sommer 2006 während der Fußballweltmeisterschaft.<sup>5</sup> In den beiden Untersuchungen werden aktuelle Beobachtungen zur „Talkshowisierung“ zusammengetragen und ein Entwicklungsschritt in Richtung „Talkshowisierung – Next Generation“ herausgearbeitet.

Dieser Hintergrund führt zu folgendem Argumentationsaufbau: Zunächst wird die Ausgangssituation für das Kommunikationsmanagement der Großen Koalition beschrieben; im zweiten Schritt werden die Bedingungen für die politische Kommunikation in der Berliner Republik erläutert; daran schließt eine Auseinandersetzung mit der These der Talkshowisierung unter besonderer Berücksichtigung der Sendung „Hart aber fair“ an. Bevor im letzten Schritt Thesen zum Kommunikationsmanagement präsentiert werden können, wird eine Zwischenbilanz der Regierungstätigkeit und -kommunikation gezogen. Die weiterreichende Diskussion, nämlich welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die Regierungstätigkeit und den Status der Volksparteien hat, kann an dieser Stelle nicht ausführlich diskutiert werden.

Ausgehend von der Einsicht, dass Kommunikation und Kommunikationsmanagement<sup>6</sup> für modernes Regieren in einer „entgrenzten Demokratie“<sup>7</sup> immer bedeutsamer werden, sucht der vorliegende Beitrag nach Verbindungsstellen zwischen der Politikwissenschaft und der Kommunikationswissenschaft.

## DIE AUSGANGSSITUATION

In den Bundestagswahlkampf 2005 starteten Union und Sozialdemokraten mit unterschiedlichen, in vielen Bereichen geradezu gegensätzlichen Positionen. Auch die Wahlkampfstrategien unterschieden sich deutlich: Bemerkenswerterweise führte die Union (zusammen mit der FDP) einen Regierungswahlkampf, während SPD und Grüne neben der Verteidigung der „Agenda-Politik“ die Zumutungen des schwarz-gelben Lagers kritisierten.<sup>8</sup> Gemeinsam war den Parteien die Identifikation des Reformdrucks und die Diskussion von Reformkonzepten – die Union

wiederholte nicht den Fehler des Wahlkampfes 1998 und die SPD verabschiedete sich von überholten Beharrungskonzepten.<sup>9</sup> Die Wahlversprechen waren angesichts des Wahlergebnisses nicht mehr einzulösen – die Große Koalition wurde von den Wählern quasi erzwungen.<sup>10</sup> Nicht nur das unerwartete Wahlergebnis und die (für Deutschland) ungewohnte Parteienkonstellation<sup>11</sup> erschwerten die Koalitionsverhandlungen.<sup>12</sup> Der Koalitionsvertrag beschränkte sich auf ein klares Arbeitsprogramm und sparte die problematischen Felder aus.<sup>13</sup> Laut Koalitionsvereinbarung wurde der Reformbedarf in fünf Bereichen benannt: der Familienpolitik, dem Föderalismus (bzw. der Föderalismusreform), der Gesundheitspolitik, der Staatsverschuldung und dem Arbeitsmarkt. Einerseits bestand eine erhebliche Übereinstimmung bei den allgemeinen Reformzielen, aber andererseits gab es gravierende Unterschiede bei der Präzisierung der Ziele und Konkretisierung der Instrumente.<sup>14</sup> Vor diesem Hintergrund fiel die Halbzeitbilanz der Großen Koalition ambivalent aus. Die Arbeitsmarktdaten und die wirtschaftliche Entwicklung verschafften der Regierung Luft und trugen zu Realisierung von Zwischenschritten der Reformmaßnahmen bei. Hinzu kamen die Euphorie der Fußballweltmeisterschaft 2006 im eigenen Land und das von nahezu allen Beobachtern gelobte Auftreten der Bundeskanzlerin auf dem internationalen Parkett (EU-Ratspräsidentschaft, G8-Präsidentschaft), aber die Vorhaben in der Sozialpolitik konnten nicht umgesetzt werden.

Zur Ausgangssituation gehört, dass die Beteiligten in der Großen Koalition ihre Profilierung intern und extern vorantreiben müssen. Auch unter den Bedingungen der Großen Koalition herrscht der Zustand eines permanenten Wahlkampfes und sind parteipolitische Pfadabhängigkeiten zu berücksichtigen. Trotz der positiven Halbzeitbilanz kommen mittelfristige Machtstrategien zum Tragen.

## ERKENNTNISINTERESSE

Nicht nur die parteipolitischen Akteure sahen sich mit neuen Konstellationen konfrontiert, auch die Politikwissenschaft muss zentrale Fragen der Regierungsforschung umformulieren. Während die Analysen zur Regierungsbildung, zu den Koalitionsverhandlungen und den Hundert-Tage-Bilanzen in den letzten Jahrzehnten vergleichbare und wenig überraschende Befunde hervorbrachten<sup>15</sup>, haben sich seit 2005 sowohl die bundesdeutsche Parteienlandschaft und der Parteienwettbewerb<sup>16</sup> als auch die „Möglichkeiten“ der Regierung deutlich verändert.<sup>17</sup> Vor dem



Hintergrund der beschriebenen Ausgangssituation ist nun zu fragen, wie es um die Strategiefähigkeit der Parteien bestellt ist. Konkreter: Wie schnell gerät auch die Große Koalition unter Kommunikationsstress? Somit ist die Suche nach den „Sollbruchstellen“ der Großen Koalition ausgeschrieben. Zu unterscheiden sind zwei Szenarien: erstens der Koalitionszerfall, zweitens das „Durchregieren“. Im zweiten Fall mit den Untervarianten einer Weiterführung der Großen Koalition auch nach der nächsten Bundestagswahl oder dem Eintritt in neue Koalitionskonstellationen.

Der vorliegende Beitrag sieht das Kommunikationsmanagement der Parteien unter Talkshowisierungseinfluss. Dieser Einfluss droht „der Politik“ Fesseln anzulegen und die Große Koalition zu belasten bzw. ihren Bruch herbeizuführen. Um diesem Verdacht nachgehen zu können, ist es zunächst erforderlich, die neuen Bedingungen für die Politikvermittlung<sup>18</sup> in der Berliner Republik aufzuzählen und an die These der Talkshowisierung zu erinnern.

#### **POLITISCHE KOMMUNIKATION IN DER BERLINER REPUBLIK**

Mit dem viel beschriebenen Übergang von der Bonner in die Berliner Republik sind auch einschneidende Veränderungen im Mediensystem verbunden. Die Veränderungen lassen sich in zwei Dimensionen verdichten: zum einen die Ökonomisierung des Mediensektors und zum zweiten das neue Selbstverständnis der Journalisten.<sup>19</sup> Sichtbar werden diese beiden Dimensionen sowohl in einem nahezu ständig wachsenden Angebot als auch in der Unterordnung der Medien unter die Marktbedingungen. Es scheint die Formel zu gelten: „Nicht das Programm bestimmt die Quote, sondern immer öfter bestimmt die Quote das Programm.“

Die Parteien und Politiker sind angehalten, im politischen Wettbewerb die Medienlogik zu beachten. Dies führt zu der politikwissenschaftlichen Frage, ob es einen Wandel von der politischen „Elite“ zur medienfixierten (un)politischen „Prominenz“ gibt. Zu vermuten ist, dass die traditionellen politischen Institutionen und Verfahren an Durchschlagskraft verlieren. Schließlich ist zu problematisieren, wie sich politische Prozesse im Kontext von Regierung, Parlament und Parteien verändern, wenn diese zunehmend medienfixiert agieren.<sup>20</sup>

Die zentrale Strukturveränderung der politischen Kommunikation ist jene, dass „Politainment“ kein Schimpfwort mehr ist.<sup>21</sup> Vielmehr kann ein differenziertes Bild gezeichnet werden: Sowohl von der Wissenschaft als auch den Politikern wird akzeptiert, dass erstens politische Inszenierung stattfindet und zweitens keine strikte Trennung zwischen Darstellungs- und Entscheidungspolitik<sup>22</sup> mehr zu treffen ist.

Diese Entwicklung hat Auswirkungen auf das Verhältnis von Politik und Medien. Orientiert an einer detaillierten Auseinandersetzung sind acht Dimensionen zu nennen.<sup>23</sup> Erstens lässt sich eine Verselbständigung des Rundfunks feststellen. Verselbständigung deutet an, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk spürbar aus der Umklammerung der Politik (genauer der Landespolitiker) zu lösen vermag. Gleichwohl ist er von der Unterstützung und zum Teil auch dem Wohlwollen der Medienpolitiker (auf Landes- wie auch auf Bundesebene) abhängig, wie die zähen Verhandlungen über die Gebührenerhöhung, die Internetaktivitäten und Personalentscheidungen zeigen. Zweitens hat eine Entpolitisierungswelle die Medien ergriffen. Insbesondere die großen privaten Rundfunkanbieter lagern die politische Berichterstattung aus (und zwar in die Nachrichtensender n-tv und N24). Drittens befindet sich das Akteurspektrum in einem Umbruch. Neue, international tätige Unternehmen haben auf dem deutschen Medienmarkt Fuß gefasst. Zum Teil handelt es sich um Hedgefonds oder andere Finanzinvestoren, die auf hohe Renditen schielen und kein langfristiges Engagement anstreben. Viertens erleben wir bezogen auf die Übertragungsgeschwindigkeit und Verfügbarkeit eine deutlich verbesserte Informationsqualität. Fünftens haben Personalisierung und Hierarchisierung zu einer Konzentration auf wenige „Darsteller“ bzw. Akteure geführt. Hinzu kommt sechstens die zunehmende Emotionalisierung der Politikdarstellung und siebtens aufgrund des Konkurrenzdruckes zwischen den einzelnen Anbietern die Skandalisierung politischer Vorgänge. Insgesamt sind achtens Divergenzen in der Temporalstruktur „der Politik“ und der politischen Berichterstattung zu beobachten. Dies führt zu einem Ungleichgewicht zwischen Politik und Medien.

Die aufgezählten Tendenzen lassen eine klare Bestimmung der Rolle, die die Medien spielen, nicht mehr ohne weiteres zu. Offenbar entscheidet sich von Person zu Person, von Thema zu Thema immer wieder neu, ob die Medien Mitspieler oder Gegner der politischen Akteure sind – Lutz Hachmeister spricht deshalb von einer „nervösen Zone“, in der sich Politik und Medien begegnen.<sup>24</sup> Die Nervosität lässt sich besonders in den Talkshows beobachten.

## TALKSHOWISIERUNG

Gesprächsrunden im Fernsehen sind seit Jahrzehnten Gegenstand der öffentlichen und auch der wissenschaftlichen Debatte.<sup>25</sup> So wurden empirische (d.h. gesprächs- und inhaltsanalytische) Forschungen zu politischen Diskussionsrunden bis in die 1980er Jahre – insbesondere zu den so genannten „Elefantenrunden“, in denen sich die Spitzenkandidaten und die Alpha-Journalisten versammelten, und der Sendung „Journalisten fragen – Politiker antworten“ – vorgelegt. Es folgten in den 1990er Jahren Forschungsarbeiten über die *Confrontational Talks* der privaten Anbieter sowie eine intensive Beschäftigung mit den *Daily Talks* (die Studien behandelten zum Teil mehrere Analyseebenen, nämlich die Inhalte, die Rezeption und die Wirkung der nachmittäglichen Sendungen). Nachdem die *Daily Talks* ihren Siegeszug durch die Programme der privaten und öffentlich-rechtlichen Anbieter Ende der 1990er Jahre beendet hatten – sie wurden meist durch Gerichtsshow ersetzt –, startete die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Inhalten Politischer Talkshows sowie mit Politikerauftritten im Fernsehen. Während die sozial- und kommunikationswissenschaftlich ausgerichteten Arbeiten einen Trend zur „Talkshowisierung“ diagnostizierten, häuften sich medien- und kulturkritische Studien in Form von pseudowissenschaftlichen sowie essayistischen Betrachtungen.<sup>26</sup> Die Forschungsarbeiten konzentrierten sich hauptsächlich auf Sendungen des deutschen Fernsehens, international vergleichende Studien sind bis heute kaum zu finden.<sup>27</sup>

Der Aufstieg der Politischen Talkshows ist eng verbunden mit der „Empfehlung“ des damaligen CDU-Wahlkampfmanagers und langjährigen Bundesgeschäftsführers Peter Radunski, der den Talkshowauftritt von Politikern als erfolgversprechenden Weg ansah, die politik- und parteimüden Wähler im wahrsten Sinne des Wortes wieder anzusprechen. Tatsächlich hat das Format der Politischen Talkshows das Spektrum der (politischen) Informationsvermittlung und die Präsenzmöglichkeiten für Politiker im Fernsehen deutlich vergrößert.<sup>28</sup> Der „Run der Politik in die Talkshows“ führte Ende der 1990er Jahre zu einer „Talkshowisierung des Politischen“. Talkshowisierung meint mit Ulrich Sarcinelli und Jens Tenschler die Veränderungen televisionärer Politikvermittlung aufgrund der dauerhaften Vermischung von politischem und alltäglichem Diskurs, von Politischem und Unpolitischem, von Information und Unterhaltung sowie von Öffentlichem und Privatem.<sup>29</sup>

Im Rahmen der Talkshowisierung haben sich unterschiedliche Formen der Politischen Talkshows herausgebildet. Mithin ist Talkshow nicht gleich Talkshow. Sinnvoll erscheint die Unterscheidung zwischen erstens (klassischen) Politischen Diskussions- und Interviewsendungen (wie etwa „Was nun, ...?“ oder Sommerinterviews), zweitens den Politischen Talkshows (zuerst „Sabine Christiansen“, heute auch „2 plus 4“) und unpolitischen Talkshows. Um den Grad der Talkshowisierung zu bestimmen, bieten sich als Klassifizierungskriterien für eine Untersuchung die Fragen nach dem Politikgehalt, den Unterhaltungselementen, der Strukturiertheit, der Seriosität, dem Zuschauerkreis sowie dem *Agenda-Building* und dem *Image-Building* an.<sup>30</sup> In verschiedenen Studien konnte herausgearbeitet werden, warum Politiker in Talkshows gehen. Oppositionspolitiker, Neu- und Quereinsteiger verfügen oftmals nicht über einen Zugang zu den klassischen Medienformaten. Talkshows bieten größere Freiheiten, die eigenen Standpunkte zu vermitteln, da sie im Gegensatz zu einem Interview nicht so durchstrukturiert sind. Es gibt also mehr Zeit für die Selbstdarstellung und seltener Unterbrechungen durch die Journalisten. Der Auftritt in Talkshows ist kostenlos und verspricht enorme Reichweite; dabei werden politische Inhalte „leicht“ verpackt dem Zuschauer vermittelt. Schließlich sind auch Medienberichte über diese Auftritte zu erwarten. Neben diesen Vorteilen verbirgt sich eine Reihe von Risiken in Talkshowauftritten. So kann aufgrund der Unstrukturiertheit der Sendungen Unsicherheit bei den Politikern aufkommen. Erwartet wird darüber hinaus „sendungskonformes Auftreten“ und Spontaneität – dies ist nicht allen Personen oder Themen zuträglich. Deshalb kann die Resonanz beim oftmals politikkritischen Publikum umschlagen.

Der Test der Talkshowisierungsthese im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2000 führte vor Augen, dass die Politischen Talkshows eine Domäne der öffentlich-rechtlichen Sender sind. Gleichzeitig bringt es die Dualisierung des Fernsehens mit sich, dass auch die öffentlich-rechtlichen Anbieter die Grenzen zwischen den Nachrichten- und Unterhaltungsabteilungen verwischen<sup>31</sup> – die Sendung „Sabine Christiansen“ bei der ARD, die der Abteilung „Unterhaltung“ zugeordnet war, ist ein konkretes Beispiel. Zur Ausdifferenzierung des Angebots auf dem deutschen Talkshowmarkt gehört außerdem, dass den Politikern auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen unterhaltende Talkshowformate zur Verfügung stehen: Johannes B. Kerner (ZDF), Reinhold Beckmann und Sandra Maischberger (beide ARD) präsentieren den „Politiker als Person“.<sup>32</sup>

Es konnte festgestellt werden, dass trotz einer Vielzahl von Sendungen nur ein überschaubarer Kreis von Politikern in die Sendungen geht – sich also den Risiken solcher Auftritte aussetzt. Die meisten Politiker legen eher routinierte Auftritte hin. Während die unpolitischen Talkshows vor allem dem *Image-Building* dienen, eignen sich die Politischen Talkshows in erster Linie zur Verkündung politischer Botschaften. Insgesamt haben die Politischen Talkshows zu veränderten Kommunikationsstrategien der politischen Akteure geführt: Zu konstatieren ist die zunehmende Bedeutung der Unterhaltungskommunikation für politische Kommunikation. Pessimistische Stimmen verlängerten den Trend der Talkshowisierung und fragten, ob die Talkshow den Ortsverein ersetzt?<sup>33</sup> Für diese Einschätzung ließen sich ansatzweise Belege finden.<sup>34</sup> Der Vorwurf, dass die Politischen Talkshows reine Werbeveranstaltungen seien, trägt nur bedingt. In den Sendungen finden tatsächlich keine Diskussionen im üblichen Sinne statt, es kommt vielmehr zu einer „medienspezifischen Inszenierung von Propaganda und Diskussion“<sup>35</sup> und Argumentationen geraten bzw. missraten häufig zu „Pseudo-Diskursen“.<sup>36</sup> Bei der differenzierten Betrachtung fällt auf, dass der Anteil an „echten“ Diskursen vom Sendungsformat, vom Thema und schließlich auch von den Teilnehmern abhängt. Den Politikern, für die der Reiz von Talkshowauftritten in ihrer Profilierung liegt, kommt ein wertender Moderationsstil entgegen. Neben der Inszenierung ist zu berücksichtigen, dass in Wahlkampfzeiten die Talkrunden für eine Mobilisierung sorgen. Überhaupt: Die Zuschauer kalkulieren Inszenierung und Selbstdarstellung mit ein, insofern wird die (negative) Wirkung der Politischen Talkshows<sup>37</sup> zumeist überbewertet. Insbesondere die Studie von Tanjev Schultz<sup>38</sup> konnte nachweisen, dass es in den Talkshows nicht um Meinungsbildung und das Aufklären komplexer politischer Sachverhalte geht, sondern mehr um „Politainment“ und das Schaffen eines *feel-good*-Faktors.<sup>39</sup> Selbst bei boulevardesker Orientierung der Sendungen bleiben politische Themen im Mittelpunkt – dies vor allem deshalb, weil sich Information und Unterhaltung eben nicht gegenseitig ausschließen. Das Fazit von Schultz lautet daher: Die Politischen Talkshows können durchaus einen öffentlichen Diskurs schaffen.

### TALKSHOWISIERUNG – NEXT GENERATION

Nachdem jahrelang Sendungen wie „Sabine Christiansen“ oder „Berlin Mitte“ für den Erfolg der Politischen Talkshows standen, haben inzwischen andere Sendungen bzw. Moderatoren für Aufsehen gesorgt. Vor allem die ehemalige WDR-Sendung „Hart aber fair“ ist hier zu nennen. Bereits das

*Setting* der Sendung unterscheidet „Hart aber fair“ von den anderen Angeboten. Der Moderator Frank Plasberg nimmt nicht inmitten seiner Gäste Platz, sondern steht hinter seinem Pult außerhalb des halbrunden Tisches. Diese Position macht den Moderator agiler und mobiler. Er hat die Möglichkeit effektiver in die Diskussion einzugreifen und kann seine lenkende Position als Moderator besser umsetzen. Das Prinzip seiner Sendung beschreibt Plasberg mit der Devise: „Jeder wird so lange Auskunft geben müssen, bis die Frage wirklich beantwortet ist“.<sup>40</sup> Er will fragen, ohne vorzuführen, nachhaken, ohne zu verletzen, so sieht Frank Plasberg seinen Arbeitsauftrag bei „Hart aber fair“.

Im Unterschied zu den anderen Talksendungen beschränkt sich „Hart aber fair“ nicht auf wenige „Wiederholungstäter“. Plasberg lädt vielmehr Experten, Wissenschaftler, Betroffene und vor allem Medienvertreter ein.<sup>41</sup> Eine Auszählung der Gästeliste von elf Sendungen im Jahr 2005 (genauer vor und unmittelbar nach der Bundestagswahl) ergab, dass von den insgesamt 44 Talkshowgästen bei 55 Auftritten 21 Politikerinnen und Politiker insgesamt dreißigmal vertreten waren (elfmal die SPD, zehnmal die CDU, sechsmal die FDP – wobei in vier Fällen Dirk Niebel die Sendung besuchte – und zweimal Bündnis90/Die Grünen – vertreten durch Bärbel Höhn – und nur einmal Die Linke/WASG). Darüber hinaus kamen zehn Journalisten, vier Unternehmer, zwei Unternehmer bzw. Verbandsvertreter, zwei Gewerkschaftlerinnen bzw. Gewerkschaftler, zwei Schauspieler, ein Wissenschaftler und zwei Laien in die Sendung. Plasberg agiert, so konnte die Untersuchung von Korte, Ballensiefen, Klingen und Nieland zeigen, konfrontativer als andere Kolleginnen und Kollegen.<sup>42</sup> Gleichwohl bergen der aggressive Moderationsstil und die polarisierenden Einspieler Risiken. Eine Reihe von Talkgästen fühlte sich in der Sendung ungerecht behandelt (u.a. Familienministerin Ursula von der Leyen und die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer).

Eine zweite Untersuchung zur Talkshowisierung des Politischen offenbarte eine Krise der Talkshows. Hintergrund war, dass in Zeiten der Großen Koalition die Politischen Talkshows den Anteil an politischen Themen und Gästen aus der Politik deutlich reduzierten. Hans Leyendecker brachte es auf den Punkt: „Wenn in einer Talkshow, wie am 8. Oktober [2006] bei Christiansen, der SPD-Bundesminister (Umwelt) Sigmar Gabriel und der hessische CDU-Ministerpräsident Roland Koch über Strom, Atom und Heizung reden, fliegen nicht mehr die Fetzen, sondern die Soße der Harmonie wird vergossen.“<sup>43</sup> Während der Fußballweltmeisterschaft im eige-

nen Land verschärfte sich die Situation noch einmal: Das Regierungshandeln fand im Schatten des Fußballs nahezu unbeobachtet statt. Nie waren die Spielräume zur Gestaltung von Politik abseits der Medienagenda größer.<sup>44</sup> Angesichts dieser Beobachtungen ist nach den Konsequenzen für das Konzept der Politischen Talkshow zu fragen. Die Verschiebung der Themenagenda und eine „unpolitische“ Gästeliste werden wahrscheinlicher. Der Wechsel von „Hart aber fair“ vom WDR in die ARD sowie die Ablösung von Sabine Christiansen durch Anne Will hat eine gewisse Renaissance der Politischen Talkshow nach sich gezogen. Es treten weniger Politiker auf, es gibt eine stärkere Berücksichtigung von Experten und die Einspielfilme helfen, die Diskussion zu strukturieren. Aber auch der Bedeutungsaufschwung der Talkshows kann nicht verhindern, dass sich die Große Koalition aus der Öffentlichkeit zurückzieht. „Es gehört zum Regierungsstil von Angela Merkel, nichts nach draußen dringen zu lassen.“<sup>45</sup> Weiterhin ebnen die Talkshows Parteikarrieren: Mediale Präsenz bietet dem Wähler eine Identifikationsfigur. Und auch parteiintern stärkt der Auftritt die eigene Position. Gleichwohl können Medienauftritte – auch nicht in den Politischen Talkshows – die Parteiarbeit nicht ersetzen.

Angesichts des Eintritts in eine neue Phase der Talkshowisierung ist zu fragen, welche Wechselwirkungen beim Kommunikationsmanagement und Regierungshandeln – sowie letztlich auch auf den Zustand der Großen Koalition – festzustellen sind.

#### **REGIERUNGSHANDELN AUF DEM PRÜFSTAND: KANN DAS DURCHREGIEREN GELINGEN?**

Ein zentrales CDU-Wahlkampfversprechen im Sommer 2005 lautete, die Reformblockaden aufzubrechen und „durchzuregieren“. Die Erwartung einer entscheidungsfreudigen Exekutive schürte nicht nur im Wahlkampf Hoffnungen, mit der Bildung der Großen Koalition wurde die Realisierung großer Reformen in Aussicht gestellt. Denn anders als Gerhard Schröder, dem sein parteiferner Regierungsstil letztlich zum Verhängnis wurde, schienen Merkel und Müntefering die beiden Parteien auf das Gelingen der Koalition und der Reformpolitik eingeschworen zu haben.<sup>46</sup>

Doch fast im Widerspruch zu den Ankündigungen und Möglichkeiten wird der Bundesrepublik Deutschland eine schlechte Leistungsbilanz attestiert. Im internationalen Vergleich fällt das Wachstum im Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2005 gering aus, es bestehen weiterhin eine hohe

Verschuldung und eine hohe Arbeitslosigkeit. Vor allem aber wird eine schlechte Leistungsbilanz in der Bildung sowie ein teures und leistungsschwaches Gesundheitssystem diagnostiziert.<sup>47</sup> Im Regierungsbilanz-Vergleich der dreißig OECD-Staaten belegt Deutschland im Gesamtindex, der das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Wirtschaftswachstum, die Arbeitsmarktintegration, die Bildungsinvestitionen sowie die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zusammenfasst, lediglich Platz 19. Als Ursache für diese Platzierung wird in der politikwissenschaftlichen Analyse vor allem das Sozialversicherungssystem, welches die soziale Sicherung (Alter, Pflege, Gesundheit, Arbeitslosigkeit) im hohen Maße an den Faktor Arbeit koppelt und damit Beschäftigung im unteren Dienstleistungssektor behindert und wirtschaftliches Wachstum hemmt, angeführt.<sup>48</sup>

Um die „verschachtelten Problemlagen“ zu überwinden, reicht es nicht mehr aus, an Stellschrauben zu drehen. Vielmehr wären Reformen dritten Grades notwendig; also grundsätzliche Weichenstellungen, die sowohl Instrumente als auch Ziele und Paradigmen verändern. Dabei ist die Gestaltungs- und Reformfähigkeit des Regierungshandelns abhängig erstens von den Institutionen, die den Handlungskorridor bestimmen, zweitens dem Reformwillen der relevanten politischen Akteure, drittens der Fähigkeit, Reformkoalitionen zu schmieden und viertens den Möglichkeiten, Wählermehrheiten zu gewinnen.

Reformblockaden kann eine Regierung überwinden, wenn es ihr gelingt, den Einfluss der Vetospieler<sup>49</sup> zu begrenzen. Die Anzahl der tatsächlichen Vetospieler in der Bundesrepublik hängt zum einen davon ab, welche Parteien die Regierung bilden, und zum zweiten, welche Parteien die Mehrheiten im Bundestag einerseits und im Bundesrat andererseits stellen. Zu beachten ist nicht nur die Zahl der Vetospieler, sondern auch ihre ideologische Distanz sowie ihre interne Kohäsion. In Deutschland ist eine „tief gestaffelte Phalanx effektiver Vetospieler gegenüber der Regierungspolitik“ anzutreffen.<sup>50</sup>

Große Koalitionen sind in Deutschland die Ausnahme – in anderen westeuropäischen Ländern nicht. Diese Konstellation ist demokratietheoretisch problematisch, denn die effektive Kontrolle der Regierung, Transparenz und parlamentarische Deliberation können eingeschränkt sein.

Grundsätzlich haben Parteien drei Ziele: *policy seeking*, *vote seeking* und *office seeking*. Regierungsparteien benötigen eine ausreichende programmatische Schnittmenge in wichtigen politischen Fragen (*winset*), die Durchsetzung gemeinsamer Reformüberzeugungen muss Priorität haben.<sup>51</sup>

In einer Großen Koalition untergräbt ein ungefilterter Parteienwettbewerb (*vote seeking*) die Grundlage des wechselseitigen Vertrauens. Unpopuläre Reformen bedürfen einer zeitweisen Abkopplung von Wählerpräferenzen. Die relativen Wählerverluste können nur dann für die beiden Parteien entschärft werden, wenn keine von ihnen aus der Koalitionsdisziplin ausbricht, um einseitig Wählerkapital aus einer unpopulären Reform zu schlagen. Andererseits hat die Große Koalition ihre Daseinsberechtigung mit der Notwendigkeit wichtiger Reformen begründet. Beide Parteien werden am Erfolg gemessen. Das rationale Motiv des *office seeking* begrenzt die Rationalität der Wählerstimmenmaximierung, der die Parteien nicht zuletzt aufgrund der häufig stattfindenden Landtagswahlen unterliegen können.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten: Das versprochene „Durchregieren“ steht der Großen Koalition konstitutionell nicht zur Verfügung. Nach Ansicht von Wolfgang Merkel<sup>52</sup> fehlt der Kanzlerin hierzu Charisma.<sup>53</sup> In keinem der fünf im Koalitionsvertrag identifizierten Problemfelder konnte der Einstieg in einen Pfadwechsel realisiert werden, teilweise wurde die Gelegenheit bzw. der Zeitpunkt, Reformen anzustoßen, gar nicht erst erkannt. Merkels Fazit ist ernüchternd: Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands bleibt begrenzt.<sup>54</sup>

## KONSEQUENZEN FÜR DAS KOMMUNIKATIONSMANAGEMENT

Diese Analyse hat Auswirkungen auf das Kommunikationsmanagement der Regierung und auch der Parteien.<sup>55</sup> Denn hinsichtlich des Handlungskorridors der Politiksteuerung durch Regierungen sind die Parteien die „zentral positionierten, heterogenen und konfliktriskanten Mitregenten“.<sup>56</sup> In den letzten Jahren kam es deshalb vermehrt zu den in einer „Räte-republik“<sup>57</sup> typischen Konsensrunden, Expertenkommissionen sowie Konsensgesprächen zwischen den Koalitionspartnern (oder den Flügeln der Parteien). Die Talkshows „befeuern“ diesen Prozess regelrecht, denn sie sorgen für einen Austausch zwischen einzelnen „Räten“.

Dies bleibt nicht ohne Folgen für das „Regieren“. Regieren vollzieht sich im Spannungsfeld von erstens „Authentizität“ – also der Widerspiegelung des gesellschaftlichen Willens bzw. der Wählerpräferenzen – und zweitens „Effektivität“ – der Lösung von gesellschaftlichen Problemen. Öffentlichkeit ist dabei eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Ausübung von Macht, denn es stehen ebenso Verfahren der informellen Kommunikation zur Verfügung.<sup>58</sup> Einerseits verfügt die Politik in den verschiedenen Politikfeldern über Entscheidungsinselformen, also Räume, die sich dem direkten Einfluss der Medien entziehen. Andererseits ist die Vetomacht der Medien zu beachten.<sup>59</sup> Diese Vetomacht ist erstens latent. Denn bereits aufgrund der Existenz der Medien besteht ein letztlich nicht kontrollierbares Beobachtungssystem. Hier wirken die Medien als potentielle Vetokraft, denn öffentliches Handeln (ob sachorientiert oder symbolisch) gewinnt an Bedeutung. Zweitens manifestiert sich die Vetomacht der Medien prozessual und akteursspezifisch. Regierung und Parteien benötigen Unterstützung und Zustimmung nicht nur über die Medien, sondern in den Medien (und dies Tag für Tag). Drittens gibt es eine initiative Vetomacht der Medien. Denn nicht erst von der Politik hervorgehobene Inhalte sind potentiell öffentlichkeitsinteressant, sondern alle Vorgänge im politischen System und ihre (faktischen oder unterstellten) Folgen.

Der politische Prozess ist als mehrdimensional mit Vetospielern, „Nebenregierungen“ oder „Mitregenten“ und der Einbindung eines heterogenen intermediären Systems in die politische Willensbildung gekennzeichnet. Das Kommunikationsmanagement und die Entscheidungsfindung gelingen nicht nur über den Parteienwettbewerb und die Deziisionskraft von Parlamenten und Exekutive(n), sondern auch durch verbindliche Konfliktregulierung im Modus des Aushandelns (Integration gesellschaftlicher Akteure).<sup>60</sup>

Für politische Akteure und Organisationen, insbesondere die Parteien, wird angesichts der Pluralität im Mediensystem, in der Gesellschaft und im politischen Prozess der Faktor Kommunikationsdisziplin ihrer Parteimitglieder und Spitzenpolitiker zu einer operativen, kurzfristigen und taktischen Frage der Profilierung und Positionierung. Angesichts des Drucks durch Medienzeit und Medienlogik drohen die Parteien, sich von der politischen Gesinnungsgemeinschaft zum optimierten Dienstleistungsbetrieb zu entwickeln: Sie gewinnen an „Beobachtungskompetenz“ (z.B. Meinungsmarkt, Demoskopie, Auftragsforschung) und professionali-



sieren ihren Kommunikationsapparat (Presse- und Öffentlichkeitsreferate) durch Ausdifferenzierung, Spezialisierung und mitunter systemübergreifende Ausweitung.<sup>61</sup>

Talkshowisierung einerseits und „Beobachtungskompetenz“ andererseits sind zwei Seiten einer Medaille. Insofern bleibt festzuhalten, dass die Interpenetration zwischen Politik und Medien – verstanden als wechselseitige Durchdringung der beiden Systeme – nicht nur funktional ist, sondern auch „funktioniert“. Bezogen auf die Gefahren der „Fesselung“ der Politiker durch die Medien lassen sich die Betrachtungen zur politischen Kommunikation in Zeiten der Großen Koalition in vier Thesen zusammenfassen. Erstens: Die Veränderungen im Verhältnis von Politik und Medien wurden von der Großen Koalition nur zaghaf in ihrem Kommunikationsmanagement berücksichtigt. Zweitens: Wenn mit Sendungen wie „Hart aber fair“ (oder auch „links – rechts“) die Talkshowisierung eine neue Stufe erreicht hat, dann ist die „Kuschelphase“ für die Vertreter der Großen Koalition vorbei. Drittens: Das „Durchregieren“ gelingt kaum – die Große Koalition befindet sich in der Politikverflechtungs- und Reformfalle. Viertens: Das Kommunikationsmanagement bewegt sich zwischen Populismus und Professionalisierung, zwischen Medien- und Mitgliederansprache. Dies steht der Überwindung der Asymmetrie zwischen Programm, Köpfen und Reformkommunikation im Weg.

- 1| Neidhardt, Friedhelm: *Massenmedien im intermediären System moderner Demokratien*. In: Jarren, Otfried u.a. (Hrsg.): *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*. – Baden-Baden: Nomos, 2007. – S. 33-49, hier S. 41.
- 2| Hoffmann-Riem, Wolfgang: *Politiker in den Fesseln der Mediengesellschaft*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 41 (2000) 1, S. 107-127.
- 3| Vgl. die Beiträge in Schatz, Heribert / Rössler, Patrick / Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): *Politische Akteure in der Mediendemokratie: Politiker in den Fesseln der Medien?* – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002, die sich mit der These von Hoffmann-Riem auseinandersetzen.
- 4| Korte, Karl-Rudolf / Nieland, Jörg-Uwe / Ballensiefen, Moritz / Klingen, Tobias: *Ergebnisbericht der Medienanalyse zum Image und der Bewertung von Spitzenpolitikern und Parteien in der Politikberichterstattung 2005*. – Duisburg, 2006. – (Unveröffentlichtes Manuskript). Vgl. auch den Beitrag von Moritz Ballensiefen in diesem Band.
- 5| Ballensiefen, Moritz / Nieland, Jörg-Uwe: *Talkshowisierung des Fußballs. Der Volkssport in den Fesseln der Medien*. In: Mittag, Jürgen / Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): *Das Spiel mit dem Fußball. Interessen, Projektionen und Vereinnahmungen*. – Essen: Klartext Verlag, 2007. – S. 325-348.

- 6| Kamps, Klaus: *Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.
- 7| Jarren, Otfried / Lachenmeier, Dominik / Steiner, Adrian (Hrsg.): *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*. – Baden-Baden: Nomos, 2007. Vgl. grundlegend zu den unter dem Begriff „Governance“ gefassten Veränderungen für die Regierungstätigkeit und das Steuerungsvermögen moderner Staaten die Beiträge in Benz, Arthur (Hrsg.): *Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.
- 8| Vgl. Brettschneider, Frank: *Bundestagswahlkampf und Medienberichterstattung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2005) 51-52, S. 19-26 und Korte, Karl-Rudolf: *Was entschied die Bundestagswahl 2005?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2005) 51-52, S. 12-18.
- 9| Vgl. mit zahlreichen Analysen des „rot-grünen Projektes“ die Beiträge in Egle, Christoph / Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): *Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. Vgl. auch Brettschneider, Frank / Niedermayer, Oskar / Wessels, Bernhard: *Die Bundestagswahl 2005: Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. In: Brettschneider, Frank u.a. (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 9-21.
- 10| Jung, Michael / Wolf, Andrea: *Der Wählerwille erzwingt die große Koalition*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2005) 51-52, S. 3-12.
- 11| Vgl. mit einer politikwissenschaftlichen Einordnung Müller, Wolfgang C.: *Koalitionstheorien*. In: Helms, Ludger / Jun, Uwe (Hrsg.): *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*. – Frankfurt/M.: Campus, 2004. – S. 267-301 sowie Zohlnhöfer, Reimut: *Zwischen Kooperation und Verweigerung: Die Entwicklung des Parteienwettbewerbs 2002-2005*. In: Egle, Christoph / Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): *Ende des rot-grünen Projekts. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 125-150.
- 12| Vgl. Jun, Uwe: *Parteiensystem und Koalitionskonstellationen vor und nach der Bundestagswahl 2005*. In: Brettschneider, Frank u.a. (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 491-515. *Erinnert sei außerdem an den Ausbruch von Bundeskanzler Schröder am Wahlabend (vgl. zu seinem Vorwurf der Meinungsmacht der Medien Konken, Michael: Medienmacht und Medienmissbrauch*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2005) 51-52, S. 27-32), die Personaldebatten in der SPD (vor allem den Verzicht Münteferings auf den Parteivorsitz) und schließlich die unklare Positionierung von Edmund Stoiber.
- 13| Pehle, Heinrich / Sturm, Roland: *Die zweite Große Koalition: Regierung der „neuen Möglichkeiten“?* In: Pehle, Heinrich / Sturm, Roland: *Wege aus der Krise? Die Agenda der zweiten Großen Koalition*. – Opladen: Barbara Budrich, 2006. – S. 7-21.
- 14| Vgl. ebd. und Merkel, Wolfgang: *Durchregieren? Reformblockaden und Reformchancen in Deutschland*. In: Kocka, Jürgen (Hrsg.): *Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays*. – Berlin: Edition Sigma, 2007. – S. 27-45, hier S. 33. – (WZB-Jahrbuch 2006).
- 15| Vgl. die Beiträge in Derlien, Hans-Ulrich / Murswieck, Axel (Hrsg.): *Regieren nach Wahlen*. – Opladen: Leske + Budrich, 2001. *Grundlegend zur Regierungsforschung*: Korte, Karl-Rudolf / Fröhlich, Manuel: *Politik und Regieren in Deutschland*. – Paderborn: Schöningh, 2004.

- 16| Zohlhoyer: *Zwischen Kooperation und Verweigerung*. – (Fn. 11).
- 17| Vgl. Pehle / Sturm: *Die zweite Große Koalition*. – (Fn. 13).
- 18| Vgl. grundlegend zur Politikvermittlung Sarcinelli, Ulrich: *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005 sowie Jarren, Otfried / Donges, Patrick: *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*. – 2., überarb. Aufl. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.
- 19| Hachmeister, Lutz: *Nervöse Zone. Politik und Journalismus in der Berliner Republik*. – München: DVA, 2007.
- 20| Sarcinelli, Ulrich: *Politik als „legitimes Theater“?* In: *Vorgänge*, 158 (2002) 2, S. 10-22, hier S. 12.
- 21| Vgl. grundlegend zum Politainment Dörner, Andreas: *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*. – Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2001.
- 22| Vgl. zum Verhältnis von Darstellungs- und Entscheidungspolitik die Beiträge in Sarcinelli, Ulrich / Tenscher, Jens (Hrsg.): *Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zur Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung*. – Baden-Baden: Nomos, 2003.
- 23| Vgl. ausführlich Schatz, Heribert / Nieland, Jörg-Uwe: *Zum Verhältnis von Fernsehen und Politik in Zeiten der Medialisierung politischer Kommunikation*. In: Blum, Roger u.a. (Hrsg.): *Mediengesellschaft: Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. – S. 376-399; *zum Mediensystem und speziell zu seinen Wechselwirkungen mit dem politischen System* Marschall, Stefan: *Das politische System Deutschlands*. – Konstanz: UVK, 2006 (v.a. Kap. 4) sowie Jarren / Donges: *Politische Kommunikation*. – (Fn. 18).
- 24| Hachmeister: *Nervöse Zone*. – (Fn. 19).
- 25| Vgl. mit einem Überblick zum Forschungsstand sowie zahlreichen Analysen zu neuen Formaten die Beiträge in Tenscher, Jens / Schicha, Christian (Hrsg.): *Talk auf allen Kanälen. Angebote, Akteure und Nutzer von Fernsehgesprächssendungen*. – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002 sowie Schultz, Tanjev: *Geschwätz oder Diskurs? Die Rationalität Politischer Talkshows im Fernsehen*. – Köln: Herbert von Halem, 2006.
- 26| Vgl. bspw. Rossum, Walter van: *Meine Sonntage mit Sabine Christiansen*. – Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2004.
- 27| Vgl. Schicha, Christian: *Die Inszenierung politischer Diskurse. Beobachtung zu Politikerauftritten in Fernsehtalkshows*. In: Tenscher, Jens / Schicha, Christian (Hrsg.): *Talk auf allen Kanälen. Angebote, Akteure und Nutzer von Fernsehgesprächssendungen*. – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002. – S. 213-232.
- 28| Vgl. Tenscher, Jens: *„Sabine Christiansen“ und „Talk im Turm“*. Eine Fallanalyse politischer Fernsehtalkshows. In: *Publizistik*, 44 (1999) 3, S. 317-333 und Nieland, Jörg-Uwe / Tenscher, Jens: *Talkshowisierung des Wahlkampfes? Eine Analyse von Politikerauftritten im Fernsehen*. In: Sarcinelli, Ulrich / Schatz, Heribert (Hrsg.): *Mediendemokratie im Medienland?* – Opladen: Leske + Budrich, 2002. – S. 319-394.
- 29| Sarcinelli, Ulrich / Tenscher, Jens: *Polit-Flimmern und sonst nichts? Das Fernsehen als Medium symbolischer Politik und politischer Talkshowisierung*. In: Klingler, Walter u.a. (Hrsg.): *Fernsehforschung in Deutschland. Themen – Akteure – Methoden*. – Teilbd. 1. – Baden-Baden: Nomos, 1998. – S. 303-318. – (Medienforschung / Südwestfunk; 1).
- 30| Vgl. Nieland / Tenscher: *Talkshowisierung*. – (Fn. 28) sowie Schultz: *Geschwätz oder Diskurs?* – (Fn. 25).
- 31| In den USA ist dieser Trend schon seit den 1980er Jahren zu beobachten.
- 32| Hinzu kommen noch eine Reihe von unterhaltenden Talkshows in den Dritten Programmen der ARD (v.a. WDR, NDR, BR und SWR).
- 33| Diese Prognose äußerte 1999 der Politik- und Medienberater Albrecht Müller vor dem Hintergrund seiner Beobachtungen zum Bundestagswahlkampf 1998. Vgl. Müller, Albrecht: *Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie. Beobachtungen zum Bundestagswahlkampf 1998*. – Opladen: Leske + Budrich, 1999. – (Medienforschung / Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen; 30).
- 34| Vgl. Nieland / Tenscher: *Talkshowisierung*. – (Fn. 28) und Schultz: *Geschwätz oder Diskurs?* – (Fn. 25).
- 35| Schultz: *Geschwätz oder Diskurs?* – S. 305. – (Fn. 25).
- 36| Ebd., S. 299-300.
- 37| Vgl. Rossum: *Meine Sonntage mit Sabine Christiansen*. – (Fn. 26).
- 38| Schultz: *Geschwätz oder Diskurs?* – S. 305. – (Fn. 25).
- 39| Dörner: *Politainment*. – (Fn. 21).
- 40| Siehe <http://www.wdr.de/tv/hartaberfair/frankplasberg/index.php5> [21. April 2008].
- 41| Vgl. Korte / Nieland / Ballensiefen / Klingen: *Ergebnisbericht*. – (Fn. 4).
- 42| Ebd.
- 43| Leyendecker, Hans: *Völlig egal? Noch nicht ganz. Der Auftritt Franz Beckenbauers bei Maybrit Illner macht deutlich, warum nach neuen Talkshowformaten gesucht wird*. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 4./5. September 2006. – S. 23. Vgl. auch Korte, Karl-Rudolf: *„Nie war Politik so unbeobachtet.“ Interview mit Karl-Rudolf Korte im Deutschlandradio (Moderation Dirk Müller) am 22. Mai 2006*. – [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/503045/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/503045/) [9. Juni 2006].
- 44| Vgl. Korte: *„Nie war Politik so unbeobachtet.“* – (Fn. 43) und Ballensiefen / Nieland: *Talkshowisierung des Fußballs*. – (Fn. 5).
- 45| Korte: *„Nie war Politik so unbeobachtet.“* – (Fn. 43). Vgl. auch Schumacher, Hajo: *Die zwölf Gesetze der Macht. Angela Merkels Erfolgsgeheimnisse*. – München: Blessing, 2006.
- 46| Vgl. zur Reformkommunikation der Großen Koalition auch den Beitrag von Karl-Rudolf Korte in diesem Band.
- 47| Merkel: *Durchregieren?* – S. 29-30. – (Fn. 14).
- 48| Ebd.: vgl. auch Pehle / Sturm: *Die zweite Große Koalition*. – (Fn. 13).
- 49| *Vetospieler sind individuelle oder kollektive Akteure, deren Zustimmung notwendig ist, um den Status quo in einem Politikfeld zu ändern. Vetospieler können sowohl Institutionen (institutional veto players) als auch Parteien (parisan veto players) sein; vgl. beispielsweise Merkel: Durchregieren?* – S. 33. – (Fn. 14).
- 50| Merkel: *Durchregieren?* – S. 35. – (Fn. 14).
- 51| Ebd., S. 32-33.
- 52| Vgl. ebd., S. 42-43.
- 53| Karl-Rudolf Korte spricht von „protestantischer Demutsethik“. Vgl. zum Politik- bzw. Regierungsstil von Angela Merkel Schumacher: *Die zwölf Gesetze der Macht*. – (Fn. 45).
- 54| Vgl. mit diesem Befund auch weitere Beiträge in Kocka, Jürgen (Hrsg.): *Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays*. – Berlin: Edition Sigma, 2007. – (WZB-Jahrbuch 2006).
- 55| Vgl. grundlegend auch Helms, Ludger: *Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005 sowie die Beiträge in Köhler, Miriam Melanie / Schuster, Christian H. (Hrsg.): *Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierungen und deren Beratern*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.



- 56| Kamps: *Politisches Kommunikationsmanagement*. – (Fn. 6).  
 57| Heinze, Rolf G.: *Die Berliner Räterepublik. Viel Rat – wenig Tat? – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002.*  
 58| Kamps: *Politisches Kommunikationsmanagement*. – (Fn. 6). Vgl. auch Helms: *Regierungsorganisation*. – (Fn. 55).  
 59| Vgl. v.a. Kamps: *Politisches Kommunikationsmanagement*. – (Fn. 6) sowie Neidhardt: *Massenmedien*. – (Fn. 1).  
 60| Kamps: *Politisches Kommunikationsmanagement*. – (Fn. 6).  
 61| Ebd.

## PICTURE POLITICS

### DER BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2005 IM BILD DER MEDIEN

*Moritz Ballensiefen*

Als am Nachmittag des 22. Mai 2005 die ersten Prognosen zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen aus Düsseldorf nach Berlin geschickt wurden, war schnell klar, dass an diesem Tag die letzte rot-grüne Landesregierung abgewählt wurde. Nachdem Heide Simonis zuvor in Schleswig-Holstein eine bittere Wahlniederlage erlitt, markierte der Machtverlust im SPD-Stammland NRW den Tiefpunkt in der Zustimmung der Bürger für die Berliner Regierungsparteien. Die politische Tragweite dieses Maitages wurde noch dadurch verstärkt, dass kurz nach dem Bekanntwerden des Düsseldorfer Ergebnisses eine direkte Reaktion aus der Berliner SPD-Parteizentrale folgte: Der Parteivorsitzende Franz Müntefering kündigte aufgrund der zunehmenden Machterosion vorgezogene Neuwahlen auf Bundesebene an. Die Entscheidung dazu war, soweit es sich heute rekonstruieren lässt, zwischen Gerhard Schröder und Franz Müntefering allein entstanden – jedoch nicht vorab mit der Parteiführung oder dem Koalitionspartner abgestimmt worden.<sup>1</sup> Die Ankündigung überraschte zu diesem Zeitpunkt nicht nur die Wähler, sondern auch die Parteien, deren Spitzenpersonal, die Medien und die Wissenschaft – letztlich aber auch die SPD selbst. Sogar der Bundespräsident soll erst aus dem TV von den Neuwahlplänen erfahren haben.

Unter diesen Voraussetzungen bildet die Bundestagswahl 2005 eine Ausnahme- bzw. Überraschungswahl, die in die Wahlgeschichte der Bundesrepublik Deutschland eingeht.<sup>2</sup> Nach den Wahljahren 1972 und 1983 wurde der Bundestag 2005 zwar bereits zum dritten Mal erfolgreich frühzeitig aufgelöst, jedoch bilden die Umstände der Neuwahlentscheidung eine Besonderheit, die sich entscheidend auf den Verlauf des Wahlkampfes auswirkte.

Über Nacht war es Aufgabe der Wahlkampfplaner, eigene Programme und Strategien ohne zeitlichen Vorlauf zu entwerfen.<sup>3</sup> Denn obwohl noch drei staatsrechtliche Hürden zu nehmen waren – das Misstrauensvotum im Bundestag, die Auflösung des Parlaments durch den Bundespräsidenten sowie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts –, begann der Wahlkampf am 22. Mai um 18.22 Uhr mit Münteferings TV-Statement zur Neuwahl.<sup>4</sup>

Die Herbeiführung vorgezogener Neuwahlen wurde zu diesem Zeitpunkt mit Blick auf die schlechten Umfragwerte der rot-grünen Regierung zwar als verzweifelte „Harakiri-Aktion“ wahrgenommen und bewertet, strategisch brachte Schröders Entscheidung jedoch ein wichtiges Überraschungsmoment ein. Im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlkämpfen, die mit zunehmender Professionalität und damit einhergehend mit hohem kosten- und zeitintensiven Aufwand geführt wurden<sup>5</sup>, ließ der Wahlkampf 2005, beeinflusst durch verschiedene Faktoren, diese ausführliche Planung und Umsetzung nur bedingt zu.<sup>6</sup> Das Zusammenwirken dieser Faktoren erhöhte den Druck auf die Parteien, für die Vermittlung ihrer Wahlbotschaften – sowie zum Aufbau der Kandidatenimages<sup>7</sup> – neue Kommunikationswege zu nutzen. Um die Wähler in dieser Ausnahme-situation zu informieren und zu mobilisieren, griffen die Wahlkampfstrategen der Parteien im Vergleich zu den Vorjahren überdurchschnittlich intensiv auf das Instrument der Medienkommunikation zurück: Mit dem Ziel, den stark heterogenen und volatilen Wählermarkt zu erreichen, entschieden sich die Wahlkämpfer bewusst gegen Infostand, Wahlplakat und Bürgerveranstaltung und für einen Medienwahlkampf, der eine hohe, kommunikative Effizienz ermöglichte.<sup>8</sup> Welche Aufgabe der Medienberichterstattung zur Bundestagswahl 2005 zukam, machte der Auftritt Gerhard Schröders in der Elefantenrunde am Wahlabend deutlich. Als Grund für seine Wahlniederlage führte der Bundeskanzler „Medienmacht und Medienmanipulation“ an. Wie sich dieser Vorwurf – und damit die Funktion von Medienberichterstattung in der Wahlkommunikation – unter

Berücksichtigung der visuellen Ebene untersuchen lässt, soll im Folgenden erörtert und exemplarisch dargestellt werden. Die konkrete Fragestellung – orientiert am Vorwurf einer tendenziellen Berichterstattung – lautet daher: Wie haben die meinungsbildenden Printmedien in den verschiedenen Phasen des Bundestagswahlkampfes die Kandidaten visuell dargestellt?

### IMAGE STATT INHALT?

Den Massenmedien kommt eine Leitfunktion zur Information der Wähler zu, die in der Wahlkampfkommunikation der Parteikampagnen einen hohen Stellenwert einnimmt. Der Bundestagswahlkampf 2005 hat gezeigt, dass der hohe Grad an Professionalität der wahlkämpfenden Parteien<sup>9</sup> sich in dem Versuch auswirkt, über den klassischen *paid-media*-Kanal der parteieigenen Kampagnen hinaus auch verstärkt Einfluss auf die *free-media*-Berichterstattung zu nehmen.<sup>10</sup> Die parteieigenen Wahlteams beschäftigen dazu ehemalige Journalisten und PR-Profis, welche die politischen Botschaften maßgerecht an die Bedürfnisse der Medien anpassen, um die Selektionskriterien der *Gatekeeper* zu erfüllen, und damit die Parteibotschaft medial transportieren zu können.<sup>11</sup> Dabei verschob sich die Parteienkommunikation im Bundestagswahlkampf 2005 von der Öffentlichkeitsarbeit hin zu dem „Versuch der Einflussnahme auf redaktionelle Berichterstattung“. <sup>12</sup> Einen Bereich vernachlässigen die Kommunikationsexperten trotz zunehmender personeller wie instrumenteller Professionalisierung bisher jedoch: die visuelle Politik(er)darstellung.

Wie bereits aufgezeigt wurde, bietet der Bundestagswahlkampf 2005 eine besondere Ausgangssituation für die Politiker, Parteien und ihre Medienteams. Auf der anderen Seite stellte der Wahlkampf aber auch die Journalisten selbst vor eine Herausforderung, da sie durch das gesteigerte Öffentlichkeitsinteresse der Parteien einerseits sowie den Informationsbedarf der Bürger nach politischer Wahlberichterstattung andererseits selbst zu Akteuren des Wahlkampfes wurden. Dabei zeigt die Praxis, dass „ständig neue Wege gegangen werden, um die Distanz zwischen Politik und Journalismus abzubauen“.<sup>13</sup>

Siegfried Weischenberg stellt im Vergleich zur medialen Berichterstattung über die Wahlkämpfe 1998 und 2002 eine verdichtete, qualitative Überschneidung zwischen Politik und Medien heraus. Darüber hinaus lasse

sich in einigen Phasen des Wahlkampfes innerhalb der Leitmedien ein medialer Mainstream nachweisen, da Journalisten zunehmend damit überfordert seien, ihre eigene Rolle als außenstehende, kritische Berichtersterter wahrzunehmen. Es stelle sich daher die Frage, „welche Leute das heutzutage eigentlich sind, die in und für die Medien das Geschäft der Information und Orientierung über die Politik betreiben sollen“. <sup>14</sup> Hinzu kommt die begleitende Sichtweise aus dem wissenschaftlichen Blickwinkel. Denn auch die Wahlforschung war von der Neuwahlankündigung im Mai 2005 überrascht, die Planungen zur Analyse der Bundestagswahl waren erst ein Jahr später terminiert. So mussten auch im Bereich der Wissenschaft innerhalb kürzester Zeit Instrumentarien zur Beobachtung des Wahlkampfes aufgestellt werden. Um den Medienwahlkampf und die Funktion der politischen Berichterstattung der Medien zu untersuchen, wurde kurzerhand auf das klassische Analyseinstrument der Inhaltsanalyse zurückgegriffen. Dabei ist die Medienanalyse als Instrument nur bedingt anwendbar, um die Besonderheiten des Medienwahlkampfes 2005 zu erfassen. Denn beispielsweise der ausgeprägte Kommunikationskanal der visuellen Politikvermittlung lässt sich mit diesem standardisierten Tool bisher lediglich quantitativ untersuchen. Dieser Analyseansatz liefert jedoch in der bisherigen Auslegung lediglich Ergebnisse mit beschränkter Aussagekraft. <sup>15</sup> Bis eine Semantisierung und damit eine feste Zuschreibung einzelner Bildmotive abgeschlossen ist, muss auf dem Feld der Bildanalyse noch viel Pionierarbeit geleistet werden. <sup>16</sup>

Anhand einer Darstellungs-Analyse der *free-media*-Berichterstattung wird explizit der Teil der visuellen politischen Berichterstattung untersucht, der über die gängigen Anwendungsverfahren im Bereich der Inhaltsanalyse bisher nicht zu leisten ist. Zu diesem Zweck wurde ein modifiziertes Kategoriensystem sowie ein spezielles Analyseverfahren entwickelt. <sup>17</sup> Als Untersuchungsmaterial dienen fünf ausgewählte Leitmedien mit hohen Auflagen- und Reichweiten. <sup>18</sup> Konkret wurden die folgenden Titel inhaltlich analysiert:

- *Süddeutsche Zeitung (SZ)*,
- *Die Welt*,
- *Bild Zeitung*,
- *Financial Times Deutschland (FTD)*,
- *Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)*.

Die Untersuchung der Berichterstattung beschränkt sich jeweils auf den politischen Teil der Printmedien. Den Analysegegenstand bilden alle redaktionell publizierten Visualisierungen innerhalb der Berichterstattungen. <sup>19</sup> Der Untersuchungszeitraum der Analyse umfasst insgesamt sechs Monate der Berichterstattung, beginnend mit der Landtagswahl in NRW und endend mit der Regierungserklärung der Großen Koalition. Dabei wurden sechs Phasen innerhalb des Wahlkampfes markiert und anhand dieser Zeitpunkte mit hoher medialer Intensität insgesamt neun Analysewochen ausgewählt, die dadurch eine periodische Auswertung im Hinblick auf die Konstanz der jeweiligen Berichterstattung zulassen.

### MEDIALE ZUGANGSKRITERIEN

Zugang zu den Massenmedien erhalten nur die Informationen, die die Anforderungen der medialen *Gatekeeper* erfüllen. Um die Selektionskriterien der Zugangsregulierung zu erfüllen, müssen sich Politiker den Spielregeln der Medienbranche anpassen. <sup>20</sup> Aber auch die Medien selbst sind auf möglichst exklusive Informationen aus dem politischen Prozess angewiesen. Langfristige Dominanzen einer Seite lassen sich nicht belegen, eher kann man das Verhältnis zwischen Medien und Politik als „wechselseitige Dominanz und Abhängigkeit“ ansehen. <sup>21</sup>

Zweifellos kommt der massenmedialen Vermittlerrolle eine zentrale Funktion innerhalb der Politikformulierung zu <sup>22</sup>, denn anders als bei der *Face-to-Face*-Kommunikation <sup>23</sup>, wie der Informationsveranstaltung einer Partei oder der Rede des Kandidaten vor Bürgern im Wahlkreis, steigt die Rezipientenzahl durch einen Medienauftritt um ein Vielfaches. <sup>24</sup> Dieses Erkenntnis bewirkt durchaus eine Veränderung der täglichen, politischen Arbeit in der Medienrepublik und der Formulierung politischer Botschaften generell.

In Wahlkampfzeiten als „Hochphase politischer Kommunikation“ <sup>25</sup>, kommt die *going-public*-Strategie noch einmal in verstärktem Maße zum Tragen. „Anstatt über klassische Wahlveranstaltungen und den Infostand in der Fußgängerzone, werden im Medienwahlkampf die politischen Botschaften als [...] Politik-Häppchen verbreitet“. <sup>26</sup> Kurzum: Die mediale Berichterstattung ist ein höchst effizientes Kommunikationsinstrument für politische Akteure und ihre Botschaften. Doch wie verändert die Mediendarstellung die Wahrnehmung politischer Prozesse und ihrer Akteure?

## VERÄNDERTE MEDIENNUTZUNG – VERÄNDERTE POLITIKDARSTELLUNG

Im Jahr 2005 verbrachte jeder Bürger durchschnittlich 600 Minuten pro Tag mit Medienkonsum.<sup>27</sup> Diese ansteigend hohen Nutzungswerte resultieren aus einer immer größer werdenden Reichweite der klassischen Massenmedien sowie dem Ausbau von Medienzugängen, hier insbesondere der Verbreitung des Breitbandinternets, und den so genannten neuen Medien.<sup>28</sup> Auffällig ist das niedrige Niveau der Tageszeitungsnutzung, welches nur noch bei 28 Minuten pro Tag liegt. Die Zeiten des morgendlichen und über Generationen etablierten Rituals, dass zum Frühstück die Tageszeitung wie Kaffee und Brötchen gehört, scheinen vorbei zu sein. Allgemein lässt sich durch die Etablierung des neuen Medienmarktes ein relatives Absinken der klassischen Medien in Bezug zur Gesamtnutzungsdauer feststellen, die sich unmittelbar auf die Darstellung politischer Inhalte in den Medien auswirkt.<sup>29</sup>

Als Grund für den Nutzerrückgang der Printmedien sind die Ausbreitung des Internets und die Übernahme von online-spezifischen Mustern zur Informationsaufnahme zu benennen. Um dem Bedeutungsverlust entgegenzuwirken, müssen klassische Medien – und hier insbesondere die Gruppe der Printmedien – daher ihre inhaltliche wie visuelle Ausrichtung überarbeiten, um sich auf dem Meinungsmarkt zukünftig noch behaupten zu können. Neben der *formalen* Anpassung der Tageszeitungen – beispielsweise durch lesefreundliche Tabloid-Formate – an ihren schleichenden Bedeutungsverlust lassen sich weitergehende *inhaltliche* Anpassungen feststellen. Dazu zählen auch die zu konstatierende gestiegene Verwendung von visuellen Elementen und die damit verbundene Verkürzung von Textinhalten innerhalb der Berichterstattung.<sup>30</sup>

Mit dem Handlungsschritt, Printmedien konkurrenzfähig zur Internetkommunikation zu machen, greifen die Blattmacher vermehrt auf visuelle Darstellungen – in Form von Fotos, Grafiken, Karikaturen, Infodiagrammen usw. – zurück. Auf Seiten der Journalisten hat sich dieser Hang zur Bebilderung in eine „Sucht nach Bildern“ gesteigert.<sup>31</sup> Diese visuelle Darstellungsverschiebung hat sich auch auf die politische Berichterstattung ausgewirkt.

## DIE MACHT DER BILDER

Die aufgeführten Entwicklungen der Printmedien verdeutlichen, welche inhaltlichen wie formalen Aspekte Bilder innerhalb der Medienberichterstattung erfüllen: Sie weisen eine Anziehungskraft auf, um auch komplexen, sachlichen Themen einen entscheidenden Aufmerksamkeitsvorteil zu verschaffen. Dabei verfügen Bilder innerhalb der Berichterstattung über drei zentrale Funktionen. Erstens die *Belegfunktion*. Bilder dokumentieren scheinbar die Realität und erzeugen darüber eine suggestive Authentizität. Zweitens die *Werbefunktion*, also die Verwendung von Bildern als *eyecatcher* und Aufmerksamkeitserzeuger. Drittens erfüllen Bilder eine *Darstellungsfunktion*, die für die Verstärkung der textlichen Nachrichtenelemente verantwortlich ist. Thomas Schierl vertieft diese Beobachtung des Bild-Text-Verhältnisses und nennt zentrale Merkmale dafür, warum Bilder im Darstellungswettbewerb gegenüber Texten Vorteile erlangen<sup>32</sup>:

- Bilder werden früher, häufiger und länger beachtet als andere Gestaltungselemente,
- Bilder werden nicht nur zuerst fixiert, sondern auch schneller erfasst als Texte,
- Bilder eignen sich besonders gut für einen Emotionstransfer,
- Bilder werden besser behalten als verbale Informationen.

Aufbauend auf diesem spezifischen Vorteil der visuellen Kommunikation gegenüber der textlichen<sup>33</sup>, erwirkt diese visuelle Zeitenwende einen direkten Einfluss auf die politische Kommunikation. Denn der Visualisierungsdruck wirkt sich einerseits auf die Berichterstattung *über* politische Ereignisse aus – andererseits ändert sich das mediale Anforderungsprofil an die Darstellungspolitik. Um den Medienzugang zu bekommen, müssen politische Nachrichten neben dem Newswert nun also auch Bildkriterien erfüllen, um „berichtenswert“ zu sein. Das erzeugt für den generell darstellungsarmen politischen Alltagsbetrieb eine gesteigerte Sensibilität hin zu inszenierten Bildmomenten. Der Kampf um die Bildhoheit ist damit eröffnet.

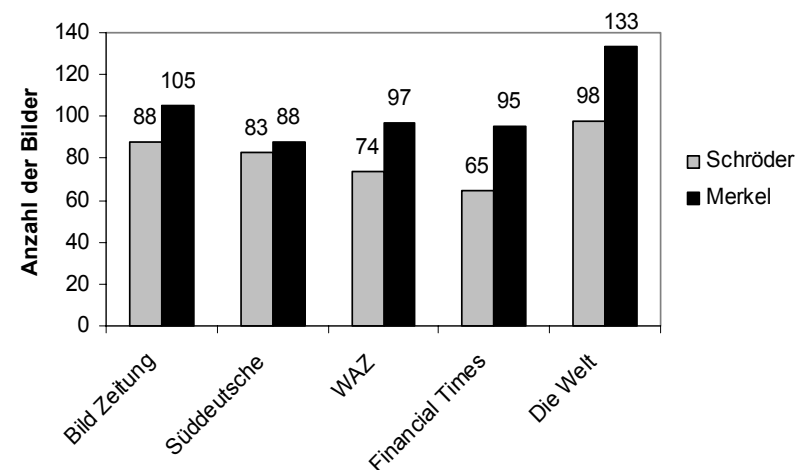
## BILDKOMMUNIKATION IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2005

Dass der Bildkommunikation in Wahlkämpfen, als Hochphase politischer Kommunikation, eine exponierte Funktion zukommt, geht einerseits auf die emotionalisierende und aufmerksamkeitsstarke Wirkung von Bild-

elementen zurück, andererseits ist es als Reaktion auf den Visualisierungsdruck der klassischen Medien zu werten. Im Folgenden sollen exemplarisch einige zentrale Ergebnisse der Inhaltsanalyse zur Bedeutung der visuellen Kommunikation innerhalb der Wahlberichterstattung 2005 aufgezeigt werden.

Verschiedene Inhaltsanalysen haben anhand einer Vielzahl von Forschungsfragen die mediale (Kandidaten-)Kommunikation untersucht.<sup>34</sup> Dabei ist auffällig, dass im Bundestagswahlkampf 2005 ein Rollentausch der Akteure stattfand.<sup>35</sup> Die rot-grüne Regierung wurde aufgrund ihrer kritischen Ausgangslage und der Neuwahlankündigung bereits als Opposition wahrgenommen. Die Union auf der anderen Seite trat, aufbauend auf souveränen Vorsprüngen in Meinungsumfragen, bereits als designierte Regierungspartei auf.<sup>36</sup> Die Union und ihre Spitzenkandidatin profitierten dabei von der Schwäche der SPD, nicht von der eigenen Stärke. Die Union führte einen gouvernementalen Wahlkampf – anstatt eines Wahlprogramms wurde gleich ein Regierungsprogramm vorgestellt –, was den Rollentausch innerhalb des Wahlkampfes komplettierte. Die inhaltsanalytische Auswertung der Print-Berichterstattung zeigt analog, dass sich kein Kanzlerbonus für den Amtsinhaber Gerhard Schröder nachweisen lässt. Im Gegenteil: Angela Merkel wird vielmehr bereits als gefühlte Kanzlerin dargestellt, ihr Kompetenzteam um den Finanzexperten Kirchhof wird gleichzeitig zur Ministerrunde. Dass sich dieses verzerrte Bild auch durch die Analyse der visuellen Berichterstattung belegen lässt, zeigt Abbildung 1. Anhand der quantitativen Auswertung lässt sich nachvollziehen, dass Angela Merkel in allen untersuchten Medien, gemessen an der visuellen Präsenz, einen Vorteil gegenüber Gerhard Schröder besitzt. Besonders signifikant ist dieser Kontrast in der *Financial Times* (Merkel ist auf dreißig Bildern mehr abgebildet), *Die Welt* lässt Angela Merkel sogar auf 35 Bildern mehr erscheinen. Dadurch dass Bilder Aufmerksamkeit erzeugen und innerhalb des Wahlkampfes in der Lage sind, den Blick auf eine Person oder ein nachfolgendes Thema zu lenken, besitzt Angela Merkel im Bereich der Visibilität einen deutlichen Vorsprung gegenüber dem Amtsinhaber.

Abb. 1: Vergleich quantitative Bildpräsenz Gerhard Schröder und Angela Merkel



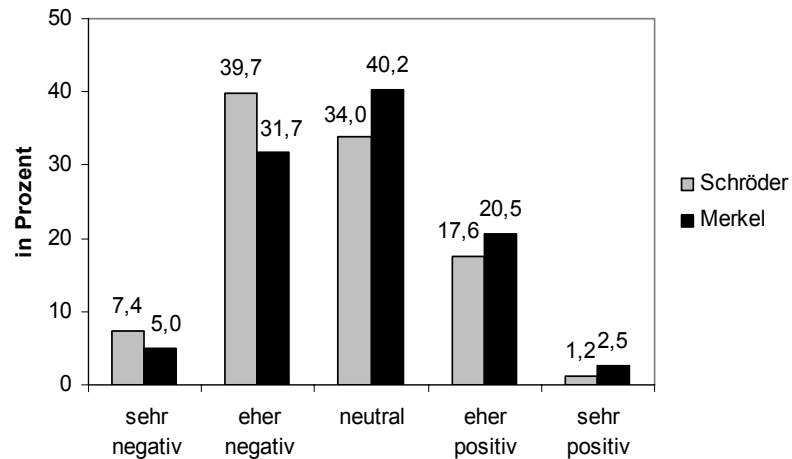
Quelle: Eigene Darstellung.

Relativierend muss jedoch angemerkt werden, dass die alleinige Aussagekraft der Häufigkeit der Bilddarstellung lediglich gering einzuschätzen ist. Bei der Aufschlüsselung der jeweiligen Kandidatenfotos nach ihrer Größe wird jedoch deutlich, dass Angela Merkel als Herausforderin nicht nur häufiger auf Bildern erscheint, sondern auch prominenter platziert wird. Innerhalb der Inhaltsanalyse wurde die Größe und Platzierung des jeweiligen Bildes festgehalten. Als Beispiel für besonders hohe Aufmerksamkeit ist die Kategorie des Aufmacherbildes zu betrachten. Angela Merkel taucht in der Wahlberichterstattung auf 113 Titelbildern auf, Amtsinhaber Gerhard Schröder bringt es im Gegensatz auf 89 Abdrucke.

Die qualitative Bildauswertung wird durch einen besonderen Kriterienkatalog ermöglicht, der auf interdisziplinären Forschungsergebnissen der Bildkommunikation aufbaut. Durch verschieden angelegte Untersuchungen zur Bildwirkung konnten Merkmale separiert werden, denen eine bestimmte Bedeutung in der Wahrnehmung zugemessen werden kann – beispielsweise werden ein gesenkter Blick, ein abgeknickter Kopf, eine Aufnahme von oben herab oder ein durch die Hand verdeckter Mund als negativ wahrgenommen. Anhand einer Vielzahl differenzierender Indikatoren entstand ein Analysetool, mit dem sich die Bildtendenz der Berichterstattung in Form einer kumulativen Gesamtwertung ermitteln lässt. Die

methodische Anforderung an das Verfahren besteht – anders als z.B. in der Kunstwissenschaft – nicht darin, die Attraktivität eines Bildes zu bewerten, sondern nach objektiven, nachvollziehbaren Kriterien die Tendenz eines Medienbildes anhand der Abwägung einzelner Darstellungsmerkmale zu ermitteln. Dem gegenübergestellt wurde die textliche Kommentierung in Form von Bildunterschriften- und Kommentaren sowie den dazugehörigen Artikelüberschriften.

Abb. 2: Bildtendenz der Berichterstattung über Gerhard Schröder und Angela Merkel



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Erhebung der Bildtendenz innerhalb der Berichterstattung, siehe Abbildung 2, belegt eine positivere visuelle Darstellung Angela Merkels. Auffallend ist der hohe Anteil negativer Darstellungen beider Kandidaten. Die Visualisierungen der Unions-Kandidatin werden jedoch im Vergleich zum Amtsinhaber weniger häufig *negativ*, dafür deutlich häufiger *neutral* sowie *eher positiv* dargestellt. Die neutralen Bildtendenzen, die bei Gerhard Schröder 34,0 und bei Angela Merkel 40,2 Prozent der gesamten Berichterstattung ausmachen, erhalten zusätzliche Bedeutung dadurch, dass die Texttendenz bei jeweils 70,2 und 68,8 Prozent an neutralen Wertungen liegt. Im Vergleich zwischen textlicher und visueller Kandidatendarstellung lässt sich festhalten, dass sowohl Schröder als auch Merkel im Bild deutlich negativer dargestellt werden als im Text.

Vor diesem Hintergrund nimmt das Operationalisierungsdefizit aus wissenschaftlicher Sicht eine besondere Bedeutung ein. Denn während Instrumente zur inhaltsanalytischen Ermittlung der Texttendenz mittlerweile zum Standardprogramm der Kommunikationsforschung gehören, stehen der Bildanalyse bisher kaum praktikable Methoden zur Verfügung. Oder anders formuliert: Wenn Journalisten – wie im Fall Hans-Ulrich Jörges und seiner *Stern*-Kolumne „Zwischenruf“ öffentlich kritisiert – im Wahlkampf Partei ergreifen, kann dies empirisch belegt werden und fällt dadurch recht schnell auf. Im Bereich der Bildkommunikation ist so eine Beobachtungs- und Kontrollfunktion der Medienberichterstattung bisher nicht ausreichend möglich.

#### FAZIT: VOM MEDIEN- ZUM BILDERWAHLKAMPF?

Der Medienwahlkampf 2005 hat gezeigt, dass sich die politische Berichterstattung in einem wesentlichen Punkt verändert hat: Der Visualität des Politischen. Die Bedeutung der Medien zur Information und Mobilisierung der Wähler innerhalb des Wahlkampfes war im Wahljahr 2005 als besonders hoch einzustufen. Durch die Veränderungs- und Anpassungstendenzen der klassischen Medien an neue Darstellungslogiken sind direkte Auswirkungen auf die Politikberichterstattung nachzuweisen. Daraus ergibt sich, dass es für politische Spitzenvertreter längst nicht mehr ausreicht, sich nur auf mediengerechte Statements vorzubereiten, um medial wahrgenommen zu werden – die Strategie muss mittlerweile verstärkt dahin gehend ausgelegt werden, diese Botschaft auch visuell vermitteln zu können. Parallel zur Professionalisierung der politischen Kommunikation muss folglich auch die visuelle Präsenz der Politiker geschult werden, um massenmediale Aufmerksamkeit für die eigene Person – und darüber für die Partei – anzuziehen.<sup>37</sup> „Politiker, die nicht willens oder nicht fähig sind, dem vor dem Bildschirm thronenden Souverän das ihm mundende nonverbale Futter zu reichen, werden verschwinden. An ihrer Stelle wird ein neuer, weitaus geschmeidigerer Typus von Politiker auf der Bildfläche erscheinen, der gewissermaßen maßgerecht für das Auge des Betrachters gezüchtet wurde“.<sup>38</sup>

In den USA gehört das visuelle Kandidatencoaching und der Einsatz eigener Bildstrategien – spätestens seit Ronald Reagan – zum festen Instrumentenkatalog der Kommunikationsexperten und hat sich mittlerweile auch in der Darstellung des politischen Alltags etabliert. Dieser Sensibilisierungsprozess hat in der politischen Kommunikation der Par-



teilen in der Bundesrepublik Deutschland erst zu einem geringen Teil stattgefunden. Dabei zeigt das Fallbeispiel des Bundestagswahlkampfes 2005, dass in einer Hochphase der politischen Kommunikation, in dem die Bürger mit politischen Informationen und Deutungsansätzen über die Medien überflutet werden, Bilder eine Ankerfunktion einnehmen, die Images, Positionen und Sympathien subsumieren. Folglich führt in einer Mediendemokratie „Bildverlust zu Machtverlust“.<sup>39</sup>

Gründend auf der „Macht der Bilder“, die sie in der quantitativen wie qualitativen Funktion als mediale Simplifizierung und Emotionalisierung erfüllen, ist für die Politik die strategische Ausrichtung zur Schaffung eigener, authentischer Bildmomente notwendig, um einerseits die medialen Zugangskriterien weiter zu erfüllen und andererseits selbst möglichst viel Einfluss auf die mediale Bilddarstellung nehmen zu können und somit die „Macht über die Bilder“ der journalistischen Seite vorwegzunehmen.

- 1| Vgl. Schartau, Florian: *Wer wen? Informelles Regieren in der Berliner Republik 1998-2005*. – Marburg: Tectum, 2008. – S. 6; Rattinger, Hans / Juhasz, Zoltan: *Die Bundestagswahl 2005. Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager*. – München: Hans-Seidel-Stiftung, 2006. – S. 6. – (Aktuelle Analysen / Hans-Seidel-Stiftung; 41).
- 2| Vgl. Holtz-Bacha, Christina: *Bundestagswahl 2005 – Die Überraschungswahl*. In: dies. (Hrsg.): *Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2005*. – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2006 und Korte, Karl-Rudolf: *Rückblick auf Ausnahme-Wahlen*. In: *Internationale Politik*, 10 (2005), S. 62-63.
- 3| Vgl. Korte, Karl-Rudolf: *Was entschied die Bundestagswahl 2005?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2005) 51-52, S. 12-18; Schmitt-Beck, Rüdiger / Faas, Thorsten: *The Campaign and its Dynamics at the 2005 German General Election*. In: *German Politics*, 15 (2006), S. 393; Holtz-Bacha: *Bundestagswahl 2005*. – S. 12. – (Fn. 2); Brettschneider, Frank: *Bundestagswahlkampf und Medienberichterstattung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2005) 51-52, S. 19.
- 4| Niedermayer, Oskar: *Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005: Parteistrategien und Kampagnenverlauf*. In: Brettschneider, Frank / Niedermayer, Oskar / Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 27.
- 5| Vgl. etwa Tenscher, Jens: *Professionalisierung nach Wahl. Ein Vergleich der Parteikampagnen im Rahmen der jüngsten Bundestags- und Europawahlkämpfe in Deutschland*. In: Brettschneider, Frank u.a. (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2005*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 65-96.

- 6| *Nicht nur die kurze Vorlaufzeit der Kampagnenplanung ist dabei zu berücksichtigen, sondern auch die strapazierten Wahlkampfkassen der Parteien. Hinzu kam, dass die anvisierte Zeitplanung zur Neuwahl sowie die „heiße Wahlkampfphase“ in die Zeit der Sommerferien fiel, in der der politische Betrieb lediglich stark eingeschränkt abläuft und das Interesse der Bürger für politische Themen nicht besonders hoch einzuschätzen ist*. Vgl. Holtz-Bacha: *Bundestagswahl 2005*. – S. 5. – (Fn. 2).
- 7| Schoen, Harald: *Walkampfforschung*. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. – S. 507.
- 8| Niedermayer: *Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005*. – S. 27. – (Fn. 4).
- 9| Diermann, Melanie / Ballensiefen, Moritz / Korte, Karl-Rudolf: *Alles Marketing, oder was?! In: Dörner, Andreas / Schicha, Christian (Hrsg.): Politik im Spotformat. Zur Semantik, Pragmatik und Ästhetik politischer Werbung in Deutschland*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008. – S. 101-128; Brants, Kees: *The Ambiguity of Professionalization*. In: Gassen, Vera u.a. (Hrsg.): *Düsseldorfer Forum Politischer Kommunikation*. – Münster u.a.: LIT Verlag, 2007. – S. 17-25. – (Schriftenreihe DFPK; 2).
- 10| *Anders als die Parteierwerbung wird die politische Berichterstattung innerhalb der journalistischen free media als objektiv und daher glaubwürdiger wahrgenommen. „Für den Wahlkämpfer ist der Weg über die reguläre Berichterstattung vor allem deshalb attraktiv, weil diese [...] vergleichsweise große Chancen besitzen dürfte, Wahlberechtigte zu beeinflussen.“* Vgl. Schoen: *Walkampfforschung*. – S. 510. – (Fn. 7).
- 11| Vgl. Korte, Karl-Rudolf / Fröhlich, Manuel: *Politik und Regieren in Deutschland*. – 2., überarb. Aufl. – Paderborn u.a.: Schöningh, 2005. – S. 263.
- 12| Konken, Michael: *Medienmacht und Medienmissbrauch*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2005) 51-52, S. 28.
- 13| Ebd., S. 27.
- 14| Weischenberg, Siegfried: *Zerreißprobe. Die breite Selbstkritik blieb aus nach dem Wahldebakel für Medien und Demoskopen*. In: *Journalist*, 11 (2005), S. 12.
- 15| Vgl. etwa Knieper, Thomas: *Die ikonologische Analyse von Medienbildern und deren Beitrag zur Bildkompetenz*. In: Knieper, Thomas / Müller, Marion G. (Hrsg.): *Authentizität und Inszenierung von Bilderwelten*. – Köln: Herbert von Halem, 2003. – S. 193-213.
- 16| Vgl. ebd.; Wolf, Claudia Maria: *Bildsprache und Medienbilder. Die visuelle Darstellungslogik von Nachrichtenmagazinen*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – S. 36; Frey, Siegfried: *Bild dir deine Meinung*. In: Marcinkowski, Frank (Hrsg.): *Politik der Massenmedien*. – Köln: Herbert von Halem, 2000. – S. 146; Petersen, Thomas: *Der Test von Bildsignalen in Repräsentativumfragen. Vorschlag für ein Forschungsprogramm*. In: Knieper, Thomas / Müller, Marion G. (Hrsg.): *Kommunikation visuell. Das Bild als Forschungsgegenstand. Grundlagen und Perspektiven*. – Köln: Herbert von Halem, 2001. – S. 160. *Darüber hinaus lassen sich die Beobachtungen des Fallbeispiels – innerhalb der Politikwissenschaft selbst, aber auch in angrenzenden Themengebieten wie beispielsweise der Betriebswirtschaft – auf die visuelle Darstellungsanalyse von Personen, Organisationen, Unternehmen, Policyfelder usw. übertragen und für die jeweiligen Bereiche ausbauen.*



- 17| Die methodische Grundlage der Medienanalyse bilden zwei Untersuchungen, die im Rahmen der Landtagswahlen 2000 in Nordrhein-Westfalen und der Bundestagswahl 2005 an der Universität Duisburg-Essen durchgeführt wurden: Sarcinelli, Ulrich / Schatz, Heribert (Hrsg.): *Mediendemokratie im Medienland? Inszenierungen und Thematisierungsstrategien im Spannungsverhältnis von Medien und Parteiliten am Beispiel der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Jahr 2000*. – Opladen: Leske + Budrich, 2002 und Ballensiefen, Moritz / Klingen, Tobias / Nieland, Jörg-Uwe: *Imagesetting im Bundestagswahlkampf 2005. Eine Untersuchung der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung und Bild-Zeitung*. In: Gassen, Vera u.a. (Hrsg.): *Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation*. – Münster u.a.: LIT Verlag, 2007. – S. 35-54. – (Schriftenreihe DFPK: 2).
- 18| Die Auswahl dieser Medien erfolgte darüber hinaus anhand der differierenden thematischen und politischen Ausrichtung.
- 19| Werbeanzeigen, Sonderveröffentlichungen oder sonstige Visualisierungen außerhalb des redaktionellen Teils wurden nicht erhoben.
- 20| Pfetsch, Barbara: *Politik und Medien – neue Abhängigkeiten?* In: Balzer, Axel u.a. (Hrsg.): *Politik als Marke. Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung*. – Münster u.a.: LIT Verlag, 2006. – S. 34.
- 21| Schulz, Winfried: *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik*. – Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997. – S. 235.
- 22| Vgl. Kamps, Klaus: *Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 190; Korte / Fröhlich: *Politik und Regieren in Deutschland*. – S. 259. – (Fn. 11); Kepplinger, Hans Matthias / Maurer, Marcus: *Der Einfluß verbaler und visueller Eindrücke auf die Wahrnehmung von Kohl und Schröder anhand der Fernsehberichterstattung im Bundestagswahlkampf 1998*. In: Knieper, Thomas / Müller, Marion G. (Hrsg.): *Kommunikation visuell. Das Bild als Forschungsgegenstand – Grundlagen und Perspektiven*. – Köln: Herbert von Halem, 2001. – S. 58.
- 23| Sarcinelli, Ulrich: *Elite, Prominenz, Stars?* In: Balzer, Axel u.a. (Hrsg.): *Politik als Marke. Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung*. – Münster u.a.: LIT Verlag, 2006. – S. 64.
- 24| Darüber hinaus kommt der Berichterstattung in den Medien eine wichtige Funktion im Image-Setting zu. Einzelne Personenprofile verdichten sich über zugeschnittene persönliche und fachliche Attribute, um im Zuge größer werdender Personalisierung im Wahlkampf Identität und Orientierung auf einem volatilen Wählermarkt zu leisten. Vgl. Greger, Volker: *Politische Kompetenz oder persönliche Sympathie? Kandidaten-Images und Parteienbewertung im NRW-Landtagswahlkampf*. In: Sarcinelli, Ulrich / Schatz, Heribert (Hrsg.): *Mediendemokratie im Medienland? Inszenierungen und Thematisierungsstrategien im Spannungsverhältnis von Medien und Parteiliten am Beispiel der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Jahr 2000*. – Opladen: Leske + Budrich, 2002. – S. 201.
- 25| Schoen: *Wahlkampfforschung*. – S. 503. – (Fn. 7).
- 26| Ballensiefen / Nieland / Klingen: *Imagesetting im Bundestagswahlkampf 2005*. – S. 37. – (Fn. 17).
- 27| Vgl. Eimeren, Birgit van / Ridder, Christa-Maria: *Trends in der Nutzung und Bewertung der Medien 1970 bis 2005*. In: *Media Perspektiven*, 10 (2005), S. 500. Die Daten stammen aus einer Langzeitstudie der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender. Im Vergleich dazu waren es im Jahr 2000 noch 502 Minuten täglich im Durchschnitt, die Werte für das Jahr 1980 liegen bei lediglich 346 Minuten.
- 28| Dazu zählen beispielsweise DVD, UMTS-Handy, Blackberry, MP3-Player, Podcast usw.
- 29| Die verkaufte Auflage der Tageszeitungen lag im dritten Quartal 2007 bei täglich durchschnittlich 24,27 Millionen Exemplaren. Innerhalb eines Jahres verloren die Tageszeitungen damit rund 750.000 Käufer. Der Großteil der verkauften Ausgaben geht dabei mit rund 15,5 Millionen Exemplaren auf Abonnements zurück. Vgl. Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.: *Deutscher Pressemarkt im Sommer 2007 ohne einheitlichen Auflagentrend*. Pressemitteilung – IVW-Quartal 3/2007. – <http://www.ivw.de/index.php?menuid=52&reporeid=209> [15. Januar 2008].
- 30| Im Oktober 2007 vollzog die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) einen Layout-Relaunch. Das traditionelle Blatt, das seit Jahrzehnten tief greifende Anpassungen des äußeren Erscheinungsbildes ablehnte, führte unter anderem eine Titelvisualisierung in Form eines Aufmacherfotos ein. Zuvor bestand die Titelseite nur aus Textteilen. In der 58-jährigen Geschichte der Zeitung waren nur zu 33 besonderen Ereignissen Bilder auf der Titelseite abgedruckt worden. Mit dem neuen Layout versucht die FAZ eine Anpassung an den Visualisierungstrend herzustellen, darüber wieder attraktiver für die Leser zu werden und so den Auflagerückgang zu stoppen.
- 31| Siehe Schrag, Wolfram: *Medienlandschaft Deutschland*. – Konstanz: UVK, 2007. – S. 338.
- 32| Schierl, Thomas: *Schöner, schneller, besser? Die Bildkommunikation der Printwerbung unter veränderten Bedingungen*. In: Knieper, Thomas / Müller, Marion G. (Hrsg.): *Kommunikation visuell. Das Bild als Forschungsgegenstand – Grundlagen und Perspektiven*. – Köln: Herbert von Halem, 2001. – S. 118-130; vgl. auch Wolf: *Bildsprache und Medienbilder*. – S. 57. – (Fn. 16).
- 33| Beispielhaft für diese Entwicklung lässt sich das Magazin „View“ anführen, das die Entwicklung der zunehmenden Visualisierung in ihr Konzept aufnahm. Das Leitmotiv des Magazins, das zum Nachrichtenmagazin „Stern“ gehört, lautet: „Bilder, die man nicht vergisst“. Das monatlich erscheinende Magazin präsentiert doppelseitige Fotos, denen jeweils nur ein einspaltiger, wenige Zeilen langer Infokasten hinzugesetzt wird. Die ausgewählten Bilder sind bereits so ausdrucksstark, dass die Textbausteine lediglich Zusatz- oder Hintergrundinformationen enthalten. Reportagen werden grundsätzlich mit ausgiebigen Fotoserien bebildert. In einer anderen Rubrik werden die wichtigsten Ereignisse des Monats anhand der dazugehörigen Bilder in Erinnerung gerufen. Die kurzen Texte stellen lediglich eine zusätzliche Kommentierung dar.
- 34| Vgl. Rättinger / Juhasz: *Bundestagswahl 2005*. – (Fn. 1); Korte: *Was entschied die Bundestagswahl 2005?* – S. 12-18. – (Fn. 3); Ballensiefen / Klingen / Nieland: *Imagesetting im Bundestagswahlkampf 2005*. – S. 35-54. – (Fn. 17).
- 35| Vgl. Bretterschneider: *Bundestagswahlkampf und Medienberichterstattung*. – S. 19-26. – (Fn. 3).
- 36| Frank Bretterschneider untersuchte die Parteien- und Kandidatenpräsenz im TV und fand heraus, dass „aufgrund des gouvernementalen Wahlkampfes der Union [...] in den Fernsehnachrichten deutlich häufiger über die Oppositionsparteien berichtet wurde als über die Regierungsparteien“. Vgl. ebd. – S. 22.
- 37| Vgl. Kamps, Klaus: *Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 117.
- 38| Frey: *Bild dir deine Meinung*. – S. 148. – (Fn. 16).
- 39| Korte, Karl-Rudolf: *Die Bilder-Demokratie. Wie Politiker tagtäglich verzweifelt um Aufmerksamkeit kämpfen*. In: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* vom 20. Oktober 2007.

## „POLITIK 2.0“

WELCHE ZUKUNFT HABEN DIE VOLKSPARTEIEN IM NETZ?

*Daniel Dettling*

Politik und Gesellschaft sind auf Kommunikation angewiesen. In der modernen Demokratie ist der Dialog zwischen Regierenden und Regierten das Ideal der politischen Kommunikation. Die politische Kommunikation in Deutschland basiert dagegen bislang auf den klassischen Massenmedien. Allen voran dominiert das Fernsehen die Vermittlung politischer Inhalte. Offenbar gilt noch immer der alte Satz von Gerhard Schröder: „Bild, Bams, Glotze – mehr braucht man nicht.“<sup>1</sup> Tatsächlich erfüllt kein anderes Medium wie das Fernsehen die Ansprüche der deutschen politischen Kommunikation: flächendeckend, schnell und leicht konsumierbar. Allerdings kann auf diesem Weg kein wirklicher Dialog zwischen Regierenden und Regierten, Parteien und Bürgern stattfinden. Der Informationsfluss verläuft einseitig. Die Folge: Parteien und Politiker werden am seltensten als glaubwürdige Absender politischer Informationen beurteilt.

In den letzten Jahren hat sich das Medien- und Wählerverhalten in Westeuropa, auch in Deutschland, massiv verändert. Seit 1990, der Stunde des Internets, hat es stärkere Veränderungen in der Mediennutzung gegeben als zwischen 1970 und 1990. Die Zunahme des politischen Desinteresses ist besorgniserregend. Die neuesten Ergebnisse aus der Meinungsforschung zum Informationsverhalten und poli-

tischen Interesse der Bevölkerung belegen den neuen Trend des Web 2.0 auch in der Politik: Bei den Jüngeren liegt das Internet bereits knapp vor den Zeitungen. Das Informationsverhalten verändert sich grundlegend von der kontinuierlichen Information hin zu einer „Information on demand“<sup>2</sup>. Fast 90 Prozent der unter 30-Jährigen nutzt das Internet vor allem zur Kommunikation. Das Internet wird damit zum Medium der gezielten Informationssuche und Kommunikation. Die Veränderung der Mediennutzung belegt einen anderen Trend: Die Bürger haben ein wachsendes Bedürfnis nach Zeitautonomie und lehnen zunehmend feste Zeitraster der Nutzung ab.

Welche Möglichkeiten bietet das Internet als neues Massenmedium im Hinblick auf mehr Dialog und Partizipation in der Politik? Vor allem für die beiden an Bindung und Stammwählern verlierenden Volksparteien stellt sich diese Frage mit aller Dringlichkeit.

## INTERNETNUTZUNG IN DEUTSCHLAND

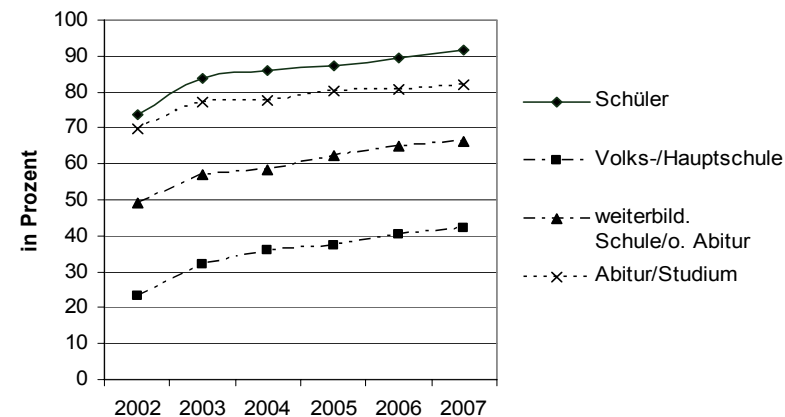
Die herkömmlichen Print-, Radio- und Fernsehmedien bieten der Politik einen indirekten Zugang zur breiten Öffentlichkeit. Als formelle Vermittler von Informationen, Meinungen und anderen Inhalten verwandeln sie die Gesellschaft in eine Medienöffentlichkeit. Die Gesellschaft selbst ist auf die Medien als Informationskanal angewiesen. Auch die bisherige Nutzung des Internets leistet eine nur monologische Erweiterung des Informationsangebots.

Gerade multimediale Angebote wie Bild, Audio und Video werden für die Nutzer zunehmend interessant. Schon jeder vierte Internet-Anwender sieht zumindest gelegentlich im Netz Videos an oder schaut live im Internet fern. Der Anteil der Internet-Nutzer stieg in Deutschland von 1997 bis 2006 von 6,5 Prozent auf 59,5 Prozent. 2007 ist die Nutzungsrate zum ersten Mal über 60 Prozent gestiegen und liegt heute bei 62,7 Prozent. Damit sind 40,8 Millionen Bundesbürger über 14 Jahren online.<sup>3</sup>

Zu den Bevölkerungsgruppen mit der höchsten Nutzungsrate gehören Schüler mit über 90 Prozent, dicht gefolgt von Bürgern mit Hochschulreife oder abgeschlossenem Studium, deren Nutzungsrate bei über 80 Prozent liegt (siehe Grafik 1). Innerhalb der Altersgruppen liegen die jüngeren Jahrgänge vorne. So haben fast 90 Prozent der 14- bis 29-Jährigen einen Internetanschluss, fast 80 Prozent der 30- bis 49-

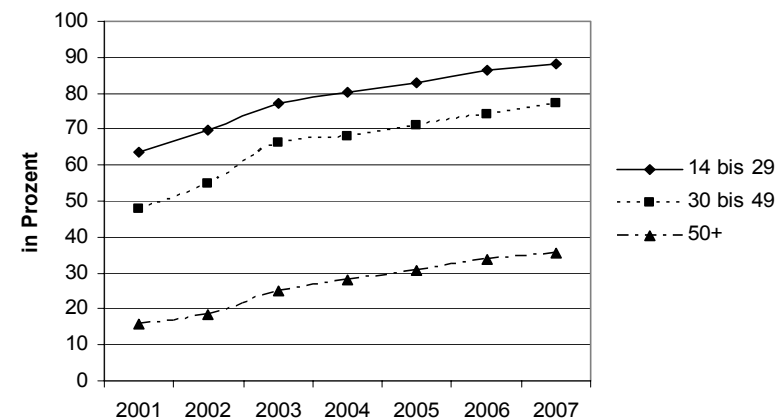
Jährigen und immerhin 35,4 Prozent der über 50-Jährigen<sup>4</sup> (siehe Grafik 2). Die Generation 50plus holt aber zunehmend auf.

Grafik 1: Bildungsgrad und Internetnutzung



Quelle: (N)onliner Atlas 2007 ([www.nonliner-atlas.de](http://www.nonliner-atlas.de)).

Grafik 2: Alter und Internetnutzung



Quelle: (N)onliner Atlas 2007 ([www.nonliner-atlas.de](http://www.nonliner-atlas.de)).

## INTERNET UND POLITISCHE KULTUR

Wie spiegeln sich die Grundlagen der Web-Philosophie (neuer Pluralismus, Kommunikation von unten) in der deutschen politischen Kommunikation wider? Welche Art von Kommunikation macht gute Politik „von unten“ aus?

Die Bundestagswahl 2005 hatte die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1949. Politische Kommunikation wird daher mehr denn je auf die Trends Bürgernähe und Individualisierung setzen müssen. Vergangene Kampagnen wie „Teamarbeit für Deutschland“ oder „Land der Ideen“ haben es nicht geschafft, zielgerichtet an die Bürger und Wähler heranzutreten. Statt auf Effizienz und Effektivität setzten sie auf Reichweite. Wertvolles Bürgerwissen bleibt dabei auf der Strecke. Das Wachstum sowie die damit verbundenen Dezentralisierungskräfte des Internets als Massenkommunikationsmittel weisen auf die Entwicklung einer neuartigen Form der politischen Information und der politischen Kultur hin. Eine Weiterentwicklung der politischen Kommunikation in Deutschland wird stark durch die Potentiale des Internets beeinflusst sein. Diese Erneuerung wird auf einer dialogischen Erweiterung der politischen Kommunikation durch das Internet basieren und eine direkte Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten, Politikern und Bürgern im Sinne eines dialogorientierten Kommunikationsmanagements ermöglichen. Einer der Mitbegründer des Internetportals Wikipedia fasst seine Vorstellung von der gemeinsamen Zukunft von Internet und Politik folgendermaßen zusammen: „If broadcast media brought us broadcast politics, then participatory media will bring us participatory politics.“<sup>5</sup>

## ALTE UND NEUE MEDIEN

Als dynamisches Medium hat sich das Internet weiterentwickelt. Bei den neuen Technologien des *Web 2.0* handelt es sich um Kommunikationsformen, für die prinzipiell keine Vermittler vorhanden sein müssen. Die Nutzungsangebote sind offen, interaktiv und nicht statisch. Aus Sicht der Nutzer entsteht somit eine neue Form der Information, aus Sicht der Politiker und Parteien eine neue Form der Kommunikation. Inhalte und Argumente können selbst veröffentlicht werden. Die Öffentlichkeit wird dadurch unvermittelt angesprochen und die Bürger können ihren demokratischen Repräsentanten ebenso unvermittelt Antwort geben.

Entsteht eine neue Konkurrenz zwischen Politik und alten Medien (Print-, Radio-, Fernsehmedien)? Verlieren Journalisten und andere Meinungsmacher ihre Vermittlungs- und Interpretationsfunktion oder ergänzen sich die neuen Technologien und alten Medien? Welcher Kontrolle sind die neuen Technologien ausgesetzt und was geschieht mit dem normativen Charakter der Massenmedien als „vierter Gewalt“?

Es ist vorerst nicht zu erwarten, dass das von Anthony Downs entwickelte Modell des Medienwählers an Bedeutung verlieren wird. Zu stark ist das mediale Verhalten der Bürger mit der politischen Kultur verknüpft. Während die klassischen gesellschaftlichen Trennlinien verschwinden oder sich zumindest im Umbruch befinden, nimmt auch die soziale und programmatische Kohäsionskraft der Parteien in gleichem Maße ab. Wahlentscheidungen werden deswegen in Zukunft mehr denn je anhand einzelner Kandidaten oder bestimmter Sachverhalte (*issues*) getroffen werden.

Das amerikanische politische System kennt Parteien nur als Mittel zur Mobilisierung der Wähler. In Deutschland haben die Parteien trotz aller Reformschwierigkeiten ein viel weitergehendes Aufgabenspektrum. Während in den USA die Medien eine entscheidende strategische Rolle für die politische Handlungsfähigkeit spielen, sind die politischen Konstellationen in Deutschland auch weiterhin noch so tragfähig, um vor der Logik der Medien eine Logik der Politik zu verfolgen. Solange die Parteien die politische Kommunikation in den eigenen Händen behalten, wird es zu keiner „Amerikanisierung“ kommen.<sup>6</sup>

Auch ist nicht zu erwarten, dass die alten Medien in Deutschland ihre Interpretations- und Filterfunktion verlieren werden. Weder die Vereinfachung komplizierter Zusammenhänge noch die professionelle Berichterstattung sind aus dem politischen Alltag wegzudenken. Die Medien leisten einen entscheidenden Beitrag zur quantitativen und qualitativen Bewältigung der steigenden Informationsflut. Im Unterschied zu den meisten politischen Akteuren nutzen die alten Medien inzwischen die Möglichkeiten des Internets bereits in vollem Umfang. Es gilt daher, zwischen der indirekten Informationsverarbeitung durch die Medien und der direkten Kommunikation zwischen Politik und Gesellschaft eine Balance zu schaffen.

## PERSPEKTIVEN

Die Zukunft der Politik liegt für die nächste Generation auch im Internet. Das Medium wird zum schnellen, zeitautonomen und glaubwürdigen Absender von politischer Kommunikation. Der Nutzer wird durch die neue Technologie des *Web 2.0* gleichzeitig zum Produzenten von Politik. Er bestimmt die Inhalte und ihre Substanz mit. Auf diesen Wandel haben die beiden Volksparteien bisher kaum reagiert. Die Frage, ob die Bürger noch an der Politik teilhaben, stellt sich neu: Hat die Politik noch Anteil an der Bürgergesellschaft? Besonders betroffen ist im Gegensatz zur SPD, deren natürliche „Vorfeld-Organisationen“ von Attac bis hin zu den Gewerkschaften das Internet längst bevölkern, die Union. Sie ist im Netz jenseits der eigenen Angebote kaum präsent. Damit überlässt sie das Medium der Zukunft dem politischen Gegner.

## TEIL V: ZUKUNFTSSZENARIEN DER VOLKSPARTEI

- 1| Zitiert nach Grindel, Reinhard: *Bild, BamS, Glotze – mehr braucht man nicht. Anmerkungen eines Seitenwechslers.* In: Karp, Markus / Zolleis, Udo (Hrsg.): *Politisches Marketing. Eine Einführung in das Politische Marketing mit aktuellen Bezügen aus Wissenschaft und Praxis.* – Münster u.a.: LIT Verlag, 2004. – S. 164-178. – (Politik-Kommunikation-Management; 1).
- 2| Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 2480 vom 19. Juni. 2007.
- 3| ARD / ZDF: *ARD/ZDF-Onlinestudie 2007.* – S. 1. – <http://www.daserste.de/service/onlinestudie-2007-vorab.pdf> [16. Januar 2008].
- 4| TNS Infratest: *(N)ONLINER Atlas 2007. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland.* – o.O.: TNS Infratest, 2007. – S. 12 und 14.
- 5| Wales, Jimmy: *Let's ramp up the intelligence of politics. An open letter to the political blogosphere, July 4, 2006.* – [http://campaigns.wikia.com/wiki/Mission\\_Statement](http://campaigns.wikia.com/wiki/Mission_Statement) [16. Januar 2008].
- 6| Pfetsch, Barbara: *„Amerikanisierung“ der politischen Kommunikation? Politik und Medien in Deutschland und den USA.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte, (2001) 41-42, S. 27-36.*

# DAS GRUNDSATZPROGRAMM DER CDU

*Lutz Stroppe*

Seit ihrer Gründung versteht sich die CDU als Volkspartei, in der sich alle Gruppen und Schichten der Bevölkerung versammeln und wiederfinden. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Diese besondere Rolle der CDU in der deutschen Parteienlandschaft kommt auch in den Grundsatzprogrammen der CDU aus den Jahren 1978 und 1994 zum Ausdruck. Seit Anfang der 1990er Jahre ist allerdings viel passiert in Deutschland und der Welt. Viele Entwicklungen, die schon in den 1980er und 1990er Jahren zu erkennen waren, haben an Stärke und Ausprägung zugenommen. Heute stehen wir vor großen Herausforderungen, deren Dimensionen erst am Beginn des 21. Jahrhunderts deutlich zu erkennen sind: demografischer Wandel, Globalisierung, die Anforderungen der Wissensgesellschaft, die bedrohte Schöpfung, internationaler Terrorismus. Lange vor der Bundestagswahl 2005 hat deswegen die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, angekündigt und gefordert, dass ein neues Grundsatzprogramm erarbeitet werden müsse. In fast zweijähriger Arbeit ist ein Programmentwurf entstanden, der Antworten und Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit anbietet und beschreibt, wie wir die Chancen nutzen können, die sich aus ihnen ergeben.

Eines der Leitmotive für die Arbeit am Programmentwurf lautete: „Prüfet alles, das Gute bewahret.“ Ich halte das für



einen sehr guten Ansatz, schließlich verfügt die CDU über einen reichhaltigen Schatz an erfolgreichen Programmgrundsätzen. Wir hecheln nicht wie andere Parteien dem Zeitgeist hinterher oder verfangen uns im Ewiggestrigen. Deswegen halten wir an dem Fundament christlich demokratischer Politik fest – dem christlichen Menschenbild – und beschreiben auf dieser Grundlage, wie wir unser Land auch in Zukunft in Regierungsverantwortung positiv gestalten wollen: in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dies sind die Grundwerte auf denen wir seit 1945 unsere Partei und unsere Politik aufgebaut haben, dies sind die Grundwerte, die uns auch in Zukunft leiten werden. Und wir wissen, dass diese drei Grundwerte sich bedingen, ergänzen und begrenzen. Die Menschen können sicher sein: Bei uns stimmt die Balance.

Auf der Basis dieser Grundwerte und dem christlichen Menschenbild haben wir im Grundsatzprogrammwurf das neue christdemokratische Leitbild für Deutschland entwickelt: Frei und sicher leben in der Chancengesellschaft. Jeder kann hier sicher sein, dass er Freiräume findet, etwas für sich zu erreichen. Jeder kann sicher sein, dass diese Gesellschaft sich mitverantwortlich dafür fühlt, dass er seinen Weg ins und im Leben findet. Und jeder kann sicher sein, dass sich ihm in dieser Gesellschaft immer wieder neu Chancen zur Teilhabe bieten, dass ihm Türen geöffnet werden, die bislang verschlossen blieben. „Im Zweifel für die Freiheit“, dieses Adenauer-Wort hat für uns auch heute aktuelle Bedeutung.

Aber die Freiheit hat in den vergangenen Jahren oft nicht die Beachtung bei politischen Entscheidungen gefunden, wie es notwendig gewesen wäre: Der Sozialstaat ist gewuchert, die Grundprinzipien Eigenverantwortung, Wettbewerb und Subsidiarität gerieten zu oft aus den Augen. Von manchen wird Freiheit heute zunehmend als Bedrohung empfunden. Zu häufig wurde zu viel auf den Staat übertragen und zu wenig Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger gesetzt. Die CDU dagegen vertraut den Menschen. Für uns ist die Subsidiarität – der Vorrang der kleinen Einheiten – der institutionalisierte Vertrauensbeweis in unsere Bürger und unsere Gesellschaft.

Ohne auf die Freiheit zu vertrauen, werden wir die Zukunft nicht gewinnen. Wenn wir neugierig und kreativ in die veränderte Welt um uns herum blicken, können wir die vor uns liegenden Herausforderungen annehmen. Wir wollen klarmachen: Nur mit neuen und mutigen – wissenschaftlichen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen – Ideen werden wir das Land bleiben können, in dem wir gut und gerne

leben. Mut zur Freiheit heißt aber auch nicht immer Rückzug des Staates. Der Staat soll Freiheit sichern. Dazu muss er sich heute oft mehr zurücknehmen, manchmal muss er aber auch stärker Verantwortung übernehmen.

Sicherheit verstehen wir auch in einem umfassenden Sinne: Es ist die soziale Sicherheit, die immer auch Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft war. Für die innere und äußere Sicherheit zu sorgen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Wird diese Sicherheit nicht mehr gewährleistet, dann verlieren die Menschen – zu Recht – ihr Vertrauen in den Staat. Hinzu kommt heute die „ökologische Sicherheit“, die unser Erbe der Natur für kommende Generationen bewahrt. Die Politik muss mit ihrem Handeln gewährleisten, dass die Schöpfung bewahrt wird. Immer deutlicher tritt auch hervor, dass wir eine kulturelle Sicherheit benötigen. Wir müssen unsere Herkunft, unsere Identität, Sprache, Geschichte und Kultur kennen. Erst auf dieser Grundlage sind wir in der Lage, weltoffen und tolerant mit anderen Kulturen umzugehen. Wer sich seiner Basis nicht bewusst ist, neigt dazu, andere Ansichten – auch aus Unsicherheit – abzulehnen. Deswegen treten wir auch in unserem Grundsatzprogramm für eine Leitkultur in Deutschland ein, die uns die kulturelle Sicherheit gibt, um in einen konstruktiven Dialog mit anderen Kulturen treten zu können.

Dieser umfassende Begriff der Sicherheit und die neuen Dimensionen der Freiheit prägen unsere Vorstellung der Chancengesellschaft. Chancengesellschaft heißt: Wir eröffnen den Menschen durch mehr Freiheit immer wieder Chancen. Gleichzeitig erfüllen wir ihr Bedürfnis nach Sicherheit. Chancen wollen wir in allen Lebenslagen anbieten – von der frühkindlichen Erziehung bis ins hohe Alter. Es muss auch Chancen dort geben, wo Menschen sich in Sackgassen begeben haben. Die Chancengesellschaft ist eine Aufgabe, die die Bürgerinnen und Bürger, den Staat, die Politik, die Verbände – uns alle – angeht. Deswegen zieht sich die Idee der Chancengesellschaft durch alle Kapitel und Abschnitte des Programms.

Ein Programm mit solch einem Leitbild zu entwickeln, ist ein umfangreicher Prozess, in den alle Gliederungen der Partei eingebunden werden müssen: von unserer Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, bis hin zu jedem Ortsverein. Jedes Mitglied unserer Partei hatte immer die Möglichkeit, sich am Grundsatzprogrammprozess zu beteiligen.

In der Grundsatzprogrammkommission unter Leitung unseres Generalsekretärs Ronald Pofalla haben insgesamt 69 Mitglieder aus allen Landesverbänden und Vereinigungen der Partei zwischen dem 25. April 2006 und dem 22. Juni 2007 in zwölf Plenarsitzungen, vier Klausurtagungen und zahllosen Arbeitsgruppensitzungen einen Entwurf erarbeitet. Am 1. Juli hat der Bundesvorstand der CDU den Programmentwurf einstimmig als Leitantrag an den Bundesparteitag im Dezember verabschiedet. Er wurde ins CDU-Mitgliedernetz gestellt und sollte dort diskutiert und kommentiert werden. Auf dem Parteitag der CDU am 3. und 4. Dezember 2007 wurde das Grundsatzprogramm schließlich beschlossen.

Das Programm zeigt, wir sind *eine* Partei mit *einem* Grundsatzprogramm: Ob Stadt oder Land, von Friedrichshafen bis nach Flensburg, von Görlitz bis Aachen, für CDA und Mittelstandsvereinigung, für Junge Union, Frauen Union und Senioren Union, für Männer und Frauen, für Protestanten und Katholiken, für Andersgläubige und Nichtglaubende, für Konservative, Liberale und Christlich-Soziale. Das ist das Wesen einer Volkspartei und diesem Anspruch wird der Programmentwurf auch gerecht.

Ein Grundsatzprogramm ist mehr als ein Wahl- oder Regierungsprogramm. Es ist der Blick über den Tag und über den Tellerrand hinaus: Ein Programm für die nächsten zehn oder fünfzehn Jahre. Es geht um das Morgen und das Übermorgen, und es geht um die Bewältigung von Herausforderungen und das Nutzen von Chancen, ohne dabei unsere Geschichte, unsere Herkunft, unser christdemokratisches Selbstverständnis aufzugeben.

Hinter unserer Arbeit am Grundsatzprogramm steht das realistische Ziel, unser Land auch im 21. Jahrhundert christdemokratisch zu gestalten. Große wirtschaftliche und soziale Errungenschaften hätte es ohne die CDU nicht gegeben. Daran wollen wir anknüpfen und mit dem Grundsatzprogramm den Grundstein für erfolgreiche Arbeit der CDU als gestaltende Kraft in Bund, Ländern und Gemeinden legen. Dabei wird immer klarer, dass die CDU *die* Volkspartei in Deutschland ist. Sie ist die einzige Partei, die von allen Beobachtern anerkannt das Ziel verfolgen kann, in einer Bundestagswahl 40 plus X Prozent zu erreichen. Unser neues Grundsatzprogramm ist Ausdruck dieser Perspektive. Wir können zusammenführen, wo andere spalten.

Die CDU steht für die historischen Weichenstellungen Deutschlands. Diese historischen Kraftanstrengungen haben Deutschland stark gemacht. Daran müssen wir uns erinnern, um daraus Kräfte für die Zukunft zu mobilisieren. Deutschland braucht die Motivation und die Ausdauer für einen Marathon. Und wir brauchen einen Kompass. Der christdemokratische Kompass für diese Leistung für Deutschland lautet: Frei und sicher leben in der Chancengesellschaft.

Die CDU soll der Partner für all diejenigen werden, die Chancen ergreifen wollen. Die CDU will die politische Kraft sein, die immer wieder Chancen eröffnet. Die CDU muss darüber hinaus denen die Hand reichen, die Hilfe benötigen. Und wir sind stolz darauf, dass die CDU niemals diejenigen vergisst, die dauerhaft die Solidarität einer starken Gemeinschaft brauchen. Das hat die CDU als Volkspartei immer stark gemacht und das wird sie auch in Zukunft auszeichnen.

# OPTIMIERUNGSMÖGLICHKEITEN DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE

*Warnfried Dettling*

Das Thema ist pragmatisch gestellt. Es fragt nach Optimierungsmöglichkeiten: Wo und wie kann die christliche Demokratie – konkret: die CDU – besser werden, und zwar nicht abstrakt, sondern in der heutigen Zeit, unter den gegebenen Umständen. Das Thema idealisiert keinen früheren Zustand und stimmt auch nicht in eine verbreitete Krisenrhetorik ein nach der Melodie: Krise der Volksparteien und Niedergang der CDU.

## **NICHT NIEDERGANG, SONDERN ÜBERGANG**

Das sind wichtige Hinweise. Die Parteien, allen voran die CDU, befinden sich *nicht im Niedergang, sondern im Übergang* in eine andere Zeit, in eine andere Gestalt, in andere Beziehungen nach innen wie nach außen. Volksparteien wie in den 1970er Jahren wird es nicht mehr geben. Damals haben Union und SPD bei zwei aufeinander folgenden Bundestagswahlen, 1972 und 1976, zusammen jeweils über 90 Prozent der Stimmen erhalten, und das bei einer Wahlbeteiligung von jeweils wiederum über 90 Prozent. Nicht nur was die Parteien betrifft, sondern auch in anderer Hinsicht (zum Beispiel Kirchenbindung oder Organisationsgrad der Gewerkschaften) hatte die Gesellschaft der alten Bundesrepublik damals den Gipfel der sozialen Integration erreicht.

Es macht keinen Sinn, die Optimierungsmöglichkeiten der CDU an vergangenen Zuständen zu messen. Auch die Personen von damals würden mit der Politik von damals die Erfolge von damals nicht wiederholen. Eine Partei, die sich unrealistische Ziele setzt, produziert zwangsläufig ihr eigenes Scheitern. Eben deshalb ist es wichtig, *nicht* von einer Krise der Volkspartei zu sprechen. Eine Krise kann man überwinden und dann ist es wieder wie vorher, der Status quo ante ist wiederhergestellt. Das genau ist nicht möglich. Gerade bei einer konservativen Partei liegt die Rettung nicht in der Vergangenheit.

### REICHWEITE UND AUSSTRAHLUNG

Möglich und auch nötig ist es hingegen für die CDU, ihre Reichweite zu erweitern und ihre Ausstrahlung zu verbessern. Wenn ihr das gelingt, hat sie gute Chancen als einzige Volkspartei in Deutschland zu überleben, jedenfalls im Bund und in nicht wenigen Bundesländern. Die Voraussetzungen dazu sind nicht schlecht. Die CDU war von Anfang an und ist bis heute eine *undogmatische* Partei. Sie hat mit dem gesellschaftlichen *Pluralismus* weniger Probleme als die SPD. Und sie ist eine auf eine schwer zu beschreibende Art *wertorientierte* Partei: Während das sozialistische Erbe auch noch in verdünnter Form mögliche Antworten und Lösungen der SPD einengt oder gar verbietet, konzentriert sich das christliche Erbe der CDU eher auf die Begründung der Politik, ohne konkrete Antworten vorzuschreiben oder auszuschließen. Die CDU kann sich im politischen Alltag freier bewegen als die SPD. Sie ist auch keine Partei, die in der Regierung ein notorisch schlechtes Gewissen hat, ihr „eigenliches“ Programm zu verraten.

Undogmatisch, pluralistisch, wertorientiert: Das sind ganz gute Voraussetzungen für eine Partei in diesen Zeiten, um ihre Reichweite und ihre Ausstrahlung zu verbessern. Dabei geht es vor allem um eines: Die Menschen müssen sich mit ihren Lebenswelten in den Politiker- und Parteienwelten wiederfinden. Das ist gegenwärtig nur begrenzt der Fall. Beide stehen sich oft genug fremd gegenüber. Diese Entfremdung zwischen Lebenswelten und Politikerwelten ist keineswegs nur den Politikern oder den Parteien geschuldet, sie hat gleichsam „objektive“ Gründe, und das macht die Therapie so schwierig. Zu den wichtigsten objektiven Gründen der Entfremdung gehören die Sachlogik, die Machtlogik und die Kommunikationslogik.

### SACHLOGIK, MACHTLOGIK, KOMMUNIKATIONSLOGIK

Die notwendige *Sachlogik* bringt es mit sich, dass auch Politik arbeitsteilig und in bürokratischen Formen „hergestellt“ wird. Während in den prägenden Jahren der CDU und der alten Bundesrepublik die großen Alternativen einfach und klar waren, sind die politischen Materien jetzt nicht nur bei der Reform des Sozialstaates oder in der Klima- und Umweltpolitik schwierig und komplex. Die legitime *Machtlogik* bringt es mit sich, dass Personen und Parteien an ihre – aus verschiedenen Gründen immer prekärer werdende – Wiederwahl denken, was das gesamte politische Geschehen kontaminiert und die Bürger nicht eben erfreut. Und schließlich machen es der Druck und die Zwänge der *Kommunikationslogik* immer schwieriger, politische Ziele und Zusammenhänge zu erklären; sie müssen mediengerecht serviert und das heißt in kurzen State-ments (Schlagworten) präsentiert werden.

Eine politische Partei wie die CDU ist diesen Zwängen keineswegs hilflos ausgeliefert. Bevor sie freilich über Gegenstrategien nachsinnen kann, ist es ganz und gar unerlässlich, dass sie sich darüber Rechenschaft ablegt, inwieweit sie selbst durch die Art und Weise ihrer inneren Organisation zu der Entfremdung zwischen Politik und Lebenswelt beiträgt.

### DIE STRUKTURPRINZIPIEN SIND NICHT MEHR ZEITGEMÄSS

Es gibt vier Strukturprinzipien, welche die Entfernung zwischen Partei und Bürgern vergrößern:

Da ist einmal das *Territorialprinzip* (Ortsgruppe, Ortsverband). Es hat zur Folge, dass Menschen zusammenkommen, die nichts miteinander gemeinsam haben, außer dass sie zufällig am gleichen Ort leben. Kommen sie dann in den Sitzungen zusammen, nehmen notwendig *formale Aspekte* der innerparteilichen Demokratie (Wahlen zum Schriftführer oder zum Delegierten für einen Parteitag oder dergleichen) einen breiten Raum ein, was viele Mitglieder nur mäßig interessiert. Sie sind ja Mitglied geworden, weil sie sich für Politik interessieren.

Gremiensitzungen privilegieren schließlich in allen Parteien die so genannten „*Zeitreichen*“, also jene Parteimitglieder, die Zeit haben oder von ihrem Beruf her abkömmlich sind für lange Sitzungen am Abend, und sie diskriminieren jene, die viel zu tun haben, etwa Selbständige oder auch

Mütter. Schließlich erfüllen die *Vereinigungen* ihre Doppelfunktion immer weniger, nämlich Transmissionsriemen der Partei in die Gesellschaft und der Gesellschaft in die Partei zu sein. Über die Gründe muss hier nicht spekuliert werden: Es fehlen zum einen Menschen, die diese Vermittlung leisten könnten, und die Vereinigungsstruktur spiegelt eine vergangene Gesellschaft und nicht die heutige Lebens- und Arbeitswelt der Menschen wider. Parteien müssen aufpassen, dass sie nicht – ganz oder in Teilen – zum Museum werden.

Es hat also seine Gründe, dass Parteien heute als eine eigene Welt erlebt werden. Diese Gründe lassen sich nicht einfach durch guten Willen aus der Welt schaffen. Aber eine Partei wie die CDU kann sich auf die neue Lage einstellen.<sup>1</sup> Drei Hinweise sollen andeuten, was gemeint ist:

*Bypässe legen:* Wenn die Arterien zwischen Partei und Gesellschaft nicht mehr hinreichend leistungsfähig sind, könnte man daran denken, „Bypässe“ zu legen. So könnte die Funktion, Ideen zu entwickeln und Themen in der Öffentlichkeit zu setzen, von Think-Tanks unterstützt werden, die in der richtigen Mischung aus Distanz und Nähe zur Partei das öffentliche Meinungsklima beeinflussen und einen notwendigen Politikwechsel ideenpolitisch vorbereiten könnten. Solche Think-Tanks entstehen nicht von selbst; eine Partei muss sie wollen, pflegen und unterstützen. Positive Beispiele dafür gibt es in Großbritannien (Demos, *New Labour*) und in den Vereinigten Staaten von Amerika, negative Beispiele finden sich rund um die Agenda 2010, wo der zum Erfolg notwendige politisch-intellektuell-öffentliche Prozess nirgendwo stattgefunden hat. Aber auch die Vor- und Nachbereitung der Leipziger Beschlüsse der CDU konnten in dieser Hinsicht nicht befriedigen. *Bypässe legen* bedeutet, die Konsequenz ziehen aus der Erkenntnis: *Es muss nicht alles in einer Partei geschehen, worauf eine Partei für ihren Erfolg nicht verzichten kann.*

*Personen mit Politik und Politik mit Personen verbinden:* Die CDU hat in Deutschland eine große Anzahl an (Ober-)Bürgermeistern, Landräten, Landesministern. Viele von ihnen machen ohne Zweifel gute Arbeit, aber wenn sie über ihr jeweiliges Territorium hinaus bekannt sind, dann (fast) durchweg als individuelle Personen, ohne jeden Zusammenhang zur CDU. Es gab Zeiten, da hatten Landesminister eine bundesweite Ausstrahlung und haben das Ansehen der gesamten CDU gemehrt. Man erinnert sich bis heute an die Kabinette von Helmut Kohl in Rheinland-Pfalz aus den 1960er und 1970er Jahren. Warum gibt es heute nichts Vergleichbares,

sondern allenfalls bemerkenswerte Ausnahmen? Auch von Seiten der Bundespartei scheint wenig zu geschehen, um erfolgreiche Kommunalpolitiker bundesweit bekannt zu machen und sich mit deren Profilen und Erfolgen zu schmücken. Die CDU ist wahrscheinlich eine vielfältigere und interessantere Partei als manche Debatten vermuten lassen. Eine Partei zu optimieren heißt auch, *sie in ihrer bunten Vielfalt sichtbar werden zu lassen.*

*Die Partei als Akteur in der Zivilgesellschaft:* Zu den positiven Entwicklungen gehört seit längerer Zeit das Entstehen von zivilgesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Aktivitäten. Die CDU hatte und hat gute Kontakte zu den traditionellen Vereinen und Verbänden und zu dem, was manche gerne den „vorpolitischen Raum“ nennen. Das ist gut und schön und wenig ist dagegen zu sagen, solange die politische Optik auf die Gesellschaft nicht – im wörtlichen Sinne – beschränkt bleibt: Es tut sich viel in der Gesellschaft, und man hat das Gefühl, die CDU nimmt vieles davon gar nicht zur Kenntnis. „Ich wusste gar nicht, was es alles gibt in unserer Stadt“, hat ein CDU-Bürgermeister einmal im Grußwort auf einer Selbsthilfetagung sichtlich überrascht bekannt. Deshalb lautet die eine Erkenntnis: Caritas, Pfarrgemeinde, Sportverein und Freiwillige Feuerwehr sind nicht zu vernachlässigen, aber sie sind nicht die ganze lokale Gesellschaft. Und die andere Erkenntnis heißt: Wer nach wie vor vom „vorpolitischen Raum“ spricht, weiß nichts vom Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der Akteure in der Zivilgesellschaft. Es geht nicht nur darum, dass die CDU präsent sein muss auch in den neuen Formen der Vergesellschaftung, sondern dass sie dort nicht offiziell als Partei, sondern über einzelne Personen (früher hätte man gesagt: Honoratioren) aktiv und initiativ mitmacht. Wenn dann später bekannt wird, dass es ein CDU-Mitglied war, das diese Elterninitiative oder jenen Pflegekreis ins Leben gerufen hat, um so besser für die CDU, denn *eine Partei empfiehlt sich nicht (nur) durch Beschlüsse, Resolutionen und andere Texte, sondern durch das soziale Engagement ihrer Mitglieder auf Gebieten, die die Leute wirklich interessieren.*

Parteien müssen immer auch Dinge tun, die in der Öffentlichkeit nicht gerade ihre Faszination erhöhen, so zum Beispiel formale Notwendigkeiten der innerparteilichen Demokratie erledigen oder – zumal in Wahlkämpfen – polarisieren und vereinfachen. Umso mehr müssen sie systematisch überlegen, wie sie die Kluft zwischen sich und den Wählern überbrücken können. Die CDU sollte den Menschen weniger als polarisieren-

der Macht- und Regierungsapparat in einer Schwarz-Weiß-Kommunikation gegenüberzutreten und ihnen mehr in der Rolle eines Treuhänders begegnen, der sich um ihre Anliegen, Sorgen und Hoffnungen kümmert und diese Sorgen und Hoffnungen zu den eigenen macht – als Bündnispartner der Menschen, der gemeinsam mit allen, die guten Willen haben, die Dinge zum Besseren zu wenden versucht.

### **„POLITICS OF COMMITMENT“ – INTEGRATION DURCH WERTE UND ZIELE**

Damit ist der wichtigste Punkt angesprochen. Es geht um die Maxime für die politische Kommunikation der zentralen Botschaft. Wo soll sie ansetzen? Antwort: *Bei Werten und Zielen, und nicht bei Mitteln und Wegen.* Die entscheidende Frage aus der Sicht der Bürger ist allerdings nicht die Beschwörung von Werten, sondern der glaubwürdige Eindruck, dass sich die CDU erfolgreicher als andere darum kümmert und die Menschen dazu einlädt, mit ihr gemeinsam für diese Werte und Ziele zu arbeiten.

Dabei ist es entscheidend, dass jede eindimensionale Rhetorik vermieden wird; sie entspricht nicht den Wünschen der Menschen und widerspricht dem breiten Integrationsansatz einer Volkspartei. Die Menschen wollen, dass es wirtschaftlich aufwärts geht und dass es gerecht zugeht im Lande. Sie wollen, dass Städte und Umwelt lebenswert bleiben – und ein attraktiver Standort für die Wirtschaft. Sie wollen, dass man Kinder und Familie haben kann, ohne auf den Beruf verzichten zu müssen. Sie wollen Sicherheit und Zusammenhalt in der Stadt, in der Gesellschaft, aber nicht gegen die Hälfte der Stadtbevölkerung, die einen Migrationshintergrund hat (wie etwa in Stuttgart).

In einer Gesellschaft, die immer vielfältiger wird, in einer Zeit, in der die politischen Fragen angesichts von öffentlichen Haushalten, die die Mittel zur materiellen Befriedung durch Wahlgewinne nicht mehr so ohne weiteres zur Verfügung stellen, immer komplizierter werden, verspricht eine Strategie, die man *Politics of Delivery* nennen könnte, nur noch begrenzten Erfolg. Damit sind Beziehungen zwischen Politik und Wählern, Partei und Öffentlichkeit nach dem Muster gemeint: Wir versprechen Euch. Ihr wählt uns. Danach liefern wir. Dieses Muster war in der Vergangenheit verbreitet und nicht ohne Erfolg. Nachhaltige Erfolge lassen sich nach diesem Muster in Zukunft jedoch nicht mehr erzielen, da wichtige Voraussetzungen entfallen sind. Alle Politik hat heute und in Zukunft damit zu tun, wie man welche Werte verwirklicht.

Ein Dialog zwischen der CDU und den Wählern könnte nach folgendem Muster ablaufen: Das sind unsere Werte, unsere Ziele, die wir erreichen wollen. Wir wissen, dass es unter den heutigen Bedingungen nicht einfach sein wird. Vor allem aber wissen wir, dass wir es nur gemeinsam schaffen können. Wir laden alle ein, mit uns diesen Weg zu gehen.

Man könnte diesen Ansatz *Politics of Commitment* nennen, eine Politik der Verpflichtung und der Selbstverpflichtung. Die CDU will gewählt werden, nicht weil sie allen alles verspricht und dann zuverlässig liefert, sondern weil sie sich den Werten der Menschen verpflichtet weiß und aufgrund langer Erfahrung hoffen lässt, dass sie diese im Alltag besser als andere verwirklichen kann.

Eine solche Re-Orientierung im politischen Stil und in der politischen Kommunikation könnte vielleicht etwas an dem misslichen Eindruck ändern, dass die CDU an Sonntagen die Wertefahnen schwingt und an Werktagen als Wirtschaftspartei erlebt wird. Eine solche Orientierung führt die CDU auch nahe heran an die Frage, worauf es ihr eigentlich letztlich ankommt: auf die Wirtschaft oder auf die Gesellschaft?

### **WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT ODER GESELLSCHAFT?**

Diese Frage hat sich lange nicht gestellt, weil sich die Antwort wie von selbst verstanden hat. Mit der CDU kam nach 1945 die Soziale Marktwirtschaft, mit der Sozialen Marktwirtschaft kam der wirtschaftliche Aufschwung und mit dem „Wirtschaftswunder“ hat sich die Gesellschaft stabilisiert und entfaltet. Weil es der Wirtschaft gut ging, ist es dann auch den Menschen und der Gesellschaft gut gegangen. Eine steigende Flut hebt alle Boote. Die Kinder sollten es einmal besser haben, und so war es dann auch. Und gleichzeitig verwies durch den Ost-West-Gegensatz die Frage der Wirtschaftsordnung auf eine sich selbst erklärende Weise immer schon über sich hinaus: Freiheit oder Sozialismus?

Beide Zusammenhänge, die nicht nur für die CDU, sondern für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt Legitimität geschaffen haben, sind zerbrochen. Das Ende des real existierenden Sozialismus nach 1989 hat auch den ideologischen Mehrwert der Sozialen Marktwirtschaft empfindlich geschwächt, sie ist mitsamt ihrer Legitimitätsfrage nun wieder ganz allein auf sich selbst gestellt. Und die Globalisierung und die Veränderung der

nationalen wie internationalen Finanz- und Arbeitswelt haben dazu geführt, dass sich die enge positive Koppelung zwischen einer guten wirtschaftlichen und einer guten gesellschaftlichen Entwicklung faktisch und im Bewusstsein der Menschen aufgelöst hat. Eine steigende Flut hebt nicht mehr alle Boote. Die Eltern und ihre Kinder wissen, dass diese es einmal nicht mehr automatisch besser haben werden.

Diese Veränderungen berühren den Identitätskern der CDU. Was tun? Sie kann weiter machen wie bisher oder sich daran erinnern, dass sie ja einmal nicht als Wirtschaftspartei gegründet wurde. Sie könnte den Stier bei den Hörnern packen und argumentieren: Die Systemfrage ist entschieden. Es geht nicht mehr um Kapitalismus oder Sozialismus, Markt- oder Zentralverwaltungswirtschaft. Es geht um Alternativen *im* Kapitalismus, um die Zählung des globalen Kapitalismus. Und die CDU könnte weiter argumentieren und fragen, wieso eigentlich ausgerechnet Konservative dazu kommen, Karl Marx diesen späten Triumph zu gönnen und mit ihm zu glauben, dass mit der Frage nach der richtigen Wirtschaftsordnung auch die Frage nach der guten Gesellschaft entschieden sei.

Das nämlich ist es, was Altsozialisten und Neoliberale eigentlich gemeinsam haben: Den Glauben, dass die Ökonomie das Herz aller Dinge sei und alles andere daraus folge. Für das abendländische politische Denken war dies immer ein eher befremdlicher Gedanke; am Anfang stand die Idee des guten Lebens, einer guten Gesellschaft. Jetzt, da die Systemfrage entschieden ist, könnte die CDU den Schwerpunkt verlagern: Was machen wir eigentlich mit all unserer Freiheit und unserem Wohlstand?

Eine Verlagerung des Schwerpunktes von der Wirtschaft zur Gesellschaft bedeutet natürlich nicht, dass die CDU ihre ökonomische Kompetenz preisgibt oder ordnungspolitisch opportunistisch wird. Eine solche Verlagerung hindert die CDU nicht einmal, ihren Kompetenzvorsprung auf diesem Gebiet personalpolitisch sichtbar zu machen oder bei konkreten Fragen (Mindestlohn) ihre Kompetenz zu beglaubigen. *Von der Wirtschaft zur Gesellschaft* enthält die Botschaft, die ja nicht neu ist für die CDU, nur vielleicht in Vergessenheit geraten: Eine erfolgreiche Wirtschaft ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine gute und erfolgreiche Gesellschaft. Die CDU verlässt sich darauf, dass sie in Sachen Wirtschaft einen Vorsprung vor der SPD hat und behält – und investiert Ideen und Ressourcen in jene Gebiete, auf denen sie bisher eher schwach ist. Eine solche konservative Wende in der Argumentation

erlaubt es, den Primat der Politik wiederzuentdecken und Fragen prominent auf die Agenda zu setzen, die den Menschen wirklich wichtig sind.

Die Frage nach dem Wirtschaftssystem ist entschieden. Jetzt kommt es darauf an, was wir mit unserer Freiheit und unserem Wohlstand machen. Hier öffnet sich ein weites Feld von Themen, von der Lebensqualität in Städten und Gemeinden bis hin zu Familie, Gesundheit und Alter in einer Gesellschaft des langen Lebens. Es eröffnet sich aber auch ein neuer Zugang zu zentralen Kategorien des Selbstverständnisses der CDU: Mitte, Geschlossenheit und Leitkultur.

Von Anfang an hat sich die CDU als *die Volkspartei der Mitte* definiert, und sie hat diesen Anspruch Anfang Dezember 2007 auf ihrem Parteitag in Hannover mit bemerkenswerter öffentlicher Resonanz erneuert. Volkspartei der Mitte, das bedeutete zwanzig Jahre lang (1949 bis 1969) vor allem eine Integration der unterschiedlichen sozialen Gruppen. Es verlangt jetzt zusätzlich, und das macht die Sache schwieriger, auch eine Integration der verschiedenen Lebensstile und Lebensformen. Zum anderen ist die Mitte nicht länger eine stabile soziale gesellschaftliche Lage, auf die die CDU sich fast blind bei Wahlen verlassen könnte, sondern ein dynamischer Prozess mit der Hoffnung auf Aufstieg und der Angst vor dem Absturz. Wer gehört zur Mitte und was kann man tun, dass der so genannte Mittelstand nicht durch Steuer- und Abgabenlasten, globale Konkurrenz und sinkende heimische Nachfrage in eine prekäre Situation kommt – und dass auf der anderen Seite der Aufstieg in die Mitte offen bleibt und Talente nicht versickern? Die Mitte, einst eine „Bank“ für die CDU, wird zu einer politischen Aufgabe mit offenem Ausgang. Die Mitte selbst, auch die so genannte bürgerliche Mitte, ist außerdem in sich vieltalig, kein homogener, geschlossener Block. Es ist gut und Erfolg versprechend, dass die CDU nach ihrem Leipziger Parteitag und nach der jüngsten Entwicklung der SPD den Anspruch der Mitte erneuert. Es ist allerdings auch ein Anspruch, der nicht zur Bequemlichkeit, sondern zur konzeptionellen Anstrengung einlädt.

Das lenkt die Aufmerksamkeit auf einen anderen wichtigen Punkt: die Einheit und Geschlossenheit der CDU. Das Argument ist bekannt, es wurde schon vor Jahrzehnten von einer zu Recht berühmten Demoskopin prominent vorgetragen: Erfolg bei Wahlen hat die CDU nur, wenn sie einig und geschlossen ist. Das war die Botschaft, deren andere Melodie nicht verborgen blieb: Diskussionen schaden der Partei. Wer sich über



Optimierungsmöglichkeiten für die christliche Demokratie Gedanken macht, muss die richtige Balance zwischen Geschlossenheit und Vielfalt thematisieren. Es gibt eine Geschlossenheit, die eine Partei langweilig macht. Und es gibt Diskussionen, die eine Partei lebendig und attraktiv machen. Und es gibt Diskussionen, die ein negatives Echo finden, weil sie nur der persönlichen Profilierung dienen.

Man kann an einem positiven Beispiel illustrieren, wie es der CDU gelungen ist, in einem wichtigen Feld über Jahre hinweg die richtige Balance zwischen Offenheit und Geschlossenheit und schließlich einen neuen Konsens zu finden, der nach vorne weist, aber anschlussfähig ist an die Tradition. Seit 1975, als in der Mannheimer Erklärung die CDU zum ersten Male von Gleichberechtigung, Wahlfreiheit und Partnerschaft im Zusammenhang mit einer modernen Familienpolitik sprach, über den Essener Parteitag im Jahre 1985, der sich mit der veränderten Rolle der Frau befasste, bis hin zum neuen Grundsatzprogramm im Jahre 2007 gab es in der CDU eine durchgehende Kontinuität und einen breiten Konsens, was die Familienwerte betrifft, aber durchaus unterschiedliche Meinungen, welche konkrete Politik daraus abzuleiten ist. Dass der CDU letztendlich in der Familienpolitik beides gelungen ist, Kontinuität und Wandel, hängt auch damit zusammen, dass der Gedanke der Geschlossenheit nicht vorschnell als Guillotine niederging über notwendige Diskussionen und dass führende Politiker der CDU darauf verzichtet haben, sich selbst mit Ressentiments gegen die neue Familienpolitik zu profilieren. Das war ein gutes Beispiel für eine allgemeine Regel: So wichtig Einheit und Geschlossenheit (als Gegenbild zur Zerstrittenheit) für den Erfolg auch sind, so wichtig ist der kreative Umgang mit sozialem Wandel und gesellschaftlicher Vielfalt.

Damit ist der dritte Punkt angesprochen: Was macht bei all der Vielfalt in Partei und Gesellschaft noch den Zusammenhalt und das Verbindende aus? Das neue Grundsatzprogramm der CDU hat eine weise und kluge Formel gefunden. Es spricht von einer „Leitkultur in Deutschland“. Das ist etwas anderes als eine „deutsche Leitkultur“. Was eine Partei und eine Gesellschaft verbindet, sind Herkunft und Zukunft, Grundlagen und Ziele. Deshalb bleiben die Besinnung auf das Menschenbild und die Arbeit an den Grundwerten wichtig. Das schließt auch ein, dass bestimmte Dinge nicht verhandelbar sind. In diesem Zusammenhang kann man auch durchaus den Begriff der „wehrhaften Demokratie“ wiederentdecken. Der entscheidende Punkt ist nur, dass die kulturelle Konfliktlinie nicht

zwischen Deutschen und Ausländern verläuft, sondern zwischen denen, die Demokratie, Rechtsstaat und Zivilisation bejahen und denen, die sie bekämpfen. Der Boden der Leitkultur in Deutschland ist nicht nur für Deutsche bereitet, und die CDU war von Anfang an ein offenes Haus mit vielen Wohnungen, künftig auch mehr als bisher für Wähler und Mitglieder mit Migrationshintergrund, welche die Werte und Ziele der CDU bejahen.

Was hält eine Partei, eine Gesellschaft zusammen? Es sind nicht nur die Werte, es sind vor allem auch die Ziele, es ist die gemeinsame Zukunft, auf die hin Menschen mit ganz unterschiedlichem Hintergrund doch gemeinsam arbeiten können. Die Koordination der Verschiedenen auf ein gemeinsames Ziel hin wird zu einer Kunst, die über den Erfolg eines Bundesligaverbandes, eines Unternehmens, eines Landes und eben auch einer politischen Partei entscheidet. Die CDU steht heute vor einer Aufgabe, die so wichtig ist wie jene nach 1945, als sie Katholiken und Protestanten vereint hat in einer Partei neuen Typs, in der ersten Volkspartei der deutschen Geschichte. Volkspartei ist man nicht einmal und bleibt es dann für alle Zeiten. Es ist, wie weiland der Sozialismus, eine dauernde Aufgabe. CDU (und CSU) freilich haben gute Chancen, bessere als andere, als Volkspartei auch die Zukunft zu gestalten.

1| *In diesem Beitrag bleiben wichtige Aspekte wie die Benutzung neuer Medien zur internen und externen Information und Kommunikation oder auch Aspekte der innerparteilichen Demokratie (z.B. Direktwahl der Kandidaten und Landeslisten durch die Mitglieder) unberücksichtigt.*

# VOLKSPARTEIEN IN DER FALLE DER REFORMKOMMUNIKATION

*Karl-Rudolf Korte*

Die Volksparteien sind unter Druck geraten. Die Erosionsprozesse schreiten im Windschatten der Großen Koalition voran. Das Ausfransen an den politischen Rändern ist ein Europäisierungstrend, der auch die deutsche Parteienlandschaft erreicht hat. Politik bedeutet für individuelle Akteure, die mit Stimme und Gesicht eine Partei nach außen repräsentieren, Reden mit Folgen. Politik ist Wiederholung. Ohne Kommunikation gibt es keine Legitimation. Wer sein Handeln nicht ausreichend erklärt, kann keine Gefolgschaft mobilisieren. Doch mit wem soll was, wann und wie kommuniziert werden, um zur Entscheidungsfindung zu kommen? Macht-taktisch sind solche Fragen von besonderer Relevanz für politische Entscheidungsträger. Vor allem im Hinblick auf eine Regierungssteuerung, bei der Macht- und Sachfragen immer zusammen bedacht werden müssen.<sup>1</sup>

Im Zentrum dieses Handelns steht die Erreichung materieller Politikziele als Lösung von Problemen. Um ein solches Politikziel zu erreichen, bedarf es der politischen Entscheidung.<sup>2</sup> Auch die Nichtentscheidung – also der Verzicht auf bzw. das Verhindern einer Entscheidung – ist eine mögliche Handlungsoption. Politische Akteure treffen ihre Entscheidungen nach einem mehrstufigen Prozess der Informationsverarbei-

tung. Will man verstehen, warum Akteure bestimmte Entscheidungen treffen, muss vor allem dieser Prozess betrachtet werden: Wie kommen Entscheidungen im Rahmen der Interaktion zwischen den am politischen Prozess beteiligten Akteuren zustande und wer ist beteiligt? Dass sich dieser Prozess nachvollziehen lässt, ist auch für die Legitimität staatlicher Autorität (wie etwa der Regierung) von Bedeutung. Regierungshandeln als politisches Handeln ist somit von einer Kombination von Entscheidungsstilen und Steuerungsformen bestimmt. Zu den Grundlagen und Ressourcen des Regierens gehört es, die Politik steuerbar (zwischen Regelung und Strategie), vermittelbar (zwischen Kommunikation und *Agenda-Setting*) und umsetzbar (zwischen Machterwerb und Machterhalt) zu machen.

Aussichtsreich scheint im Hinblick auf die wissenschaftliche Betrachtung der Regierungssteuerung das Verknüpfen von Regierungsorganisation und politischer Führung zu einem Gesamtzusammenhang zu sein. Der Blick auf Regierungssteuerung im Bereich der „Kernexekutive“<sup>3</sup> führt dabei zwangsläufig zur näheren Beschäftigung mit Fragen der Informationsbeschaffung und -verarbeitung der relevanten Akteure. Die internen Routinen, Arbeitsabläufe sowie Abstimmungsmechanismen in den Administrationen und politischen Lenkungsorganen rücken somit unter der Perspektive der Strategie in den Blick.

Ausgangspunkt der Überlegungen bildet das Politikmanagement.<sup>4</sup> Es stellt die Verbindung zwischen der Steuerungsfähigkeit der wichtigen politischen Akteure und der Steuerbarkeit des politischen Systems her. Die jeweiligen Entscheidungen des Politikmanagements, das Tun und Lassen der Regierungen, sind abhängig von den Informationsgrundlagen der Regierenden. Die politische Lageanalyse ist das Fundament jedweder Regierungssteuerung. Sach- und Machtfragen sind dabei stets als ineinander verwoben zu betrachten: Sachliche Überlegungen vermischen sich mit machtpolitischen Absichten und persönlichen Profilierungssüchten. Nur wer von Beginn an mit dieser Verknüpfung kalkulierend rechnet, kann aktiv Politikmanagement betreiben. Wenn materielle Politikziele erreicht werden sollen, muss die politische Führung darauf aus sein, Mehrheiten aus unterschiedlichen Interessengruppen zu schmieden. Dabei gilt es, die Sachrationalität der geplanten Maßnahme mit der politischen Vermittlungs- und Durchsetzungsrationalität abzuwägen. Politikmanagement ist deshalb mehr pragmatische Moderation als hierarchische Steuerung.

## DREI ARENEN DES POLITIKMANAGEMENTS

Regierungssteuerung kann nur funktionieren, wenn die unterschiedlichen Rollenprofile aktiviert werden und somit die Mischung aus Hierarchie und Verhandlung zum Politikmanagement einsetzt. Das klassische Repertoire der in der Verfassung zugrunde gelegten Institutionen reicht dazu nicht aus. Man könnte sogar noch zuspitzen: Die formalen Institutionen sind längst ergänzt – keineswegs ersetzt – worden durch informelle Netzwerke. Um das Räderwerk der Politik in Schwung zu halten, muss jede Regierung beachten, dass sie je nach Lageeinschätzung höchst unterschiedliche Steuerungsmechanismen aktiviert. Wie sich die Regierungssteuerung konkret gestalten kann, ist auch davon abhängig, in welcher Arena sie sich abspielt. Drei Arenen sind dabei grundsätzlich zu unterscheiden: Die parlamentarische, die administrative und die öffentliche Arena.<sup>5</sup> Alle drei Arenen verfügen über ausdifferenzierte Handlungsebenen mit eigenen Handlungslogiken und Handlungsanforderungen, unterschiedlichen Reichweiten, Grenzen und verschiedenen Beteiligungschancen der Bürger.

Die Grundthese ist dabei, dass sich diese drei Handlungsebenen des Regierens im Zuge der Professionalisierung von Politik in den letzten Jahrzehnten zunehmend ausdifferenziert haben.<sup>6</sup> Dadurch ist das Prinzip der repräsentativen Demokratie belastet worden. Denn die Herstellung und Legitimation verbindlicher kollektiver Entscheidungen ist aus der dafür vorgesehenen parlamentarischen Arena durch Überlagerung, Ergänzung und Erweiterung von Regelsystemen der repräsentativen Demokratie ausgewandert.<sup>7</sup>

### Die Ebene der Parteiendemokratie

Auf der Ebene der Parteiendemokratie folgt das politische Steuern den Mehrheitsregeln des Parlamentarismus. Kurzfristige Kalküle dominieren im Dauerwahlkampf. Alle Zuordnungen bei Sachfragen, alle Lösungsoptionen orientieren sich primär am Dualismus Regierung versus Opposition. Entschieden wird nicht primär nach dem Gesichtspunkt optimaler Problemlösung, sondern nach machtpolitischen, mehrheits- und wiederwahlsichernden Aspekten. Die parlamentarische Arena bildet zusammen mit der administrativen Arena den Ort, wo sich die politischen Verhandlungsprozesse abspielen. Hier werden die allgemein verbindlichen politischen Entscheidungen gefällt.

### Die Ebene der Verhandlungsdemokratie

Auf der Ebene der Verhandlungsdemokratie entscheidet der Konsens das institutionelle Arrangement. Wesentliche Entscheidungen werden nicht mit Stimmenmehrheit, sondern auf dem Wege von Aushandlungsprozessen getroffen. Sieger und Besiegte sind nicht wie auf der Ebene des Parteienwettbewerbs erkennbar. Im Gegenteil: Der Parteienwettbewerb wird durch konsensdemokratische („gütliches Einvernehmen“) und konkordanzdemokratische Arrangements überlagert. Die Steuerung ist nicht-hierarchisch, nicht-majoritär. Die freiwillige Einigung charakterisiert das Ergebnis. Der Anteil der Akteure an den Details des geschnürten Verhandlungspakets bleibt gezielt geheim, sie verfügen über eine Abschlussvollmacht. Blockierende Verflechtungsfallen können dennoch ebenso drohen wie Konsensfallen, in welche die jeweilige Opposition geraten kann. Bei der administrativen Arena spielen zusätzlich zu den Parteivertretern die Interessengruppen und die Vertreter der bürokratischen Verwaltungssteuerung eine wichtige Rolle.

### Die Ebene der Mediendemokratie

Auf der Ebene der Mediendemokratie hat sich die politische Entscheidung an den Erfolgsbedingungen der medialen Öffentlichkeit zu orientieren.<sup>8</sup> Aufmerksamkeit entscheidet, weniger die sachliche Notwendigkeit. Die Zustimmung zu den politischen Akteuren und den von ihnen vertretenen Positionen ist wichtiger als die Lösung von Problemen. Medienadressierte Personalisierung (Darstellungspolitik) ist wichtig, nicht das verschwiegene Aushandeln in der Verhandlungsdemokratie. Die Steuerung läuft über die Beeinflussung und Aktivierung von Stimmungen, nicht über Hierarchie, Mehrheit und Konsens. In dieser Arena findet primär die politische Kommunikation zwischen den politischen Akteuren und den Bürgern statt.<sup>9</sup> Die politische Kommunikation und die politische Mobilisierung in der öffentlichen Arena ist zur Erlangung von Zustimmung des Publikums für alle Beteiligten eine entscheidende Voraussetzung zur Durchsetzung ihrer politischen Anliegen.

Die Handlungsbedingungen und Funktionslogiken sind somit auf allen drei Ebenen sehr unterschiedlich. Die Politik steckt offenbar in einem „Steuerungstrilemma“. Was sich in der einen Arena als Erfolgsrezept herausbildet, ist schädlich für die Entscheidungsfindung in der anderen Arena.

### WAS BEDEUTET REFORMKOMMUNIKATION UND POLITIKMANAGEMENT FÜR DIE VOLKSPARTEIEN?

Am Fallbeispiel der Reformkommunikation für Modernisierungen im Bereich des Wohlfahrtsstaates soll der Zusammenhang zwischen Kommunikation und politischer Entscheidung aufgezeigt werden.<sup>10</sup> Welche strategischen Konsequenzen hat das für die Volksparteien? Zehn Komponenten sind zu berücksichtigen, wenn eine Mobilisierung für unpopuläre Entscheidungen in Zeiten ökonomischer Knappheit gelingen soll. Diese Komponenten gelten für Volksparteien, die mit ihrer Führungsmannschaft strategische Reformkommunikation betreiben können.<sup>11</sup>

#### Nüchterne Ehrlichkeit

Dominierte bis 2006 noch ein öffentlicher Diskurs über ökonomische Knappheit, klingt seitdem die mediale Botschaft anders: Konjunkturaufschwung. Gemeint sind sprudelnde Steuerquellen und damit einhergehend erstmals wieder ausgeglichene öffentliche Haushalte. Doch die Bürger nehmen die konjunkturellen Veränderungen als Globalisierungsaufschwung wahr: Die Flut steigt zwar, hebt allerdings erstmals nicht gleichzeitig alle Boote. Gesellschaftliche Ungleichheit nimmt zu<sup>12</sup>, die Sensibilität der Bürger für soziale Gerechtigkeit bleibt hoch. Modernisierungsmaßnahmen in Kernbereichen des Wohlfahrtsstaates sind unter diesen Bedingungen extrem schwer zu begründen, aber eben nicht unmöglich – wie die Konstruktion des Reformsensors zeigen soll.

Reformen in den Sozialsystemen sind unpopulär, weil sie grundsätzlich verdachtsbestimmt sind. Die Wähler sind sozial extrem sensibel geworden. Jede Ankündigung von Veränderungen im Bereich der Transfereinkommen muss sich mit dem Verdacht auseinandersetzen, ungerecht zu sein und zu einer Verschlechterung der individuellen Situation zu führen. Zudem bergen die Reformen in den Sozialsystemen des Wohlfahrtsstaates in Zeiten ökonomischer Knappheit verschärfte Verteilungskonflikte. Erschwerend kommt hinzu, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der politischen Akteure für Reformen angesichts noch lang abzutragender öffentlich finanzierter Schuldenberge beschränkt bleiben.

Die Verteilungskonflikte zu verschweigen oder Handlungsmöglichkeiten zu signalisieren, wo es keine gibt, führen zu steigendem Verdruss über Politik und Politiker. Das andere Extrem, der Rückgriff auf Krisenrhetorik

und Sachzwanglogik, führt ebenso wenig zum Ziel, Mehrheiten für die Volksparteien und notwendige Reformschritte zu erlangen.

Langfristiges Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik kann nur durch Anerkennung der Realitäten gelingen. Hierzu gehören einerseits zwangsläufig notwendige Reformen der gesellschaftlichen Regelungssysteme, andererseits aber auch die widerstreitenden Interessen, die unterschiedliche Zielvorstellungen haben. Die Botschaft sollte wahr, aber nicht in jedem Detail klar sein. Am Ende fördert eine falsche Klarheit den Verdruss der Bürger gegenüber der Politik. Wer sich jedoch in der Politik der Unwahrheit bemächtigt, hat wenig Chancen, politisches Vertrauen zu generieren. Die extreme Kandidatenorientierung der Wähler ist auf die Ressource Vertrauen angewiesen.<sup>13</sup> Wer dieses politische Kapital verspielt, kann nicht mehrheitsfähig bleiben. Umso wichtiger ist es, vertrauensvoll auch auf die Risiken der jeweiligen Modernisierungsmaßnahme zu verweisen. Wer populistisch zu viel verspricht, ohne es einlösen zu können, hat keine Chance zur Wiederwahl.

Ein Vergleich hat gezeigt, dass in anderen europäischen Wohlfahrtsstaaten die Rhetorik der nüchternen Ehrlichkeit sowie die Anwendung des Argumentationstyps des „Kümmerers“ zur Findung eines solchen Konsenses beigetragen hat und so Problembewusstsein geschaffen wurde, das eine Grundlage für die Durchsetzung von vorher unpopulären Maßnahmen darstellte.<sup>14</sup> Die Reduzierung der Botschaft auf die Notwendigkeit von Reformen ist allerdings nicht allein Erfolg versprechend – vielmehr müssen Komponenten der normativen Reformbegründung hinzukommen, die verdeutlichen, wofür Einschnitte nötig sind. Die eindeutig große Mehrheit der Wähler belohnt nicht die Vorkämpfer sozialer Errungenschaften. Beharrungs- und Sozialpopulisten sammeln sich in Defizit-Parteien – zumal einer Retro-Linken. Tendenziell haben alle Bundesparteitage des Jahres 2007 eine Antwort auf die seit der Bundestagswahl von 2005 wachsende Renaissance des Sozialen formuliert. Insofern reagieren die Volksparteien auf die neue Herausforderung durch „Die Linke“.<sup>15</sup>

Doch der Linkstrend lässt sich nicht mehr traditionell als Wunsch nach mehr Gleichheit, neuer Umverteilung, mehr Emanzipation oder dem Ausbau des Sozialstaats einordnen. Links zielt heute in Zeiten der alltagspraktisch erlebten Globalisierung mehrheitlich auf linkskonservative Motive: Die Faszination von staatlicher Verlässlichkeit (gegen weitere Deregulierung und Privatisierung), die Renaissance des Sozialen als

Antwort auf elementare Gerechtigkeitsfragen und das Primat der Politik gegen die Herrschaft des Ökonomischen über alle Lebensbereiche. Hinter dieser Themenvielfalt steckt eher Sicherheitskonservatismus als Befreiungsrhetorik linker Ideologien. Alle Parteien haben sich nach der Bundestagswahl in teils dramatischer Abkehr von den alten Wahlprogrammen diesen neuen Mobilisierungsthemen zugewandt.

Dieser neue Kurs entspricht einem öffentlichen Diskurswechsel.<sup>16</sup> Erfolgreich im Kontext einer strategischen Reformkommunikation wirkt er allerdings nur, wenn er nicht in Sozialpopulismus abdriftet und damit zu viel verspricht, was nicht eingehalten werden kann. Denn gewählt wird nicht, wer die Wirklichkeit verschweigt. Kostenbewusst fragen die Wähler mittlerweile, welche Regierung sie sich leisten können. In Zeiten der Aufbruchlosigkeit wählen Bürger in Kategorien der Schadensbegrenzung. So schadet die explizite Wende zum Weniger keinem Wahlprogramm im Blick auf Mobilisierungschancen.

### **Polarisierende Richtungsentscheidung**

Nutzenorientierte Wähler richten sich sehr stark nach der Problemlösungskompetenz der Spitzenkandidaten. Ohne die Möglichkeiten der Zuordnung von Leistungen oder auch Zukunftsperspektiven zu einer bestimmten Partei wird der wählerische Wechselwähler Realität, der sich ohne feste Parteibindung von Wahl zu Wahl situativ umorientiert. Gezeigt wurde auch, dass sich fast alle gesellschaftlichen Gruppen bei ihrer Wahlentscheidung an Inhalten orientieren, allerdings in unterschiedlichen Ausprägungen.<sup>17</sup> Die Konfrontation mit den Parteipositionen muss zielgruppengerecht und in Orientierung an der jeweiligen Wohlfahrtsstaatskultur erfolgen. Die Parteien müssen klar machen, wofür sie stehen und wie sie sich dadurch von anderen Parteien abgrenzen. Sie können ihre inhaltlichen Positionen organisatorisch durch partizipative Verfahren oder durch Meinungsumfragen fundieren, wichtig ist dabei die Balance. Die Beteiligung der Mitglieder ist vor allem bei der Zielsetzung auf innerparteiliche Partizipation (*democracy-seeking*) relevant.<sup>18</sup> Gewährleistet werden muss dabei die Anknüpfung der Positionen in den einzelnen Politikfeldern an die Linie der Partei. Geplante Reformvorhaben müssen anschlussfähig an den Wertekanon der Partei sein.

Eine polarisierende Richtungsentscheidung bedeutet auch den Mut zur Rückkehr der Politik, eine Politisierung des Wettstreits um Problemlösun-

gen. Allzu oft verkommt Politik in der Politikvermittlung zu einer anderen Form der Unterhaltung, die Machtfragen, aber nicht Sachfragen priorisiert.<sup>19</sup> Große Koalitionen reduzieren in der Regel in der ersten Hälfte der Legislaturperiode den öffentlichen Wettstreit. Sie lähmen den Parteienwettbewerb und verlagern die Konflikte auf eine informelle, nicht öffentliche Ebene. Das gilt sicher nicht mehr, wenn die Parteien in die Wahlkampfformation einsteigen und der Konkurrenzdruck zunimmt. Insofern verschleiern Große Koalitionen systematisch eine polarisierende Richtungsentscheidung. Sie professionalisieren alle Formen und Formate der Verhandlungsdemokratie und stilisieren den Konsens zum zentralen Entscheidungsmodell. In Vergessenheit gerät dabei, dass in den zurückliegenden Jahrzehnten zentrale innen- und parteipolitische Gemeinsamkeiten nicht im Konsens, sondern im Konflikt entstanden sind.<sup>20</sup> Erst nachträglich sind aus diesen parlamentarischen Konflikten Konsenspositionen geworden. Eine komplexe Gesellschaft beruht nicht auf der Suche nach Übereinstimmung, sondern auf der Einübung von zivilem Umgang mit dem Widerspruch. Eine nach formalen Verfahrensregeln gestaltete Demokratie hält so etwas aus. Insofern ist eine polarisierende Richtungsentscheidung mit divergierenden politischen Angeboten nicht nur aus Sicht der Wähler am Wahltag attraktiv, sondern für die Erhaltung der liberalen Demokratie unverzichtbar.

### **Stilsichere politische Führung**

Die Volkspartei muss sich mit dem Zielkonflikt zwischen Effizienz und Partizipation auseinandersetzen.<sup>21</sup> Die professionalisierte Wählerpartei kann effektiv und effizient agieren und reagieren. Sie ist als Regierungspartei für pragmatische, unideologische Lösungen offen und kann sich externen Zwängen anpassen, diese aber auch nutzen. Die Partizipationspartei schöpft aus einem reichen Ideen- und Themenfundus. Ihre gesellschaftliche Verwurzelung macht sie sensibel für Stimmungen und Konflikte. Doch das Werben um Mehrheiten über die eigene, aktive Mitgliedschaft hinaus und die Umsetzung in Regierungspolitik ist schwierig. Den Parteispitzen fehlt Handlungs- und Gestaltungsspielraum. Politische Führung kann nur stilsicher sein, wenn auf der einen Seite die Parteiführung in einem gewissen Rahmen frei agieren kann und wenn sie gleichzeitig ein Gespür für relevante Fragestellungen hat sowie mögliche Antworten bereithält. Die Bändigung dieses Konflikts fordert die organisatorische Kreativität der Partei.

Auf dem Feld der politischen Führung hat sich neue Sachlichkeit gepaart mit Bescheidenheit ausgebreitet.<sup>22</sup> Populär ist eben nicht nur die starke politische Führung, sondern Stilsicherheit. Authentizität geht dabei vor Kraftmeierei. Die Rolle von Spitzenkandidaten ist von hoher Relevanz für die Mobilisierung im Bereich von wohlfahrtsstaatlichen Modernisierungsmaßnahmen.

### **Schlüssige Reformkommunikation**

Reformkommunikation muss Rücksicht nehmen auf die Wohlfahrtsstaatskultur des eigenen Landes, wenn sie Akzeptanz für unpopuläre Reformmaßnahmen erlangen möchte. Sozialstaatlichkeit gehört zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Jede Reform ohne einen positiven systematischen Bezug zu dieser politisch-kulturellen Konstante muss scheitern. Wer somit Reformen in ihrer Wirkung nicht als gerecht und fair für die Bürger erfahrbar macht, verletzt Grundkonstanten der politischen Kultur in Deutschland. Dabei ist zu beachten:

- Die Orientierung an identifikationsstiftenden Leitthemen, die sich auf die Wohlfahrtsstaatskultur stützen, können über die eigene Zielgruppe einer Volkspartei hinaus die Bevölkerung hinter der Regierung und hinter dem Reformvorhaben vereinen. Bei Missachtung der Wohlfahrtsstaatskultur riskiert eine Volkspartei als Organisation einen Identitätsverlust.
- Die Kommunikation politischer Strukturreformen muss im Kontext von politischem System, politischer Kultur und Wohlfahrtsstaatstyp als langfristiger Prozess angelegt sein.
- Die Herausforderung an die Reformkommunikation liegt nicht nur in der Faktenvermittlung, sondern auch darin, die Reformverlierer ehrlich und direkt anzusprechen, sowie kommunikativ und faktisch abzusichern.
- Ein Dialog mit betroffenen Interessengruppen und die kommunikative Multiplikatorfunktion der Volksparteien bis zur Basis dienen als „kommunikatives Frühwarnsystem“. Proaktive, vorausschauende Reformkommunikation ist dann weniger notwendig.

Zu den Erfolgsbedingungen einer Mehrheitsbildung gehört eine in sich schlüssige Reformkommunikation.<sup>23</sup> Das ist weitaus mehr als eine wärmende Leitidee. Gesucht wird ein übergeordneter Begründungszusammenhang, der die Abfolge politischer Prozesse und damit die weiteren

Reformschritte in verständlicher Sprache glaubwürdig und nachvollziehbar kommuniziert und die Sachschritte in eine übergeordnete Zielperspektive einordnet. Die Botschaft ist der Kern der Strategie. Häufig werden Reformprozesse als alternativlos in der Rhetorik von Kassenwarten dargestellt. Doch die Logik der leeren Kassen hat keinen Mobilisierungsscharme. Wertegestützt, realitätsbasiert und handlungsorientiert begründet sollten Veränderungsprozesse erklärt werden.

Reformkommunikation der Volksparteien muss dabei auf die Mitte der Gesellschaft zielen. Volksparteien sind immer auf der Suche nach dem heiligen Gral der Mitte. In der Mitte der Gesellschaft sind die meisten Wähler für die Volksparteien zu finden, denn mit Abstand die meisten Bürger zählen sich in Deutschland politisch zur Mitte. Doch bei der letzten Bundestagswahl wählten nur noch rund 70 Prozent die beiden großen Volksparteien CSU/CDU und SPD. Die Zahl erscheint zwar hoch, doch vor zwanzig Jahren sammelten sich die Wähler noch zu 90 Prozent um diese Parteien herum. Viele Bürger fühlen sich mit ihrer persönlichen Mitte-Orientierung seit geraumer Zeit nicht mehr bei den Volksparteien beheimatet. Insofern ist es keine Überraschung, dass sich Gerhard Schröder 1998 auf die Suche nach der „Neuen Mitte“ machte und Angela Merkel auf dem Bundesparteitag in Hannover 2007 „Die Mitte“ ins Zentrum rückte.

Wahlsoziologisch ist die Mitte ebenso schwer zu vermessen wie gesellschaftspolitisch. Im Kern geht es um eine gefühlte Zugehörigkeit auf einer Basis gehobener Berufsqualifikation, einer entsprechenden beruflichen Stellung als Angestellter in Leitungsfunktion oder Beamter im öffentlichen Dienst. Doch wenn sich die Mitte bedroht fühlt und erodiert, dann ändert sich auch die Qualität der Demokratie. Denn die Mitte sorgt für den sozialen Zusammenhalt und stützt die Demokratie.

### **Zeitfenster und Tempowechsel**

Wer Mehrheiten hat, sollte sie auch nutzen. Schnell und klar sollte die Abfolge der Reformschritte erfolgen. Das verhindert nicht nur eine geordnete Gegenmobilisierung, sondern ist essentiell, um das Unpopuläre durchzusetzen, ohne das Ziel verändern zu müssen. Tempowechsel können dabei durchaus Teil der Strategie sein. Keiner setzt sich längerfristig zustimmend einem permanenten Stakkato an Veränderungen aus. Die Balance aus Reform und Ruhe ist Bedingung zur Mobilisierung von

Mehrheiten. Beschleunigung zu Beginn, Entschleunigung vor dem nächsten Großprojekt.

Zeitfenster, *windows of opportunity*, erleichtern die Herbeiführung von Reformpolitik und die Herstellung von gesellschaftlichem Konsens über die Notwendigkeit von Reformen.<sup>24</sup> Zeitfenster können beispielsweise durch krisenhafte Erscheinungen in einem reformbedürftigen Politikfeld entstehen. Zeitfenster und günstige Gelegenheiten sorgen für die Entstehung von Problembewusstsein in der Gesellschaft, was dann das Vorhandensein von „informationellen Erstschlagskapazitäten“ voraussetzt, um die Problemlösung praktisch zeitgleich mit der Problemartikulation bereitzuhalten.

Dem schnellen Handeln beim Öffnen von Zeitfenstern steht der Tempowechsel in der folgenden Phase entgegen. Daraus wird deutlich, dass dem anfänglich schnellen Handeln in der Medienarena eine Entschleunigung in der Partei folgen muss. Die Parteien sind unverzichtbar bei der Herbeiführung von Mehrheiten für Unpopuläres, ihre gesellschaftliche Multiplikatorenfunktion ist nicht zu ersetzen. Somit müssen Regierungsakteure für die Anschlussfähigkeit ihrer Reformpolitik an die normativen Ideale und die Grundprinzipien ihrer Parteien sorgen. Hierbei kommt der Input-Funktion der Parteien große Bedeutung zu – Regionalkonferenzen und Parteiforen sorgen für das Ausfüllen der Aura der Beteiligung mit Leben.

### **Input-Legitimation der Parteien**

Wer weitere Reformeinschnitte als Wende zum Weniger nicht zum Gegenstand neuer Beteiligungschancen und neuer Willensbildungsprozesse innerhalb der Parteien macht, vergibt die Chance, Sach- und Machtfragen längerfristig miteinander zu verknüpfen.<sup>25</sup> Die Parteien sind zukünftig nicht nur für die Phase des Machterwerbs elementar, sondern auch als Regierungsparteien existentiell. Dabei sollten die Modernisierungseinschnitte der Reformen zuerst als Kulturleistungen, nicht als Ökonomieprojekt, das Nützlichkeits- oder Effizienzrhetorik koppelt, interpretiert werden. Nur die Integration des Umbruchs in die jeweiligen parteipolitischen Traditionsstränge sichert auch emotional die Unterstützung für Unpopuläres.<sup>26</sup> Dabei richtet sich der Blick auch auf die Stammwähler, die es immer noch gibt. Sie sind basisverwurzelte Aktivisten aus der Mitte der lokalen Gesellschaft und zudem extrem enttäuschungsresistent. Für



das Management der Balance zwischen Modernisierung und Beharrung sind sie unverzichtbar. Stammwähler sind Spezialisten für Bodenhaftung und damit wichtig für jede Mobilisierungsstrategie. Wer sie als Partei nicht erreicht, kann auch keine anderen neuen Wählergruppen an sich binden.

Für eine neue Input-Legitimation der Parteien sind zwei Aspekte bedeutend: Parteien brauchen eine Aura des Nutzens und eine Aura der Beteiligung.<sup>27</sup> Die Reformüberlegungen der Parteien tendieren in drei Richtungen: plebiszitär (Alle Macht dem Volke!), basisdemokratisch (Alle Macht den Mitgliedern!) und elitär (Alle Macht den Funktionären!). Doch vor den Richtungsentscheidungen für Umstrukturierungen der Willens- und Entscheidungsbildung sollte etwas anderes betont werden: Am Anfang steht der Nutzen für die Bürger im vorpolitischen Raum. Graswurzelparteien sind wie Selbsthilfeorganisationen immer problemlösend und hilfsbereit vor Ort. Die Parteien sollten nicht auf Gäste warten, sondern sich selbst einbringen, wo immer aktueller Bedarf besteht. Gerade angesichts ideologischer Unbekümmertheit geht eine Faszination vom wichtigen Ansprechpartner, einem Problem-Lotsen vor Ort aus, völlig unabhängig von parteipolitischen Zuordnungen.<sup>28</sup> Solche geduldigen Missionare beeindrucken durch den Rückzug auf das Wesentliche, durch eine Programmatik des Sichzurücknehmens, der Reduktion. Wenn Parteien wieder diesen Nutzen erreichen, steigt die Attraktivität. Mit der Lösung von Alltagsproblemen wächst automatisch das Reservoir von Wählerstimmen.

Das Erschließen neuer Netzwerke bedeutet die Öffnung der Parteien für neue Ideen und Unterstützergruppen und verspricht neues Potential für Mitgliederwerbung.<sup>29</sup> Erhalten die Mitglieder gleichzeitig erweiterte Mitbestimmungsrechte, können sie durch die erhöhte Wirksamkeit inhaltlicher oder formaler Partizipation zu stärkerer Mitarbeit motiviert werden. Parteibindung und Parteiengagement haben eine entscheidende Vorbedingung: Vertrauen. Dieses erwerben Parteieliten durch die Formulierung von umfassenden Sinnbotschaften. Wenn Parteibindungen nicht mehr durch schicht- und milieubedingte Sozialisationsprozesse entstehen, müssen sie durch an Wertvorstellungen und Kausalannahmen orientierte Politikangebote erarbeitet werden. Sinnbotschaften sind der politische Kompass, der Mitglieder und Wähler durch den Dschungel der Tagespolitik führt. Orientierung bedeutet dabei auch, dass Wähler, Sympathisanten und Mitglieder wissen, wo sie die Parteien im politischen Wettbewerb

verorten können. Parteibindungen setzen also ein Mindestmaß an unverwechselbarem Profil voraus. Wo aber eine wahlsoziologisch diffuse „Mitte“ zum allseits umworbenen heiligen Gral des Parteienwettbewerbs mutiert, werden Parteidifferenzen zwangsläufig unsichtbar. Parteibindungen können aber nur dann entstehen, wenn Prioritäten und Alternativen sichtbar bleiben. Gerade dem harten Wettstreit, der Dialektik von Mobilisierung und Gegenmobilisierung verdanken die großen Parteien ihre enormen Mitgliederzuwächse. Davon ist besonders in Zeiten der Großen Koalition nichts zu spüren.<sup>30</sup> Inhaltliche Profilierung statt undeutliche Event-Oberflächlichkeit wäre auch eine Antwort auf die Krise.

Das passive Bekennen zu einer Partei und zu ihren Inhalten ist immer weniger Motivation für einen Parteibeitritt. Nur wer glaubt, innerhalb einer Partei im Sinne seiner politischen Anliegen Einfluss nehmen zu können, ist für Mitgliederwerbung erreichbar. Zur Aura der Beteiligung gehört das Bewusstsein über völlig neue Legitimations- und Partizipationsmuster der Bürger. Neue Formen von Öffentlichkeit ergeben sich auch durch das soziale Internet. Für junge Menschen muss ein Flair des Selbstgemachten bei jeder parteipolitischen Beteiligungsform beachtet werden.

### **Programmarbeit als Strategiefaktor**

Ein neuer Magnetismus an Zustimmung könnte den Parteien mit neuen Ideen, attraktivem Personal, medialer Geschicklichkeit und den richtigen Worten zur richtigen Zeit erwachsen. Die Schwäche der Volksparteien hängt nicht primär mit abnehmender Mitgliederzahl und nachlassender Kampagnenfähigkeit zusammen. Vielmehr sind die Volksparteien weitgehend basislos geworden und weniger gesellschaftlich verankert. Ihnen fehlt die notwendige Repräsentativität, um konfliktensensibel agieren zu können. Sie sind immer weniger Bindeglied in der Funktionslogik des repräsentativen parlamentarischen Systems und kein Resonanzraum für Stimmungen. Der Wettbewerbsdruck führt zu einer dramatischen Gegenwartsfixierung. Es bleibt immer weniger Zeit, um Entscheidungen mit immer längeren Wirkungen zu treffen. Die Volksparteien leiden an strategischer Unsicherheit über ihr jeweiliges Zukunftsprofil und ihre Identität.

Insofern ist es folgerichtig, mit neuen Grundsatzprogrammen nach Identitäts- und Markenkernen zu suchen. Sinnlöcher gilt es aufzufüllen. Die Erneuerungskur ist notwendig, um auch der ewigen Verführung der

Politik durch das Naheliegende zu entkommen. Die 2007 in der SPD, der CDU und der CSU abgeschlossene Programmdiskussion war innerparteilich wichtig, aber nur begrenzt außenwirksam. Nicht immer sind innovative Politikkonzepte eingeflossen. Vielmehr galt es, mit nachholendem Charakter den Vorrat an gemeinsamen Selbstverständlichkeiten wieder aufzufüllen.

### Wertorientierte Begründungskontexte

Der Ansatzpunkt für das Fitnessprogramm der Parteien ist ausschließlich inhaltlich ausgerichtet. Denn nur die Partei ist erfolgreich, die als Formation die Kraft besitzt, einem gesellschaftlich bedeutenden Konflikt politischen Ausdruck zu verleihen: Idealtypisch mit Personen und Programmen, die in sich stimmig sind. Antworten auf solche grundlegenden *Cleavages* sind auf drei Ebenen zu suchen: der verteilungspolitischen Konfliktlinie (Umverteilung versus Marktliberalität), der Divergenzen zwischen Zentrum und Peripherie (zwischen Mehrheiten und neuen Minderheiten) und der wertbezogenen, kulturellen Dimension von Konflikten (zwischen gemeinwohlorientierter Bürgerlichkeit und nicht-bürgerlichem Populismus). Eine wiedererkennbare Wertigkeit einer Volkspartei als Antwort auf die elementaren Konfliktlinien müsste kulturell und nicht ökonomisch daher kommen. Dafür sind im Moment die Zeichen der Zeit günstig. Die Sehnsucht nach moralischer Orientierung nimmt empirisch messbar ebenso zu, wie das Wissen um die Kraft einer Wertorientierung.

Das christliche Element der Union könnte in einer modernen Variante beispielsweise so ein Markenkern werden: als Präventivstrategie gegen die Desintegration der Gesellschaft bei der Entwicklung zivilisatorischer Standards im Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit Minderheiten. Eine Volkspartei könnte Spürgefühl für die schleichende Bedrohung der normativen Infrastruktur unseres Gemeinwesens entwickeln. Für die SPD werden sicherlich elementare Gerechtigkeitsfragen für alle Politikfelder den wertorientierten Normhorizont ausfüllen. Wenn es darum geht, Identitäten zu mobilisieren, dann sind Verortungen im Mittelfeld der zentralen Konfliktlinien gefordert. Wer mobilisieren möchte, kann in diesem Bereich dem Konflikt Ausdruck und Stimme geben.

Um einer Beliebigkeit und der Pragmatik des Augenblicks bei den Antworten auf diese elementaren Konfliktlinien zu entkommen, muss der Markenkern einer Partei erkennbar sein. Das ist viel mehr als Marketing.<sup>31</sup>

Der Markenkern resultiert aus den jeweiligen Wertefundamenten.<sup>32</sup> Führung durch Werte bedeutet nicht Zeitgeistanbiederung, sondern selbst für andere attraktiv zu werden. Führung in diesem Sinne kommt strikt ohne Echo-Demoskopie aus. Regieren und Opponieren besteht gerade in Zeiten ökonomischer Knappheit aus dem Festsetzen von Prioritäten, nicht aus deren scheinbarer Aufhebung.

Eine politische Mitte, die sozial sensibel daher kommt, ohne aber gleichmacherisch zu sein – das wäre eine Kombination aus bürgerlicher Solidität, gemeinwohlorientiertem Kaufmannsgeist und bildungsbürgerlichem Traditionsbewusstsein. Mehrheiten für Unpopuläres sind in so einer Tonalität organisierbar, weil sie mit ganzheitlichen Lebenswelten rechnen und nicht alles auf funktionalistische Leistungsparameter der Wettbewerbsgesellschaft reduzieren.

### Bilder von der Zukunft

Zum Politikmanagement einer Regierung gehört zentral die politische Kommunikation in der mediendemokratischen Arena.<sup>33</sup> Darstellungsarm und bescheiden im Stil protestantischer Armutsästhetik präsentiert sich zurzeit die Kanzlerin, was stimmig zum Zeitgeist der neuen Sachlichkeit passt. Aufmerksamkeitsmanagement ist in Großen Koalitionen viel schwerer als in kleinen. Denn die öffentlich verordnete Harmonie der beiden Volksparteien hat keinen medialen Unterhaltungswert, die Willensbildung erfolgt ohne Kameraausleuchtung. Wenn Große Koalitionen erfolgreich sind, müssen sie heldenlos und bildarm agieren. Sie sind strukturell TV-untauglich. Um so mehr kommt es auf einzelne Bilder an. Außer den anfänglichen Honeymoon-Bildern von Merkel und Müntefering gibt es bislang auch nicht im Ansatz ein positives Foto, ein nicht inszeniertes authentisches Bild zum Programm der Bundesregierung. Als wichtiger Bestandteil eines Reformsensors ist die Suche nach adäquaten Bildern ebenso wichtig wie die Entwicklung eines *Master Frames*. Die Bilder sollten sich an der Schnittmenge von Mehrheiten ausrichten: sozial gerecht, ökonomisch effektiv und kulturell modern.

Neben der Reaktivierung der Identitätskerne müssen die Volksparteien die Mitte für sich gewinnen. Dazu gehört es, ein stimmiges gesamtgesellschaftliches Leitbild visuell und kommunikativ zu formulieren, dass Politikinhalt mit habituellen Elementen vereint. Vertrauen muss auch emotional-kulturell mobilisiert und gewonnen werden, was über Sach-

zwanglogik nicht gelingen kann. Zeitgeistsensibilität und Zukunftsverantwortung sind Bauteile eines solchen gedanklichen Raumes.

### Worte als Taten

Neue abweichende und langfristige Ideen – auch im Bereich von Reformkommunikation – werden in Think-Tanks oder geschützten Räumen entwickelt und formuliert.<sup>34</sup> Diese Orte strategischer Politik- und Kommunikationsentwicklung gilt es in Deutschland auszubauen. Die Parteien sind heute hingegen eher ideenfreie Zonen beziehungsweise Instanzen zur Sprachregelung. Notwendig wäre beispielsweise ein Ausbau der „Schulen der Macht“ – den *Schools of Governance*.<sup>35</sup> Dort werden Führungspotentiale vermittelt für kommende Machtmakler. Sie verbinden die Substanz von Politik (*policies*) mit der Vermittlung der Politik. Dort wird Politikmanagement wissenschaftlich gelehrt. Dort kann man erfahren, wie Darstellungs- und Entscheidungspolitik signifikant zusammenhängen.

### FAZIT

Die oben dargelegten zehn wichtigsten Komponenten eines Reformensors<sup>36</sup> wurden komparativ empirisch ermittelt und strategisch im Sinne von anwendungsorientierter Politikberatung zugespitzt. Reformpolitik scheitert, wenn sie sich nicht produktiv mit diesen Einflussfaktoren und Wirkungslogiken von Reformkommunikation auseinandersetzt. Für die Fortsetzung einer weiteren wissenschaftlichen Analyse wäre es notwendig, die zehn Variablen in einen Kontext einzubringen. Nur so könnte vermessen werden, welche Variablen wichtiger als andere sind, welche Reihenfolge zu beachten wäre und welche Korrelationen untereinander bestehen. Die qualitativen und quantitativen Messgrößen für den Reformsensor als „Fühler“ müssten noch ermittelt werden. Dies ließe sich auf konkrete Politikfelder anwenden, so dass verlässliche Aussagen über die potentielle Mehrheitsfähigkeit in Zeiten ökonomischer Knappheit und wachsender Ungleichheit getroffen werden könnten.

Die Komponenten verdeutlichen, in welchem Maße Gestaltungsspielräume für individuelle Akteure in der politischen Kommunikation bestehen. Kommunikative Macht ist eine zentrale Ressource beim Fahrplan für Modernisierungsprozesse. Sie ist viel mehr als vordergründige Schlagwortentwicklung. Definitionen schaffen Realitäten.

Volksparteien sind heute säkularisierte Kirchen mit ganz eigener Transzendenz. Wer sie als politisches Unternehmen nutzt, um problemlösend zu wirken, braucht Mehrheiten. Ohne Kommunikation keine Mehrheit, ohne Sprache kein Programm.<sup>37</sup> Reformprogrammatische ist proaktiv. Sie gehört mit dem Set an notwendigen unpopulären Maßnahmen zum zukunftsfesten Umbau des Sozialstaats und zur Schlüsselaufgabe von Volksparteien. Insofern schützt auch eine komplexe Reformdiskussion innerhalb der Volksparteien davor, selber zu populistischen Volksbelauschern zu werden. Zur Mehrheitsfähigkeit gehört aber ebenso zunehmend auch in Deutschland, Vielparteien-Regierungen auszugestalten. Die Europäisierung des deutschen Parteiensystems schreitet voran. Das wird auch die zukünftige Reformkommunikation vor neue Herausforderungen stellen.

- 1] Vgl. Grasselt, Nico / Korte, Karl-Rudolf: *Führung in Politik und Wirtschaft. Instrumente, Stile und Techniken*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – (Studien der NRW School of Governance; 1).
- 2] Korte, Karl-Rudolf / Fröhlich, Manuel: *Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen*. – 2. Aufl. – Paderborn u.a.: Schöningh, 2006. – S. 23 ff.
- 3] Helms, Ludger: *Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. – S. 85 ff. – (Grundwissen Politik; 38).
- 4] Vgl. Korte / Fröhlich: *Politik und Regieren in Deutschland*. – S. 173 ff. – (Fn. 2) und Korte, Karl-Rudolf: *Die Praxis regierungsförmiger Steuerung*. In: Holtmann, Everhard / Patzelt, Werner J. (Hrsg.): *Führen Regierungen tatsächlich? Zur Praxis gouvernementalen Handelns*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008. – S. 59-72.
- 5] Kriesi, Hanspeter: *Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess. Ein konzeptueller Rahmen für ein international vergleichendes Forschungsprojekt*. – Berlin: WZB, 2001. – S. 3-10. – (Discussion Paper / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; P 01-701). – <http://skylla.wzb.eu/pdf/2001/p01-701.pdf>; Rucht, Dieter: *Themes, Logics and Areas of Social Movements: A Structural Approach*. In: Klandermands, Bert u.a. (Hrsg.): *From Structure to Action. Comparing Social Movement Research across Cultures*. – Greenwich, Conn. u.a.: JAI Press, 1988. – S. 322. – (International Social Movement Research; 1).
- 6] Vgl. Grande, Edgar: *Charisma und Komplexität. Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten*. In: Werle, Raymond / Schimank, Uwe (Hrsg.): *Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit*. – Frankfurt/M.: Campus, 2000. – S. 297-319; Marcinkowski, Frank: *Was kann die politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung zu einer modernen Regierungslehre beitragen?* In: Schatz, Heribert u.a. (Hrsg.): *Politische Akteure in der Mediendemokratie. Politiker in den Fesseln der Medien?* – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002. – S. 357-367 und Korte: *Praxis regierungsförmiger Steuerung*. – S. 59-72. – (Fn. 4).

- 7| Anwendung bei Korte, Karl-Rudolf / Florack, Martin / Grunden, Timo: *Regieren in Nordrhein-Westfalen*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007 und Bergedorfer Gesprächskreis der Körber-Stiftung (Hrsg.): *Verhandlungsdemokratie? Politik des Möglichen – Möglichkeiten der Politik*. – Hamburg: Ed. Körber-Stiftung, 2001. – (Protokoll / Bergedorfer Gesprächskreis; 120).
- 8| Korte, Karl-Rudolf: *Regieren in der Mediendemokratie. Regierungssteuerung der Staats- und Regierungschefs im Vergleich*. In: Schatz, Heribert u.a. (Hrsg.): *Politische Akteure in der Mediendemokratie. Politiker in den Fesseln der Medien?* – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002. – S. 21-40.
- 9| Neidhardt, Friedhelm: *Prominenz und Prestige. Steuerungsprobleme massenmedialer Öffentlichkeit*. In: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): *Jahrbuch 1994*. – Berlin: Akademie Verlag, 1995. – S. 233-245.
- 10| Delhees, Stefanie / Korte, Karl-Rudolf / Schartau, Florian / Switek, Niko / Weissenbach, Kristina: *Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation. Westeuropäische Parteien auf Mehrheitssuche*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.
- 11| Vgl. Sarcinelli, Ulrich: *Parteienkommunikation in Deutschland: zwischen Reformagentur und Reformblockade*. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik*. – Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2007. – S. 109-145 und Kriesi, Hanspeter: *Strategische politische Kommunikation*. In: Esser, Frank / Pfetsch, Barbara (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*. – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003. – S. 208-239.
- 12| Bäcker, Gerhard u.a. (Hrsg.): *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland*. – 4. grundlegend überarb. und erw. Aufl. – 2. Bde. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008. – S. 43-87 und S. 586-610.
- 13| Korte / Fröhlich: *Politik und Regieren in Deutschland*. – S. 157 ff. – (Fn. 2).
- 14| Delhees u.a.: *Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation*. – (Fn. 10).
- 15| Vgl. Korte, Karl-Rudolf: *Linkskonservativ mitfühlend. Kurt Beck als Anwalt der Verunsicherten?* In: *Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte*, 54 (2007) 12, S. 49-52.
- 16| Vgl. ebd.
- 17| Vgl. hierzu Weissenbach, Kristina / Korte, Karl-Rudolf: *Wahlssysteme und Wahltypen: Wahlen als Qualitätskennzeichen einer Demokratie*. In: Derichs, Claudia / Heberer, Thomas (Hrsg.): *Wahlssysteme und Wahltypen. Politische Systeme und regionale Kontexte im Vergleich*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – S. 26-48.
- 18| Harmel, Robert / Janda, Kenneth: *An Integrated Theory of Party Goals and Party Change*. In: *Journal of Theoretical Politics*, 6 (1994) 4, S. 259-287.
- 19| Sarcinelli, Ulrich: *Parteien in der Kommunikationsfalle? Zwischen politischem Traditionsverein und Event-Agentur*. In: Sarcinelli, Ulrich / Tenscher, Jens (Hrsg.): *Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung*. – Baden-Baden: Nomos, 2003. – S. 49-60.
- 20| Vgl. Herzinger, Richard: „Einigkeit macht starr“. In: *Die Zeit*, 5/1998, S. 12.
- 21| Korte / Florack / Grunden: *Regieren in Nordrhein-Westfalen*. – (Fn. 7).
- 22| Vgl. Korte / Fröhlich: *Politik und Regieren in Deutschland*. – S. 187 ff. – (Fn. 2).
- 23| Vgl. Weidenfeld, Werner: *Einführung: Politische Kommunikation in strategischer Perspektive*. In: ders. (Hrsg.): *Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik*. – Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2007. – S. 9.
- 24| Raschke, Joachim / Tils, Ralf: *Politische Strategie. Eine Grundüberlegung*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 186.

- 25| Vgl. Korte / Fröhlich: *Politik und Regieren in Deutschland*. – S. 14. – (Fn. 2).
- 26| Delhees u.a.: *Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation*. – (Fn. 10).
- 27| Korte / Florack / Grunden: *Regieren in Nordrhein-Westfalen*. – (Fn. 7).
- 28| Vgl. Delhees u.a.: *Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation*. – S. 181-189. – (Fn. 10).
- 29| Vgl. ebd., S. 157-161.
- 30| Weidenfeld: *Einführung*. – S. 8. – (Fn. 23).
- 31| Diermann, Melanie: *Politisches Marketing. Relevanz des Marketingkonzeptes für politische Parteien als Managementstrategie für Wahlkämpfe. Eine vergleichende Fallanalyse am Beispiel der Landtagswahl 2005 in NRW*. – Marburg: Tectum, 2007.
- 32| Diermann, Melanie / Ballensiefen, Moritz / Korte, Karl-Rudolf: *Alles Marketing, oder was? Betrachtung zweier Wahlwerbespots von SPD und CDU aus dem Bundestagswahlkampf 2005 unter Marketingaspekten*. In: Dörner, Andreas / Schicha, Christian (Hrsg.): *Politik im Spot-Format. Zur Semantik, Pragmatik und Ästhetik politischer Werbung in Deutschland*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008. – S. 101-128.
- 33| Vgl. Korte / Fröhlich: *Politik und Regieren in Deutschland*. – S. 259 ff. – (Fn. 2) und Sarcinelli / Tenscher (Hrsg.): *Machtdarstellung und Darstellungsmacht*. – (Fn. 19).
- 34| Sarcinelli / Tenscher (Hrsg.): *Machtdarstellung und Darstellungsmacht*. – (Fn. 19); Berlinpolis / Vodafone Konzernrepräsentanz (Hrsg.): *Wie innovativ ist die Politik in Deutschland? Politische Beratung und Kommunikation auf dem Prüfstand. Dokumentation des Workshops vom 13. April 2004 in Berlin*. – Berlin, 2005. – S. 19-21. – <http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/berlinpolis.pdf> [17. März 2008].
- 35| Grasselt / Korte: *Führung in Politik und Wirtschaft*. – (Fn. 1).
- 36| Siehe ausführlicher Delhees u.a.: *Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation*. – (Fn. 10).
- 37| Sarcinelli / Tenscher (Hrsg.): *Machtdarstellung und Darstellungsmacht*. – S. 9 ff. – (Fn. 19).

## ZUSAMMENFASSUNG

Haben die Volksparteien und damit die Stabilität des deutschen Parteiensystems noch eine Zukunft? Diese Frage entscheidet sich letztlich an der Fähigkeit der Volksparteien, „Zukunftsvisionen für Deutschland im 21. Jahrhundert aufzuzeigen, eine entsprechende Handlungskompetenz zu entwickeln und schließlich Mehrheiten für diesen Prozess zu organisieren“ (*Ralf Thomas Baus*). Dies erfordert jedoch Klarheit darüber, in welcher Situation sich die Volksparteien befinden und welche Anpassungsmaßnahmen notwendig sind. Der vorliegende Tagungsband setzt hier an, indem er Wege aufzeigt, wie die Volksparteien die Herausforderungen annehmen können.

Grundsätzlich folgt der Band inhaltlich dem Aufbau der Expertentagung. Im ersten Teil wird die Lage der Volksparteien in Deutschland untersucht. Im Mittelpunkt stehen dabei neben der CDU und der SPD auch die CSU.

Der Beitrag von *Melanie Haas* über die CDU in der Großen Koalition geht der Frage nach, ob sich die CDU der SPD unter den Bedingungen der Großen Koalition programmatisch angenähert hat oder sich die politischen Lager zunehmend voneinander abgrenzen. Anhand ausgewählter Politikfelder wird deutlich, dass sich die CDU seit der Bildung der Großen Koalition programmatisch uneinheitlich entwickelt hat. Während sich die Partei im Bereich der Familien- und Sozialpolitik eher in Richtung Mitte bewegt, vertritt sie im

Bereich der Inneren Sicherheit deutlich konservativere Positionen. In der Familienpolitik und der Inneren Sicherheit setzte diese Entwicklung jedoch schon vor der Bildung der Großen Koalition ein. Folglich kommt Haas zu dem Ergebnis, dass es keinen Automatismus zur „Sozialdemokratisierung“ der CDU infolge der Großen Koalition gibt.

Dass die „Sozialdemokratisierung“ der Gesellschaft der SPD nicht zugutekommt, zeigt *Christoph Strünck* in seinem Beitrag über die Lage der SPD unter Kurt Beck. Demnach steckt die SPD durch den Mitgliederschwund in einer strukturell schwierigen Lage, so dass ihre Verankerung in der Gesellschaft und viele Kommunikationskanäle verloren gehen. Als Hindernis für eine programmatische Erneuerung erweist sich die Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition. Zudem hat die SPD Ressorts übernommen, in denen sie unpopuläre Maßnahmen verkünden muss und der Bundesvorsitzende der Partei scheint noch nicht in der Bundespolitik verankert zu sein. Strünck hebt hervor, dass die Abkehr der SPD von der Agenda 2010 nur als Annäherung an die Linkspartei zu verstehen ist.

Während die SPD bisher erfolglos versucht, sich zu erneuern und sich der Stimmung im Land anzupassen, scheint dies der CSU in Bayern lange Zeit besser gelungen zu sein. Der Frage, worin die Stärke und Überzeugungskraft der CSU besteht, geht *Matthias F. Lill* nach. In seinem Beitrag wird deutlich, dass das Erfolgsrezept der CSU in der Bewahrung der Werte, der Wahrung der bayerischen Identität und Traditionen sowie deren Anbindung an die Moderne liegt. Auf dieser Grundlage konnte sich die Partei immer wieder glaubhaft selbst erneuern und unpopuläre Richtungsentscheidungen treffen, die sich langfristig als erfolgreich erwiesen haben.

Im zweiten Teil wird der Blick auf die Entwicklung der Volksparteien außerhalb Deutschlands gerichtet. Vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung erscheint die langjährige Stabilität des deutschen Parteiensystems eher als Ausnahme denn als Normalfall. Der internationale Vergleich macht deutlich, auf welche Weise Parteien auf Krisensymptome und ein ihnen gegenüber ablehnendes Umfeld reagieren können.

Der Beitrag von *Sven Jochem* über die Konservative Partei in der bürgerlichen „Allianz für Schweden“ zeigt, wie sich konservative Volksparteien auch im sozialdemokratisch dominierten Umfeld etablieren können. Die schwedische Konservative Partei schwenkte programmatisch nach links

und ebnete die Differenzen im bürgerlichen Lager ein. Mit dieser Allianz gelang ihr die Regierungsübernahme. Jochem stellt jedoch auch klar, dass die programmatische Linksverschiebung Probleme hervorruft. So trübt ein von der Sozialstaatsrhetorik abweichendes Regierungshandeln die Wiederwahlaussichten ein. Zudem werden der Koalition der bürgerlichen Parteien, die sich jahrelang in der Opposition befanden, Probleme bei der Regierungsfähigkeit zugeschrieben.

Ein Beispiel für die Regenerationsbemühungen einer Volkspartei in einer Großen Koalition offenbart der Blick nach Österreich. Nach einer beispiellosen Negativkampagne gegen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und der Wahlniederlage der ÖVP wurde Anfang 2007 in Österreich eine Koalition zwischen SPÖ und ÖVP unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler gebildet. *Christian Moser* und *Ilse Simma* legen dar, wie die ÖVP mit dem Perspektivenprozess einen inhaltlichen Neustart wagte und sich dabei auch außerhalb der Parteistrukturen einer breiten Diskussion öffnete. Kernelement der programmatischen Erneuerung ist dabei die Verbindung von modern und konservativ.

In Deutschland ist seit den Wahlerfolgen der Linkspartei und der NPD verstärkt die Frage aufgekommen, wie sich die Volksparteien gegenüber populistischen Parteien verhalten sollen. Wie in den Niederlanden mit populistischen und extremen Parteien und Bewegungen umgegangen wird, zeigt *Ton Nijhuis* in seinem Beitrag. Auch hier wenden sich die Wähler zunehmend von den etablierten Parteien der Mitte ab und den Rändern des politischen Spektrums zu. Inhaltlich bewegen sich die Mitte-Parteien des zersplitterten Parteiensystems jedoch in einigen Politikfeldern, wie z.B. Integration oder Innere Sicherheit, auf die politischen Ränder zu und setzen auch Themen populistischer Parteien auf die reguläre Agenda. Gleichzeitig müssen die Parteien und Gruppierungen am politischen Rand einen Teil ihrer Radikalität aufgeben, um als Alternative wahrgenommen zu werden. Auf diese Weise gelingt es dem niederländischen Parteiensystem, populistische Bewegungen zu integrieren und zu disziplinieren. Darüber hinaus zeigt Nijhuis, dass christdemokratische Parteien weniger vom Wählerverlust an populistische Parteien betroffen sind als sozialdemokratische und dass die Strategie der SPD, sich inhaltlich wieder stärker links zu orientieren, ohne ausreichende gesellschaftliche Verankerung nicht aufgehen kann.



Einen Einblick in die französische Präsidentenpartei UMP gibt der Beitrag von *Daniel Eisermann*, der die Entstehung und Entwicklung der Partei nachzeichnet. Dabei wird deutlich, dass es sich bei dieser konservativ-liberalen Sammlungspartei um ein dauerhaft etabliertes Wahlbündnis handelt, das das Miteinander verschiedener Strömungen organisiert und das innerparteilich um direktdemokratische Angebote ergänzt wurde. Die UMP entspricht demnach nicht dem westeuropäischen Muster konservativer und christdemokratischer Volksparteien. Dem europäischen Trend abnehmender Wählerbindungen in der rechten Mitte kann die Partei bisher trotzen. Als Grund hierfür macht Eisermann die Wirkung des französischen Mehrheitswahlsystems, die Integration verschiedener Strömungen und die Ausrichtung der Partei auf den Präsidenten aus.

Ähnlich wie in Frankreich hat das Präsidialsystem in den USA zur Herausbildung von Sammlungsparteien geführt. Die großen Parteien vereinen dabei eine heterogene Wählerschaft unter einem großen „Zelt“. *Martin Thunert* zeigt in seinem Beitrag, dass die vormals als konturlose Allerparteien charakterisierten amerikanischen Volksparteien nicht nur deutliche Tendenzen einer Re-Ideologisierung aufweisen, sondern auch die Abstinenz- und Vertrauenskrise in die Parteien gestoppt zu sein scheint. Anders als die europäischen Parteien haben die US-Parteien ein großes Revitalisierungspotential. Dieses liegt wesentlich darin begründet, dass sich die Parteien aufgrund der nicht vorhandenen staatlichen Politikfinanzierung und der Notwendigkeit des Spendensammelns nicht von ihrer Anhängerschaft abschotten können. Zudem weisen sie eine programmatische Elastizität und große Integrationsfähigkeit auf. Insbesondere aber die Vorwahlen zur Auswahl der Präsidentschaftskandidaten erweisen sich als Revitalisierungsinstrumente, da sie reine „Hinterzimmerkarrieren“ verhindern und von der Allgemeinheit akzeptierbare Kandidaten begünstigen. Im letzten Abschnitt geht Thunert der Frage nach, ob sich das System der US-Vorwahlen zur Behebung der Parteienverdrossenheit auch auf die europäischen Parteien übertragen lässt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Unterschiede der Parteiensysteme dies verhindern, jedoch Urwahlen für parteipolitische Spitzenämter durchaus sinnvoll sein können.

Der dritte Teil erörtert die Perspektiven des Parteiensystems. Schwerpunkte sind die Bedingungen für Koalitionsbildungen im fragmentierten Parteiensystem sowie die Frage, wie die Barriere zwischen Parteien und Wählern durchbrochen werden kann.

Ausgehend von einer Prognose der Eigenschaften zukünftiger Koalitionen im Mehrparteiensystem legt *Hans Jörg Hennecke* in seinem Beitrag über den Zielkonflikt zwischen Wählermarkt und Koalitionsmarkt den Parteien einen strategischen Umgang mit potentiellen Koalitionsoptionen nahe, um in Zukunft Mehrheiten für eigene Programmpunkte organisieren zu können. Bei der Nutzung verschiedener Koalitionsoptionen droht jedoch ein Verlust an Glaubwürdigkeit und Authentizität. Deshalb müssen die Parteien stärker ihren Markenkern herausarbeiten und ihre Programmatik auf die Bildung von Koalitionen, Koalitionsbrüche und -wechsel ausrichten. Hennecke macht deutlich, dass die Glaubwürdigkeit unterschiedlicher Koalitionsstrategien einer Partei auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen durch eine Regionalisierung der Profilbildung und die Verkörperung verschiedener Koalitionsoptionen in den regionalen Parteienverbänden auf Bundesebene erhalten werden kann. Um größere, durch die Erweiterung der Koalitionsoptionen hervorgerufene Einbußen auf dem Wählermarkt zu verhindern, schlägt er vor, eine indirekte bzw. positive Strategie zu verfolgen, bei der die Parteien eine stille Konsultationskultur untereinander pflegen, oder eine negative Strategie anzustreben, nach der die potentiellen Koalitionspartner durch die Definition von gemeinsamen Feindbildern von Koalitionswettbewerbern abgegrenzt werden.

Den Entwicklungsperspektiven kleinerer Parteien in Mehrheitskoalitionen widmet sich *Hans-Jörg Dietsche* in dem Beitrag „Ampel- und Jamaika-Bündnisse als Modell zukünftiger Mehrheitsbildung?“. Am Beispiel der „Ampel“-Bündnisse in Brandenburg und Bremen sowie der Koalition aus CDU, FDP und „Schill-Partei“ in Hamburg lotet er die strukturellen Probleme von Drei-Parteien-Koalitionen aus und deren Folgen. Dietsche kommt zu dem Ergebnis, dass die großen Parteien in der Regel gestärkt aus Drei-Parteien-Koalitionen hervorgehen werden. Da die kleineren Koalitionäre in solchen Konstellationen unterzugehen drohen und wenig attraktiv für Wähler wirken, stehen sie unter erheblichen Profilierungsdruck, weshalb sie versuchen, möglichst viel von ihrem Programm umzusetzen. Dies erhöht den Abstimmungsaufwand erheblich, führt zu politischen Blockaden und zum Dauerkonflikt zwischen den beiden kleineren Parteien, prägt aber auch ein für die Wähler abschreckendes Bild der Zerstrittenheit der Koalition. Erfolge werden demgegenüber eher dem großen Koalitionspartner zugerechnet.

Im Beitrag „Politische Führung durch Kommunikation“ legt *Ulrich Eith* dar, wie sich Parteien und Wähler durch unterschiedliche Erwartungshorizonte



und Sprachen zunehmend entfremden. Als Hauptproblem macht er die Neigung von Politikern aus, Aussagen auf makroökonomische Daten zu stützen, die an der individuellen Lebenswelt der Bürger vorbeigehen. Wenn dies bei der kommunikativen Vermittlung politischer Ziele nicht bedacht wird, haben die Volksparteien wenig Überzeugungskraft und können ihrer Doppelfunktion – Herstellung von Konsens und Strukturierung des politischen Wettbewerbs – nicht gerecht werden. Laut Eith erwächst politische Führungsstärke nur im Dialog, der organisiert werden muss und für den sich die Parteistrukturen öffnen sollten.

Der kommunikative Aspekt wird auch im vierten Teil des Bandes thematisiert, der sich den Umweltbedingungen der Volksparteien zuwendet. Untersucht werden hier der Einfluss verschiedener Medien sowie deren Nutzbarmachung für die Parteien.

Im ersten Beitrag fragt *Jörg-Uwe Nieland* nach dem Einfluss Politischer Talkshows auf das Kommunikationsmanagement der Volksparteien. Seine These vom Rückzug der Volksparteien aus der Öffentlichkeit untermauert er mit der Beobachtung, dass sich der Anteil politischer Themen und Gäste in den Talkshows in Zeiten der Großen Koalition deutlich reduziert hat. Der Beitrag gibt einen Einblick in die Eigenheiten der politischen Kommunikation in der Berliner Republik und den Nutzen von Talkshows für Politiker als Mittel zur Profilierung, Positionierung und der Politiksteuerung.

Den Printmedien wendet sich hingegen *Moritz Ballensiefen* zu, der in seiner Untersuchung über die visuelle Darstellung der Kandidaten im Bundestagswahlkampf 2005 zeigt, dass sich die politische Berichterstattung der Medien an die visuellen Darstellungslogiken angepasst hat. Die veränderte Mediennutzung erfordert nunmehr auch eine veränderte Politikdarstellung. Der Visualisierungsdruck verlangt von politischen Nachrichten auch Bildkriterien zu erfüllen und zugleich eine größere Sensibilität der Politiker für Bildmomente. Folglich muss mehr Wert auf die visuelle Vermittlung politischer Botschaften gelegt werden.

Angesichts der sinkenden Nachfrage nach Printmedien und der steigenden Nutzung des Internets geht *Daniel Dettling* der Frage nach, welche Chancen das Internet für die Politik bietet. Das Internet kann einen Dialog zwischen Bürgern und Politikern eröffnen, der langfristig zu einem Mehr an Partizipation führt und die politische Kultur verändern wird. Auf

diese Veränderungen müssen sich die Volksparteien zunehmend einstellen.

Der letzte Teil des Bandes „Zukunftsszenarien der Volkspartei“ sucht Antworten auf die Frage, wie sich die Volksparteien an die veränderten Bedingungen, denen sie sich ausgesetzt sehen, anpassen können.

Als Beispiel für die Anpassungsfähigkeit kann die Arbeit am Grundsatzprogramm der CDU gelten, das *Lutz Stroppe* in seinem Beitrag vorstellt. Das Programm versucht mit einer Synthese von bewährten Leitlinien und neuen Ansätzen Antworten auf gegenwärtige Herausforderungen zu geben.

Nach Optimierungsmöglichkeiten der christlichen Demokratie sucht hingegen *Warnfried Dettling*. Die Reichweite und Ausstrahlung der CDU sieht er durch unzeitgemäße Parteistrukturen eingeschränkt. In Abkehr von der Politik des Wahlversprechens soll die Partei als Treuhänder von Werten und Zielen auftreten. Dabei muss die CDU klären, ob es ihr auf die Wirtschaft oder die Gesellschaft ankommt. Es wird im Beitrag deutlich, dass das Selbstverständnis der CDU als Volkspartei der Mitte mit einer zunehmend heterogenen Gesellschaft konfrontiert wird, dass die Partei zugleich Geschlossenheit herstellen und unterschiedliche Meinungen integrieren muss und dass das Konzept der Leitkultur als verbindendes Element in Partei und Gesellschaft dienen kann.

Alle Maßnahmen zur Anpassung der Parteistrukturen an die neue Wirklichkeit werden jedoch nicht erfolgreich sein, wenn es den Volksparteien nicht gelingt, auch für unpopuläre Entscheidungen Mehrheiten zu gewinnen. Die Fähigkeit, politische Entscheidungen gerade in umstrittenen Sozialbereichen herbeizuführen, sieht *Karl-Rudolf Korte* durch die Ausdifferenzierung der Handlungsebenen des Regierens in der repräsentativen Demokratie erschwert. In seinem Beitrag „Volksparteien in der Falle der Reformkommunikation“ zeigt er, welche Einflussfaktoren und Wirkungslogiken beachtet werden müssen, damit Reformkommunikation Erfolg haben kann.

## HERAUSGEBER UND AUTOREN

*Dipl. Soz.-Wiss. Moritz Ballensiefen*

*Jahrgang 1982, ist Doktorand an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen und arbeitet als freier Journalist und PR-Berater. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der politischen Kommunikation.*

*Dr. Ralf Thomas Baus*

*Jahrgang 1964, leitet seit 2004 das Team Innenpolitik der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Er ist Lehrbeauftragter am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn.*

*Dr. Daniel Dettling*

*Jahrgang 1971, ist Gründer und Vorsitzender des Think-Thanks berlinpolis.*

*Dr. Warnfried Dettling*

*Jahrgang 1943, lebt als freier Autor und Politikberater in Berlin und im niederösterreichischen Waldviertel.*

*Dr. Hans-Jörg Dietsche*

*Jahrgang 1972, ist Referent für Rechtspolitik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle und Geschäftsführer des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) sowie Lehrbeauftragter der Universität München.*

*Dr. Daniel Eisermann*

*Jahrgang 1966, ist freier wissenschaftlicher Berater mit Schwerpunkt internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik in Berlin.*

*Professor Dr. Ulrich Eith*

*Jahrgang 1960, ist Geschäftsführer der „Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg“ und derzeit Lehrstuhlvertretung von Professor Dr. Franz Walter an der Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkte sind u.a. das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland sowie Wahl-, Parteien- und Einstellungsforschung.*

*Melanie Haas M.A.*

*Jahrgang 1975, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin am Otto-Suhr-Institut. Schwerpunkte ihrer Forschung sind Intermediäre Organisationen, das politische System Deutschlands und Parteien.*

*PD Dr. habil. Hans Jörg Hennecke*

*Jahrgang 1971, ist Privatdozent an der Universität Rostock und Heisenberg-Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Universität Duisburg-Essen.*

*Dr. phil. Sven Jochem*

*Jahrgang 1966, ist Vertretungsprofessor für Politische Theorie an der Universität Luzern.*

*Professor Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte*

*Jahrgang 1958, ist Leiter der „Forschungsgruppe Regieren“ und Geschäftsführender Leiter des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.*

*Dr. Matthias F. Lill*

*ist Referatsleiter der Abteilung Politische Planung der CSU-Landtagsfraktion.*

*Dr. Christian Moser*

*Jahrgang 1972, leitet die Abteilung Public Affairs an der Politischen Akademie der ÖVP und unterrichtet an der Universität Wien.*

*Dr. Jörg-Uwe Nieland*

*Jahrgang 1965, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Duisburg-Essen und der „Forschungsgruppe Regieren“. Derzeit arbeitet er an Forschungsprojekten zu den Bereichen Politische Kommunikation und Regierungstätigkeit, Extremismusforschung sowie Populärkultur.*

*Professor Dr. Ton Nijhuis*

*Jahrgang 1958, hat eine Professur für Deutschlandstudien an der Universität von Amsterdam inne und ist seit 2002 wissenschaftlicher Direktor des Duitsland Instituut Amsterdam. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die politische Kultur Deutschlands und der Niederlande.*

*Mag. Ilse Simma*

*Jahrgang 1980, ist Leiterin der Abteilung Politik der ÖVP-Bundespartei.*

*Lutz Stroppe*

*ist Leiter des Bereichs Politische Programme und Analysen in der Bundesgeschäftsstelle der CDU.*

*PD Dr. Christoph Strünck*

*Jahrgang 1970, vertritt derzeit eine Professur für Politikwissenschaft an der Universität Siegen. Seine Schwerpunkte sind Parteien und Interessengruppen, Politikfeldanalyse (insbesondere Sozial- und Wirtschaftspolitik) sowie das politische System der USA.*

*PD Dr. Martin Thunert*

*ist Dozent für Politikwissenschaft am Heidelberg Center for American Studies (HCA) der Ruprechts-Karls-Universität Heidelberg.*

#### ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Ralf Thomas Baus*

*Leiter Team Innenpolitik*

*Hauptabteilung Politik und Beratung*

*10907 Berlin*

*Tel.: +49-30-2 69 96-35 03*

*E-Mail: ralf.baus@kas.de*